

**perspektiven des demokratischen
sozialismus**

Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse
und Reformpolitik
29. Jahrgang 2012 Heft 2
ISBN 978-3-89472-588-4
ISSN 0939-3013

Herausgegeben im Auftrag des Vorstandes
der HDS von Nils Diederich, Iring Fetscher,
Helga Grebing, Leo Kißler und Karl Theodor
Schuon

Redaktion: Bernhard Claußen, Klaus Faber,
Horst Heimann, Arne Heise, Ulrich Heyder,
Jens Kreibaum, Thomas Meyer, Thomas
Noetzel, Roland Popp, Walter Reese-Schäfer,
Hans-Joachim Schabedoth, Klaus-Jürgen
Scherer, Joachim Spangenberg.

Redaktionsleitung:
Roland Popp
eMail: rpopp-perspektiven@email.de

HDS-Geschäftsstelle:
c/o Kulturforum
WBH, Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Weitere Informationen unter:
www.hds-perspektiven.de
www.perspektiven-ds.de

Verlag und Abo-Vertrieb:
Schüren Verlag GmbH,
Universitätsstr. 55, D-35037 Marburg
Informationen zu perspektiven ds und zum
Verlagsprogramm des Schüren Verlags finden
Sie im Internet: www.schuere-verlag.de
Die perspektiven ds erscheinen zweimal im
Jahr. Einzelpreis 9,90 €, Jahresabo 16,90 €
incl. Versand. Der Bezugspreis für HDS-
Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
© Schüren Verlag GmbH
Alle Rechte vorbehalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wieder. Für unverlangt eingesandte Manu-
skripte wird keine Haftung übernommen.
Anzeigenverwaltung: Schüren Verlag
Druck: Gruner-Druck, Erlangen

*Der demokratische Sozialismus bleibt für uns
die Vision einer freien, gerechten und solidari-
schen Gesellschaft, deren Verwirklichung für
uns eine dauernde Aufgabe ist. Das Prinzip
unseres Handelns ist die soziale Demokratie.*

Hamburger Grundsatzprogramm der SPD

Gesellschaftsreform und ökologisches Wirtschaften

perspektivends
2/12

Inhalt

		<i>Eckart Kuhlwein</i>	
		Die SPD und die Nachhaltigkeit	101
		<i>Nina Scheer</i>	
Editorial	4	Energiewende aus politischer und unternehmerischer Sicht	107
Aktueller Beitrag		Beiträge und Diskussionen	
		<i>Ridvan Cifti</i>	
		Der Staat als Einheit von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft. Zum 75. Todestag von Antonio Gramsci	112
		<i>Horst Heimann</i>	
		Anmerkungen und Fragen eines Sozialisten zu: Sigmar Gabriel (Hg): <i>Die Kraft einer großen Idee. Europäische Moderne und Soziale Demokratie</i>	125
		<i>Ulrich Heyder</i>	
		Zum Reformbedarf in der Krise. Oder: Wozu nutzen wir unsere Freiheit?	17
		<i>Holger Rogall</i>	
		Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?	46
		<i>Arne Heise</i>	
		Demokratie und Sozialstaat – Einblicke in eine kontroverse Beziehung	69
		<i>Peter Brandt</i>	
		Bemerkungen und Rede zur Buchvorstellung zu Bernd Faulenbach: <i>Das sozialdemokratische Jahrzehnt</i>	148
		<i>Joachim H. Spangenberg</i>	
		Finanzmarktkrisen und Nachhaltigkeit	88

<i>Petra Hoffmann</i> Rezension zu: Lutz Brangsch, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg: <i>Den Krisen entkommen – Sozial- ökologische Transformation</i>	152	<i>Roland Popp</i> Rezension zu: Heinz Bude, Thomas Medicus, Andreas Willisich (Hrsg.): <i>ÜberLeben im Umbruch</i>	158
<i>Nils Diederich</i> Rezension zu: Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hrsg.): <i>Sozialdemokratie und Menschenbild</i>	155	Autorinnen und Autoren	163

Editorial

Stehen wir am Übergang zu einer neuen Wirtschaftsordnung? Benötigen wir eine neue Vorstellung von Wachstum? Zumindest hat es den Anschein, dass wir aufgrund der katastrophalen Folgen des industriellen Wirtschaftswachstums und der damit verbundenen bisherigen Energieproduktion ein fundamentales gesellschaftspolitisches Umschwenken benötigen. Die Reaktorexpllosion in Fukushima war einer der gewaltigsten Auslöser für die Fragen nach einer überlebensfähigen Energieproduktion.

Man hat den Eindruck, dass wir heute Debatten führen, die wir zum Teil schon in den 1970er und 1980er Jahren geführt haben. Wer erinnert sich nicht an die scharfen Auseinandersetzungen um den Unterschied zwischen „quantitativem“ (böses) und „qualitativem“ (gutes) Wachstum? Wer erinnert sich nicht an die vielen überzeugenden (zum Teil auch weniger überzeugenden) Publikationen zur ökologischen Modernisierung? Zurzeit scheinen diese Debatten wieder re-vitalisiert zu werden. Sie gewinnen aber zugleich eine andere Dynamik, wenn man bedenkt, dass die „aufkommenden“ großen Industrieländer wie China, Indien oder Brasilien die westlichen „Ökologen“ in Angst und Panik versetzen. Hat mittlerweile die „heimische“ Wirtschaftsbranche den ökologischen Umbau als notwendig für die eigene Überlebensfähigkeit anerkannt und eingesehen, scheinen die neuen Industrieländer mit ihren wahn-

sinnigen Produktions- und Wachstumsraten vieles wieder zunichte zu machen.

Die neue Wirtschaftsordnung und das neue ökologische Wirtschaften ist grundsätzlich kein Exklusiv-Thema der Sozialdemokratie. Auch konservative Parteien und die stärksten kapitalistischen Wirtschaftskreise sind mittlerweile vom „Umdenken“ überzeugt, obwohl sie über viele Jahre seriöse ökologische Einschätzungen blockiert, denunziert und diffamiert haben. Sie wissen aber nun, dass die kapitalistischen Wirtschaftssysteme – und eben auch die bundesdeutsche Variante der sozialen Marktwirtschaft – nur dann eine überlebensfähige Grundlage für Gewinnrealisierung und Kapitalakkumulation bietet, wenn „ökologisches Wachstum mit Nachhaltigkeitsgarantien“ das Fundament für Produktion, Distribution und Konsumtion bietet. Der Gesellschaftskonsens lautet mittlerweile (manchmal ganz vernünftig, manchmal ganz nervig): Wer überleben will, muss ökologisch leben.

Wenn man sich nur die Anzeigen in den großen deutschen Tages- und Wochenzeitungen ansieht, ist auffällig, wie dort mittlerweile auf den Putz gehauen wird mit einer ökologischen Wirtschaftsweise, mit umweltschonenden und nachhaltigen Produktionsverfahren in der Automobilindustrie, beim Industrie- und Wohnungsbau, selbst bei Finanzprodukten – und hierbei ließe sich noch auf viele andere Werbekampagnen in anderen Wirtschaftsbranchen verweisen. Die klassische ökonomische Theorie des Wirtschaftswachstums wird – so scheint es – abgelöst durch einen Öko-Ökonomismus mit Nachhaltigkeit.

Soweit sich auf den ersten Blick der große Öko-Konsens als neues Gesellschaftsparadigma auch durchgesetzt haben mag, bleiben bei genauerer Betrachtung aber doch noch ein paar widerständige Fragen: Wie teuer wird denn ökologisches Wirtschaften? Wer bezahlt die Energiewende? Und wer kann sie überhaupt bezahlen?

Der Öko-Konsens wird also kein friedliches Umschwenken auf den Tugendpfad, sondern er wird mit politischen Auseinandersetzungen und Kämpfen verbunden sein.

Diese Auseinandersetzungen werden dabei mehrere Frontverläufe in der Gesellschaftskonstellation ziehen: Gegenüber einer wirtschaftsfreundlichen Öko-Politik wird klarzumachen sein, dass ökologisches Wirtschaften nicht für die einen „schöne“ Steuererleichterungen, Förderungen und Subventionen unterschiedlichster Art bedeuten kann – die am Ende dann wieder von der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger zu bezahlen sind. Und gleichzeitig kann ökologische Modernisierung auch nicht bedeuten, dass eine wohlhabende Mittelschicht rücksichtslos ihre ökologische Gesinnung als Politik für alle durchzusetzen versteht. Nicht umsonst tauchen in vielen Städten immer mehr Bewegungen und Initiativen auf, die sich den Spruch „Kampf der öko-liberalen Mittelschicht“ auf die Fahnen geschrieben haben. Eine gerechte ökologische Politik wird diese Frontlinien aufnehmen müssen. Eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik darf diese Frontlinien nicht übersehen, und muss politisch-pragmatisch klären, wer mit wie viel an der ökologischen Wende fi-

nanziell und mental beteiligt und belastet werden kann.

In unserem Themenschwerpunkt bieten wir dazu einige grundsätzliche theoretische und politische Einschätzungen und Ausblicke. Und alle unserer Autoren zeigen, dass der notwendige Abschied von der klassischen Wachstumsgesellschaft auch mit einer fundamentalen Gesellschaftsreform korrespondieren muss.

Viele Anregungen beim Lesen wünscht

Roland Popp

Aktueller Beitrag

Redaktionelle Vorbemerkung (RP): Im März 2012 erschien in der HDS-Schriftenreihe der Sammelband „Sozialdemokratie und Menschenbild. Historische Dimension und aktuelle Bedeutung“, Schüren Verlag, Marburg 2011, herausgegeben von Helga Grebing, Richard Saage und Klaus Faber. Die in diesem Band versammelten Beiträge behandeln die historischen Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven sozialdemokratischer Menschenbilder. Am 31.05.2012 fand im Willy-Brandt-Haus eine Buchvorstellung dazu statt. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hielt den Hauptbeitrag bei dieser Veranstaltung. Wir dokumentieren hier seine Rede.

Sigmar Gabriel

Die Grundlage sozialdemokratischer Menschenbilder und ihre Bedeutung für eine gerechte Gesellschaft

Rede zur Buchvorstellung „Sozialdemokratie und Menschenbild“¹

Das ist gar nicht so einfach, hier zu reden. Wenn man als ehemaliger Student von Helga Grebing und von Richard Saage hier vorne steht, fühlt man sich doch wieder in eine Prüfungssituation zurückversetzt. Wenn mir das vor rund 30 Jahren jemand prophezeit hätte, dass ich einmal ein Buch von Euch vorstellen würde, ich hätte es wahrscheinlich nicht geglaubt, und Ihr hättet herzlich gelacht.

Ich habe ja noch im analogen Zeitalter meine Arbeiten an der Universität Göttingen geschrieben, deswegen sind diese hoffentlich nicht mehr auffindbar. Jedenfalls war ich so nicht in Gefahr, Plagiate zu verfassen.

Ich freue mich sehr darüber, dass Ihr heute hier seid und wir das Buch vorstellen können. Und ich freue mich sehr über den Gegenstand – das sozialdemokratische Menschenbild. Denn in der Tat ist es ja so gewesen, dass wir – zumindest war das die Auffassung vieler Liberaler und Konservativer in der

¹ Der Redestil wurde in der Schriftfassung beibehalten. Titel und Zwischenüberschriften wurden redaktionell hinzugefügt.

Politik – in den letzten Jahren den Eindruck hatten, als sei die Frage nach dem Menschenbild spätestens mit dem Zusammenbruch des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ und dem weltweiten Siegeszug bürgerlicher Demokratien mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung beantwortet: Jeder könne nach seiner Fassung selig werden. *The Pursuit of Happiness* aus der amerikanischen Verfassung lag in den Händen jedes Einzelnen, der am freien Markt der Möglichkeiten versuchen kann, im Wettbewerb mit anderen endlich seines Glückes Schmied zu werden. Das wurde zur wesentlichen Ausdrucksform des Menschenbildes in unseren entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften.

Doppelbödiges Freiheit

Aber genau da steckte dann eben auch das Problem. Eine Gesellschaft der auf ihren Vorteil bedachten „Ichlinge“ entwickelt sich keineswegs zu einer immer freieren und dynamischeren Gesellschaft. Wir haben sehr schön in den letzten Jahren sehen können, wie die Idee, dass jeder auf den freien Märkten seine Selbstverwirklichung betreiben könne und dass es nur an ihm hänge, wie weit er dabei komme, gescheitert ist. Übrigens: Diese Debatte über das Menschenbild, bei dem das freie Individuum das Recht auf Glück hat, aber auch die Verpflichtung, darum zu kämpfen, erlebt gerade auf der anderen Seite der politischen Medaille eine Wiedergeburt. Denn auch bei der Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen wird ein Menschenbild sichtbar, das mit dem Sozialdemokratischen,

mit der Wertschätzung und der Würde von Arbeit, aber auch der gegenseitigen Verantwortung und Solidarität für die Entwicklung einer Gesellschaft, relativ wenig zu tun hat. Insofern ist es eine gute Zeit, über Menschenbilder und das Bild vom Zusammenleben der Menschen in Deutschland, aber auch in anderen Ländern der Erde zu reden, weil die Ideologie der freien Märkte – also die, bei der jeder seines Glückes Schmied sei – ebenso gescheitert ist, wie die eher libertären Vorstellungen, die wir aktuell wieder erleben in der politischen Debatte. Denn ein Teil der sich individualisierenden Gesellschaft meint, sich das Recht auf ihre Selbstentfaltung nehmen zu können, die andere bezahlen sollen. Hierbei spielt die Frage, was Arbeit eigentlich mit dem Menschenbild und der Konstitution von Gesellschaften zu tun hat – also die Frage, die die Sozialdemokratie seit fast 150 Jahren bewegt – eine ganz andere Rolle als in der Ideengeschichte unserer Partei. So beginnen sich die Gegensätze zwischen den unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft wieder zu verschärfen. Nicht jeder Schmied hat Glück, und wird deshalb auch nicht zu seines Glückes Schmied.

Freiheit und Verantwortung

Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren vermutlich viel damit zu tun haben über die Frage zu reden, wie wir eigentlich die wachsenden kulturellen und sozialen Aufspaltungen unserer Gesellschaft wieder einigermaßen zusammenfügen können. Ich glaube jedenfalls, dass wir an einer Zeitenwende stehen, bei der das Bewusstsein davon,

dass eine Gesellschaft immer beides braucht, wieder geschärft wird: *Freiheit*, aus seinem Leben etwas zu machen, aber eben auch *Verantwortung* für andere zu empfinden, weil nur dann eine Gesellschaft sich gut entwickeln kann. Wenn beides im Blickwinkel der in ihr lebenden Menschen steht, wird das Pendel wieder in diese Richtung zurück schlagen.

Das „Miteinander“ als Gesellschaftsgrundlage

Wir haben ein schönes Beispiel dafür im letzten Jahr erlebt. Die Bremer Sozialdemokratie hat einen Wahlkampf geführt mit einem einzigen Wort. Und wenn man da im Wahlkampf war, dann hat man gemerkt, dass das Wort eine Saite zum Schwingen gebracht hat, die eine ganze Zeit stillgelegt schien in unserer Gesellschaft. Das Wort hieß „Miteinander“. Das war das einzige Wort, das auf Plakaten der Bremer Sozialdemokratie in ihrem Wahlkampf zu finden war. Da waren nicht Forderungen wie „Keine Kindertagesstätten-Gebühren mehr“, „Nur noch Ganztags- oder Gesamtschulen“, oder was man immer in Landtagswahlkämpfen plakatieren kann, sondern die Bremer Sozialdemokratie hat die gemeinsame Entwicklung ihrer Stadt, aller darin lebenden Menschen in diesem einen Wort zusammengefasst. Sie bildete damit ab, dass in unserer Gesellschaft wieder stärker darüber nachgedacht wird, was uns miteinander verbindet, und nicht mehr nur darüber, was uns voneinander trennt und uns in gegenseitigen Wettbewerb führt.

Wandel sozialdemokratischer Weltbilder

Wir Sozialdemokraten wissen schon lange, dass die Hoffnung auf die befreiende Macht des Eigennutzes trügt. Deshalb kommt die Erinnerung an verschiedene sozialdemokratische Menschenbilder der letzten 150 Jahre – so alt werden wir im nächsten Jahr – von Helga Grebing, Klaus Faber und Richard Saage aus meiner Sicht zu einer guten Zeit. Sie haben eine Problematik aufbereitet und ausgebreitet, die erst relativ spät in die sozialdemokratische Programmatik Eingang gefunden hat. Man kann aus dem Sammelband der drei Herausgeber lernen, dass zwar die Debatte über das Bild vom Menschen so alt ist wie die SPD, dass aber erst seit dem Godesberger Programm das Menschenbild der Partei auch richtig ausbuchstabiert wird. Im Berliner und erst recht im Hamburger Programm geschieht das aus meiner Sicht sehr ausführlich, und – wie ich auch finde – beeindruckend. Klar wird bei dem Blick auf die Programme: Je pluraler die SPD geworden ist, je unterschiedlicher die Motive, warum Menschen sich der Sozialdemokratie anschließen, desto größer wurde der Bedarf, sich auf eine gemeinsame Vorstellung davon zu einigen, wie eine Welt aussehen sollte, die den Menschen gerecht wird. In dem hier vorliegenden Sammelband gehen die Autoren dem Wandel sozialdemokratischer Menschenbilder nach. Der Leser erfährt viel über den Einfluss historischer Erfahrungen und Umbrüche auf das Menschenbild der Sozialdemokratie. Auch die Auseinandersetzung sozialdemokratischer Theoretiker mit dem jeweils herrschenden Zeitgeist spielt eine gro-

ße Rolle im Buch. Das reicht vom Sozialdarwinismus bis hin zur Kritik am Neoliberalismus der Gegenwart.

Menschenbild und Gesellschaftsbild als Konstante

Bei der Lektüre wurde für mich eines deutlich: Selbst wenn Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts viel von ihrem historischen Optimismus – ihrem naiven Optimismus, der historische ist ihr hoffentlich geblieben – eingebüßt haben, so gibt es doch Konstanten. Eine Konstante will ich besonders hervorheben. Die Diskussion über das Menschenbild ist für Sozialdemokraten immer auch eine Debatte über die Gesellschaftsform, in der Menschen im doppelten Sinn frei leben sollen. Frei natürlich von Not und Unterdrückung, aber auch frei zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Man kann das an der praktischen Politik ganz gut deutlich machen an der Diskussion der Sozialdemokratie über Mitbestimmung und Betriebsverfassung. Das ist in der Entwicklung dieser Idee nicht nur die eher technokratische Norm, Arbeitnehmerinteressen innerhalb eines Betriebes oder Unternehmens zu berücksichtigen. Dahinter steckt vielmehr ein ganz bestimmtes Bild vom Menschen, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eben nicht zu Objekten von Direktionsentscheidungen degradiert; es berücksichtigt, dass sie auch in ihrem Arbeitsprozess Subjekte bleiben und im Übrigen am Betriebstor kein Schild steht „Hier endet der demokratische Sektor der Bundesrepublik“. Das Bild vom Subjekt im

Arbeitsprozess, das etwas beizutragen hat, das sich äußert, das aber eben auch für sein Leben und seine Persönlichkeit mit diesem Arbeitsprozess verbindet: All das prägt sehr stark den Mitbestimmungsgedanken der Sozialdemokratie und ist dort praktischer Ausfluss eines ganz bestimmten Bildes vom Menschen und seinen Eigenschaften.

Die Konstante kommt auch im Hamburger Programm von 2007 zum Ausdruck. Dort heißt es: „Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. Menschen tragen verschiedene Möglichkeiten in sich. Sie sind weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig. Daher ist Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, können irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig.“

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass in den letzten 20 Jahren – in der Politik erlebe ich das im Alltag immer stärker – hinsichtlich der Demokratie und der gleichen Würde des Menschen – das sind die Voraussetzungen der Demokratie – das Misstrauen in unserem Land und vermutlich in allen westlichen Industrienationen immer stärker gewachsen ist. Je mehr Menschen Ungleichheit durch Mangel oder Not erfahren, je mehr sie erleben, dass sie selbst eben nicht Subjekt, sondern Objekt einer angeblich höheren wirtschaftlichen Logik werden, wenn es etwa um ihre Arbeitsplätze geht, und je mehr sie anderen Menschen und anderen Nationen zualterererst als Konkurrenten gegenübergestellt werden und nicht als Partner, desto stärker haben sie sich auch von diesem

Optimismus gegenüber einer demokratischen Gesellschaft entfernt.

Politik gegen Ohnmachtsgefühle

Von all den Dingen, die wir in unserem Land und in Europa und darüber hinaus zu regeln haben, erscheint mir eines das schwierigste: Das ist der Umgang mit den Ohnmachtsgefühlen in unserer Gesellschaft. Die hat ganz unterschiedliche Ausprägungen. Die eine, der man noch am einfachsten begegnen kann, ist, dass Menschen glauben, der Spruch „Geld regiert die Welt“ sei richtig und deshalb seien Parlamente, Politiker und Regierungen eigentlich gar nicht in der Lage, die Lebensbedingungen von Menschen nachhaltig zu beeinflussen. Dagegen kann man im Zweifel mit politischem Engagement und auch besserer Politik etwas tun.

Ein *zweites* Ohnmachtsgefühl – und das drückt das ganze Misstrauen gegenüber den etablierten demokratischen Institutionen, Parteien und Strukturen in Deutschland aus – ist das Ohnmachtsgefühl von Menschen gegenüber der Politik selbst. Wir werden erlebt als Teil einer eigenen Klasse mit eigenen Regeln, abgehoben vom Alltag der Bevölkerung, nicht wissend, wie der Alltag in Wahrheit aussieht, und möglicherweise nicht mal daran interessiert. Das hat viele Gründe, auch in den Erscheinungsformen von Politik. Eine Ursache liegt sicher auch darin, wie Politik sich heute entwickelt und woher sie kommt. Aber das ist natürlich eine ungeheuer gefährliche Entwicklung für die Demokratie insgesamt und für die Sozialdemokratie insbesondere, wenn Menschen letztlich nicht mehr an die

Gestaltungskraft von Politik und deren Gestaltungswillen glauben, sondern eher die Auffassung haben, die Welt teile sich in die da oben und wir hier unten. In diesem dichotomischen Bewusstsein nehmen viele Bürgerinnen und Bürger Abschied von politischer Beteiligung.

Pessimismus als Gegner der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hat immer von einem optimistischen Hoffnungsüberschuss von Menschen gelebt. Sie hat es schwer in einer Gesellschaft zu agieren, bei der es eher einen Überschuss an Pessimismus gibt. Das, glaube ich, ist der größte Gegner der Sozialdemokratie und ihrer Idee. Das ist nicht die CDU oder die FDP oder die Grünen, sondern dieses Ohnmachtsgefühl in der Gesellschaft. Und man muss fast froh sein, dass es einen Teil von Menschen gibt, die sagen, wir sind mit dem, was wir erleben, unzufrieden und beteiligen uns bei der Gründung einer neuen Partei erneut im parlamentarischen System. Jedenfalls ist das allemal besser, als sie völlig als Gesprächspartner zu verlieren.

Wie debattieren wir Sarrazins Thesen?

Es gibt also Grund darüber zu reden, wie unsere Vorstellung vom Menschen und von menschlichem Zusammenleben aussieht. Und natürlich habe ich gesehen, dass die Debatte über die Thesen von Thilo Sarrazin auch für die Autoren einer der Gründe gewesen ist, dieses Projekt anzugehen. Wir erleben ja, dass bei der Veröffentlichung dieses Buches – immerhin sind 1,5 Mio. Exemplare gekauft, vermutlich aber nicht alle gelesen worden – wie groß die verdeckte

te Sehnsucht danach war, eben nicht von der gleichen Würde aller Menschen ausgehen zu müssen, sondern eine unterschiedliche Würde zu vermuten und endlich jemanden zu finden, der in einer pseudowissenschaftlichen Argumentation versucht, dafür scheinbar wissenschaftliche Argumente vorzustellen.

Die Sozialdemokratie hat über diese Thesen Sarrazins und sein Menschenbild – er selbst bezeichnet sich als Sozialdemokraten – eine Stellvertreterauseinandersetzung geführt. Die Auseinandersetzung in der SPD ist stellvertretend für eine geführt worden, die in der Gesellschaft nur zum Teil stattgefunden hat. Und man muss zugeben, dass wir diese Auseinandersetzung verloren haben. Selbst in der Entscheidung des Schiedsgerichts innerhalb der SPD ist es nicht gelungen, das Kernproblem dieses Buches zum Gegenstand der Debatte zu machen, nämlich sein Menschenbild. In den veröffentlichten Medien, in der innerparteilichen Debatte gab es stattdessen immer folgenden Versuch, sich damit nicht auseinander zu setzen: Ja, da habe der sicher irgendwelchen biologistischen Quatsch geschrieben, aber im Grunde sei das doch gut, dass einer endlich mal erklärt, wie schwierig die Integration in Deutschland eigentlich sei.

Das ist die Behauptung, die beiden Dinge könnte man voneinander trennen. Aber das Buch Sarrazins trägt nicht ohne Grund den Titel „Deutschland schafft sich ab“ und zum ersten Mal belebt eine respektierte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg die Verbindung zwischen genetischen und sozialen Fragen in unse-

rem Land. Das ganze Grundgesetz ist, den Nürnberger Ärzteprozess vor Augen, gegen diese Verbindung von genetischen und sozialen Fragen geschrieben worden, weil nie wieder ein Staat und eine Gesellschaft entstehen sollte, bei der genetische Auswahlprozesse organisiert werden sollten zur Verbesserung der gesellschaftlichen, der sozialen Verhältnisse in einem Land.

Das ist ja ein Menschenbild gewesen, das auch in der Sozialdemokratie und auch in der Linken im Wechsel vom 19. zum 20. Jahrhundert außerordentlich modern war und populär. In fast allen damaligen ideologischen oder ideengeschichtlichen Entwicklungen galt es, den neuen Menschen zu schaffen. Das wollten auch Sozialdemokraten.

*„Wir sind das Bauvolk
der kommenden Welt,
wir sind der Sämann,
die Saat und das Feld,
wir sind die Schnitter
der kommenden Mahd,
wir sind die Zukunft
und wir sind die Tat.“*

Das ist ein anderes Lied der Arbeiterbewegung aus dem Roten Wien. Die Kommunisten mit der Idee eines neuen Menschen, die sie mit jeder Brutalität durchzusetzen bereit waren, und die Nationalsozialisten, die sich auf Sozialdemokraten aus Schweden beriefen – Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre – Alva und Gunnar Myrdal, die diese Idee genetischer Selektion zur Verbesserung der Bedingungen für eine sozial gerechte und sozialistische Ge-

sellschaft in Schweden zur Regierungspolitik erhoben hatten. Bis in die 1970er Jahre hinein wurden auf dieser Grundlage Menschen in Schweden sterilisiert, um ihre Fortpflanzung zu verhindern. Auf nichts anderes haben sich Nationalsozialisten berufen. Und übrigens: Sarrazin beruft sich ebenfalls auf Gunnar und Alva Myrdal, ohne allerdings die Konsequenzen dieser Ideengeschichte zu beschreiben. Also eigentlich nichts Neues, aber zum ersten Mal – weil wir eben im ersten Teil des 20. Jahrhunderts erlebt haben, zu welcher Katastrophe das führt – hat ein Politiker diese Idee des Genetischen und der Verbindung von Genetischem und Sozialem erneut belebt. Er hat dafür entweder ungeheuer viel Zuspruch bekommen oder zumindest doch vom beschwichtigenden Versuch profitiert, diese Kernthese seines Buches zu verschweigen.

Niederlage in der Debatte

Ich habe vorhin gesagt, wir haben diese Debatte verloren, weil es weder innerhalb der SPD noch außerhalb der SPD gelungen ist, den Kern von Sarrazins Menschenbild zum Gegenstand der öffentlichen Debatte zu machen. Diskutiert worden ist über all das, über was man zu recht in Deutschland streitend diskutieren darf: Vor allem über gelungene und misslungene Integration. Aber es ist nicht diskutiert worden über die Frage, welches Bild vom Menschen uns eigentlich auszeichnet. Welches Menschenbild liegt unserem demokratischen Gemeinwesen und einem friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt zugrunde? Da-

rüber ist nicht geredet worden, sondern es ist über andere Dinge geredet worden. Und Sarrazin selbst hat vermutlich irgendwann erlebt, dass er diese Debatte auch nicht überstehen könnte, und er hat deshalb selbst auch nicht mehr darüber gesprochen. Aber das zeigt, da ist etwas im Kern unserer Gesellschaft, das mobilisierungsfähig ist.

Dünnes Eis in der Integrationsdebatte

Lieber Richard Saage, ich erinnere mich an unsere Debatten über Konservativismustheorien und die neue Rechte und über das, was damals Ernst August Roloff über Adorno und seine Studien zum autoritären Charakter in Göttingen veröffentlicht hat. Damals haben wir gelernt, dass autoritäre Charakterstrukturen in jeder Gesellschaft, die so komplex und kompliziert ist wie Industriegesellschaften, entstehen, aber dass es darauf ankommt, ob sie sich Bahn brechen. Und das ist tatsächlich die Frage. Mitentscheidend ist, ob solche Ideologien von oben in der Gesellschaft salonfähig gemacht werden. Und Sarrazin kam von oben. Und wenn ein Bundesbankvorstand, ein ehemaliger Finanzminister, ein Sozialdemokrat, ein solches Menschenbild veröffentlichen kann, dann trauen sich tausende aus dem Zentrum der Gesellschaft johlend und applaudierend in der Berliner Urania zu sitzen und jeden Ansatz von Kritik so nieder zu schreien, dass die Kritiker in einer öffentlichen Debatte keine Chance mehr hatten, zu Wort zu kommen. Das zeigt, wie dünn das Eis ist, auf dem wir uns bewegen, und wie wichtig es ist, in unserer Gesellschaft über unser Bild vom Menschen und über unser Bild vom Zusam-

menleben zwischen Menschen zu reden und klar zu machen, dass solche Verbindungen von Genetik und Sozialem in Deutschland, in Europa und in der Welt ausschließlich einen Weg nehmen können, nämlich den in die Katastrophe.

Ökonomisierung des Sozialen

Mich beunruhigt, wie viele Menschen das Publizieren solcher Thesen als einen Akt der Befreiung erlebt haben, eine Befreiung auch von einem Menschenbild gleicher Würde unter den Menschen. Denn nichts anderes ist dabei passiert. Schaut man sich Untersuchungsergebnisse von Wilhelm Heitmeyer und Anna Klein aus dem letzten Jahr an, dann weicht das Erstaunen doch deutlich der Beunruhigung. Die beiden untersuchen die Ökonomisierung des Sozialen. Hinter diesem sehr soziologisch klingenden Titel verbirgt sich die Beschäftigung mit einem Bereich, den Sozialdemokraten als ein Feld der Kooperation und des friedlichen Ausgleichs von Interessen verstehen, während die Neo-Liberalen auch das Soziale einem reinen Nutzen-Kalkül unterwerfen wollen. Ich will Ihnen mit ein paar Zahlen illustrieren, wie sehr Ungleichheit in unserem Land schon zu Ungleichwertigkeit geworden ist.

Fast ein Drittel der Befragten in Heitmeyers und Kleins Befragung finden beispielsweise, dass sich „keine Gesellschaft Menschen leisten kann, die wenig nützlich sind“. So lautete die Ausgangsfrage. Fast ebenso viele sind der Meinung, dass wir in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager nehmen. Ich empfehle jedem aktuell mal eine Debatte über deutsche Hilfszahlun-

gen an Griechenland. Er wird die Europäisierung dieses nationalen Gefühls sofort erleben. Man sollte sich in Acht nehmen vor vorschnellen Erklärungen. Aber können einen solche Einstellungen wirklich wundern, wenn seit mehr als 20 Jahren der Abbau von Wohlstand in den entwickelten Industrienationen mit dem gnadenlosen internationalen Wettbewerb begründet wird, dem man sich eben zu stellen habe und bei dem nur der auch als Nation, als Standort überleben kann, indem die Nützlichen sich durchsetzen? In dem Menschenbild, das zu solch einem Weltbild passt, sind die Schwachen und die scheinbar Unnützen nicht nur Ballast. Sie sind mehr als das. Sie werden schnell zu angeblichen Schädlingen, weil sie die Wettbewerbssituation des eigenen Landes und damit das eigene Einkommen gefährden. Dazu passen dann übrigens Begriffe wie „Sozialschmarotzer“ oder „Hartz-IV-Betrüger“, die in vielen Medien und auch in unserer politischen Alltagssprache längst Eingang gefunden haben.

In derselben Befragung gaben fast 65 Prozent an, dass „Leute wie ich sowieso keinen Einfluss darauf haben, was die Regierung tut“. Welche Aufgabe wir als Politiker haben, zeigt diese Zahl: 83 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass „sich Politiker mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger“. Und man muss wohl sagen, leider gibt es dafür eine ganze Menge an Belegen.

Beispiele, wie die gerade genannten, zeigen, dass es gute Gründe dafür gibt, sich mit dem Bild und der Idee über den Menschen und das Zusammenleben von Menschen zu beschäftigen. Denn weder um unser gemeinsames Ziel der glei-

chen Würde aller Menschen, noch um das dafür notwendige solidarische Zusammenwirken steht es besonders gut. Aber beim Warnen dürfen wir als Sozialdemokraten eben nicht stehenbleiben. Zu unserem Menschenbild gehört auch, dass Menschen ihre Geschichte selbst machen können, wenn auch nicht unter selbstgewählten Umständen.

Praktische Solidarität

Seit 150 Jahren glauben wir Sozialdemokraten fest daran, und haben auch unglaubliche Erfolge dabei erzielt, dass die Welt gestaltbar ist, wenn wir solidarisch daran herangehen. Auch an diesen Fortschrittsoptimismus der Sozialdemokratie erinnert übrigens der eine oder andere Artikel in Helga Grebings, Richard Saages und Klaus Fabers Sammelband, ebenso wie an die Enttäuschungen, welche die Partei erlebt, und welche sie einen gesunden Realismus gelehrt haben. Im Rückblick auf die nun fast 150jährige Geschichte unserer Partei zeigt sich, dass die SPD sich dabei meist in einer Doppelrolle gesehen hat. Sie hat ganz praktisch in den Kommunen, in den Betrieben, in den Bildungseinrichtungen, auch in den Parlamenten für die Schaffung von Lebensumständen gekämpft, unter denen ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Gerechtigkeit möglich sind. Darüber hinaus ist sie eingetreten für eine politische Praxis, die Solidarität erfahrbar und damit zu einem Modus des täglichen Umgangs miteinander macht. In den ersten Jahrzehnten war es das Ziel der Parteiarbeit und der Praxis in der Arbeiterbewegung, Solidarität in dem eigenen Teil der Gesellschaft erfahrbar werden

zu lassen – aus der Not heraus geboren, aber sicher auch um zu zeigen, dass ein anderes Leben möglich ist – und gleichzeitig in der politischen Arbeit der Parlamente insgesamt die Gesellschaft zu verändern.

Aber schon im Erfurter Programm der SPD von 1891 sagen die Sozialdemokraten, dass nur die Demokratie die Voraussetzung für eine den Menschen gerecht werdende Form eines solidarischen Umgangs schafft. Die Demokratie ist die politische Form, in der Solidarität eingeübt wird. Eine erleb- und praktizierbare, alle Bereiche des Lebens regelnde Demokratie – um nichts anderes geht es bei Willy Brandts Ankündigung „Mehr Demokratie wagen“. Demokratie, demokratische Praxis selbst, erzieht zu friedlicher Kooperation, zum Kompromiss und auch zur Solidarität. Das ist nicht nur die Aufgabe einer politischen Avantgarde, sondern das ist das Kennzeichen sozialdemokratischer Politik. Ich glaube, dass diese doppelte Aufgabe es wert ist, sich heute wieder an sie zu erinnern und übrigens auch darüber nachzudenken, dass wir uns in einer weit besser gebildeten und auch informierten Gesellschaft neue Formen demokratischer Partizipation zutrauen können.

Für Bürgerbeteiligung – gegen einen zynische Politikvorstellung

Ich kenne alle Argumente, die gegen Volksentscheide sprechen, jeder versucht natürlich mitten in der Euro-Krise zu zeigen, siehst du, wenn du da die Menschen fragen würdest, würden sie alle raus aus dem Euro wollen und den Griechen keinen Cent mehr schicken.

Aber es geht mir ganz grundsätzlich darum, dass nur über den Weg der demokratischen Auseinandersetzung auch mit unseren Bürgerinnen und Bürgern in unserer Gesellschaft demokratischer Fortschritt, auch europäischer Fortschritt zu erzielen ist, weil wir nur auf diesem Weg den Zynismus in unserer Gesellschaft und in der Politik bekämpfen können. Der Zynismus ist ganz wesentlich auch dadurch entstanden, dass Parteien – auch die Sozialdemokratische Partei wie alle anderen – in der Vergangenheit in der Alltagspraxis ihrer Politik nicht in ausreichendem Maße die in ihrer Ideologie, in ihrer Vorstellungswelt vorhandenen Wertvorstellungen vom Menschen und seinem Zusammenleben berücksichtigt haben.

Ein sozialdemokratischer Regierungschef aus Schweden hat mal als Leitlinie für sozialdemokratisches Regierungshandeln ausgegeben: Do it quick and dirty. Etwas frei übersetzt, heißt das: Mach sie ganz schnell nach den Wahlen, die schlimmen Dinge, die Du vorher verschwiegen hast. Bis zur nächsten Wahl werden Deine Wählerinnen und Wähler das wieder vergessen haben. Das ist wohl das Motto, das fast alle Regierungen irgendwann einmal für sich in Anspruch genommen haben. Aber wer so zynisch mit der eigenen Bevölkerung umgeht, darf sich eben auch nicht wundern, wenn nach längerer Erfahrung die Gesellschaft ebenso zynisch denjenigen antwortet, die sich einen aufgeklärten Umgang auch mit schwierigen Entscheidungen in der Gesellschaft nicht zutrauen. Deswegen glaube ich, dass uns nur ein Ausweg bleibt, nämlich die demokratische Teilhabe unse-

rer Bürgerinnen und Bürger zu verbreitern: durch die Öffnung der Parteien, durch Mitwirkungsmöglichkeiten auch für Menschen, die sich nicht ein Leben lang zu einer Partei bekennen wollen, und auch durch die Verankerung des Rechts auf Volksentscheide und auf die Überprüfung parlamentarisch getroffener Entscheidungen in unserer Verfassung. Auch da muss das Menschenbild der Sozialdemokratie wieder sichtbar werden, dass wir den Menschen etwas zutrauen. Wir sind eine Partei der Aufklärung, und wenn wir selbst nicht mehr an die Kraft des Arguments und an die Kraft der Emanzipationsfähigkeit und Aufklärung glauben, warum sollten es die Menschen tun, um deren Vertrauen wir werben.

Eine progressive Version vom selbstbestimmten Bürger

Ein neuer Anlauf zur Belebung der Demokratie in unserem Land muss sich allerdings dem ökonomischen Menschenbild des Neoliberalismus entgegenstellen und ihm eine menschliche, zugleich progressive Version eines selbstbestimmten Bürgers gegenüberstellen. Ich habe schon gesagt, dass ich glaube, die Chancen dafür wachsen wieder, dass Menschen merken, dass sie nur gemeinschaftlich aus ihrem Leben etwas machen können, und dass dieser Westwelle-Spruch, wenn jeder an sich selbst denkt, ist an alle gedacht, für eine moderne Gesellschaft eben nicht sehr erfolgversprechend ist. Unser Anspruch als Sozialdemokratie ist es, das Missverhältnis zwischen dem Anspruch der Demokratie und der gesellschaftlichen Wirklichkeit wieder zurechtzurücken

und eine Balance zu schaffen, in der Freiheit und Gerechtigkeit sich gegenseitig bedingen, damit Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt neu entstehen. Das Lesen unzeitgemäßer Bücher, die zur rechten Zeit kommen, um die aktuellen Aufgaben der Politik mit den historischen Erfahrungen verknüpfen, ist dabei ausgesprochen hilfreich. Ich danke deshalb Helga Grebing, Richard Saage, Klaus Faber und allen, die zu diesem Buch beigetragen haben, für ihre Arbeit. Es bleibt die vor-

nehme Aufgabe der Sozialdemokratie, ihre praktische Politik aus ihrem Verständnis des Bildes vom Menschen und des Zusammenlebens von Menschen heraus zu entwickeln und an den politischen Entscheidungen ihre Werthaltungen im Alltag sichtbar werden zu lassen. Es gibt keine bedeutende politische Kraft in Deutschland, die sich diesem historischen Auftrag so sehr verpflichtet weiß wie die Sozialdemokratie, und das muss auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten so bleiben.

Themenschwerpunkt: Gesellschaftsreform und ökologisches Wirtschaften

Ulrich Heyder

Zum Reformbedarf in der Krise

oder: Wozu nutzen wir unsere Freiheit?

Der gesellschaftliche Erneuerungsbedarf wird immer noch verkannt

Wir bekommen die Staatsverschuldung in Europa und bei uns selbst nicht in den Griff, wir perpetuieren eine verhängnisvolle Blasenökonomie ohne echte Wertschöpfung und wir denken die zentralen Begriffe unserer Ökonomie nicht neu, genau so wenig, wie wir die Grundlagen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, den Problemen in der Krise gemäß, neu entwerfen. Was ist es, das uns blockiert? Warum tun wir das nicht – aus unserer Freiheit? Warum gelingt es uns nicht, die Hauptursachen der Krise zu korrigieren und das Verhältnis von Bürger und Staat neu zu ordnen? Dabei ist eine Zukunftsvision, mittelfristig doch da: ein Europa als Vorreiter einer nachhaltigen Ökonomie! Das meint als ein Erstes die Möglichkeit, dass sich zunächst in Kontinentaleuropa die Eulroländer für ein neues supranationales Regelwerk mit Beschränkungen und Kontrollen auf den wichtigsten Finanz-

plätzen einigen. Auf dieser Basis könnte im Weiteren ein europäisches Sozialmodell entstehen, das weltweit beispielgebend ist, so drei führende Sozialdemokraten in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung im Frühjahr 2012. Und das wird nicht nur in der Sozialdemokratie diskutiert. Das wirft die Frage auf, wo es anfängt und welche Voraussetzungen das hat, nachhaltiges Wirtschaften und ein gestaltender und bezahlbarer Staat.

Wo der wirkliche Erneuerungsbedarf für die Lösung der Probleme liegt, anstelle neuer Schulden, tritt dabei nur wenig in das Bewusstsein. Allerlei Politisches wird erwogen, die Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, der dabei auf dem Prüfstand steht, werden noch kaum reflektiert, geschweige denn eine wirkliche gesellschaftliche Reformperspektive entwickelt. Wir sollen den Schuldensumpf bei uns selber austrocknen, was durch die verfassungsmäßige Verankerung einer Schulden-

bremse angeregt worden ist, gleichzeitig sollten wir nachhaltige Wachstumsimpulse fördern und die Finanzmärkte an den Kosten der Krise angemessen beteiligen. Letzteres beinhaltet eine europäische Bankenaufsicht, Trennung von klassischem Kreditgeschäft und Investment, Entwicklung eines bankenfinanzierten Risikofonds, Umsatzsteuern auf Finanzmarktprodukte und vieles mehr. Der wirklichen Krise in unserem Denken und den Bedingungen gesellschaftlicher Erneuerung wird dabei nicht ins Auge geschaut. Damit meine ich die schizophrene Form der Vergesellschaftung, die sich in der sozialen Marktwirtschaft heraus gebildet hat: Wachsende gesellschaftliche Armut in Form prekärer Lebens- und Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitig ca. acht Mal nicht bezahlten Staatshaushalten. Zwei Billionen Staatsschulden und eine staatlich sogar noch angeregte Finanzschmarotzerei durch jährliche Zinszahlungen von über 50 Milliarden Euro an die Spekulanten, etwas grob ausgedrückt. Schizophrenie auch in dem Sinne, dass wir als Wirtschaftsbürger gegeneinander und gegen die Umwelt in die sozialen Prozesse eintreten, das nennen wir Wettbewerb, und dann als politische Bürger die Folgen davon sehr kostspielig wieder abarbeiten, anstatt uns von der Wirtschaft her eine verantwortete Sozialgestalt zu geben – aus Freiheit. Die sozialstaatlich produzierte Solidarität erweist sich als nicht mehr tragfähig, aber neue Wege werden nicht beschritten. Das Flickwerk setzt sich fort.

Die Schizophrenie besteht weiterhin darin, dass der gleiche Bürger, der in der Wirtschaft im Wettbewerb sei-

nen persönlichen Vorteil suchen muss, gleichzeitig als politischer Bürger in der Zivilgesellschaft gegen die Folgen davon protestieren darf. Unsere Vergesellschaftungsgrundlagen vom Individuum her stimmen nicht mehr. Erst die Gesellschaft selber schädigen und dieses dann, Schulden produzierend, wieder korrigieren, das ist unsere Problemlösungspraxis. Wir müssen demgegenüber vom Wirtschaften her anders werden, wir, jeder Bürger und wir in unserer Wirtschaftsverfasstheit.

Dabei sind die erwähnten politischen Maßnahmen in Bezug auf den Bankensektor absolut erforderlich und notwendig, weil stabilitätsfördernd und Gefahren abwendend. Nicht überwunden wird jedoch die allgemein zu beobachtende Verholzung unseres sozialen Denkens, das die Probleme, hier die zunehmende gesellschaftliche Entsolidarisierung, durch alte Gedankenschemata zu bewältigen versucht. Neuen Gedanken im Hinblick auf die Grundlagen der Vergesellschaftung wird ausgewichen. Die bestehende Arbeitsteilung zwischen Staat und Gesellschaft wird nicht hinterfragt, ebenso nicht das Sozialstaatsversagen im Schuldenberg und unsere soziale Verantwortungslosigkeit als Marktteilnehmer, überhaupt das ganze Institutionengefüge, das unsere Leistungsfähigkeit und zugleich sein Versagen zur Erscheinung bringt. Durch die aktuelle politische Krisenrhetorik hindurch ist kein wirklicher ursachenbezogener ordnungspolitischer Neuanfang zu erkennen. Dabei sitzt die Krise ganz tief im System der sozialen Marktwirtschaft. Die Finanzkrise geht aus dem Markt hervor, so wie er in diesem

System ist, und die Schuldenkrise geht aus dem Staat hervor, so wie er in diesem System ist. Die soziale Marktwirtschaft ist vom Markt her sozial verantwortungslos und vom Staat her in der Folgenbearbeitung überfordert. Wenn wir die soziale Marktwirtschaft für uns erhalten wollen, wofür es gute Gründe gibt, müssen wir sie radikal erneuern und nicht bloß rückwärtsgewandt, unter heute völlig veränderten globalen Bedingungen gegenüber den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens, immer wieder zu restaurieren versuchen.

Die zu beobachtende Entsolidarisierung und die mit ihr verbundenen Probleme, weltweit eine Milliarde Menschen ohne Verdienst, dem eigenen Lebensauftrag entfremdet, ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, ausreichender Nahrung, Bildung, Gesundheit, weiterhin zunehmende Wirtschaftskriminalität (Drogengeschäft), lokale Kriege, die Milliarden verpulvern, eine zunehmende Verwüstung der Biosphäre, grenzenlose Gier im Finanzverhalten, Fundamentalismus, Terrorismus, der Zerfall von Staatlichkeit, fordern die Grundlagen unserer überkommenen Lebensweise heraus. Im Finanzwesen fehlen nicht nur Regeln, sondern eine grundlegende Revision unserer falschen Auffassung vom Geld, wie sie in den rasant schnell immer wieder neu erfundenen Finanzprodukten zum Ausdruck kommt. Der Ursprung des Geldes, die wertschöpfende Leistung, verliert sich aus dem Bewusstsein. Nur Arbeiten schafft Geld, und Geld ist auch nicht neutral. Kaiser Vespasians Spruch, dass Geld nicht stinkt (*pecunia non olet*), stimmt in diesem Zusammenhang ganz und gar nicht.

Ganz im Gegenteil. Es stinkt mehrfach: nach Drogen, Kriegsgewinnen, Waffenhandel, wirtschaftlicher Übervorteilung und Betrug in undurchschaubaren Finanzprodukten. Das Gewebe des Sozialen löst sich in diesen Phänomenen auf und zerfällt. Es geht aber heute um die Vergesellschaftung von bald sieben Milliarden Menschen. Die Schere zwischen Arm und Reich klappt ins Unerträgliche. Von den uns geschenkten natürlichen Ressourcen der Erde wurde weltweit in den wenigen Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg mehr verbraucht als die gesamte Menschheitsgeschichte davor. Und wie sehen die Sozialverhältnisse aus?

Zur Lösung der sozialen und ökologischen Fragen brauchen wir wieder mehr Gesellschaftsentwicklung. Es fehlt eine Sozialentwicklung, die es ermöglicht, dass wir als Akteure schon gesellschaftlich verantwortlich werden, füreinander und für die Natur. Es fehlen jedoch besonders in der Wirtschaft die strukturellen Vorgaben dafür, sozial unmittelbar wirken zu können. Wir überleben durch den Wettbewerb, in diesem stehen wir gegeneinander, nicht für die selbst erzeugten sozialen Probleme eintretend, jedenfalls nicht als Primärorientierung unseres Handelns. Ein Interesse, das nicht individualistisch-interessenbezogen in die Sozialprozesse eintritt und ein entsprechender Modus der Kooperation wird von den gegebenen Strukturen her nicht gefördert. Angesichts der sozialen Dysfunktionen in der Wirtschaft und einer überproportionalen Schuldenanhäufung in der Politik wird es zwingend anzufangen, daran zu arbeiten, die wohlfahrtsstaatliche

Handlungsorientierung in gesellschaftliche Lebensformen umzuwandeln. Eine Sozialentwicklung über die Marktwirtschaft und den Wohlfahrtsstaat hinaus, so wie sie heute voneinander abhängen, muss angestoßen werden, nicht als Kompensationsprogramm, sondern als Revision der primären Handlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die bestehende Arbeitsteilung zwischen Individuen und Staat, so wie sie aus den gegebenen sozialen Strukturen hervorgeht, bedarf einer völligen Umkehr. Alle beklagen zwar die Problemlösungsunfähigkeit in den bestehenden Strukturen. Aber keiner will diese ändern. Es fehlt die Perspektive. Der Staat ist hoch verschuldet. Die Probleme, die in der Gesellschaft entstehen, werden immer größer. Der Staat holt sich das Geld von den Zockern, die auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt pfeifen. Wer haftet eigentlich für diese Politik? Oder besteht längst ein Konsens, dass es die Inflation besorgen soll? Und wann erfolgt die strukturelle Korrektur im gesellschaftlichen Raum selber, die es ermöglichen würde, den Staat wieder gestaltend, *problemlösend* und nicht *kauschierend* zur Erscheinung zu bringen.

Unser Freiheitsbekenntnis ist erweiterungsfähig – das Beispiel Joachim Gauck

Dies führt uns zu der Frage, wozu nutzen wir eigentlich unsere Freiheit? Gemeint ist eine Freiheit, die sich nicht nur individualistisch auslebt, sondern als eine soziale Freiheit, als eine freiheitlich gewollte Sozialität in Erscheinung tritt. Die bisher noch ungenutzten Potentiale eines möglichen sozialen Freiheitsver-

ständnisses werden heute zum Nachteil unserer gesellschaftlichen Entwicklung immer deutlicher. Als besonders prominentes Beispiel hierfür kann das Freiheitsbekenntnis von Bundespräsident Joachim Gauck herangezogen werden. Gauck bezeichnet sich immer wieder als einen „Liebhaber der Freiheit“ und das erscheint auf den ersten Blick glaubhaft, weil existentiell durch sein Leben und Wirken fundiert. Für Gauck ist Freiheit „das Allerwichtigste im Zusammenleben“. (Gauck 2012: 5) Damit verbindet sich bei ihm zugleich ein ganz hoher Anspruch und doch auch eine charakteristische Begrenzung. „Wer heute danach fragt, was unsere Gesellschaft ausmacht, was sie prägt und ihr Gestalt verleiht, wird auf drei Wesensmerkmale stoßen: Freiheit, Verantwortung, Toleranz“. Und das gehört für Gauck untrennbar zusammen, wird persönlich vorgelebt und impliziert für ihn auch, dass dieser Dreiklang zugleich als „Grundlage einer globalen Leitkultur“ wirksam werden sollte. (Gauck 2012: 3)

Verfolgen wir die Ableitungen zunächst ganz wörtlich. Eine erste Konkretisierung der Freiheit bedeutet für Gauck ungebunden zu sein, nicht kommandiert zu werden, sich die Maßstäbe des eigenen Lebens selber setzen zu können. Das führte ihn in der DDR zu der Erfahrung, dem sind hier durch die Verhältnisse unzulässige Grenzen gesetzt, aber „in mir gibt es ein Reich der Freiheit“, beispielhaft repräsentiert in dem allseits bekannten Lied: „Die Gedanken sind frei...“, aber, so Gauck, das „wärmte eine Zeit lang, machte uns aber politisch nicht satt“. Wichtig wird für ihn eine ganz wesentliche Erweite-

rung, die auch die Wendezeit existenziell ermöglichte, nämlich dass aus der Sehnsucht nach Freiheit die „Gestaltung“, ja „Mitgestaltung“ von Freiheit wurde (Gauck 2012: 24ff.). Und das vertieft sich bei ihm auch in eine soziale Dimension: „Ich nenne die Freiheit der Erwachsenen Verantwortung“, und das bedeutet „Hingabe“ und „Aufgabe“ und es bedeutet die „Bezogenheit auf das eigene Selbst hinten an zu stellen“. Wir sind geboren zur „Lebensform der Bezogenheit“ (Gauck 2012: 29) auch „Glück der Bezogenheit“, was meint: „Verantwortung übernehmen“... „Erfüllung durch Verantwortung“ wird zum Leitmotiv, bei Gauck existenziell fundiert und wie zu sehen ist auch persönlich präsent in seiner gegenwärtigen Amtsführung und wohltuend entgegenkommen von den politischen Partnern bei seinen Auslandsbesuchen. Das überzeugt und wird auch vielfach wirksam, wie z. B. in Gaucks Position zu den Menschenrechten und im Asylrecht. Es gibt, so Gauck, auch eine „schützende Freiheit“. (Gauck 2012: 35f.)

Gaucks Freiheitsverständnis zeigt zugleich aber auch und nicht untypisch für DDR-Biographien, charakteristische Grenzen im Sinne einer Zurückhaltung in der sozialen Dimensionierung der Freiheit. Die Revolution in Osteuropa war ja keine Erneuerung einer sozialen Denkweise, sondern der Übergang von einer nicht mehr lebensfähigen defizitären Lebensform in eine andere, ohne dieser anderen, ebenfalls hoch problembehafteten, einen neuen Impuls zu geben. Dies ist etwas, was Gauck mit V. Havel, M. Gorbatschow oder auch D. Tusk vereint. Ihre Wirkung erfolg-

te aus dem Impetus der Liberalität und der Bürgerrechte, wahrlich ein immer wieder hart auf die Probe gestellter Anspruch. Eine besondere soziale Idee war darin aber nicht enthalten, schon gar keine Vision für ein erneuertes Zusammenleben in einer defizitären bürgerlichen Gesellschaft, so wie es die heutigen Krisenphänomene der sozialen Marktwirtschaft unübersehbar herausfordern.

Aus der erfahrbaren sozialen Krise der Marktwirtschaft wird bei Gauck keine weiterführende gesellschaftliche und ordnungspolitische Perspektive. „Wenn wir die politische Freiheit gestalten wollen, gibt es nicht allzu viele Varianten“. (Gauck 2012: 58) Und weiter, „ich sehe jedenfalls keine, die den Grundsätzen dieser westlichen Variante von Eigenverantwortung vorzuziehen wäre“. Und: „Es gibt keinen Grund, eine neue Variante von Antikapitalismus in die politische Debatte zu bringen.“ (Gauck 2012: 60) So kann man jedoch eigentlich nur sprechen, wenn man ordnungspolitisch nichts anderes als die Alternative Kapitalismus oder Sozialismus kennt. *Eigenverantwortung*, das ist der Ausgangspunkt, aber zu welcher sozialen Verpflichtung führt sie denn und, falls als erforderlich erkannt, zu welchem der Problemlösung adäquaten freiheitlichen Wandel der Gesellschaftsordnung? Diese Frage wird nicht gestellt. Der gesellschaftspolitische Vorstellungshorizont bleibt seltsam eingebunden: „Freilich möchte ich gerne, dass wir den kapitalistischen Wirtschaftssystemen so kritisch gegenüber treten wie den verschiedenen politischen Richtungen. Es soll und muss debattiert werden, ob konservative, liberale oder linke

Vorstellungen einer sozialen Marktwirtschaft eher gerecht werden oder bessere Lösungen für künftige Krisen anbieten werden.“ (Ebenda) Es fehlt die Perspektive einer zukunftsbezogenen Alternative zum Gegenwärtigen, eine in Freiheit weiter zu entwickelnde sozial-reformerische Perspektive für die Bearbeitung der zunehmenden Probleme, wie sie das Markthandeln hervorbringt. „Ich wünsche mir, dass sich unsere Gesellschaft tolerant, wertbewusst und vor allen Dingen in Liebe zur Freiheit entwickelt und nicht vergisst, dass die Freiheit der Erwachsenen Verantwortung heißt.“ (Ebenda) Das könnte es sein und ist doch zu wenig. Eine ordnungspolitische Ausformulierung für eine soziale Integration der Freiheit in die Marktwirtschaft fehlt. Das liberale Freiheitsverständnis abstrahiert von den realen Machtverhältnissen in der Wirtschaft, es thematisiert sich nicht als soziale Freiheit. Der innere Aspekt der Freiheit, den Gauck repräsentiert, die Verbindung von Willen, Erkenntnis und Handeln, die Willensfreiheit, entwickelt sich nicht wirklich weiter zu einer sozialphilosophischen Perspektive auch äußerer Freiheit, zu einer sozialen Integration der Freiheit in unsere soziale Marktwirtschaft, die sich heute immer mehr durch Entsolidarisierung selber bedroht.

Man möchte dem unbedingt achtenswerten Bundespräsidenten Folgendes zurufen: Wissen Sie, dass wir in einem freiheitlichen System leben, das massiv daran beteiligt ist, fortschreitend und unwiderruflich die Erde zu zerstören und die Grundlagen des sozialen Zusammenhalts immer stärker zu schwächen? Natürlich wissen Sie es,

aber haben Sie mehr Mut das ursächlich zu benennen, um aus einer sozialen Freiheitsanstrengung neue Formen der Lebens- und Gesellschaftsgestaltung zu entdecken. Tun Sie das ungebunden und mit Weitblick, das Etablierte kritisch hinterfragend. Lüften Sie die Systemlinien-treue auch in diesem System, den marktlich zwingend gewordenen und staatlich geförderten unreflektierten Habitus des Konsumierens auf Schuldenbasis, was uns zu einem im Kern immer noch destruktiven Wachstum zwingt, um jeden Preis. Im Pazifik treibt eine zehn Meter dicke Müllschicht, alle Meere sind überfischt. Eine Bankenreform tut not, wird heute angestrebt, aber sozial nicht schöpferisch, und das Roulette an den Börsen wird weiter gehen. In der sozialen Marktwirtschaft wird Freiheit fortwährend missbraucht, ohne dass jemand die Verantwortung dafür übernimmt. Noch problematischer ist jedoch, dass unsere Freiheit nicht genutzt wird, nämlich zur Schaffung neuer Lebens- und Wirtschaftsformen, die die genannten Trends nicht nur ein wenig abbremsen, wie die bisherigen Politiken, sondern umkehren und unsere Lebensweise korrigieren. Das aber bedingt eine neue Geburt der Freiheit aus einer wahrgenommenen sozialen Freiheit, konkretisiert durch gesellschaftsstrukturelle Reformen.

Unser Wirtschaftsleben ist krankhaft und außer Kontrolle geraten. Unsere Politik ist zu einem Getöse verkommen, parteiübergreifend. Alle dienen ungewollt vornehmlich den monetären Bedürfnissen einer kleinen Gruppe weltbeherrschender Akteure. Ein konsumfixierter maßloser Lebensstil, an

dem aber viele nie partizipieren werden, wird von diesen her zur allgemeinen Norm. Wir leben unter einem Wachstumszwang. Wir brauchen das Wachstum vor allem auch, damit wir unsere Schulden und den in ihnen steckenden maßlosen Lebensstil weiterhin kaschieren können. Ist das das Erbe für die kommende Generation? Systemwandel denken in der sozialen Marktwirtschaft, den bereits vergangenen Sozialismus dabei vergessen, einfach sozial schöpferisch werden und in kleinen machbaren Schritten das Neue implementieren, das ist die Aufgabe vor der wir stehen. Unser System rücksichtsloser marktlicher Freiheit und erst nachträglich ausgleichender sozialstaatlicher Aktivität erweist sich immer mehr als zu wenig innovationsfähig. In ihm hat eine nationalstaatlich nicht mehr zu kontrollierende Konzernwirtschaft das Regiment übernommen und produziert Folgen über Folgen, die sich aus den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen heraus nicht mehr bearbeiten und korrigieren lassen. Unser mittelständischer Wohlstand wird von den Armen in der Welt zu Hungerlöhnen produziert. Der Staat als Sachwalter der Bürgergemeinschaft gibt mehr Geld aus als er von den Bürgern erhalten kann und zahlt bedenkenlos über Jahrzehnte Milliarden an Zinsen an die Geldschmarotzer, die alles andere sind als Anleger, von der Tageschau allabendlich von den Börsen her gefeiert. Diese wechseln die Anlagen im Sekundentakt und computergestützt noch schneller. Welche Verantwortung drückt sich denn hier freiheitlich aus? Die verschuldeten Staatshaushalte verschärfen die soziale Problematik, sie be-

wirken eine kontinuierliche und lautlose Umverteilung von unten nach oben. Das ist heute der Kern der Politik: Freiräume werden immer stärker eingeschränkt. Schamlose Spekulation, Rationalisierung durch Wettbewerbsdruck treten an die Stelle von sozial verantwortlicher Zusammenarbeit schon in der Wirtschaft durch frei sich bildende verantwortliche neue Zusammenarbeitsformen. Private Gewinnmaximierung einerseits und Staatsverschuldung andererseits erzeugen vor allem eines: ein auseinander driftendes Gemeinwesen. Das ist unser System, es kann die Menschen nicht zu einer freiheitlich geleisteten Solidarität bewegen, von den Strukturen her. Gesellschaftswandel tut not! Wozu nutzen wir unsere Freiheit?

Soziale Erneuerung setzt kulturelle Erneuerung voraus

Wir brauchen eine fundamentale institutionelle Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft aus einer neuen sozialen Idee und das setzt kulturelle Erneuerung voraus. Wir bekommen die Folgen aus der gesellschaftlichen Differenzierung, Fragmentierung und Spezialisierung, die unsere Leistungsfähigkeit ermöglichen, nicht mehr in den Griff. Das Leben fällt auseinander, auf zu schwach gewordenen ordnungspolitischen Voraussetzungen stehend. Wissenschaft, Technik, Kunst, Religion, Wirtschaft, Ethik und Ästhetik, alles erscheint heute voneinander getrennt wirksam. Die Gesellschaft als sozialer Zusammenhalt geht dabei verloren, und damit gerade das, was der Bundespräsident anmahnt, Bezogenheit und Verantwortung. Es fehlt eine durchgehende Erkenntnis

und sozialstrukturelle Darstellung der Zusammenhänge, anstelle immer neuer spezieller Fragen, die isoliert gelöst werden können. Wir müssen lernen wieder zusammen zu denken, was heute getrennt verhandelt wird. Das bedingt neuartige kreative Kooperationen und Bündnisse zwischen Partnern, die heute kaum noch etwas miteinander zu tun haben. Dieses wiederum setzt ein Denken voraus, das Verbindendes und Verbindliches schafft, eine „Kultur des inneren Menschen“ (E. Fromm). Das ist nicht Rückzug in eine Innerlichkeit, sondern der Versuch, Wege in die Innenseite der Welt zu eröffnen, um der Nachhaltigkeit eine Seele zu geben sowie die formgebenden Lebensprinzipien neu zu erfassen und Lernorte bzw. Möglichkeitsräume für Alternativen zu schaffen. J. Beuys fragt nach einer Richtung des Denkens und Handelns, die schöpferisch ebenso wie verantwortlich ist, ein Kultivieren des inneren Menschen, das den Machtphantasien, die uns beherrschen, den Boden entzieht. Durch die Kunst, aber nicht nur durch sie, sollte die Welt zum Reden gebracht werden, für eine neue Lebenspraxis, einen längst fälligen Paradigmenwechsel in der Ausrichtung der gesellschaftlichen Prozesse hin zu sozialen Zielen (zit. nach Kurt 2010: 16-20).

Ein umfassender zivilisatorischer Wandel setzt einen Wandel des Bewusstseins voraus. Aber noch immer bestehen kapitale Hindernisse zwischen einem substantiellen Austausch von Wissenschaft und Kunst. Es fehlt ein dynamisches und transformatives Miteinander, das nicht an den von Paul Klee benannten „Form-Enden“ ansetzt, z.B.

bei der Marktfähigkeit von Verfahren und Produkten, sondern bei den „formenden Kräften“. In ihrer heute sichtbaren Gestalt sieht Klee als Künstler nicht die einzig mögliche aller Welten. Die Schöpfung ist noch nicht abgeschlossen, es gehe darum, der Genesis Dauer zu verleihen (zit. nach Kurt 2010: 46). Dafür muss aber die heutige Selbstbezüglichkeit des Denkens in den ausdifferenzierten Lebensbereichen kritisch zum Thema werden. Diese folgen nur ihren eigenen Mechanismen und Wichtigkeiten. Sie sind nicht eingebettet in einen größeren Zusammenhang, der die menschliche Existenz als Ganzes und damit auch die natürliche Mitwelt umfasst. Durch die fehlende Empfänglichkeit für Belange und Impulse von außerhalb kommt es unter den geschäftigen Oberflächen der getrennten Bereiche zu einer Erstarrung, die einem konstruktiven Miteinander massiv im Wege steht. „Im Bereich der Wissenschaft gilt im Grunde nur wissenschaftliches Wissen als vollwertig. Und es herrscht die Tendenz, das eigene Feld als letztgültige Deutungsinstanz für sämtliche Bereiche der Gesellschaft anzusehen. Auch ist hier einfach nicht bekannt, dass die Kunst seit der Moderne immer mehr zu einer *Wissensform* geworden ist: zu einem Medium des Erkundens, Erkennens und Veränderns von Welt. Zu einem freiheitlichen Denken, das zusätzlich zur Ratio auch den intuitiven, imaginativen und emotionalen Wesensanteilen des Menschen Wahrheitsgehalt zubilligt – was die Wissensform Kunst von der Wissenschaft unterscheidet und ihr zugleich ebenbürtig macht.“ (Kurt 2010: 70)

Eine Erweiterung unserer Wissensbilanz um ein schöpferisches Denken würde uns auch helfen, den ökonomischen Wachstumsprozess neu zu fassen. Natürliches und seelisches Wachstum verharren nie im Linear-Quantitativen, sonst wären wir am Ende unseres Lebens vielleicht sieben Meter groß. Unser gegenwärtiges Wirtschaftswachstum, von dem alles abhängt, ist ein reines Akkumulieren, ein „additives Weiterwuchern von irgendwelchen Interessen, die der Mensch nicht mehr in der Hand hat“ (Beuys, zit. nach Kurt 2010: 71). Es gibt keine wirkliche Reifung, keine Metamorphose als eine immer neue Vielfalt in immer komplexeren Formen und keine größere Freiheit aus einem „Stirb und Werde“ (Goethe).

H. Kurt erzählt von zwei finnischen Dokumentarfilmen: „End of the Rainbow“ und „Last Yoik in Saami Forests“ eigentlich Bekanntes, aber uns tatsächlich nicht mehr Bewegendes. Im ersten Film wird eine Landschaft in Karelien porträtiert und es erscheint eine Realität, die sprachlos macht. „Aufgrund der intensiven Fortwirtschaft, wie man sie in Finnland seit den sechziger Jahren praktiziert, gibt es, abgesehen vom Norden Lapplands, im ganzen Land nur noch kaum mehr als ein Prozent Naturwälder. Nahezu alles, was man heute dort an Wald sieht, sind industrielle Schonungen mit Monokulturen. Hunderte von lokalen Pflanzen- und Tierarten sind akut vom Verschwinden bedroht. In den letzten Jahren wurde in Finnland mehr gerodet als je zuvor. Den Behörden zufolge ist der Ertrag an Holz in den Wäldern größer denn je. In Wirklichkeit aber werden Sümpfe und

Moore, die zusammen mit dem Wald das Landschaftsbild Finnlands prägen, für die Papier- und Zellstoffindustrie trocken gelegt.“ (Kurt 2010: 152) Im Film erzählt eine Beteiligte: „Früher als es noch ein paar Stellen gab, an denen nicht gefällt worden war, stieg ich dort manchmal auf einen Hügel, und von dort oben sah man bloß noch ein kleines schmales Stück des früheren Waldes. Es war, als würde meine Seele sich in diesem Anblick ausruhen und Frieden finden. Wenige Jahre später aber hat man auch dort gefällt. Und dann war alles weg.“ Oder ein ehemaliger Holzhändler: „Die Wege durch den Wald sind verschwunden. Die waren gut. Man konnte dort sogar barfuß gehen. Ich ging auf ihnen zur Schule. Sogar durch die Sümpfe gingen wir barfuß. Die Kühe und die Schafe in den Sümpfen benutzten dieselben Wege. Auch mit den Wegen um die Seen war das so. Jetzt ist alles anders. Wenn es nun Lücken gibt, stammen sie von den Holzarbeitern. Deren Maschinen wühlen die ganze Erde auf, und der Kahlschlag hinterlässt ein einziges Chaos. Wer Beeren pflücken oder fischen möchte, kommt kaum noch über diese Trümmerfelder, höchstens vielleicht auf allen Vieren.“ Und eine weitere Beteiligte: „Es ist, als sei eine ganze Epoche getilgt und verschwunden. Und wir werden sie nie zurück bekommen. Das tut wirklich weh. Ich hätte mir gewünscht, dass man die Gegend für die kommenden Generationen so lässt, wie sie war... Und wie wichtig wäre es doch für die Kinder, auch diese Schönheit sehen zu können, so wie damals. Aber offenbar ist das nicht möglich. Wo immer man jetzt etwas Schönes sieht, kann

man sicher sein, dass es bald zerstört sein wird...“ Und schließlich erzählen die Filmmacherinnen selbst: „Allmählich zeigte sich uns das ganze Bild: Wie systematisch die fünfzig Jahre industrieller Forstwirtschaft nahezu jeden einzelnen Quadratkilometer in unserer Wildnis zermalmt, zerfetzt, zerhackt und klein gemacht haben... Wir haben begonnen, Wälder in Minuten zu messen: Wie lange es dauert, zu Fuß durch den Wald zu gehen von einer Lichtung zur nächsten oder zu einer Schonung. Es gibt Drei-Minuten-Wälder und Fünf-Minuten-Wälder und ganz wenige Dreissig-Minuten-Wälder.“ Gezeigt wird auch die gigantische „Zellulosemühle Stora Enso, von der aus ein immer enger werdendes Netz von Straßen sich in die Wälder frisst, für hoch mit Stämmen beladene Sattelschlepper. Der Spitzenmanager von Metsähallitus, dem größten Holzkonzern, der zugleich einen hohen Posten in der finnischen Regierung bekleidet. Das Kreischen der Sägen inmitten alter Bäume voller Hängeflechten. Dreihundertjährige Nadelbäume, gefällt, um Papier oder Eisenbahnschwellen herzustellen. Rentierherden, reglos und stumm auf einem soeben kahl geschlagenen Areal, unmittelbar neben ihrem Dorf. Schikanen der Holzarbeiter gegen Umweltaktivisten, vom Arbeitgeber und den örtlichen Behörden geduldet...“ (Kurt 2010: 154ff.)

Man möchte mit H. Kurt fragen, wie ist es möglich, dass weder das finnische noch das EU-Recht solche Praxen verhindert? Was veranlasst ein Land, dessen Image in der Welt geprägt ist von malerischen Landschaften und das zu den ausgesprochenen Wohlfahrtsgesell-

schaften der Welt zählt, systematisch einem nachhaltigen und vielfältigen Leben die Grundlage zu entziehen und zwar durch ein Bündnis von Wirtschaft und Politik. Man braucht gar nicht zu fragen, welche Partei denn regiert. Und es erübrigt sich auch die Frage, zu wessen Nutzen das stattfindet. Hilft dieses Wachstum den hungernden eine Milliarde Menschen weltweit und jenen in den prekären Lebensverhältnissen mitten in unseren Wohlstandsgesellschaften? Baut es die Staatsschulden ab oder hilft es lediglich, diese wieder einmal klein zu reden? Haben wir diese Art von Wachstum nicht überall und wer übernimmt die Verantwortung dafür? Gibt es überhaupt ein Wachstum, das unsere Probleme noch lösen kann ohne einen breiten Mentalitäts-, Einstellungs- und Gesellschaftswandel, von dem keiner mehr weiß, wie er denn zu bewirken wäre? Die Lebensgrundlage zerstören ist die Grundmelodie unserer politischen Beschwichtigungsrethorik und unserer Lebensweise geworden. Und die Betroffenen haben keine Lobby. In unserem Beispiel die dort lebende Bevölkerung der Samen nicht, die Wälder nicht, die Rentiere nicht, die Beeren, Pilze, Farne, Fische, Vögel, die Sümpfe und Moore nicht. Und die Kinder nicht, weder die heutigen und viel weniger noch die zukünftigen. (Vgl. Kurt 2010: 156)

Soziale Erneuerung aus sozialer Freiheit, mikrosozial – Ein Beispiel

In der Erneuerung kommt es generell weniger auf die besondere institutionelle Umsetzung einer neuen sozialen Idee an, denn viele Umsetzungen sind jeweils möglich, als darauf zu achten,

dass erheblich andere Kräfte als bisher dafür mobilisiert werden müssen und auch ein anderer Geist, der diesem Neuen, welche Gestalt es auch immer annimmt, das Leben einhaucht, anders, als wir das aus den bisherigen Wachstumsprozessen heraus kennen, so dass wirklich sozialer Zusammenhalt und eine nachhaltige Ökonomie entstehen. Ägypten in den 70er Jahren: verarmte Menschen, wuchernde Städte, zerstörte Landschaften, vergiftete Böden, Krankheiten, Bildungsnotstand, Notstand in der Landwirtschaft durch ausbleibende Nilüberschwemmungen als Bodensatz einer allgemeinen Perspektivlosigkeit. Es scheint zu spät, nicht jedoch für Ibrahim Abouleish, Chemiker und Pharmakologe und nach 20 Jahren in Europa in seine Heimat zurück gekehrt. Seine Vision: „Mitten in Wüste und Sand sehe ich mich aus einem Brunnen Wasser schöpfen. Achtsam pflanze ich Bäume, Kräuter und Blumen und tränke ihre Wurzeln mit dem kostbaren Nass. Das kühle Brunnenwasser lockt Tiere und Menschen an, die sich erquicken und laben. Bäume spenden Schatten, das Land wird grün, Blumen verströmen ihren Duft, Insekten, Vögel und Schmetterlinge zeigen ihre Hingebung an Gott den Schöpfer, als sprächen sie die erste Sure des Korans. Die Menschen, das geheime Gotteslob vernehmend, pflegen und achten alles Geschaffene als Abglanz des Paradiesesgartens auf Erden. Dieses Bild einer Oase inmitten einer lebensfeindlichen Umgebung ist für mich wie ein Auferstehungsmotiv in der Frühe nach einer langen Wanderung durch die nächtliche Wüste. Es stand modellhaft vor mir, noch bevor die konkrete Arbeit

in Ägypten begann. Und doch wollte ich eigentlich mehr: Ich wollte, dass sich die ganze Welt entwickelt.“ (Abouleish, zit. nach Kurt 2010: 162)

Abouleish gründete auf 70 Hektar 1977 die Sekem-Initiative, auf steinigem Böden im Nildelta. Meerwasser, in die Flussarme eingedrungen, hatte bereits den fruchtbaren Ackerboden versalzen. Schon zahlreiche Initiativen hatte vor ihm mit Wasser, großen Maschinenparks und Unmengen von Kunstdünger und Pestiziden etwas aus dem kargen Land heraus holen können, nach kurzer Zeit hinterließen sie jedoch nur eine verbrannte Erde. Abouleish ging bewusst einen anderen Weg. Der profitorientierten Agrarindustrie setzte eine neue Agrar-Kultur entgegen. Mittels der biologisch-dynamischen Landwirtschaft machte er sich zunächst daran die erstorbenen und kranken Böden zu heilen, sie Schritt um Schritt wieder zu beleben, um von da aus sein neues Ökosystem aufzubauen. Von Beginn an ging es ihm darum, die Belange des Sozialen, der Bildung und der Kultur nicht Profitinteressen unter zu ordnen. Heute betreibt die Sekem-Initiative auf 6000 Hektar eine biologisch-dynamische Landwirtschaft, bald sollen es 20000 Hektar sein. Als Unternehmen Holding aus sechs erfolgreichen Firmentöchtern werden Kräuter und Gewürze für medizinische Produkte erzeugt und verarbeitet sowie Getreide, Saaten und Öle nach Europa exportiert. Medizinische Produkte und Kinderkleidung aus selbst erzeugter Baumwolle kommen hinzu. Mehr als 2000 Menschen sind bei Sekem beschäftigt und mittlerweile haben 10.000 Kleinbauern

der Region einen Anbau nach gleichen Methoden entwickelt dessen Produkte bei Sekem verarbeitet werden. Was ist denn anders, die gleiche Freiheit, die ansonsten individualistisch für eigene Profitinteressen zur Wirkung kommt, sucht sich hier ein sozial-wirtschaftliches Feld der Betätigung. Die erwirtschafteten Interessen dienen nicht Kapitalinteressen, sondern ermöglichen Kindergärten, eine Polyklinik, Schulen, Erwachsenenbildung, Behinderteneinrichtungen und Aktivitäten für Straßenkinder, ein Nachhaltigkeitsmanagement und berufsbezogenes Training. Es wird eine wirtschaftliche soziale Freiheit zur Wirksamkeit gebracht, die totes Land wieder belebt, Menschen über die Arbeit bildet, transparente Vermarktungsstrukturen aufbaut und den Alternativen Nobelpreis erhalten hat. Alles freiheitlich und gesellschaftsunmittelbar hervorgebracht!

Gleichwohl sind die Bedingungen für Sekem extrem schwierig geblieben. Die Bildungslage im Land ist desolat, die Bevölkerung wächst rasant. Die Arbeitslosigkeit steigt, soziale Spaltungen vertiefen sich und der religiöse Fundamentalismus breitet sich aus, ein steigende Meeresspiegel und der Klimawandel machen weitere Ackerflächen unfruchtbar. Hinzu kommen Konflikte von Sekem mit den Behörden und der Agrarindustrie. Dabei ging es auch um Schädlingsbekämpfung aus Flugzeugen, die in Ägypten für den Baumwollanbau inzwischen verboten ist. Freiheitliches sozial orientiertes Wirtschaften anstelle eines großindustriellen Raubbaus, ganzheitliches Denken und Ehrfurcht vor der Schöpfung bestimmen das Han-

deln in Sekem. Abouleish zitiert auch gerne den Koran, Sure 55, Vers 59: „Die Sonne und der Mond laufen ihre vorgeschriebene Bahn. Die Sterne und Bäume verneigen sich vor dem Herrn. Und die Himmel hat er emporgehoben und in Balance gebracht. Stört das Gleichgewicht nicht und haltet das rechte Maß und verliert es nicht“. Oder Sure 13, Vers 11: „Allah verändert nicht den Zustand der Menschen, bis sie selbst ihren eigenen Zustand verändern.“ Die Erneuerung hat eine geistige Dimension, wie auch immer erfasst. (Zit. nach Kurt 2010: 162–165)

Gesellschaftliche Erneuerung aus sozialer Freiheit, makrosozial – Grundlagen

Die Gegenwartskrise zeigt, wir müssen immer wieder auch sozial innovativ werden, von den Strukturen her, denn aus diesen handelnd werden die Probleme erzeugt. Die Aufgabe, dem Zusammenleben aus Freiheit die Richtung zum Sozialen immer wieder neu zu geben, stellt sich auch makrosoziologisch im Hinblick auf unsere ordnungspolitische Denkweise und im Hinblick auf einen gesamtgesellschaftlichen Wandel. Es sind die Probleme selbst, die das Umdenken vieler ökonomischer und sozialer Begriffe erforderlich machen: das globale Problem der Arbeitslosigkeit und die Nicht-Kooperation der Unternehmerwirtschaft in den sozialen Fragen sowie die weltweite Zunahme von Egoismus und Gewalt. Es fehlt ein zukunftsfähiges Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell. Dabei geht es nie um eine final-ideale Lösung sondern um einen neuen Versuch dem Zusammenleben

die Richtung zum Sozialen den Problemen gemäß zu geben. Das bezieht sich auf neue Begriffe, neue Strukturen aber auch die Fähigkeit zum sozialen Wirken. Es gibt keine theoretische und keine rein technische Lösung der sozialen Fragen.

Bewusstseinsentwicklung und Strukturen, die uns zu einer wachsenden Sozialität auffordern, brauchen wir: Eine soziale Eigentumsordnung, eine soziale Marktreform, und Arbeitnehmer, die sich zu freien Gesellschaftern ihres Unternehmens weiterentwickeln, denn die Entwicklung zur freien Arbeit ist noch nicht abgeschlossen. Überhaupt eine andere Richtung der Vergesellschaftung von den Individuen her tut Not, ein soziales Lernen.

Wir denken die Gesellschaft zu sehr von unseren privaten Interessen her. Sind diese befriedigt, ergibt sich die soziale Realität als ein sekundärer Effekt. Eintreten in die sozialen Verhältnisse, um etwas für sich heraus zu holen, den Beitrag für ihre Erhaltung und Fortbildung möglichst klein haltend und auf die sog. Regeln achtend, daraus soll die Sozialgestalt des Lebens hervorgehen. Das Gegenteil ist der Fall! Die Freiheit wendet sich dem Sozialen noch zu wenig unmittelbar zu. Freiheit wird zu wenig direkt für soziale Bindung und soziale Verantwortung wirksam, im Wirtschaften, in den gesellschaftlichen Primärprozessen. Die soziale Dimension wird erst sekundär vermittelt wirksam, über Steuern und einen chronisch aufgabenüberlasteten Staat. Die sekundäre staatliche Ausbügelerlei der Defizite der primären Vergesellschaftung aber hinkt den Problemen immer hinterher und ist auch selber problembehaftet,

nicht nur durch die dabei entstehenden Schuldenberge, sondern auch durch die damit verbundene Nicht-Gestaltung und Verantwortungsverschiebung, denn die Verhältnisse ändern sich im staatlich verordneten Eingriff nicht wirklich, nicht von den Ursachen der sozialen Dysfunktionen her und nicht im Sinne einer wirklichen Fehlerbehebung.

Sozialität als freiheitliche primäre Ausgangsrichtung der Vergesellschaftung heißt, unmittelbar, in der primären Vergesellschaftung, aus einem sozialen Interesse in die Lebensprozesse eintreten wollen. Gesellschaftlichkeit und das Wohl aller muss in Zukunft gleich gesucht und gewollt werden und nicht erst als ein Sekundäreffekt entstehen. Ein sich ausbreitendes Interesse von Mensch zu Mensch als Quellpunkt des Sozialen, eine lebensunmittelbare Sozialität, begünstigt durch neue Strukturen der Wirtschaft und der Politik, muss zur Erscheinung gebracht werden. Sozialität, das ist das gegenseitige Interesse an der Entwicklung des anderen Menschen. Dem sozialen Ganzen geht es besser, je mehr wir uns als Bedarfswesen füreinander interessieren und füreinander sorgen, je mehr wir uns als mündige Wesen anerkennen und in unseren Rechten gegenseitig fördern, und je mehr wir uns allen einen kulturellen Raum freier Entfaltung der persönlichen Kräfte und Initiative gewähren! (Vgl. Lindenau 1983)

Eine neue Vergesellschaftungsrichtung gewinnt sich nur direkt und nicht erst nach der Befriedigung von Individualinteressen. Aus Freiheit! Aus sozialer Freiheit! Das bedingt ein soziales Lernen. Ein wachsender sozialer Raum in die Gegenwartsgesellschaft hinein

könnte entstehen, der Staat würde entlastet und welche Möglichkeiten für die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat hätten wir dann. Gesellschaftsentwicklung ist ein langfristiger Prozess, nur in kleinen Schritten vollziehbar, aber immer im Kontext sich an den Erfahrungen weiter entwickelnden orientierenden Leitbildern, einer Strategie unseres Handelns. Wir müssen es lernen unsere Wohlfahrtssteigerung als soziales Wachstum zu begreifen. Die sozialen Strukturen werden dann zum Entwicklungsfeld des Menschen, der sich aus individueller Freiheit den sozialen Aufgaben stellt.

Wir schulden der Gemeinschaft den individuellen sozialen Betrag, da wir alle nur aus *ihr* leben können. Es entsteht eine Perspektive ich-begründeter Sozialität. Im Ich liegt der Ort, an dem sich die Gemeinschaft sozialetisch entdeckt, in einem Interesse vom Menschen zum Menschen. Die sozialstrukturellen und institutionellen Voraussetzungen hierfür als Lebensform zu schaffen, wird zum Ziel. Das ist nicht eine delegierbare Aufgabe an die Zivilgesellschaft. Das liegt in der Freiheit aller. Wirtschaft und Politik müssen das in erster Linie wollen und sich dabei selbst wandeln. Das sind doch immer nur wir selber, als Wirtschaftsbürger in die Marktprozesse als Konsumenten eintretend und als politische Bürger, uns eine rechtliche Form dafür gebend. Aber die Umkehr hin zu direkter gesellschaftlicher Verantwortung aus Freiheit findet nicht statt. Wir bleiben in Gewohnheiten stecken, orientiert an den Leitlinien der 60er Jahre und den diese bedingenden Verhältnissen. Die Rahmenbedingun-

gen von damals lassen sich heute jedoch nicht mehr einholen: eine überschaubare technologische Entwicklung und eine stabile weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie, aus der wir noch besondere Profite ziehen konnten. Demgegenüber ist heute aus anderen Entwicklungsvoraussetzungen heraus ganz neu zu fragen: Welche Sozialformen schafft sich der sich immer stärker durchsetzende moderne Individualisierungsprozess?

Die Zivilgesellschaft, kein Privileg – jeder in Staat und Wirtschaft sollte sich an ihr beteiligen!

Die Zivilgesellschaft mit ihren Netzwerken und Bewegungen ist vielleicht eine der wichtigsten kulturellen Erneuerungen der letzten Jahrzehnte und das hängt mit den Individualisierungstendenzen in der Moderne zusammen. Gleichwohl sollte sie nicht zum Privileg einiger Menschen neben Wirtschaft und Staat werden, sondern jeden, besonders auch in seiner Rolle als Wirtschaftsbürger und als Staatsbürger ergreifen. Wir sind ja dieselben Personen in unserer Marktzugehörigkeit, in unseren verschiedenen Rollen als politisch Engagierte und als zivil verfasste Individuen. Uns dabei in völlig entgegengesetzte Rollenmuster zu zwingen, ist unproduktiv. Die Gefährdung der Welt kann in jeder Rolle erkannt werden. Die Zivilgesellschaft sollte nicht als ein ausgrenzbarer gesellschaftlicher Sektor wahrgenommen werden, sondern als eine der Handlungsformen in allen gesellschaftlichen Bereichen. U. Beck hat gezeigt, dass ihr Kern der zur Verantwortlichkeit erwachende einzelne Mensch ist, der sich

mit anderen zusammenschließt, und es kann hinzu gefügt werden, häufig leider außerhalb der funktional-systemischen gesellschaftlichen Bereiche. (Steinkellner 2012: 161ff.)

Es geht in der Zivilgesellschaft um die Wahrnehmung von Zusammenhängen aus einem globalen Verantwortungsgefühl. Die gemeinschaftliche Dimension in den Funktionssystemen des Sozialen wird zum besonderen Anliegen, eine humane Gesellschaft, in der man in Würde leben kann. Die Interaktionsform der Zivilgesellschaft ist Kooperation und gerade hier liegt der gesellschaftliche Reformbedarf heute: nämlich auch in die wettbewerbsbestimmte Wirtschaft durch Assoziierung der Wirtschaftsteilnehmer Kooperationslinien einzubauen, mittels derer die Wirtschaftenden die von ihnen selbst erzeugte Probleme gemeinsam lösen und soziale Verantwortung übernehmen können, d.h. ohne ein Weiterleiten der Folgen des eigenen Handelns an den Staat. Diese Arbeitsteilung, wir kümmern uns nur um uns selbst, und was zu kurz kommt, das erledigt der Staat, erweist sich als zunehmend unproduktiv. Die Zivilgesellschaft würde durch neue Zusammenarbeitsformen schon der Wirtschaftenden zum Quellort einer gesellschaftsunmittelbaren Sozialität, unterstützt durch den Staat.

Auch die hierarchische Steuerungsform des staatlichen Handelns sollte durch überfachliche und überparteiliche Kooperationsformen mitgeprägt werden, wiederum, um gemeinsame Probleme endlich lösen zu können anstatt sie zu verschleppen. Das sind Probleme einer institutionellen Sozialreform

in Staat und Wirtschaft, die nicht mehr hinausgeschoben werden dürfen. Wir brauchen heute mehr Räume sozialer Kooperation auch in der hierarchischen Steuerung des Staates. Das New Public Management aus den USA hat solche Möglichkeiten im Ansatz aufgezeigt: An die Stelle bürokratischer Regeln – aber auch an die Stelle von Handeln nach Maßgabe professioneller Ethiken – treten Kontraktmanagement, Output-Orientierung, Kundenservice, weniger um der Erfüllung der alten Zwecke willen, als vielmehr wegen einer veränderten Sicht auf die soziale Praxis, einer Veränderung nicht nur der Mittel sondern auch der Zwecke und der Sozialisierung der nachfolgenden Generationen. (Münch 2009: 19)

Der Einzelne wird durch eine zivilgesellschaftliche Haltung in den Organisationen vom funktionalen Rollenerfüller zum Initiativträger in einem Selbstverständnis, in dem es nicht um rein persönliche Ansprüche geht, sondern um gelebte und geleistete Solidarität. Das ist kein Privileg weniger Netzwerke neben der Wirtschaft und neben der staatlichen Bürokratie, das kann zum Lebensprinzip überall werden, wo Probleme anfallen, die nur durch Zusammenarbeit gelöst werden können. Eine sozial nachhaltige Entwicklung ist anders überhaupt nicht zu erreichen, außer, dass dieses Ziel von allen Akteuren in den gesellschaftlichen Bereichen ergriffen wird und die Selbstdarstellung bestimmt. (Steinkellner 2012: 172f.) Der Dualismus von wirtschaftlichem Egoismus und staatlich-bürokratischer Regulierung sollte durch neu entstehende Kooperationen in der Wirtschaft und

im politischen allmählich überwunden werden.

Von der Wirtschaft wird dabei zunehmend erwartet, dass sie sich verantwortlich zeigt und nicht nur für privates Profitstreben zuständig. Dem Staat könnte vonseiten der Bürger immer mehr auf Augenhöhe begegnet werden, durch mehr Demokratie und transparente Rechtsstaatlichkeit, welche die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz ernst nimmt. Konkrete Zusammenarbeit auch durch die Assoziationen innerhalb und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen ersetzt dann das „Denken für andere“. (Steinkellner 2012: 168)

Immer mehr selbstverwaltete Bereiche können entstehen, wenn die Zivilgesellschaft das Leben der Gesellschaft von der Wirtschaft her immer tiefer durchdringt. Individuelle Initiative, freie Vernetzung, Handeln aus Erkenntnis und öffentlicher Dialog stärken das Recht auf Selbstbestimmung und sorgen für Transparenz im staatlichen Handeln sowie für unmittelbar sozial ausgleichende Entscheidungen in den wirtschaftlichen Assoziationen. Der Zusammenschluss wird notwendig, denn im Wettbewerb kann keiner für sich allein vernünftig und sozial verantwortlich werden, er wäre der Dumme! Verträge und Gesetze erhalten durch die Zusammenarbeit eine neue Qualität. Eine Gemeinwohlökonomie wird denkbar und eine Demokratie, die sich nicht auf Stimmabgabe und Ämterprofessionalität beschränkt. Die Bürger in Wirtschaft und im Staat verbinden sich, um in den Assoziationen ein umfassenderes Bild der Wirklichkeit für jeden

Einzelnen entstehen zu lassen. Soziale Lebensformen entstehen und entlasten das Gemeinwesen, das sich seinen eigentlichen Aufgaben widmen kann. Die staatliche Aufgabenüberforderung wird gemindert durch eine wohlfahrtsstaatliche Handlungsorientierung schon in den sozialen Lebensformen.

Die soziale Integration der Freiheit

Das alles hat etwas mit unserer Freiheit zu tun. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Freiheit, zwischen persönlicher Freiheit und institutionalisierter Sozialität. Freiheit lässt sich nicht isoliert von anderen Aspekten des Lebens sehen, sie steht in Verbindung mit Willen, Erkenntnis und Handeln des Einzelnen ebenso wie mit der Tatsache, dass jeder von uns ein gesellschaftliches Wesen ist. (Vgl. Hegge 1992: 12) Freiheit ist zunächst allerdings immer die Freiheit des einzelnen Menschen, die freie Entfaltung seiner Individualität, die Anerkennung des Eigenwertes und der Verantwortlichkeit des Menschen für sein Handeln. Wir erstreben das Gute nicht an sich, sondern aus uns selbst heraus. Das setzt persönliche Integrität und Wahlfreiheit voraus. (Hegge 1992: 25)

Seit Sokrates wissen wir aber auch, dass Individualität und Selbstbewusstsein im eigenen Denken gründen. Es gibt eine enge Verbindung zwischen Freiheit und Autonomie im Denken und in der Erkenntnis. Und das berührt den Bereich, in dem der Mensch am deutlichsten sich selber beherrscht und bestimmt, seine Vernunft. Die freie Wahl folgt dem Urteil der Vernunft über die Dinge, auf die sich die Handlung be-

zieht. Dem Menschen ist die Verpflichtung auferlegt, zu wissen, was er tut. Nur ein Handeln aus eigener Einsicht kann frei genannt werden. Ein Handeln aus freier Wahl, das sich lediglich auf gattungsmäßige Triebe und Bedürfnisse stützt, wird irgendwann entdecken, dass es rauchen, trinken, etc. muss, also unfrei geworden ist. Denn es fehlt das erkennende Maß.

Innere Freiheit bedarf der Vervollkommnung durch äußere Freiheit. Es hat jedoch viele Jahrhunderte gedauert, bis auch äußere institutionalisierte Freiheit, Glaubens- und Gedankenfreiheit sowie Freiheit von willkürlichen sozialen Machtverhältnissen realisierbar wurden. Findet die Freiheit des Individuums nur jenseits des gesellschaftlichen Lebens ihre Realisierung, entstehen Anarchie oder Zwangsverhältnisse. Hier liegt der zentrale Fehler in der neuzeitlichen Sozialtheorie seit Th. Hobbes. Individuen werden als isolierte Einheiten gesehen, die in sich selbst keine Sozialität begründen können, so dass jede Gesellschaftsordnung diesen von außen auferlegt werden muss. Nur eine potente Staatsmacht, kann den Kampf jedes gegen jeden in Schach halten, woraus wiederum entsprechende Freiheits Einschränkungen zwingend folgen, als könne der einzelne freie Mensch nicht auch auf sozialem Felde mündig in Erscheinung treten. (Vgl. Hegge 1992: 38)

Sichtbar wird hier, dass sich in dieser Auffassung des Verhältnisses von Freiheit und Sozialität zu wenig ein Verständnis von Individualität reflektiert, das wohl den Eigenwert und die Unantastbarkeit des einzelnen Menschen impliziert und zugleich weiß,

dass ein solches nur Bestand hat, wenn es allen Individuen zukommt. Die Individualitätsidee beinhaltet durch ihre unterschiedslose Gültigkeit für alle Individuen keinen prinzipiellen Konflikt zwischen diesen, sondern trägt dadurch den Keim der Sozialität, der Gegenseitigkeit, in sich. Insofern sind Individualität und Sozialität zwei Seiten einer Sache. Der Respekt vor der Bestimmung der eigenen Person bedingt den Respekt vor den anderen Menschen. Sozialität und Freiheit haben ihre gemeinsame Wurzel in der Individualität des Menschen, die allen gleich zukommt. Sozialität ist dadurch ebenso wenig mit Druck und Zwang vereinbar wie das wahre Verhältnis des Menschen zu sich selbst und zu Gott. Natürlich bleibt es bis heute ein Problem der verschiedenen Zeiten, wie dieses Verhältnis der Menschen zueinander institutionell ausgeformt werden kann, so dass Freiheit und Sozialität in den sozialen Prozessen zusammenwirken.

Ebenso wie die moderne Staatstheorie hat sich der Liberalismus als weitgehend blind gegenüber dem nach der Freiheit weiteren Aspekt der Individualität gezeigt, ihrer Sozialität. Individualität wird jetzt gleichbedeutend mit Egozentrizität. Die Verteidigung der Freiheit gerät zur Verteidigung der Egoismen im freien Spiel der Kräfte auf dem Markt, dort aber selber unsägliche Unfreiheiten und Machtverhältnisse hervorbringend. Als Folge eines verkannten Verständnisses der Sozialität des Menschen kann in der gesellschaftlichen Praxis der Marktwirtschaft die Freiheit des einzelnen nicht adäquat gewahrt werden. (Vgl. Hegge 1992: 39f.) Es erfolgt der sozial-

staatliche Eingriff mit der langfristigen Folge, dass sich aus dem Markt heraus die Entfaltung von Sozialität nicht mehr vollzieht, ohne welche aber keine, wie die heutigen Verhältnisse zeigen, tragfähige Lösung der im Markt erzeugten sozialen Fragen gefunden werden kann.

Freiheit (Sozialität) steht, wie wir gesehen haben, nicht nur im Einklang mit Individualität sondern auch mit Rationalität. Das entwickelt sich in einem historischen Prozess, an dessen Anfang die Auffassung steht, man folgt einem Gesetz aus Einsicht und nicht nur aus reiner Pflicht. Gesetze aber sind dem einzelnen vorgegeben und das berührt seine Freiheit. Wie umfassend auch immer die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Gesetzes ist, der Mensch muss sich von ihm leiten lassen. Das Gesetz ist nicht etwas Individuelles sondern etwas Allgemeines, allen in gleicher Weise zukommend, gemeinsam verpflichtende Norm, der wir uns unterwerfen. Zwar können Gesetze nicht so verfasst werden, dass sie das Leben auch im Detail zu regulieren imstande wären, eine gewisse Individualisierung wird hier erforderlich durch ihre situative Anpassung an die Lebensverhältnisse, was durch eine mehr oder weniger schöpferische Verwaltung auch geschieht, doch generell wird durch Gesetze die Sozialität auf Kosten von Individualität und Freiheit gefördert. Dass sich das Individuum durch seine Erkenntnistätigkeit Einsicht in ihre Notwendigkeit verschafft, ändert daran nur wenig. Ohne Gesetze wäre eine wirkliche Gemeinschaft nicht möglich. (Vgl. Hegel 1992: 42f.)

Rationalität ist aber auch eine Voraussetzung für Sozialität, weil sie erst

sinnvolle Kommunikation ermöglicht und damit politisches und soziales Leben überhaupt. Rationalität impliziert immer eine gewisse Einschränkung der individuellen Freiheit. Denn es geht um *allgemeine* Gesetze und Einsichten, die nicht im Einzelnen schon verankert sind. Es sei denn, er wäre in Strenge sein eigener Gesetzgeber, der auch seine Handlungsmotive uneingeschränkt selbst hervorbringt. Dieser Möglichkeit verweigert sich am Ende aber auch der Rationalismus der Aufklärung und noch mehr der darauf folgende Positivismus, der die Individuen als kausal bestimmt und in ihrem Handeln durch die wissenschaftlich erkannten Gesetze determiniert sieht. Das Verhältnis von Individualität und Sozialität bleibt spannungsvoll vor dem Anspruch der Freiheit. Es sollte jedoch prinzipiell auch möglich sein, dass Sozialität der Individualität entspringt, also eine freie Wesensäußerung des individuellen Menschen ist und nicht nur Einsicht in allgemeine Gesetze, die Position der Aufklärung.

Hieraus folgt die Frage, wie Rationalität begriffen werden muss, dass durch sie Individualität und Freiheit nicht an allgemeinen Gesetzen zerrieben werden, sondern Individualität und Freiheit durch sie erst wirklich begründet werden. Kann unser Denken denn nur daran gemessen werden, wie es das Allgemeine in Form erkannten Gesetzmäßigkeiten vorgibt? Wie steht das Denken zum Ich des Menschen. Suchte der Mensch im Denken nur Einsicht in allgemeine Gesetze, denen wir uns zu unterwerfen haben, würden wir sowohl unseren Status als Individualität gefährden, wie auch unsere Freiheit. Aus

der inneren Erkenntnisbeziehung zur Welt würden wir in ein Kausalgesetz eintreten und als ihr Produkt erscheinen müssen. Ohne zu leugnen, dass das Seiende durch viele allgemeine Gesetze bestimmt ist, kann zugleich gesagt werden, dass dieses der Möglichkeit nach sich dort anders verhält, wo der Mensch als Erkennender und Handelnder selbst zum Objekt der Erkenntnis wird. Hier entsteht Rationalität auf eine Weise, die ein wirklich autonomes Subjekt beinhalten kann und damit auch Freiheit.

Im Denken, durch das die Dinge erscheinen, liegt der Grund ihrer Wirklichkeit. Erst im Erkennen wird aus der Handlungssituation des Individuums eine Wirklichkeit. „Als Objekt unserer Erkenntnis ist die Handlungssituation andererseits von allen anderen Erkenntnisobjekten deutlich verschieden. Im Falle der Handlungssituation sind Bestimmung und Zusammenhang (bevor wir sie erkennen) in der Wirklichkeit nicht da; während es bei der Erkenntnis aller anderen Objekte um die Aufdeckung einer Bestimmung oder eines Zusammenhanges geht, die *im voraus* gegeben ist, wenn sich diese Bestimmung auch nicht ohne die erkennende Mitwirkung des Menschen offenbart. Wir kommen also zu dem Schluss, dass das erkennende Subjekt dem Objekt – im Fall der Handlungssituation – seine Bestimmung und seinen Zusammenhang *überhaupt erst* gibt. Anders ausgedrückt: Während alle anderen Objekte in der Wirklichkeit vollendet sind, auch wenn dies nicht unmittelbar erscheint, ist unsere Handlungssituation *auch in der Wirklichkeit* unvollendet, bis wir selbst als erkennendes Subjekt ihre Be-

stimmung oder ihren Begriff hervorbringen. Wir selber generieren also die Intention, aus der heraus wir handeln.“ (Hegge 1992: 67)

Wir geben uns jetzt das Gesetz des Handelns selber, wie auch die Norm. Die dabei wirksame Rationalität (Erkenntnis) steht nicht im Konflikt mit dem Individuellen. Es handelt sich um eine Erkenntnis des Menschen von sich selbst als Handelndem. „Wenn nämlich der Mensch aus der Erkenntnis seiner Handlungssituation heraus handelt, so wird der individuelle, gänzlich aus ihm selbst entspringende Begriff zur Intention oder zum Motiv seiner Handlung. Und das impliziert: Er handelt in jeder Hinsicht *aus sich selbst heraus*; einerseits als Subjekt der (ihrerseits nicht auf Kausalgesetze reduzierbaren) Erkenntnis, aber *zugleich auch* als autonomes, real existierendes (handelndes) Subjekt. Mit anderen Worten: er handelt *frei*. Seine Handlungsmotive gehen nicht auf die Einsicht in allgemeine, vorgegebene Gesetze, schablonenhafte Normen oder von außen kommende Gesetze zurück. Durch seine Erkenntnis gibt er sich selber die „Gesetze“, nach denen er sein Handeln ausrichtet. Die christliche Lehre, das „Gesetz“ (sei) in jedem einzelnen verankert“, scheint hier ihre ethische und erkenntnistheoretische Begründung zu erfahren.“ Der Mensch wird sein „eigener Gesetzgeber“. (Hegge 1992: 68)

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass der Mensch nicht ohne Weiteres an dieser Möglichkeit teil hat. Dieses Freiheitsverständnis setzt vielmehr voraus, dass der Mensch in allerhöchstem Maße mitwirkt und zwar durch seine aktive Erkenntniskraft. Begriffs-

bildend werden wir schöpferisch. Das hebt zwar die Gültigkeit von Gesetzen nicht auf, aber es können situationsrichtig ganz neue „Gesetze“ frei geschöpft werden. Wir stehen in einer einzigartigen Situation, in der wir eine einzigartige Antwort finden, aber „der moralische Inhalt der allgemeinen ethischen Normenselbst wird durch die individuelle, freie Handlung keinesfalls aufgehoben. Diese Normen, die sich beispielsweise am ‚Gemeinwohl‘, am Ideal einer ‚gerechten Gesellschaft‘ orientieren oder die ethisch-religiöse Botschaft der ‚Nächstenliebe‘ vertreten, behalten an sich ihre volle Gültigkeit. Doch ihre Geltung erlangen sie durch die freie Handlungen der Individuen in jedem Einzelfall erneut, und nicht durch von außen kommende Handlungsvorschriften.“ (Hegge 1992: 70) Das Individuum handelt nicht, weil es sich äußeren Geboten unterwirft, sondern weil die moralisch gute Handlung seinem eigenen Begriff der Handlungssituation entspringt. Nicht der Gehorsam gegenüber der Norm ist entscheidend, sondern die innere Verbindung des Individuums mit der Handlung durch seine Erkenntnis. Christlich gesehen geht es nicht darum, das „Gesetz aufzuheben“ sondern es zu „erfüllen“. (Hegge 1992: 71)

Daraus folgt insgesamt, es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen Freiheit, Individualität, Rationalität einerseits und Sozialität andererseits. Dabei geht es erst seit der neueren Zeit darum, der Freiheit auch eine äußere, institutionelle Gestalt zu verschaffen. Jeder Mensch lebt in einem sozialen Zusammenhang und aus einem Verhältnis zu anderen Menschen. Rationale

Erkenntnis hat für die Freiheitserfahrung eine doppelte Bedeutung. So wie das Streben nach Wahrheit die einzelnen Individuen befreit, vereint sie zugleich die Individuen in einem allgemein Menschlichen. (Vgl. Hegge 1992: 141) Das verweist auf die aus dem bisher Gedachten hervorgehende soziale Praxis: Und das bedeutet hier, zu fragen nach einer Sozialität, die aus Individualität und Freiheit hervorgeht.

Vielen erscheint heute die kommerzialisierte Gesellschaft auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft mit ihrer freien Konkurrenz auf einem freien Markt als der Inbegriff einer institutionalisierten Freiheit. Im Zentrum steht dabei die freie Wahl, die allerdings einem antisozialen Egoismus Tür und Tore öffnet. Die in unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung entfesselten Egoisten können, weil durch unsere Erkenntnis kraft zu wenig durchschaut, auch repressiv gegenüber Freiheit und Individualität auftreten, ganz zu schweigen von der damit auch akzeptierten Antisozialität. Der grundlegende Fehler liegt dabei in der mangelnden Unterscheidung von Individualität und Egoismus. Das Ausleben eines gattungsbedingten Egoismus und seine Verfestigung zu Gesellschaftsmustern begründet überhaupt keine freie Willenshandlung des Menschen. Der Preis, der nämlich für diese Scheinfreiheit zu zahlen ist, ist die Unterwerfung unter die sog. „ökonomischen Gesetze“, bzw. die sog. „Marktlogik“. Die dabei entstehende Form der Sozialität sollte eher als eine Kränkung des Individuellen wahrgenommen werden. Soziale Ordnung erscheint dann staatlich durch von außen auferlegte Regeln, die

die übelsten Auswüchse des Egoismus abmildern können aber nie ausreichen und sie werden vielfältig von uns umgangen. (Vgl. Hegge 1992: 149)

Individuen nehmen sich in der Marktgesellschaft gegenseitig als Mittel zur eigenen Nutzenoptimierung in Anspruch, deren gesellschaftliche Voraussetzungen und Folgen werden jedoch eher nicht reflektiert. Die Gesellschaft entsteht nicht primär gewollt. Die moderne Konkurrenz- und Konsumgesellschaft wirkt dadurch nicht nur repressiv auf eine erkenntnisgetragene Willenshandlung, sondern auch repressiv auf eine frei gewollte Sozialität. Die sog. „Sachzwänge“, die das politische Handeln bestimmen, spiegeln den ideologischen Schein, in den das gesamte reduktionistische Menschenbild dieser Lebensform eingehüllt wird. Dem Konsummaterialismus gesellt sich ein Konformitätsdruck, der die individuelle Handlungsbereitschaft lähmt, ebenso wie ein mögliches aktives soziales Leben. Der Geist, der das Treiben letztlich beherrscht wird sichtbar in den allabendlich von den Nachrichten vorgeführten Berichten von den Börsen. Mangels einer aktiven realitätsgerechten Begriffsbildung werden hier immer wieder Spekulanten mit Anlegern verwechselt und es unterbleibt auch völlig die Analyse des antisozialen Antriebes, der die medienwirksam vorgetragene Geldgier beseelt. Den Verantwortungshorizont dieses Zentrums unserer Wirtschaftsordnung für gesellschaftlich notwendige Investitionen und für die Lebensbedürfnisse in einer freiheitlichen Ordnung erfahren wir gerade in der aktuellen Krise. Zu welcher Freiheit

und Verantwortung werden wir hier an den Börsen eigentlich aufgefordert? Das Resultat für die soziale Praxis aus „diesem Treiben ist schließlich ein politisches Leben, in dem Offenheit und dialogische Kommunikation verdrängt werden durch ein dezisionistisches Verhältnis von Fachwissen und politischen Entscheidungen.“ (Habermas, nach Hegge 1992: 164ff.)

Vor allem in der Rolle der Meinungsumfragen wird deutlich, dass kritische Reflexion sich auf dem Rückzug befindet. Politische und wirtschaftliche Macht organisiert die Menschen anstatt ihrer Sozialität als Organ zu dienen. Welche Möglichkeiten einer sozialen Integration der Freiheit werden dabei verspielt und welche Sozialformen würde sich ein auf Individualität anstatt Egoismus gründendes Gesellschaftsleben schaffen, das ist die eigentliche Frage. Die wachsenden prekären Lebensverhältnisse, auch in den Wohlfahrtsgesellschaften zeigen, die Freiheitsfrage ist heute vor allem eine soziale Freiheitsfrage geworden. Der personelle Bezug auf Verantwortung reicht für deren Ausgestaltung nicht aus, es geht dabei immer auch um Institutionalisierung. Grundsätzlich haben Strukturen nur die Bestimmung, die der Mensch ihnen gibt. Das wiederum führt heute zu der Frage, kann statt des Egoismus auch seine Sozialität den Ausgangspunkt im Gesellschaftsaufbau bilden.

Der neuzeitliche individuelle Freiheitsimpuls kann nur in der Sozialität seine Erfüllung finden. Zur Lösung der Zukunftsfragen bedarf es einer sozialen Ordnung, die von den Strukturen her kulturelle und soziale Produktivität för-

dert. Es gilt die Entwicklung des individuellen Menschen und die der sozialen Strukturen unter dem Gesichtspunkt der Freiheit parallel zu denken. In den modernen Gesellschaften werden sich zunehmend zwei Evolutionsprozesse zum Problem, *funktionale Differenzierung* bei gleichzeitiger Interdependenz aufgrund der Spezialisierung und *operative Geschlossenheit*, das heißt, die ausdifferenzierten Teilsysteme lassen sich nur selektiv von ihrer Umwelt beeinflussen. (Willke 1992: 60f.) An die Stelle *eines Ordo* ist eine Vielzahl von sozialen Interaktionssystemen entstanden, die sich selber normieren und versuchen frei von Interferenzen zu bleiben. Der Fragmentierung der Gesellschaft entspricht die Teilung des Menschen. Er explodiert in die Richtungslosigkeit und Beliebigkeit des gesellschaftlichen Raumes. Die Re-Integration funktional differenzierter Gesellschaften aus ordnungspolitischen Prinzipien wird zu einem immer größeren Problem. Über- und Unterordnungsbeziehungen können funktional differenzierte Gesellschaften nicht ordnen. Das bedeutet einen Formwandel für die Politik, die heute immer mehr als eine nicht-hierarchische Abstimmung durch Verhandlungen begriffen wird. Es bedeutet aber auch die Chance für eine dezentrale Selbstorganisation und Selbststeuerung in den einzelnen Bereichen. Und daraus wiederum entsteht die Frage nach der „Grundidee polyzentrischer Architektur gesellschaftlicher Ordnung“ (Willke 1990: 79). Es wird zum einen eine Integrationsleistung erforderlich, die nur durch Individuen vollzogen werden kann, die nicht ganz Systemkomponen-

te geworden sind und im Verstehen des Ganzen, dessen Teil man ist. Dabei bedarf es „voraussetzungsvoller Einsichten in Relationen und Relativitäten, die an ein ‚Verstehen‘ der Funktions- und Entwicklungsbedingungen anderer betroffener Systeme gebunden sind“. (Willke 1992: 77) Die Errungenschaft individueller Autonomie muss trotz der gesellschaftlichen Differenzierung erhalten bleiben.

Die gegenwärtige Individualisierungsstufe des Menschen führt die weitere Sozialentwicklung vor eine Weggabelung:

- Die Individualisierung so fortzusetzen, dass sie in Antisozialität mündet, welche nur mühsam in Form staatlicher Regelungen durch eine von außen auferlegte Sozialität gezähmt werden kann oder
- Eine Ausweitung der Individualität in Richtung einer vom Individuum frei gewollten Sozialität als Grundlage der Vergesellschaftung. In der Fortentwicklung zu einer Sozialität aus persönlicher Freiheit wird die Gesellschaft zu einem Verband, der die Individualität des Menschen fördert und will.

Planerisch bedeutet das, die Forderung nach einer Politik an den Nahtstellen zwischen Privatexistenz und institutionellen Strukturen. Es wird versucht die soziale Seite der individuellen Bewusstseinsentwicklung zu fördern und zu konkretisieren, d.h. Institutionen zu schaffen, durch welche die Freiheit des Menschen sozial wirksam werden kann. Drei Ebenen des Sozialen müssen dabei unterschieden werden:

- die Ebene der Interaktionen
- die Ebene der Organisationen
- die Ebene der gesamtgesellschaftlichen Funktionssysteme.

Einer weiteren Abtrennung der sozialen Beziehungen von der Identität und Weltauffassung der handelnden Akteure muss entgegengewirkt werden, denn jede soziale Initiative unterliegt nach einer gewissen Zeit den Prozessen der Institutionalisierung. Es entstehen dann Bereiche organisationsförmiger formalisierter Sozialbeziehungen, die identitätsbildende Zugehörigkeiten kaum noch zulassen. Moralisch-praktische und ästhetisch-expressive Akte werden zugunsten einer instrumentellen Orientierung verdrängt. Organisierte Beziehungsgeflechte dieser Art tragen den Besonderheiten individueller und sozialer Situationen kaum mehr Rechnung. Weite Bereiche politischer und wirtschaftlicher Beziehungen werden heute durch formal organisierte Instanzen geregelt oder durch ein Gefüge kooperierender, bzw. konkurrierender Organisationen. (Hegner 1980: 70f.) Die gesellschaftlichen Formen sind in ihrer Entfaltung der persönlichen Individuationsgeschichte des modernen Menschen nicht parallel gegangen. Individuelles Sozialengagement wird oft strukturell erstickt. Die Systemzusammenhänge des Handelns und die individuelle Initiativkraft des Handelns müssen auf völlig neue Weise zusammengedacht werden. Wie kann man es heute noch hinnehmen einen quasi naturgesetzlich verstandenen Marktpreis als leitende Norm des eigenen Handels zu akzeptieren und einen unpersönlichen Ablaufmechanis-

mus wie die Interaktionen des Marktes so gänzlich über die subjektiven Motive des Handelns dominieren zu lassen? (Vgl. Klages 1968: 20)

Die liberalen Klassiker konzipierten die Wirtschaft nicht als ein aus der menschlichen Sozialität hervorgehendes Beziehungsgefüge, wie es von der Arbeitsteilung her und den durch sie bedingten kooperativen Vereinbarungsprozessen im Hinblick auf Arbeitsbedingungen, Gütermengen und -qualitäten, Preisen etc. nahe gelegen hätte sondern als einen „natürlichen Zustand“. Das soziale Ganze wurde als ein großer eigen-gesetzlicher, rationaler Zusammenhang wirtschaftlich Handelnder gedacht, der keiner besonderen Normierung bedurfte. Eine bewusst eingebrachte Sozialität konnte hier nur störend wirken. Das führte in der Realität jedoch zu nahezu unbeschränkter Machtausübung in der Wirtschaft selbst, deren Folgen heute weltweit an den Hungernden und prekären Lebensverhältnissen zu erkennen sind. In der weiteren Folge wurde aus der illusionären Utopie vom freien Spiel der Kräfte zunächst eine Abwehr politischer Eingriffe und wiederum in Folge ein gesellschaftlicher Interessenkampf um Ansprüche an das Sozialprodukt, der bei weitem keine echte Ausbalancierung divergierender Strebungen mit sich bringt. Die Instrumentalisierung des sozialen Handelns erzeugt darüber hinaus Probleme, mit denen die gegenwärtige Sozialentwicklung nicht fertig zu werden scheint. Die Sozialverträglichkeits- und Nachhaltigkeitsdiskussion zeugt davon. Hinzu kommt aus der Erfahrung der Interdependenz ein enthistorisierendes systemisches Denken,

das die sozialen Beziehungen als aufeinander abzustimmende Einzelfunktionen bestimmt, gemäß zu erfüllenden Funktionen für das Ganze. Ein aktiver Konformismus wird zum Inbegriff der sozialen Rationalität. Der Blick richtet sich auf eine vom einzelnen Handlungssubjekt her nicht mehr zu bewältigende Komplexität. (Klages 1968: 42)

Humanität dagegen ist von der Autonomie- und Spontaneitätschance des Handelnden her zu sehen. Dies betrifft in besonderem Maße den Bereich sozialer Innovativität. Generell kann gesagt werden, „dass die bei den einzelnen Handelnden ansetzende instrumentelle Rationalisierung den objektiv gegebenen Humanisierungsspielraum der modernen Gesellschaft nicht zuverlässig ausschöpft, sondern dass sie im Grenzfall sogar umgekehrt zu seiner Senkung beizutragen vermag“. (Klages 1968: 40) Durch die wachsende Systemhaftigkeit der sozialen Prozesse wird das soziale Potential der Individuen immer mehr geschwächt. Das impliziert auch die Gefahr, dass sich auf der Ebene von übersubjektiven Plänen soziale Interdependenz auf solche Weise in politische Kompromissentscheidungen umsetzt, dass aktuelle Macht- und Einflussgewichte stärker mitentscheiden als ein tatsächliches innovatives soziales Potential. Der Status quo wird zur rationalsten Lösung. Es breitet sich ein Risikobewusstsein aus, das die Entschlussfähigkeit und Innovativität im sozialen Handeln lähmt. Das führt in einer weiteren Konsequenz zum Einfrieren der innovativen sozialen Potenzen auf einem gegebenen Niveau. Der bloße Blick auf die Gesellschaft, ohne die in ihr wirkende Sozia-

lität der Individuen, führt zu einem Systemfunktionalismus, den kein soziales Bewusstsein mehr impulsiert.

Die Ansprüche des modernen Individuums an die Institutionen der Gesellschaft konkretisieren sich allerdings in einer ganzen Skala von Wertideen, z.B. Freiheit, Gleichheit, Solidarität etc., um die prominentesten zu nennen. Sie alle müssen eine Entsprechung in der Sozialstruktur finden. Das grenzt auch ihren möglichen Geltungsbereich genauer ein. Es muss angegeben werden können, welcher ordnungskonstituierende Wertbegriff in welchem Maße das Handeln in welchem Strukturbereich und in den Organisationen in welchen Entscheidungsfragen berechtigterweise anleiten kann. Strukturbereiche und Wertdefinitionen müssen in einer Weise zugeordnet werden können, dass die daraus resultierende Gesamtordnung sozial funktionsfähig wird, und die Individuen in ihnen ihre einzelmenschlichen und kollektiven Ziele wieder erkennen können. Das, was die Individuen persönlich sozial wollen, könnte in die Regeln und Normen der Institutionen und der Gesamtgesellschaft als Möglichkeitsraum, vielleicht auch als Anforderung eingebaut sein. In ähnlicher Weise finden wir ja bereits den Egoismus in den Mechanismus des Markthandelns eingebaut vor.

Jetzt geht es aber um einen sozialen Kontext, der sich auf freie Fähigkeitsentfaltung gründet. Aber die moderne Gesellschaft misstraut zutiefst der Freiheit des Menschen. Der Grund dafür ist, dass sie diese nicht sozial positiv bestimmt. Die Unterscheidung von Individualität und Egoismus wird dabei wichtig. Das

eine meint Fähigkeiten, das andere meint Besitzergreifen. Während die einen den Egoismus bekämpfen in dem Glauben, dieser sei individuelle Freiheit, bekämpfen die anderen die freie Initiative, weil sie diese mit unsolidarischer Privatheit gleichsetzen. (Hegge 1992: 327) Aus Idealen gewinnt der Mensch die Richtung seines Handelns. Die Kraft dazu entspringt seiner Vitalität. Im menschlichen Ich können die besonderen Qualitäten des einen Bereiches verwandelt und für den anderen wirksam werden. Egoismus und Altruismus als menschliche Handlungsmöglichkeiten dürfen nicht alternativ verabsolutiert werden. In den „reinen Fällen“ liegen Wahrnehmungsstörungen vor: beim Egoisten nach außen, beim Altruisten nach innen. Überzogenes Helfen-Wollen kann auch in Solidarität mit sich selbst umschlagen. Wer sich selbst nicht wahrnimmt, kann auch den anderen nicht erleben. Worauf es im sozialen Leben ankommt ist, dass sich die Subjektivität ausweitet, dass sie nicht nur an der eigenen Person Anteil nimmt, sondern an der ganzen Welt. Nicht nur Interesse an sich selber zu haben, sondern an der ganzen Menschheit, ist der entscheidende Punkt. Selbstlosigkeit ist eine Lüge. Es kommt darauf an, die höchsten Interessen in uns einzupflanzen und an diese Selbstsucht zu heften. An der reinen Forderung nach der Selbstlosigkeit muss der Mensch scheitern. (Denger 1992: 25ff.)

Womit könnten wir anfangen – aus sozialer Freiheit?

Anzudenken bleibt noch, was wir innerhalb des Systems aus Freiheit zu seiner Weiterentwicklung bewirken könnten. Natürlich Sozialformen entwickeln, in

denen persönliche Fähigkeiten, Motive und Ziele den Schlüssel für ein bewusstes soziales Wirken bilden, und zwar dort, wo es am Wichtigsten erscheint, im Markt.

Erkennen von Gewinnchancen, jeder darf sich seinen Vorteil verschaffen, und bewusstseinsmäßige Isolation der Wirtschaftsbürger voneinander sind die heute auf dem Markt vorhandenen Vorgaben des Handelns. Soziale Bewusstseinsverengung wird zum strukturellen Gebot. Außerhalb des individuellen Bewusstseins, im Preismechanismus, also gemäß rein statistischen Verhältnissen von Angebot und Nachfrage, soll sich der soziale Ausgleich herstellen. Über nichts auf die Gemeinschaft Bezogenes braucht man sich Gedanken zu machen. Der Beweis der Marktwirtschaft, die Größe des Erwirtschafteten wird rein quantitativ geführt, ohne Bewusstsein in die sozialen Verbindungslinien des Handelns zu bringen, durch welche die Gesamtwirkung auf das Wohl der Menschen differenziert festgestellt und die Entscheidungen modifiziert werden könnten. Was dabei herauskommt ist zumindest gegenwärtig eine erschreckende Zunahme prekärer Lebensverhältnisse. Es ist aber nicht der Markt, es ist die Weise, wie wir uns in ihm vergesellschaftet haben, die antisozial wirkt. Der Markt ließe sich auch als kommunikativ ausgehandelter Prozess organisieren, in welchem die Individuen das Wirtschaftlichkeitsprinzip sozial konstruktiv zur Wirkung bringen. Hier liegt ein erstes, das freiheitlich in unsere soziale Marktwirtschaft implementiert werden könnte: Soziale Bezogenheit und Verantwortung in den Entscheidungen

gen, einschließlich einer institutionellen Grundlage dafür.

Eine gesellschaftstheoretisch fundierte Reformdebatte in die soziale Marktwirtschaft hinein ist überfällig. Die Marktordnung kann in Zukunft nicht mehr als ein unpersönlicher Koordinationsmechanismus privater Einzelentscheidungen angesehen werden. Der Markt muss vielmehr zu einem Handlungsfeld weiter entwickelt werden, in dem die volle Gegenseitigkeit der Wirtschaftenden hergestellt wird. Jeder muss wahrnehmen können, mit welchen Wirkungen für andere er seine Tauschleistung erhält. Hier läge ein wichtiges Stück anfangender Gesellschaftsentwicklung über die gegebene Realität hinaus. Es fehlen im Markt jedoch die Institutionen, die es ermöglichen den Gesamtzusammenhang zwischen den Wirtschaftenden auch kommunikativ herzustellen, um dann die einzelwirtschaftlichen Entscheidungen gemeinsam mit einem sozialen Bewusstsein zu durchdringen. Der Probleme sind genug: Arbeitslosigkeit, Umweltschädigung, Ressourcenverbrauch, Gemeinschaftsbedürfnisse, Regionalentwicklung etc. Es fehlt aus dem Markt heraus ein Verhandeln über gesellschaftliche Bedarfe, Preise und Lebensbedingungen der Menschen. Aber unter den gegebenen Bedingungen kann das soziale Bewusstsein, das alle Beteiligten doch mehr oder weniger haben, den zentralen Sozialprozess unserer Gesellschaft, das Tauschen auf dem Markt, nicht erreichen. Die Vergesellschaftung im Markt bleibt sozial unentwickelt und defizitär.

Der Markt versagt als soziale Ordnung. Dies ist die Ursache vieler Pro-

bleme. Die Sozialordnung entsteht in unserem System erst jenseits der Marktordnung, ihrem eigentlichen Kern. Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Wirtschaften werden durch den Staat vermittelt. Gleichzeitig produziert der Markt externe Kosten für die er nicht aufkommt. Die Tauschpartner verlieren einander in der Anonymität und in räumlicher Ferne. Die Bedingungen des Produzierens und Konsumierens vergessen sich auf den Handelswegen. Wem es gelingt teuer zu verkaufen und billig einzukaufender ist der Erfolgreiche. Gerechtigkeit wird zum Gleichgewicht der Egoismen, kein Ausgleich der Lebenslagen. Die Wahrnehmung der Wirklichkeit bleibt dabei unvollständig. Denn jeder wirtschaftlichen Handlung in der Welt entspricht immer eine Gegenbuchung. Wenn sich der eine egoistisch bereichert, wird ein anderer arm. Rohstoffverschwendung und Umweltverbrauch beeinträchtigen das Leben in der Zukunft. Die Exportüberschüsse der einen sind die Schulden der anderen. Kein Wunder, dass es eine Wanderung in die Überflussgebiete gibt, gegen welche einseitige Dämme bald nicht mehr halten werden. (Herrmannstorfer 1991: 12)

In einer arbeitsteiligen Welt ist alles verflochten. Nichts sollte getrennt betrachtet werden. Wollen wir soziale Gestaltung im Markt ohne lähmende bürokratische Kontrollen, müssen bei den Beteiligten andere Motive des Wirtschaftens wirksam werden als bisher. Zur Marktsteuerung der Wirtschaft gibt es keine Alternative, aber die sozialen Erkenntnisgrenzen des Marktes müssen heute überschritten werden. Das Bewusstsein und Handeln der Markt-

partner muss sich aus Freiheit der gesamtwirtschaftlichen und sozialen Verantwortung stellen. Wir brauchen sozial wahrnehmungsfähige und erfahrungsgesättigte Tauschbeziehungen. Dies kann jedoch nicht vom einzelnen her geleistet werden, sondern unter Wettbewerbsbedingungen nur als gemeinsam zu ergreifende Aufgabe. Hieraus folgt strukturell, dass sich die Marktpartner, d.h. einander entgegengesetzte Interessen, *assoziiieren* müssen. Nur so können die sozialen Erkenntnisgrenzen, die das Folgen über Folgen produzierende Markthandeln bestimmen, überwunden werden. Nur durch die Bildung von Assoziationen über die Gräben des Marktes hinweg, können Denk- und Handlungsweisen zur Erscheinung gebracht werden, in welche die sozialen Konsequenzen der ökonomischen Entscheidungen dynamisch einbezogen sind. (Herrmanstorfer 1991: 21ff.)

Hier liegt die eigentliche Wurzel der sozialen Umgestaltung heute. Der Mensch richtet sich nicht nur nach sich selbst, gestützt auf seinen Selbstbehauptungs- und Selbsterhaltungstrieb, sondern nimmt wahr, dass seine Arbeit, trotz eines Wettbewerbs um die beste Leistung, Teil eines gemeinschaftsbildenden Prozesses ist. Ziel muss es sein, in die Tauschbeziehungen durch Bezug auf die Folgenbearbeitung und sozialen Anforderungen ein Äquivalenzprinzip durchzusetzen und nicht ohne ein soziales Reflexionsmoment mit einem Minimum an Aufwand einen maximalen Ertrag zu erstreben, die erzeugten Nebenkosten anderen überlassend. Das bezieht die Verbraucher ein! In den Assoziationen lassen sich die Äquivalenz-

voraussetzungen der Tauschhandlungen für alle kommunikativ ermitteln. Der reine Konkurrenzkampf wirkt nicht nur leistungssteigernd, sondern begünstigt auch antisoziale Verhaltensweisen. Weil die Marktpartner sich nicht organisieren, ist ergänzend ja bereits ein System der Interessenkoordination entstanden, in welchem der Staat mitwirkt, das sich aber als völlig unzureichend erweist. Verhaltensweisen wie Protektion, Subventionen, Selbstbeschränkungsabkommen sind an der Tagesordnung. (Wilken 1985: 15f.)

Eine auf Verhandlungen beruhende Verständigung über die Gesamterzeugung findet in der Marktwirtschaft nicht statt. Der durch den Preismechanismus gesteuerte Markt schirmt die Produzenten und Konsumenten vor kommunikativen Akten über Sinn und Zweck, sowie Nebenfolgen ihres Verhaltens ab. Es fehlt eine kommunikative Marktöffentlichkeit. „Wo aber das Interesse der Gesellschaft an den Wirkungen unternehmerischen Handelns steigt, wo öffentliche Themen mit Verbindlichkeit an die Unternehmen adressiert werden, und wo schließlich die Unternehmen quasi als Treuhänder der Öffentlichkeit fungieren, da büßt die rational-individualistische Leistungsethik des Wettbewerbs zumindest teilweise ihre traditionellen Funktionen ein.“ (Buss 1985: 251) Wenn Nutzen und verständigungsorientierte Handlungsmuster sich verschränken, hebt das die Rationalität der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen. Damit vertieft sich zugleich die Integration der Wirtschaft in die Gesellschaft. Es geht darum, freiheitlich ausgehandelt, das Ausmaß und die

Richtung der Produktion an einem sozial Wünschenswerten und nicht allein am privaten Erwerbsmotiv zu orientieren. Es darf als fraglich bezeichnet werden, dass die Preisbildung, welche unter Konkurrenzdruck stattfindet, den Bedarf der Menschen und ihrer Gemeinschaft wirklich zum Ausdruck bringt. Der Koordinationsmechanismus, der bisher die Mängel ausgleicht, funktioniert nur mangelhaft, was die häufigen Übertreibungen (Dumping und Monopole) nach oben und unten zeigen. Die Frage, ob ein „gerechter Preis“ entsteht, wird ohnehin gar nicht mehr gestellt.

Das Verhältnis der zu tauschenden Leistungen ist jedoch immer auch ein soziales Wertverhältnis. Überall in den Tauschbeziehungen wird nach dem gerechten Preis gerufen, in der Landwirtschaft, in den Austauschbeziehungen zwischen Industrie- und Rohstoffländern etc., und auch die staatlichen Verschuldungsprobleme zeugen mannigfaltig von der sozialen Bewusstlosigkeit einer rein statistisch durch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage sich ergebenden Preisbildung. Was in den Preisen nicht gefunden wird, weil durch die Markttheorie nicht vorgesehen, ist ein durch Aushandlung entstandenes „Lebensgleichgewicht“. Längst aber haben sich auch Machttriebe der Preisbildung angenommen, wodurch die Möglichkeit einer freien Zusammenarbeit und letztlich das liberale Freiheitsverständnis selber verwirkt wird. Die Entwicklung von institutionalisierten Kooperationsbeziehungen in den Markt hinein ist heute durch ein nicht wirklichkeitsgemäßes Marktverständnis blockiert und wird tabuisiert, und zwar völlig an der

Erfahrung vorbei, dass oft schon längst Verhandlungsregelungen, aber undurchschaubar und defizitär, die reine Marktregelung abgelöst haben. Freiheit scheut im Markt Verantwortung, eine soziale Erweiterung des Markthandelns wird notwendig.

Die Trennung der Menschen voneinander im Marktmechanismus muss überwunden werden. Wir brauchen zur Lösung vieler Fragen eine soziale Urteilsbildung schon im Markt, d.h. im Zentrum des gesamten Wertschöpfungsprozesses und nicht erst nachträglich durch staatliche Planungsträger oder den Bürgerprotest. Verständige Kooperation ist aber das, was die Marktkräfte heute noch nicht wollen. Das Ganze der sozialen Bezüge des Wirtschaftens lässt sich aber nur finden, wenn auch ein Bild von diesem Ganzen durch assoziative Urteilsbildung hergestellt wird. Dadurch würde kein neues Konstrukt über die Individuen hinweg geschaffen. Das Gesamtbild entsteht dadurch, dass jeder seine Teilwirklichkeit in es einfügt. Sogar Konjunkturschwankungen und die Arbeitslosigkeit könnten dann als Probleme in die Primärplanungen Eingang finden.

Die Assoziationen diktieren nicht, sie treiben keine Planwirtschaft, aber sie unterstützen Makroplanungen, dadurch dass eine gleichsam planvolle Wirtschaft aus freien Entscheidungen heraus entsteht. Die freie Preisbildung wird nicht außer Kraft gesetzt. Aber die Prozesse des Abbaus und des Verlustes werden in Regie genommen. Man verständigt sich über dasjenige, was sich entwickeln soll, genauso wie über dasjenige, was sich in der Wirtschaft überlebt hat und ausscheiden soll. Aber es

wird nicht von außen her entschieden, sondern aus dem Zusammenhang der in der Wirtschaft Tätigen, der Unternehmer, Mitarbeiter und Konsumenten, einschließlich der öffentlichen Hand. Wie hoch der Anteil der Fehlinvestitionen heute in der Marktwirtschaft ist, erfährt man leider nie, auch nicht, was durch den Wettbewerb an produktiven Kräften laufend wieder zerstört wird. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten und Nebenkosten hierfür dürften erheblich sein. Durch Ausweitung ihrer Marktanteile und Erhöhung ihrer Gewinnspanne suchen die einzelnen dafür eine Absicherung. Durch assoziative Urteilsbildung könnte der Wirtschaft jedoch auch der Zwang zur Größe genommen werden. Wann wird der Mensch endlich auch im Hinblick auf die sozialen Fragen, die er selber erzeugt, mündig und mitverantwortlich? Diese Frage kann heute nur aus einer sozial integrierten Freiheit einer Lösung zugeführt werden.

Literatur

- Buss, E. (1985): Lehrbuch der Wirtschaftssoziologie, New York.
- Denger, J. (1992): Ideal und Wirklichkeit, Stuttgart.
- Gauck, J. (2012): Freiheit. Ein Plädoyer, München.
- Hegner, F. (1980): Historisch-gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und politisch-soziale Funktionen von Bürgerinitiativen, in: Hauff, V. (Hg.): Bürgerinitiativen in der Gesellschaft. Politische Dimensionen und Reaktionen, Villingen.
- Hegge, H. (1992): Freiheit, Individualität und Gesellschaft. Eine philosophische Studie zur menschlichen Existenz, Stuttgart.
- Herrmannstorfer, U. (1991): Scheinmarktwirtschaft. Die Unverkäuflichkeit von Arbeit, Boden und Kapital, Stuttgart.
- Heyder, U. (1994): Reformperspektiven für die Industriegesellschaft. Neue Wege der sozialen Reform nach dem Scheitern des Sozialismus, Chur.
- Klages, H. (1968): Soziologie zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit, Köln/Opladen.
- Kurt, H. (2010): Wachsen! Über das Geistige in der Nachhaltigkeit, Stuttgart.
- Lindenau, Ch. (1983): Soziale Dreigliederung. Wege zu einer lernenden Gesellschaft, Stuttgart.
- Münch, R. (2009): Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von Pisa, Frankfurt/M.
- Steinkellner, C. (2012): Menschenbildung in einer globalisierten Welt. Perspektiven einer zivilgesellschaftlichen Selbstverwaltung unserer Bildungsräume, Berlin.
- Wilken, F. (1985, 2. überarb. Aufl.): Die Selbstgestaltung der Wirtschaft als soziale Lebensnotwendigkeit, Schaffhausen.
- Willke, H. (1992): Ironie des Staates. Grundzüge einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft, Frankfurt/M.

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

Wirtschaftliches Wachstum – von allen Wirtschaftspolitikern der Welt erwünscht – beschleunigt die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts, die traditionelle Wirtschaftslehre zeigt jedoch keinen Weg aus dieser Sackgasse. Es scheint Zeit für eine neue, nachhaltige Wirtschaftslehre, die zeigt, wie eine wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen der natürlichen Tragfähigkeit erfolgen könnte. Der Beitrag zeigt die Essentials dieser Nachhaltigen Ökonomie/Ökonomik und ihre Position zum wirtschaftlichen Wachstum.

1. Entstehung der Nachhaltigen Ökonomie

Die heute meist gelehrt Volkswirtschaftslehre (Neoklassik) kann aufgrund ihrer Annahmen (z.B. Menschenbild vom homo oeconomicus, der stets rational und zu seinem eigenen Besten handelt) und ihrer Zielen (z.B. kurzfristige Gewinnmaximierung und stetiges wirtschaftliches Wachstum) keine Lösungen für die Probleme des 21. Jahrhunderts anbieten. Um diese Lücke zu schließen, wird seit Ende der 1990er Jahre in der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) an der Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaftslehre gearbeitet: Die gesamtwirtschaftlich orientierte „Nachhaltige Ökonomie“ und das be-

triebswirtschaftlich orientierte „Nachhaltigkeitsmanagement“. Im Zuge der Arbeiten entstanden zwei Lehrbücher, zahlreiche weitere Publikationen und vielfältige Lehrmaterialien, die in drei nachhaltigkeitsorientierten Studiengängen und weiteren Wahlpflichtfächern der Hochschule eingesetzt werden und kostenfrei heruntergeladen werden können (<http://www.holger-rogall.de/index.php/lehre/vorlesungsunterlagen>).

Die zentralen Erkenntnisse wurden von dem 2009 gegründeten *Netzwerk Nachhaltige Ökonomie* aufgenommen und weiterentwickelt. Das Netzwerk hat heute mehr als 250 Mitglieder, darunter über 90 Dozenten und Wissenschaftler aus Brasilien, Chile, Deutschland, Österreich, der Schweiz, Polen und Vietnam. Seit 2011 gibt ein Herausgebersteam, zu dem so bekannte Nachhaltigkeitsforscher wie Hans Christoph Binswanger, Ingomar Hauchler, Martin Jänicke, Hans Nutzinger und Gerhard Scherhorn gehören, das Jahrbuch *Nachhaltige Ökonomie* heraus.

2. Kernaussagen der Nachhaltigen Ökonomie

Das Netzwerk hat sich auf die folgenden Kernaussagen für die nachhaltige Wirtschaftslehre verständigt, sie sollen in allen Hochschulen gelehrt werden:

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

1. *Starke Nachhaltigkeit*: Die derzeitige Entwicklung der Menschheit ist nicht zukunftsfähig, deshalb wird eine Position der *starken Nachhaltigkeit* vertreten. D.h. die Wirtschaft wird als ein Subsystem der Natur angesehen und die natürlichen Ressourcen als größtenteils nicht substituierbar betrachtet. Im Mittelpunkt steht hierbei die *dauerhafte Erhaltung* und nicht der optimale Verbrauch. Die Veränderung des Klimas, die Zerstörung der Ozonschicht, die Vergiftung der Böden, ausgestorbene Arten, verbrauchte Rohstoffe und Energieträger schränken die Freiheit künftiger Generationen unzulässig ein, da die negativen Veränderungen nicht in akzeptablen Zeitspannen rückgängig gemacht werden können. Daraus folgt die Definition: „Eine Nachhaltige Entwicklung will für alle heute lebenden Menschen und künftigen Generationen ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit der Erde erreichen und so das intra- und intergenerative Gerechtigkeitsprinzip durchsetzen“.
2. *Reform der traditionellen Ökonomie*: Die Inhalte und Ziele der traditionellen Ökonomie sollen auf Basis eines Methodenpluralismus grundlegend geändert werden, d.h. die Nachhaltige Ökonomie erkennt bestimmte Erkenntnisse wie beispielsweise die Notwendigkeit politisch-rechtlicher Instrumente an, verschärft bzw. erweitert sie aber um neue Modelle und Theorien.
3. *Weiterentwicklung zur Nachhaltigen Ökonomie/Ökonomik*: Eine Vielzahl der *Modelle und Annahmen*, mit denen die traditionelle neoklassische Ökonomie operiert – wie die Vorstellung der Selbstheilungs- und Steuerungskräfte der Märkte und die optimale Verteilung der Produktionsfaktoren (Arbeit, Ressourcen, Kapital) und Güter durch den Preismechanismus – sind unrealistisch. Andere Annahmen, wie das Bild des rational handelnden Menschen (*homo oeconomicus*), wurden



Abb. 1: Zur Veranschaulichung dieser Definition wird das Zieldreieck der Nachhaltigkeit in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit verwendet. (Quelle: Eigene Erstellung Rogall, Treschau 2009)

- von der Verhaltens- und Gehirnforschung längst widerlegt (Selten 1993, Kahneman 1986, Ockenfels 1999). Die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie empfehlen stattdessen das heterogene Menschenbild vom *homo cooperativus*, das dem kooperativen Verhaltenspotential des Menschen Rechnung trägt. Die komplexen Handlungen der Wirtschaftsteilnehmer können durch die traditionellen Rechenmodelle dementsprechend nicht abgebildet werden. Die Deregulierung der Finanzmärkte zeigte z.B. eindrucksvoll, dass falsche Ergebnisse durch falsche Voraussetzungen zwangsläufig resultieren. Auch viele Ziele der traditionellen Ökonomie müssen ersetzt werden, die natürliche Ressourcen bislang als quasi unendlich verfügbaren Inputfaktor behandeln und ihrer Knappheit nicht ausreichend Bedeutung beimessen. Dies betrifft sowohl die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre oder der Gewässer und Meere als auch die Verfügbarkeit von Energieträgern und Metallen. Eine Wirtschaftsweise, die ein stetiges wirtschaftliches Wachstum mit steigendem Ressourcenverbrauch anstrebt, ist in einer endlichen Welt langfristig nicht möglich.
4. *Ersetzung des Wachstumsparadigmas durch ein Nachhaltigkeitsparadigma*: Daher wird es zur notwendigen Voraussetzung einer zukunftsfähigen Entwicklung, das heutige Wachstumsparadigma durch ein Nachhaltigkeitsparadigma zu ersetzen, indem zunächst der europäische, dann der globale Ressourcenverbrauch Jahr für Jahr zurückgefahren wird.
 5. *Das Leitbild der Nachhaltigkeit ist ethisch begründet*: Daraus folgen Prämissen für alle Entscheidungen und Handlungen, die *intra- und intergenerative Gerechtigkeit* wie etwa das Recht auf gleiche Ressourcennutzung, sowie *Verantwortung und Solidarität* fordern. Zudem basieren sie auf dem *Vorsorgeprinzip*, das an die Stelle des Nachsorgeprinzips tritt, dem *Prinzip der Dauerhaftigkeit* statt der kurzfristigen Orientierung, dem *Prinzip der Angemessenheit*, das sich auch auf das Ausmaß der Gewinnorientierung von Unternehmen bezieht, und nicht zuletzt der *Anerkennung der Prinzipien einer nachhaltigen Demokratie*, was die Mitbestimmung und die Unterstützung der Politik bei der Entwicklung von sozial-ökologischen Leitplanken umfasst.
 6. *Interdisziplinärer Ansatz*: Künftig müssen alle Entscheidungsteams (z.B. in den Entwicklungsabteilungen von Unternehmen und der Politik) interdisziplinär zusammengesetzt sein. Hierbei sollen alle Entscheidungen immer vor dem Hintergrund ihrer späteren Folgen gefällt werden (z.B.: Wie konstruiere ich ein Produkt so, dass ich später alle Werkstoffe wiedergewinnen kann?).
 7. *Notwendigkeit der Änderung der Rahmenbedingungen (Leitplanken)*: Mit Hilfe politisch-rechtlicher Instrumente sollen die Rahmenbedingungen für Produzenten und Konsumenten so verändert werden, dass

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit einhält und die Vorreiter der Nachhaltigkeit Wettbewerbsvorteile erhalten.

8. *Notwendigkeit der Operationalisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs, neue Messsysteme:* Die Sinnentleerung des Nachhaltigkeitsbegriffs soll durch eine Formulierung von Prinzipien, Managementregeln und neuen Messsystemen verhindert werden. Anders als die traditionelle Ökonomie, die Lebensqualität und Wohlstand (gemessen am BIP pro Kopf) gleichsetzt, benötigt eine nachhaltige Entwicklung geeignete Ziel- und Indikatorensysteme.
9. *Globale Verantwortung:* Als zentrale Bedingungen für eine Nachhaltige Entwicklung werden u.a. die *Einführung eines globalen Ordnungsrahmens* (mit Regulierung der Finanzmärkte, Abgaben auf die globalen Umweltgüter und Finanztransaktionen sowie sozial-ökologische Mindeststandards u.v.a.m.) sowie die *Senkung des globalen Ressourcenverbrauchs* bis 2050 um 50 bis 60 Prozent anerkannt. Hierbei wird akzeptiert, dass die Industrieländer aufgrund der historischen Entwicklung und der größeren Leistungsfähigkeit eine Vorreiterrolle einnehmen müssen.
10. *Nachhaltige (sozial-ökologische) Marktwirtschaft und nachhaltige Demokratie:* Eine kapitalistische Marktwirtschaft wird ebenso abgelehnt wie eine zentrale Verwaltungswirtschaft. Nur marktwirtschaftliche Systeme mit einem nachhaltigen

Ordnungsrahmen sind zukunftsfähig. Danach muss die Politik aktiv eingreifen, um eine nachhaltige Entwicklung sicherzustellen und die Folgen von Marktversagen zu vermindern. Hierbei sollen ausreichend hohe ökonomische, ökologische und sozial-kulturelle Standards angestrebt sowie Freiheit und Lebensqualität für *alle* Menschen durchgesetzt werden.

Diese theoretischen Grundlagen müssen im Unterricht der Hochschulen durch *Handlungsfelder* konkretisiert und durch praxistaugliche Strategien für die Studierenden nachvollziehbar werden. Hierzu werden Kapitel und Lehrmaterialien zur nachhaltigen Energie-, Mobilitäts-, Ressourcenschonungs- und Produktgestaltungspolitik sowie zur nachhaltigen Landwirtschaft und dem Nachhaltigkeitsmanagement auf der eingangs genannten Website zur Verfügung gestellt.

3. Ziel des stetigen wirtschaftlichen Wachstums

Wunsch und Wirklichkeit

Nicht nur das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 strebt ein *stetiges, angemessenes* wirtschaftliches Wachstum an, sondern alle traditionellen Ökonomen, unabhängig davon, welche inhaltlichen Kontroversen sie ansonsten ausfechten. Dieses *Wachstumsparadigma* kann als wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel fast aller Wirtschaftspolitiker weltweit angesehen werden. Natürlich drängen sich hierbei die Fragen auf, welche Wachstumsraten

dauerhaft „angemessen“ und welche mit der natürlichen Tragfähigkeit der Erde vereinbar sind (ausführlich SRU 2012: 35). Traditionelle Ökonomen, z.B. Grossekettler u.a. (2008: 312), stellen sich diese Fragen nicht und sprechen auch heute noch von einer „Wunschwachstumsrate“ für Deutschland von 4%. Andere Autoren und Institutionen fordern immerhin stetige Wachstumsraten von 3% (z.B. Europäischer Rat in der Lissabon-Strategie, McKinsey), was eine Verdoppelung der Gütermenge alle 23 Jahre bedeutet. In der *Realität* sinken die Wachstumsraten in den letzten Jahrzehnten tendenziell, so dass

in der Mehrzahl der OECD-Länder ein lineares statt ein exponentielles Wachstum zu verfolgen ist (Deutschland 1950 bis 2008 etwa 20 Mrd. € pro Jahr, mit leicht sinkender Tendenz; BMAS 1992 und 2011/09: 1.2). Die mit 3,6% überdurchschnittlich hohe Wachstumsrate von 2010 und 2011 ist nachkrisenbedingt und kein neuer Trend. Dort, wo die Staaten in den 1990er und 2000er Jahren, noch Wachstumsraten von über 2% erzielten (wie die USA), geschah das i.d.R. auf Kosten einer enormen Verschuldung. Diese ist, wie die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte, nicht zukunftsfähig.

	1960–69	1970–79	1980–89	1990–99	2000–08
Frankreich	5,7	4,2	2,3	1,9	1,9
Großbritannien	2,9	2,4	2,5	2,2	2,5
Italien	5,8	4,0	2,6	1,4	1,2
Japan	10,1	5,2	3,7	1,5	1,5
USA	4,7	2,4	3,1	3,1	2,3
OECD	5,2	3,8	3,0	2,5	2,4

Tab. 1: Wachstumsraten in ausgewählten OECD-Staaten
(Quelle: Ameco in Dullien, Herr, Kellermann 2009: 24.)

Mögliche Gefahren einer auf Wachstum fixierten Gesellschaft

Wachstumskritiker verweisen auf die *ökologischen* und *sozial-kulturellen Gefahren* einer auf wirtschaftliches Wachstum fixierten Gesellschaft. U. a. werden die folgenden *Gefahren* genannt (Seidel, Zahrt 2010):

- *Ökologische Gefahren* (Kosten):
(1) Zunehmende Freisetzung von Treibhausgasen, mit einer Klimaerwärmung von 2-6°C in diesem Jahrhundert (zu den Folgen siehe Stern

2006, IPCC 2007). (2) Zerstörung von Naturräumen und Artensterben. (3) Zunehmende Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen bis zu ihrem vollständigen Verbrauch, z.B. fossile Energieträger oder Flächeninanspruchnahme. (4) Übernutzung erneuerbarer Ressourcen mit der Folge, dass das Naturkapital zerstört wird: z.B. Zerstörung der Fischbestände, Wälder, Süßwasserreserven usw., dramatische Hungersnöte als Konsequenz. (5) Zunehmende Frei-

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

setzung von Schadstoffen und Lärm mit der möglichen Folge, dass die Biosphäre irreversibel geschädigt wird.

- *Ökonomische Risiken:* Die in den ökologischen Gefahren dargestellten Entwicklungen führen auch zu schwerwiegenden ökonomischen Problemen. Mit der Übernutzung der natürlichen Ressourcen werden in der Folge auch fast alle ökonomische Ziele einer Nachhaltigen Entwicklung tangiert: (1) Die Grundbedürfnisse können für immer mehr Menschen nicht mehr befriedigt werden, da die Nahrungsmittelproduktion zurückgeht. (2) Der immer schnellere Verbrauch und die Übernutzung der natürlichen Ressourcen führen seit der Jahrtausendwende zu drastischen Preissteigerungen, die sich nach Überwindung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verstärkt fortsetzen werden (zwischen 2002 und 2006 stieg der Preis für Kupfer, Zink und Wolfram um 400%, der Preis für Nickel, Blei, Eisen, Zinn und Aluminium um 100 bis 200%, Miegel 2010: 117).¹

1 Modellrechnung für ein exponentielles Wachstum des Ressourcenverbrauchs und der Schadstoffeinträge: Unterstellen wir ein globales Wachstum des Ressourcenverbrauchs und Schadstoffeinträge um jährlich 2,5%, verdoppeln sich der Verbrauch an Ressourcen und der Eintrag der Schadstoffe alle 28 Jahre. Das heißt, dass nach nur 280 Jahren sich die Schadstoffeinträge und der Ressourcenverbrauch gegenüber heute vertausendfacht hätten! Nimmt man als Berechnungsgrundlage ein – von vielen Ökonomen gefordertes – jährliches Pro-Kopf Wachstum von 4%, würde das globale BIP von heute ca. 61 Billionen

- *Sozial-kulturelle Gefahren* (Probleme der Konsumgesellschaft): (1) Eine wachstumsfixierte Gesellschaft kann zu einem Wachstumszwang für alle Gesellschaftsmitglieder führen. Weiterhin kann dieser Wachstumszwang zu (2) einem extremen Flexibilisierungszwang führen, der eine Bindungslosigkeit aller Gesellschaftsmitglieder nach sich zöge. (3) Der Wachstumszwang kann so dominant werden, dass die gesamte Politik unter dieses Ziel gestellt wird. Die knapper werdenden Ressourcen führen zu Rohstoffsicherungspolitiken, die zu gewaltsamen Konflikten führen können (Ressourcenkriege). (4) Ein gesellschaftlicher Wachstumszwang kann zu einem Innovationszwang führen, indem nicht mehr gefragt wird, was die Gesellschaft benötigt und wohin sich Technologien entwickeln sollen, sondern wo es um Neues nur um der Neuartigkeit willen geht.

Was ein hohes stetiges *Wachstum für Folgen haben kann*, zeigen auch die ökologischen Gefahren in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die seit Anfang der 1990er Jahre hohe, teilweise zweistellige Wachstumsraten erreichen (im Weiteren am Beispiel Chinas gezeigt). Nach Angaben des stellvertretenden Ministers für Umwelt *Pan Yue* sind u.a. folgende Umweltprobleme festzustellen: (1) Die für Landwirtschaft nutzbare *Flä-*

US-Dollar bis zum Ende des Jahrhunderts auf unvorstellbare 2.000 Billionen US-Dollar gestiegen sein, eine 33-mal größere Gütermenge (Miegel 2010: 62).

che hat sich aufgrund des Wachstums der Wüsten und Siedlungsflächen in den letzten 50 Jahren halbiert. (2) Auf einem Drittel des chinesischen Territoriums geht *saurer Regen* nieder. (3) Die Hälfte des *Wassers* der sieben größten Flüsse ist völlig unbrauchbar und ein Viertel der Bürger Chinas hat keinen Zugang zu *sauberem Trinkwasser*. (4) Ein Drittel der Einwohner von Städten muss stark *schadstoffbelastete Luft* atmen, z.B. sind in Peking 70 bis 80% aller tödlichen Krebserkrankungen umweltbedingt. *Lungenkrebs* ist die häufigste Todesursache. (5) Mehr als 80% des *Abfalls* werden nicht umweltverträglich entsorgt und belasten damit die Umwelt. (6) Die Umweltbelastungen sorgen schon heute dafür, dass 8 bis 15% des *BIP* zu deren Beseitigung verwendet werden müssten. Hinzu kommen die erheblichen *Gesundheitskosten* und das menschliche Leid. Pan Yue kommt zu folgendem Fazit: „(...) die ökologisch belasteten Gebiete können schon jetzt ihre Bewohner nicht mehr verkraften. Deshalb müssen wir in Zukunft (...) rund 186 Millionen Bürger umsiedeln. Die anderen (chinesischen) Provinzen können aber nur 33 Millionen aufnehmen. China wird also über 150 Millionen ökologische Migranten, ja womöglich sogar ökologische Flüchtlinge haben.“ (Yue 2005: 149).

In China kann man nicht mehr von *Umweltrisiken* sprechen, sondern von einer ernsten Bedrohung, die schon heute jährlich Abertausenden den Tod bringt und die Früchte der wirtschaftlichen Entwicklung aufzehrt. So sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation jährlich 650.000 Chinesen an den Folgen der Luftverschmutzung und

950.000 an verunreinigtem Trinkwasser (Blume 2007/10: 20).

Als *Zwischenfazit* wollen wir festhalten, dass ein ungezügelttes Wachstum unvertretbar hohe sozial-ökologische Kosten mit sich bringt, die weder ethisch noch ökonomisch akzeptabel sind. Daher erhält die Verhinderung dieser Entwicklungen die höchste gesellschaftspolitische Priorität.

Verhältnis von Einkommen zu Glück und Lebenserwartung

Früher gingen Ökonomen davon aus, dass wirtschaftliches Wachstum (die Steigerung der Einkommen) die Menschen immer glücklicher macht und ihre Lebenserwartung steigert. Diese Aussagen müssen heute differenzierter erfolgen. Seit den 1970er Jahren liegen zahlreiche empirische Untersuchungen vor, nach denen wir den Zusammenhang von Einkommen zu Lebenserwartung und Zufriedenheit wie folgt beschreiben können:

Erstens: Es lässt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen sehr geringem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen zur Lebenserwartung und Zufriedenheit der Bevölkerung nachweisen. Während Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 5.000 US-Dollar pro Jahr eine Lebenserwartung von 38 bis 75 Jahren aufweisen, erreichen Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von über 20.000 US-Dollar eine Lebenserwartung von 75 bis 84 Jahren (Wilkinson, Pickett 2009: 20). Ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich bis zu einem gewissen Mindesteinkommen auch zwischen Einkommen und Glücksgefühl nachweisen. Zumindest

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

in den meisten Ländern steigt mit dem Einkommen zunächst auch das Glücksgefühl (Wilkinson, Pickett 2009: 22).

Zweitens: Sind die Grundbedürfnisse erfüllt, steigt die Lebenserwartung nur noch langsam, das Glücksgefühl nicht mehr. Auch ist nachgewiesen, dass in den Industriestaaten seit etwa 40 Jahren – trotz steigender Einkommen – die Zufriedenheit nicht mehr zugenommen hat (zu den empirischen Ergebnissen in Japan, USA, Europa: Frey, Stutzer 2002).²

Weiterhin spielt in den wohlhabenden Industriestaaten weniger die absolute Höhe der Konsumgüterausstattung als vielmehr die *relative* Höhe die entscheidende Rolle für die Zufriedenheit. Hier kommt es auf die Befriedigung an, die sich aus der Knappheit als solcher ergibt (bzw. dem Status, den der Konsument aus diesem knappen Gut bezieht: Hirsch 1980: 43). Ein weiterer wichtiger Faktor für die Zufriedenheit ist das Gefühl der Befragten, dass ihr Einkommen im Vergleich zu anderen gerecht ist. Nach den neusten Untersuchungen scheint dieses Gefühl einer relativ egalitären Gesellschaft sogar zu den wichtigsten Faktoren der Zufriedenheit zu gehören (Wilkinson, Pickett 2009: 44). Da das Zufriedenheitsgefühl in den Industriestaaten stark von der *relativen* Position und dem Gerechtigkeitsgefühl abhängt, kann wirtschaftliches Wach-

tum nicht weiterhelfen, da sich die *relative* Position (z. B. Schichtzugehörigkeit) hierdurch nicht ändert. Ähnliche empirische Ergebnisse liegen für die USA vor (Hirsch 1980: 164; WI 2005: 163). So führt dieser Wettlauf nach „mehr als die anderen“ zu immer größerem Ressourcenverbrauch ohne mehr Zufriedenheit. Diese Erkenntnisse müssten eigentlich die Gedankengebäude der Ökonomie revolutionieren, bislang werden aber die überholten Theorien weiter gelehrt (Heuser, Jungbluth 2007/07: 34; Scherhorn 2004: 4).

Wachstumskritik:

Vier Positionen – Kurzbewertung

Als Zwischenfazit wollen wir festhalten, dass ein dauerhaftes Wachstum der materiellen Güterproduktion, verbunden mit einem steigenden Ressourcenverbrauch (über viele Jahrhunderte), weder ökologisch vertretbar noch wirtschaftlich wahrscheinlich ist. Ökonomen, die diese Position vertreten, können als Wachstumskritiker im weitesten Sinne bezeichnet werden. In der wachstumskritischen Diskussion existieren die unterschiedlichsten Positionen und Schulen, mehr als wir hier erläutern können, daher wollen wir die Positionen modellhaft in vier Richtungen gliedern, die Realität ist von diversen Mischpositionen geprägt.

2 Als entscheidende *Faktoren der Zufriedenheit* werden dann angesehen: (1) Stand der Verteilungsgerechtigkeit (Gesellschaften mit wenig Ungleichheit sind glücklicher als jene mit hoher Ungleichheit). (2) Sicherheit und Art der Erwerbstätigkeit, (3) soziale Kontakte und Anerkennung (Beruf, Familie, Freunde (BUND u.a. 2008: 234)).

(1) *Technikstrategie:* Die Vertreter der Technikstrategie gehen davon aus, dass die globalen Probleme des 21. Jh. durch eine konsequente Effizienzstrategie und Teilen der Konsistenzstrategie zu lösen sind. Sie gehen davon aus, dass Zielkonflikte zwischen Umweltbelastungen und

der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung durch Umweltschutztechniken lösbar und beherrschbar sind. Die OECD hat einen Teil dieser Position aufgenommen und 2009 eine „Grüne-Wachstums-Strategie“ beschlossen (OECD 2011). Hiermit sollte zugleich die globale Wirtschaftskrise bekämpft werden.

Kurzbewertung: Die Mehrzahl der Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie geht davon aus, dass diese Strategie nicht weit genug geht, weil die zu erwartenden Rebound-Effekte die notwendige globale Ressourcenminderung (-50% bis 2050) nicht möglich machen würden.

Rebound-Effekt (Mehrverbrauch trotz Effizienzsteigerung): Unter R.E. wird eine Entwicklung verstanden, die entsteht, wenn die Haushalte und Unternehmen aufgrund von Effizienzsteigerungen ihre Kosten für die Nutzung natürlicher Ressourcen reduzieren (z.B. Energiekosten aufgrund Wärmeschutzsanierung) und anschließend das eingesparte Geld für andere, mindestens ebenso ressourcenintensive Tätigkeiten verwenden (z.B. Flugreisen, größere Wohnungen usw.; BUND u.a. 2008: 105; Kopf-müller u.a. 2001: 101). Diesen Effekt konnte schon William St. Jevons im 19. Jh. nachweisen (sog. Jevons-Paradoxon, Jevons 1865), indem er zeigte, dass trotz der Effizienzsteigerungen der Dampflok der Kohleverbrauch stark zunahm, weil Effizienzsteigerung die Kosten pro Streckeneinheit senkte, was eine erhebliche Nachfragesteigerung und Überkompensation der Effizienzsteigerungen zur Folge hatte.

(2) *Verzicht auf Wachstum und Verteilung:* In jüngster Zeit ist eine neue wachstumskritische Position entstanden, die die Aufrechterhaltung des Wachstumsziels als unrealistisch ansieht und in diesem Zusammenhang Lohn- und Verteilungspolitik als nicht mehr zeitgemäß abtut. Darüber hinaus sprechen sie sich für die Ausweitung des Niedriglohnssektors und den Abbau des Sozialstaates aus (Miegel 2010: 179, 190, 193).

Kurzbewertung: Der Position von Miegel folgen die Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie *nicht*. Sie bezeichnen sie als „Wachstumskritik von rechts“, die bekannte wirtschaftsliberale Positionen aus den 1990er Jahren unter einer neuen Überschrift vertritt:

„Der Sozialstaat ist nicht nur hilfreicher Vater und gütige Mutter. Er ist auch strenger Vormund und mitunter selbst Tyrann, der seine Mündel nicht mündig werden lässt. Diese Chance haben sie jetzt. Der Vormund schwächelt, und Individuen und Gesellschaft werden bald spüren, dass auch dies kein Verlust sein muss, sondern ein Gewinn sein kann. (...) die Menschen können Fähigkeiten und Kräfte nutzen, die bisher weitgehend brachliegen. (...) wahrscheinlich ist, dass sich dann viele Menschen besser fühlen werden als bisher.“ (Miegel 2010: 205).

Die im Zitat gepriesene Verschärfung der Armut als Chance zur Erhöhung der gesellschaftlichen Kohäsion und Zufriedenheit wird nicht von allen Ökonomen geteilt. Das Ziel der Nachhaltigen Ökonomie bleibt es vielmehr, ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards in den Grenzen der natürlichen Trag-

fähigkeit zu schaffen, um so das intra- und intergenerative Gerechtigkeitsprinzip durchzusetzen. Gesellschaftliche Solidarität und eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen bleibt vielmehr unverzichtbar (s.a. Möhring-Hesse 2010: 123). So ist heute folgender Zusammenhang empirisch erwiesen: Je ungleicher eine Gesellschaft ist, umso schlechter ist es tendenziell um die sozial-kulturellen Indikatoren der Nachhaltigkeit bestellt (Wilkinson, Pickett 2009: 20, 44).

(3) *Steady-State-Economy, Postwachstumsgesellschaft:* Die *Steady-State-Economy* verfolgt das Ziel, das globale Wirtschaftssystem so schnell wie möglich zu einer Gleichgewichtsökonomie (*Steady-State*) mit konstantem oder schrumpfendem BIP umzubauen: Ein Wirtschaftssystem, das darauf ausgerichtet ist, eine konstante Ausstattung mit materiellen Gütern zu gewährleisten, die für ein „gutes Leben“ ausreicht. Dabei sollte die Bevölkerungshöhe möglichst konstant bleiben (Daly 1999). Eine Reihe von Autoren folgt dieser Position, indem sie davon ausgeht, dass eine „nachhaltige Weltwirtschaftsordnung (...) die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus(setzt), die auf Wirtschaftswachstum basiert.“ (Attac 2004/10: 17). Eine neuere Position fordert eine *Postwachstumsgesellschaft*. Sie halten eine Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch für nicht möglich (Seidel, Zahrnt 2010; Jackson 2009, Paech 2009).

Eine Art *Brückenposition* nimmt die vierte Position ein:

(4) *Wirtschaftliche Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit* („*selektives Wachstum*“, Eppler 1981: 147; Rogall 2000: 71 u. 132). Sie verfolgt das Ziel, innerhalb der kommenden 40 Jahre ausreichend hohe ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Standards für alle Menschen zu erreichen und trotz moderater Wachstumsraten durch einen nachhaltigen Umbau der globalen Volkswirtschaften (*Transformation*) den globalen und nationalen Ressourcenverbrauch mit Hilfe der drei Strategiepfade der Nachhaltigen Ökonomie (*Effizienz, Konsistenz, Suffizienz*) global absolut um 50% (in den Industrieländern um 80-95%) zu senken und damit die wirtschaftliche Entwicklung der natürlichen Tragfähigkeit unterzuordnen. Andere Autoren nennen diese gesteuerte wirtschaftliche Entwicklung *qualitatives Wachstum* (Müller, Niebert 2009: 99; Renn 2007: 32), *Sustainable Growth* oder *green growth* (Majer 1984). Eine besondere Bedeutung hat der Begriff *Green Economy* erhalten, da das Schlussdokument der Weltkonferenz Rio +20 ihn zur neuen Leitidee der globalen Wirtschaft erklärt hat (BMU, UBA 2011/09: 10; Rogall, Scherhorn 2012). Eine derartige Entwicklung soll erreicht werden, indem die Rahmenbedingungen mittels politisch-rechtlicher Instrumente geändert werden (Schaffung ökologischer Leitplanken). Nach den heutigen Erkenntnissen muss der absolute Ressourcenverbrauch innerhalb der nächsten 35 Jahre deutlich (ca. um 50%) reduziert werden. Gleichzeitig möchten die Menschen in den Entwicklungsländern eine deutliche Wohlstandssteigerung. Hinzu kommen

die dargestellten ökonomischen und sozialen Probleme, wenn kurzfristig auf weiteres wirtschaftliches Wachstum verzichtet wird. Eine zentrale Aufgabe der Nachhaltigen Ökonomie ist es, die Bedingungen herauszuarbeiten, für eine überschaubare Zeit, z.B. 40 Jahre, den absoluten Ressourcenverbrauch global zu halbieren und gleichzeitig ein selektives Wachstum zuzulassen, um so die ökologischen und sozialen Probleme parallel zu lösen. Hierdurch soll künftig im Sinne eines Paradigmenwechsels die wirtschaftliche Entwicklung den natürlichen Grenzen untergeordnet werden.

Bewertung

Die Vertreter der *Steady-State-Economy* und der *wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit* vertreten auf lange Sicht die gleichen Ziele (Einhaltung der natürlichen Tragfähigkeit), allerdings mit divergierenden Zeitperspektiven und Instrumenten. Unstrittig ist die Auffassung, dass eine weitere wirtschaftliche Entwicklung nur in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit erfolgen darf (von anderen auch als ökologische Leitplanken bezeichnet, Hinterberger u.a. 1996: 246). Ein kurzfristiges Schrumpfen der Wertschöpfung wird aber abgelehnt.

Position	Zentrale Aussage
(1) Technikstrategie	Konsequente Effizienzstrategie u. Teile der Konsistenzstrategie können Probleme lösen.
(2) Verzicht auf Wachstum und Verteilung	Wachstumsziele unrealistisch. Lohn- und Verteilungspolitik nicht mehr zeitgemäß. Für die Ausweitung des Niedriglohnssektors und den Abbau des Sozialstaates
(3) Steady-State-Economy	Das globale Wirtschaftssystem soll zu einer <i>Gleichgewichtsökonomie</i> mit konstantem o. <i>schrumpfendem</i> BIP umgebaut werden
(4) Nachhaltigkeitsparadigma	Bis 2050 soll der globale u. nationale Ressourcenverbrauch mit Hilfe eines „selektiven Wachstums“ (Ausbau u. Abbau) und drei Strategiepfaden der Nachhaltigen Ökonomie (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz) absolut gesenkt werden (Entwicklung des BIP zweitrangig).

Übers. 1: Wachstumskritische Positionen (Quelle: Eigene Zusammenstellung 2011)

Schrumpfende Wirtschaft als Lösung?

Hintergrund der Ablehnung von kurzfristigen Schrumpfungsprozessen des BIP sind eine Reihe von ökonomischen Problemen, die auftreten können, wenn das gesamtwirtschaftliche Einkommen (das BIP) dauerhaft konstant bleibt oder gar sinkt (zu den möglichen Lösungsstrategien Rogall 2012):

(1) *Stagnation der Einkommen, Erwartungshaltung und Deflation:* Die Einkommen werden nicht mehr gesteigert, was eine allgemeine negative Erwartungshaltung der Gesellschaft zur Folge haben kann und damit eine Deflation mit sinkenden Preisen und steigender Arbeitslosigkeit. Ein Schrumpfen des BIP führt „innerhalb der bestehenden

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

ökonomischen und sozialen Strukturen (...) zu Sozialkollaps, Verarmung und anderen Begleiterscheinungen kapitalistischer Krisen.“ (Schmelzer, Pasadakis 2010/10).

(2) Steigende Arbeitslosigkeit: Wird die Produktivität weiter gesteigert, erhöht sich die Arbeitslosigkeit, da die Güter mit weniger Arbeit hergestellt werden, es sei denn die Arbeit würde anders verteilt (Arbeitszeitverkürzung).

(3) Standard der meritorischen Güterausstattung stagniert: Bleibt die Steuerquote gleich, bleiben auch die Staatseinnahmen konstant. Somit kann der Ausstattungsstandard meritorischer Güter nicht steigen (Bildung, soziale Sicherungssysteme und gesundheitliche Vorsorge, Wärmesaniierungsprogramme, Umlage nach EEG, Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs).

(4) Kapitalkosten werden drückender: Zinszahlungen für öffentliche und private Schulden (z.B. Hausbaukredite) können nicht mehr aus den Zuwächsen finanziert werden, die Lösung der Schuldenkrise noch schwieriger.

(5) Finanzierung des Sozialsystems wird noch schwieriger:

a) **Gesundheitssystem:** Steigen die Kosten (aufgrund des technischen Fortschritts und des demografischen Wandels), wird die Finanzierung immer schwieriger. Der SRU kommt zu dem Fazit: „Wegen der absehbaren demografischen Entwicklung wären ohne Wachstum sowohl Umlage- als auch Kapitaldeckungsver-

fahren zur Alterssicherung nicht finanzierbar.“ (SRU 2012: 58).

b) **Rentensystem:** Ohne eine Steigerung der Einkommen müssen künftig aufgrund des demografischen Wandels entweder (a) immer größere Anteile des Einkommens für die Finanzierung der Renten aufgewendet, (b) die Renten im entsprechenden Umfang gesenkt oder (c) das Renteneintrittsalter deutlich erhöht werden.

Diese Probleme sehen auch viele Autoren der Postwachstumsgesellschaft (z.B. Möhring-Hesse 2010: 121 und Meyer 2010: 168). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stellt nicht nur die Summe der erzeugten Güter dar, sondern als Kehrseite auch die Summe des erzielten *Volkseinkommens* (Arbeitnehmereinkommen, Kapitaleinkommen und Abschreibungen) in einer Volkswirtschaft. Damit ist die Forderung, auf Wachstum zu verzichten, gleichbedeutend mit der Forderung, die gesamtwirtschaftlichen Einkommen einzufrieren. Diese Forderung genießt aber – selbst in den relativ wohlhabenden Industriestaaten – eine geringe Akzeptanz.

Als *Zwischenfazit* halten wir fest, (1) die Hoffnung, dass die ca. eine Mrd. wohlhabender Menschen allein durch Umverteilung (Verzicht) eine ausreichende Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der heute ca. sieben, im Jahr 2050 neun bis zwölf Mrd. Menschen erreichen könnten, ist unrealistisch. Daher ist ein umweltverträgliches Wachstum für diese Staaten unverzichtbar. Hierbei muss der weltweit erhöhte Ressourcenverbrauch

durch Reduktion in den Industriestaaten kompensiert werden. (2) Die vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass wirtschaftliches Wachstum nicht bedeutet, dass die dargestellten Probleme automatisch zufrieden stellend gelöst werden. (3) Allerdings zeigen sie auch, dass ein kurzfristiger, bewusst herbeigeführter Schrumpfungsprozess des BIP in den Industriestaaten die Lösung der ökonomischen Probleme des 21. Jahrhunderts nicht gerade erleichtert (s. Griechenland).

Vertreter einer schrumpfenden Wirtschaft müssen daher die *Fragen* beantworten, wie ohne eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit/Einkommen die daraus folgenden ökonomischen Probleme zu lösen wären. Weiterhin, wie die Bevölkerung von einer Strategie bewusst herbeigeführter Einkommensenkungen überzeugt werden soll, und schließlich, wie dieser „systemsprengende Transformationsprozess“ bewerkstelligt werden soll. *Hans Christoph Binswanger*, einer der Vorreiter und Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie, spricht vom „Wachstumszwang“ und einer minimalen Wachstumsrate der Weltwirtschaft von etwa 1,8%/Jahr, soll es nicht zu deutlichen Schrumpfungsprozessen mit den damit verbundenen sozialen Belastungen kommen (zum Wachstumszwang Binswanger 2006: 368 und 2010: 21).

Position der Bevölkerung

Die Menschen in den wohlhabenden Industrieländern vertreten zum Wachstum der Güterausstattung eine *widersprüchliche Haltung*. In einer Befragung durch das Emnid-Institut 2010 erklärten

- 61% der befragten Deutschen, sie glaubten nicht an eine Steigerung der eigenen Lebensqualität infolge eines höheren Wirtschaftswachstums (Bertelsmann-Stiftung 2010/08).
- 73% erklärten, dass für sie ein Zuwachs an materiellem Wohlstand weniger wichtig ist als der Schutz der Umwelt für künftige Generationen und der Abbau der öffentlichen Schulden. „Geld und Besitz mehr“ sind hingegen am unwichtigsten (nur 11% messen ihm eine sehr hohe Wichtigkeit bei; Bertelsmann-Stiftung 2012/07: 3,4,5).

Gleichzeitig erklärten aber:

- 88% wirtschaftliches Wachstum für „sehr wichtig“ bzw. „wichtig“ (Bertelsmann-Stiftung 2012/07: 2).
- 73% bejahten die Aussage „Ohne wirtschaftliches Wachstum kann Deutschland nicht überleben“ (Miegel 2010: 28).

Somit ist die Akzeptanz für einen Schrumpfungsprozess selbst in den relativ wohlhabenden Industriegesellschaften nicht gegeben, die damit verbundenen Probleme erscheinen zu groß und viele Menschen in den neuen aufstrebenden Verbrauchsstaaten (z.B. China) sehen in dieser Diskussion den Versuch, ihnen das vorzuenthalten, was ihnen die Menschen in den Industriegesellschaften spätestens seit den 1970er Jahren vorleben. „Die Alternative (zum Wachstumsparadigma) heißt (daher) nicht Nullwachstum“ (Müller, Niebert 2009: 99), sondern Nachhaltigkeitsparadigma.

Entwicklung innerhalb der natürlichen Tragfähigkeit

Bei dem Konzept einer *wirtschaftlichen Entwicklung in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit* (*selektives Wachstum*) geht es um den *nachhaltigen Umbau (Transformation) der globalen Volkswirtschaften*, bei dem die heutigen nicht zukunftsfähigen Produkte, Verfahren und Strukturen durch nachhaltige ersetzt werden. Um die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit bei dieser Entwicklung einhalten zu können, muss die *Formel für nachhaltiges Wirtschaften* eingehalten werden. Die unbedingte Einhaltung dieser Formel bezeichnen wir als *Nachhaltigkeitsparadigma*.

Nachhaltigkeitsformel oder Nachhaltigkeitsparadigma (Rogall 2004: 44)

Δ Ressourcenproduktivität > Δ BIP

Ressourcenproduktivität: Die R. drückt das Verhältnis von hergestellter Gütermenge zum Ressourceneinsatz (inkl. Schadstofffreisetzung) aus (z.B. BIP zu Materialverbrauch oder BIP zu Primärenergieverbrauch oder BIP zu CO₂-Emissionen). Damit sagt die Entwicklung der R. etwas darüber aus, wie effizient eine Volkswirtschaft mit den natürlichen Ressourcen umgeht.

Selektives Wachstum: S.W. beschreibt eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Rahmen von ökologischen Leitplanken. Dabei muss die Steigerung der Ressourcenproduktivität immer über der Steigerung der wirtschaftlichen Wachstumsraten liegen ($SW = \Delta RP > \Delta BIP$; Rogall 2004: 44), so dass Jahr für Jahr der *absolute* Ressourcenverbrauch auch bei wirtschaftlichem Wachstum sinkt (sog.

absolute Entkoppelung; BUND u.a. 2008: 101). Das soll durch die Strategiepfade der Nachhaltigen Ökonomie (Effizienz, Konsistenz, Suffizienz) sowie von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen erreicht werden. Der Begriff S.W. stammt ursprünglich von Eppler (1981). Zur Veranschaulichung könnte man sich modellartig vorstellen, dass Deutschland im Jahr 2010 ein BIP von rund 2.500 Mrd. Euro erwirtschaftet und im Zuge eines linearen selektiven Wachstums die nächsten 40 Jahre jährlich Güter im Wert von 35 Mrd. bis 40 Mrd. mehr produziert. Gleichzeitig sinkt der absolute Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2050 um 80–95%.

Nachhaltigkeitsparadigma: N. bedeutet die Ausrichtung der Politik und Wirtschaft nach den Kriterien der Nachhaltigkeit mit dem Ziel für ausreichend hohe Standards in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit zu sorgen. Hierfür sieht die Nachhaltige Ökonomie die Einhaltung der Nachhaltigkeitsformel als essentiell an. Sie verfolgt also weder das Ziel einer Senkung noch das der Erhöhung des BIP, sondern eine Entwicklung, die die Lebensqualität und Bildung erhöht und dabei den absoluten Ressourcenverbrauch global bis 2050 halbiert.

Ökologische Leitplanken: Der Begriff ö.L. soll bildhaft verdeutlichen, dass die weitere wirtschaftliche Entwicklung aller Volkswirtschaften nur noch in den Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit verlaufen darf. Diese Grenzen werden durch politische Instrumente (Gesetze und Verordnungen) durchgesetzt.

Die Einhaltung der Nachhaltigkeitsformel – die langfristig für alle Länder gelten und die importierten Güter berücksichtigen muss – könnte in Deutschland das Statistische Bundesamt mittels der Indikatoren der Umweltökonomischen Gesamtrechnung (UGR) überprüfen. Wir empfehlen – im Rahmen eines umfassenden Policy Mix einer neuen Ressourceneffizienzpolitik – einen global wirkenden *Steuerungsmechanismus* einzuführen, der dazu beiträgt, dass bei Nicht-Einhaltung der Formel durch Ressourcenabgaben die Preise für Energie und Rohstoffe um einen angemessenen Prozentsatz real erhöht werden (nach dem Standard-Preis-Ansatz; vgl. Wuppertal Institut, Materialeffizienz und Ressourcenschonung (MaRes), 2010).

Bei dem Versuch, diese Formel in die Praxis umzusetzen, würde eine Reihe von offenen Fragen zu klären sein, z.B. (detailliert Rogall 2012): (1) Reicht die Absenkung des absoluten Ressourcenverbrauchs nach dieser Formel aus? (2) Wie kann die Ressourcenproduktivität konkret gemessen werden? (3) Muss die Formel global dahingehend verändert werden, dass den Schwellenländern ein gewisses Maß an zusätzlichem Ressourcenverbrauch zugestanden wird, der durch eine stärkere Senkung in den Industrieländern kompensiert wird (Wiegandt 2008: 17)? (4) Wie könnte der heutige Wachstumswang vermindert werden?

Als *Zwischenfazit* wollen wir festhalten, dass trotz vieler offener Fragen die Umsetzung der oben genannten Formel des nachhaltigen Wirtschaftens deshalb angestrebt werden sollte, weil sie eine robuste Richtung einer wirt-

schaftlich nachhaltigen Entwicklung anzeigt. Das traditionelle Ziel des stetigen wirtschaftlichen Wachstums (das sog. Wachstumsparadigma) wird somit aus der Perspektive der Nachhaltigen Ökonomie zu Gunsten eines *Nachhaltigkeitsparadigmas* aufgegeben (BUND u.a. 2008: 113). Nach dieser wirtschaftlichen Entwicklung werden gemäß dem Leitprinzip des selektiven Wachstums einige Sektoren wachsen (z.B. erneuerbare Energien, Bildung und Forschung) und andere schrumpfen (z.B. der Energie- und Ressourcenverbrauch). Entscheidend ist, dass die Abkopplung zwischen Wohlstandsentwicklung und Ressourcenverbrauch gelingt und dass der absolute Naturverbrauch sinkt. Hierbei wird der nachhaltige Umbau (Transformation) der Volkswirtschaften in den ausgewählten Strategiefeldern (nachhaltige Energie-, Mobilitäts-, Produktgestaltungs-, Landwirtschafts-, Wasser-, Gesundheits-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik) zunächst *eine deutliche Steigerung der Wertschöpfung und Beschäftigung* zur Folge haben (Rogall 2012, Kap. 10.3).

Ist ein selektives Wachstum möglich?

Einige Wachstumskritiker halten eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom wirtschaftlichen Wachstum für unmöglich (z.B. Jackson 2009). In der Tat ist dies die entscheidende Frage des vorliegenden Beitrags. Hierzu wollen wir uns den absoluten Ressourcenverbrauch Deutschlands vorurteilslos ansehen.

Das *Ergebnis* ist vielleicht für viele überraschend: Nach den Indikatoren der Umweltgesamtrechnung des Stati-

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

stischen Bundesamtes (UGR) konnte die oben erläuterte Nachhaltigkeitsformel seit 1990 eingehalten werden (Tabelle 2). Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs ist also auch bei einem (allerdings nur moderaten) Wachstum möglich (durchschnittlich 1,7% pro Jahr, 1990-2008). Diese Aussage wird durch Studien des Wuppertal-Instituts (WI) sowie des Ökoinstituts mit dem Fraunhofer ISI-Institut (FhG-ISI) bestätigt. Die Wissenschaftler des WI kommen in ihren Untersuchungen zu dem Er-

gebnis, dass trotz der Rebound-Effekte durch politisch-rechtliche Instrumente eine absolute Abkopplung erreicht werden kann (Distelkamp 2010: 49). Die Wissenschaftler des Ökoinstituts und des FhG-ISI konnten in ihrer Studie zeigen, dass in verschiedenen Energiesektoren der absolute Energieverbrauch trotz Wachstums gesenkt werden konnte (z.B. der Endenergiewärmebedarf der Haushalte trotz Wachstum der Wohnfläche; UBA 2011/07: 5).

	1960–80*	1981–90*	1991–99	2000–10
1. Primärenergieverbrauch	+3,1%	0%	-0,2%	-0,24%
2. Abiotische Rohstoffentnahme u. Importe	+2,3%	-1,1%	-0,2%	-1,1%
3. Wasserentnahme	k.A.	k.A.	-1,5%	-1,6%***
4. Neue Siedlungs/ Verkehrsfläche	+1,8%	+1,4%	+1,1%	-2,7%
5. Treibhausgase	+1,8%	-1,1%	-1,7%	-0,8%
darunter: CO ₂				-0,7%
6. Versauerungsgase**	+0,6%	-7,5%	-4,9%	-2,2%
darunter NO _x				-2,5%
7. Wasserabgabe	k.A.	k.A.	-1,6%	-1,6%
Tendenz	Deutliche Zunahme	Überwiegend Abnahme	Überwiegend Abnahme	Abnahme

Tab. 2: Einsatz von Umweltressourcen in Deutschland (pro Jahr)

* früheres Bundesgebiet, ** 1990er Jahre Schadstoffe, seit 2000 SO₂, *** 2007

(Quelle: Statistisches Bundesamt 2000/11: 814, 2007/11: 20, 2011/12: 25, 2011/12)

Das war die gute Nachricht. Die schlechte ist jedoch: Trotz des Erfolgs ist die erzielte Reduktion noch nicht ausreichend. Bei gleichbleibender Entwicklung können die Minderungsziele nicht erreicht werden. Auch stammen Teile des Erfolgs aus Sondereffekten, die nicht beliebig wiederholbar sind (Zu-

sammenbruch der besonders ineffizienten Industrie in den neuen Bundesländern nach der Wende, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09). Dennoch halten wir fest, dass bei verstärktem Einsatz politisch-rechtlicher Instrumente, moderater Wachstumsraten und der konsequenten Umset-

zung der drei Strategiefpade die Formel für nachhaltiges Wirtschaften für eine bestimmte Zeit (nicht für immer) einhaltbar ist. Global gesehen sind wir allerdings von der Einhaltung der Formel weit entfernt, so ist in den letzten 20 Jahren die globale Ressourcenproduktivität um 25 % gestiegen, während das globale BIP um 82% wuchs (Bringezu, Bleiwitz 2009).

Wir halten fest, dass die Nachhaltigkeitsformel in den 2000er Jahren für alle Indikatoren der UGR eingehalten werden konnte. Diese Aussage wird von zahlreichen Studien unterstützt, die z.B. zeigen, dass eine 100% Versorgung mit erneuerbaren Energien unter bestimmten Bedingungen möglich ist, und damit auch gegen eine absolute Entkoppelung keine unüberwindbaren Gründe sprechen (SRU 2011). Prinzipiell gilt diese Aussage auch global (SRU 2012: 54). Hiergegen wird eingewendet, dass Deutschland zunehmend *Vorprodukte importiert*, deren ökologische Rucksäcke im Ausland bleiben (pro Kilogramm importierter Güter ca. 5 Kilogramm). Allerdings müssen hiervon die ökologischen Rucksäcke der Exporte abgezogen werden (pro Kilogramm ausgeführter Waren ca. 6 Kilogramm Rohstoffe). Das Statistische Bundesamt kommt zu dem Fazit, dass der inländische Materialverbrauch einschließlich direkter und indirekter Importe und Exporte zwischen 2000 und 2008 um insgesamt 18,5% abgenommen hat (StaBA 2010/11: 14). Diese Aussage gilt auch für die Befürchtung, klimaschädliche Emissionen würden ins Ausland verlagert (sog. Carbon-Leakage-Effekt). Neuere Studien kommen zu dem Er-

gebnis, dass 5-20% der THG-Minderungen einzelner Industriestaaten aus der Verlagerung stammen (BMU, UBA 2011/09: 11). *Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs ist also auch bei einem (allerdings nur moderaten) Wachstum möglich* (Durch die steigenden Wachstumsraten 2010 stiegen wieder Energieverbrauch und THG-Emissionen, allerdings war das auch witterungsbedingt; StaBA 2012/02: 7 und 11). Der SRU schließt sich diesen Aussagen an, wenn er formuliert: „Dabei ist es weder sinnvoll noch planvoll steuerbar, Wachstum explizit zu beschränken oder gar zu verhindern, aber es sollte auch nicht ohne Berücksichtigung ökologischer Folgekosten forciert werden.“ (SRU 2012: 55)

Strategiefpade des Nachhaltigkeitsparadigmas

Für die *nachhaltige Umgestaltung (Transformation)* der Volkswirtschaften reicht kein einzelnes Instrument oder eine Maßnahme aus. Eine nachhaltige Wirtschaftsweise verlangt bis 2050 die Reduktion der Stoffströme der Industriestaaten um 80 bis 90% und eine Reduktion der THG-Emissionen um 80 bis 95% bzw. den vollständigen Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft bis 2050 (WBGU 2009/07). Diese Ziele haben aber nur bei Ausschöpfung aller Nachhaltigkeitsstrategien Aussicht auf Erfolg (Schmidt-Bleek 1994; Deutscher Bundestag 2002/07). Hierbei sind die im Kasten zusammengefassten *Strategiefpade einer Nachhaltigen Entwicklung (Ökonomie)* konsequent umzusetzen (detailliert anhand ausgewählter Handlungsfelder Weizsäcker u.a. 1995 und 2010; s.a. Rogall 2012, Kap. 11 bis 14).

Die Unterteilung erfolgt aus didaktischen Gründen, in der Realität gehören die drei Strategiepfade zusammen und bilden letztlich eine Einheit (Müller, Niebert 2009: 25). Zum Beispiel existiert eine Reihe von Überschneidungen, so kann die verstärkte Nutzung des Fahrrads als ein Teil der Konsistenz- wie der Suffizienzstrategie angesehen werden, auch sind Null- oder Plusenergiehäuser nur unter Einsatz der Effizienz- und Konsistenzstrategie möglich. Im Zentrum aller Strategien steht die Leitidee, die Lebensqualität aller Menschen mit einer stetig abnehmenden Menge an natürlichen Ressourcen zu steigern (Sachs 2002: 49).

Strategiepfade einer Nachhaltigen Ökonomie (Huber 1995; Rogall 2000: 113), hier aus didaktischen Gründen in drei Pfade geteilt:

(1) *Effizienzstrategie*: Die E. stellt einen unverzichtbaren Strategiepfad der Nachhaltigen Ökonomie dar, um die Realisierung des Nachhaltigkeitsparadigmas durchzusetzen. Vorhandene Produkte werden ressourceneffizienter (inkl. schadstoffärmer) gestaltet. Leitziel ist, die Ressourceneffizienz jährlich um 2,5 bis 3% bis zum Faktor 5 bis 10 zu steigern, d.h. die Nutzung der natürlichen Ressourcen pro Produkt und Serviceeinheit um 80 bis 90% zu senken (bis an die physikalischen Grenzen). Ihre Beiträge zur Verhinderung der Erderwärmung, des Artensterbens, des Verbrauchs und Übernutzung der natürlichen Ressourcen sind noch lange nicht ausgeschöpft. Das liegt auch daran, dass die hierfür nöti-

gen ökologischen Leitplanken noch zu inkonsequent eingeführt wurden (zu den möglichen Grenzen der „Öko-Effizienz“ s. Jänicke 2008: 51 und 72; BUND, Brot für die Welt 2008).

Konsistenzstrategie (früher auch als Substitutionsstrategie bezeichnet): Hierbei werden neue Produkte entwickelt, die in der Lage sind, die Managementregeln der Nachhaltigkeit einzuhalten. Beispiele sind Plusenergiehäuser und erneuerbare Energietechniken. Hierzu zählt auch die ausschließliche Verwendung von Sekundärstoffen (Schließung der Stoffkreisläufe, Recycling von Rohstoffen, vor allem von Metallen), deren Beitrag zur Ressourcenschonung besonders hoch ist, wenn sie mittels erneuerbarer Energien gewonnen wurden.

(2) *Suffizienzstrategie*: Die S. umfasst mehrere Komponenten:

- a) *Selbstbeschränkung*: S. meint die freiwillige Entscheidung von Menschen, das eigene Leben ethisch verantwortbar nach dem intra- und intergenerativen Gerechtigkeitsprinzip zu gestalten. Hierzu gehört, die Nutzung von natürlichen Ressourcen zu Gunsten anderer Menschen und künftiger Generationen einzuschränken, weil die Grenzen der natürlichen Tragfähigkeit bereits überschritten sind (Scherhorn 1997: 162).
- b) *Änderung der Lebensstile*: Beinhaltet die strukturelle Änderungen der Lebensstile, die auf eine veränderte Wertorientierung ausgerichtet sind (z.B. gemeinschaftliche Nutzung von Produkten).

c) *Strukturwandel*: Hiermit ist die Änderung des Güterkorbes von materiellen Gütern zu Dienstleistungen gemeint, d.h. eine Dematerialisierung der Wirtschaft (Henricke 2010). Die Bedeutung dieses innersektoralen Strukturwandels wird noch unzureichend gesehen, so beträgt der Energieverbrauch im privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich je Euro Bruttowertschöpfung knapp 2 Megajoule während er im produzierenden Sektor bei 10 Megajoule liegt (hierbei in der Metallerzeugung und -verarbeitung bei 46 Megajoule, StaBA 2009/11).

Fazit

Vertreter der Nachhaltigen Ökonomie gehen davon aus, dass die Industriegesellschaft parallel zur konsequenten Umsetzung der *Effizienz- und Konsistenzstrategie* auch einen kulturellen Wandel ihrer Ziele und Werte (ihres Entwicklungsmodells) vollziehen muss, weil die notwendigen Reduktionsziele nicht durch Effizienz- und Konsistenzstrategie zu erreichen sind, wenn *gleichzeitig* eine hohe stetige Steigerung des BIP stattfindet (z.B. jährlich >2% bis zum Ende des Jahrhunderts). Daher kommt die Menschheit aus ihrer Sicht mittelfristig nicht an der *Suffizienzstrategie* vorbei, weil schon die heute als „normal“ angesehenen Lebensstile in den Industriestaaten für die bald 9 Mrd. Menschen nicht zukunftsfähig sind (zum Problem des Naturverbrauchs beim „normalen“ Konsum s.a. Rogall 2012, Kap. 5.5). Es läuft darauf hinaus,

dass zunächst eine Strategie der Erhöhung der Lebensqualität durch Senkung von gesundheitsbelastendem Konsum verfolgt wird (Stichworte: natürlichere Lebensstile wie Wasser aus der Wasserleitung, Begrenzung der Klimaanlageleistung, des Fleisch-, Zucker- und Fettgenusses u.v.a.m.; Weizsäcker u.a. 2010: 358). Hiermit soll in den nächsten Jahrzehnten erreicht werden, dass die Summe der materiellen Konsumgüter in den Industriestaaten nicht mehr zunimmt. Neue Produkte dienen dann nur noch dem Ersatz alter Produkte, die ressourcenintensiver waren. Daraus folgt, dass die Wirtschaftspolitik die Zeit, die durch die Effizienz- und Konsistenzstrategie gewonnen wird, nutzen muss, um Konzepte zu entwickeln, wie die wichtigsten gesellschaftlichen Ziele später auch ohne oder sehr geringem wirtschaftliches Wachstum erreicht werden könnten. Das setzt allerdings einen kulturellen Wandel voraus, einen Wandel, der auch das Wachstumsparadigma der traditionellen Wirtschaftswissenschaften durch ein Nachhaltigkeitsparadigma ersetzt, damit künftige Wirtschaftswissenschaftler die Chance für ein nachhaltiges Denken erhalten, mit dem sie die Probleme des 21. Jh. angehen können. Alle Befürworter des allmählichen Ausstiegs aus dem Wachstumszwang müssen sich aber im Klaren darüber sein, dass dies eine vollständige Umgestaltung der Grundprinzipien und eine Abkehr von der kapitalistischen zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft bedeutet (vgl. Rogall 2012, Kap. 10). Einer nachhaltigen Marktwirtschaft, in der viele zentrale Grundelemente einer Marktwirtschaft erhalten

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

bleiben, allerdings die sozial-ökologischen Leitplanken die ökonomische Entwicklung weit deutlicher beeinflussen als heute. Ein Prozess, der zweifellos nur in Jahrzehnten zu bewerkstelligen ist (Binswanger 2006: 375) und dessen sozioökonomische Transformationsprozesse noch keineswegs alle verstanden, geschweige denn zum Thema eines breiten gesellschaftlichen Diskurses geworden sind.

Literatur und Quellen

- Attac (2004/10): Diskussionen in Attac Deutschland zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung, Verabschiedet vom Attac-Ratschlag. <http://www.kritische-wirtschaftswissenschaften.de/Download/awwo-041031b.pdf>.
- Bertelsmann Stiftung (2012/07): Kein Wachstum um jeden Preis, Kurzbericht, Untersuchung von Emnid: online: http://www.bertelsmannstiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-693A85DE-DD4A3069/bst/xcms_bst_dms_36359_36360_2.pdf
- (2010/08): Bürger wollen kein Wachstum um jeden Preis, Untersuchung von Emnid, online: www.bertelsmannstiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_32005_32006_2.pdf.
- Binswanger, H. Ch. (2006): Die Wachstums-spirale, Marburg.
- (2010): Vorwärts zur Mäßigung, 2. Auflage, Hamburg.
- Blume, G. (2007/10: 20): Die rot-grüne Diktatur, in: Die Zeit, Nr. 42, 11.10.2007.
- BMAS (1992): Arbeits- und Sozialstatistik, Broschüre.
- (2011/09): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik, CD-Rom.
- BMU, UBA (2011/09): Umweltwirtschaftsbericht 2011, Broschüre, Berlin.
- Bringezu, S.; Bleischwitz, R. u.a. (2009): Sustainable Resource Management. Global Trends, Visions and Policies, Sheffield.
- BUND; Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (2008, Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Studie des Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt a.M.
- Daly, H. (1999): Wirtschaft jenseits vom Wachstum – Die Volkswirtschaftslehre nachhaltiger Entwicklung, Salzburg, München, original: Beyond Growth, The Economics of sustainable Development, Boston 1996.
- Deutscher Bundestag (2002/07): Endbericht der Enquete-Kommission Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung, BT-Drs. 14/9400 vom 7.7.2002.
- Distelkamp, M. u.a. (2010): Quantitative und qualitative Analyse der ökonomischen Effekte einer forcierten Ressourceneffizienzstrategie. Abschlussbericht zu AS5.2 und AS5.3 Ressourceneffizienzpaper 5.5, Wuppertal Institut.
- Dullien, S.; Herr, H., Kellermann (2009): Der gute Kapitalismus, Bielefeld.
- Eppler, E. (1981): Wege aus der Gefahr, Reinbek.
- Frey, B.; Stutzer, A. (2002): Happiness and Economics, Princeton.
- Grossekettler, H. u.a. (2008): Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Konstanz.
- Henricke, P. (2010): unveröffentlichtes Papier auf der Grundlage Kristof, K.; Henricke, P. Policy Papers im Rahmen des Projektes: „Materialeffizienz und Ressourcenschonung“.

- Heuser, U. J; Jungbluth, R. (2007/07: 21):
Schneller? Reicher? Glücklicher! in: Die
Zeit Nr. 28, 5.7.2007.
- Hinterberger, F. u.a. (1996): Ökologische
Wirtschaftspolitik – Zwischen Ökodik-
tatur und Umweltkatastrophe, Berlin.
- Hirsch, F. (1980): Die sozialen Grenzen des
Wachstums, Reinbek, original: (1976)
Social Limits of Groth, Harvard Univer-
sity Press, Cambridge, Massachusetts.
- Huber, J. (1995): Nachhaltige Entwicklung,
Strategien für eine ökologische und so-
ziale Erdpolitik, Berlin.
- IPCC (2007): 4. Sachstandsbericht
des IPCC III. Verminderung des
Klimawandels, Kurzzusammenfassung,
herausgegeben vom BMU, IPCC deut-
sche Koordinierungsstelle und BMBF
vom 04.05.2007, online: [www.bmu.de/
files/pdfs/allgemein/application/pdf/
ipcc_teil3_kurzfassung.pdf](http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ipcc_teil3_kurzfassung.pdf).
- Jackson, T. (2009): Prosperity without
Growth. Economics for a Finite Planet,
London.
- Jänicke, M. (2008): Megatrend – Um-
weltinnovation, Zur Ökologischen
Modernisierung von Wirtschaft und
Staat, München.
- Jevons, W. (1865): The Coal Question, Lon-
don, gesehen in: Weizsäcker 2010: 298.
- Kahneman, D. u.a. (1986): Fairness as a
Constraint to Profit Seeking: entitle-
ments in the Market, in: America Eco-
nomic Review 76.
- Kopfmüller, J. u.a. (2001, Hrsg.): Nachhalt-
ige Entwicklung integrativ betrachtet,
Berlin.
- Majer, H. (1984): Qualitatives Wachstum.
Eine Einführung in Konzeption der Le-
bensqualität, Frankfurt a.M.
- Meyer, B. (2010): Ressourceneffiziente Wirt-
schaftsentwicklung, in: Seidl, I.; Zahrnt,
A. (2010): Postwachstumsgesellschaft,
Marburg.
- Miegel, M. (2010): Exit, Wohlstand ohne
Wachstum, Berlin.
- Möhring-Hesse, M. (2010): Warum die
Verteilung Gerechtigkeit, nicht aber
Wachstum braucht; in: Seidl, I.; Zahrnt,
A. (2010): Postwachstumsgesellschaft,
Marburg.
- Müller, M.; Niebert, K. (2009): Epochen-
wechsel, München.
- Ockenfels, A. (1999): Fairness, Reziprozität
und Eigennutz, ökonomische Theorie
und experimentelle Evidenz, Tübingen.
- OECD (2012): OECD-Gesundheitsdaten
2012 – Deutschland im Vergleich, on-
line: [http://www.oecd.org/germany/
BriefingNoteDEUTSCHLAND2012in-
German.pdf](http://www.oecd.org/germany/BriefingNoteDEUTSCHLAND2012in-German.pdf)
- Paech, N. (2009): Unternehmerische Nach-
haltigkeit, Suffizienz und Zeitknappheit,
in: Antoni-Komar, I. u.a. (2009, Hrsg.):
Neue Konzepte der Ökonomik – Unter-
nehmen zwischen Nachhaltigkeit, Kul-
tur und Ethik, Marburg, 61-85.
- Renn, O. (2007): Entgrenzte Welt – Be-
grenztes Denken?, in: Deutscher
Studienpreis (2007, Hrsg.): Ausweg
Wachstum? – Arbeit, Technik und
Nachhaltigkeit in einer begrenzten
Welt, Wiesbaden.
- Rogall, H. (2000): Bausteine einer zukunfts-
fähigen Umwelt- und Wirtschaftspoli-
tik, Berlin.
- (2004): Ökonomie der Nachhaltigkeit
– Handlungsfelder für Politik und Wirt-
schaft, Wiesbaden.
- (2012): Nachhaltige Ökonomie – Öko-
nomische Theorie und Praxis einer
Nachhaltigen Entwicklung, Marburg.
- Rogall, H.; Scherhorn, G. (2012): Green
Economy, in: Rogall, H. u.a. (Hrsg.): 2.

Wirtschaftliches Wachstum in einer nachhaltigen Ökonomie – Ein Widerspruch?

- Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie, Marburg.
- Sachs, W. (2002): Die zwei Gesichter der Ressourcenproduktivität, in: WI (Hrsg.): Von nichts zuviel – Suffizienz gehört zur Zukunftsfähigkeit, Wuppertal Papers Nr. 125.
- Scherhorn, G. (1997): Das Ganze der Güter, in: Meyer-Abich, K. M. (Hrsg.): Vom Bauen der Erkenntnis zum Baum des Lebens, München.
- (2004): Wertorientierung, Lebensstil und Lebenslage – Chancen und Grenzen individueller Nachhaltigkeit, Überarbeiteter Vortrag am 16.10.2004.
- Schmelzer, M.; Passadakis, A. (2010/10): Postwachstum in Bewegung, Beitrag von Attac; <http://postwachstum.net/2010/10/06/postwachstum-12-fluchtlinien-einer-solidarischen-okonomie-jenseits-des-wachstums/>
- Schmidt-Bleek, F. (1994): Wie viel Umwelt braucht der Mensch? MIPS – das Maß für ökologisches Wirtschaften, Berlin, Basel, Boston.
- Seidl, I.; Zahrnt, A. (2010): Postwachstumsgesellschaft, Marburg.
- Selten, R. (1993): In Search for a Better Understanding of Economic Behaviour, in: Heertje (Hrsg.): Makers of modern Economics, New York.
- SRU (2011) – Sachverständigenrat für Umweltfragen: Wege zur 100% erneuerbaren Stromversorgung, Kurzfassung für Entscheidungsträger, Papier, online: www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2011_Sondergutachten_100Prozent_Erneuerbare_KurzfassungEntscheid.pdf?__blob=publicationFile.
- Umweltgutachten 2012, Verantwortung in einer begrenzten Welt, online: #
- StaBA – Statistisches Bundesamt (2000/11): Wirtschaft und Statistik Nr. 11/2000, Bericht zu den umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2000.
- (2007/11): Umweltnutzung und Wirtschaft, Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2007, Papier, Wiesbaden.
 - (2009/11): Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnung, Wiesbaden.
 - (2010/11): Rohstoffeffizienz: Wirtschaft entlasten, Umwelt schonen, online: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pk/2010/ugr/pressebroschuere_ugr,property=file.pdf
 - (2011/12): Umweltnutzung und Wirtschaft, Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, online: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Querschnitt/UmweltnutzungundWirtschaft-Bericht5850001117004.pdf?__blob=publicationFile.
 - (2012/02): Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2012, online: www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/UmweltoekonomischeGesamtrechnungen/Umweltindikatoren/IndikatorenPDF_0230001,property=file.pdf.
- Stern, Sir N. (2006): Stern Review – Der wirtschaftliche Aspekt des Klimawandels, Zusammenfassung. Online: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/>

- Artikel/2006/11/2006-11-24-wirtschaftliche-folgen-des-klimawandels.html
- UBA (2011/07) – Umweltbundesamt (Hrsg.): Energieeffizienz in Zahlen, Endbericht der Arbeitsgemeinschaft Öko-Institut, FhG-ISI und Ziesing, online: <http://oekoinstitut.de/oekodoc/1187/2011-326-de.pdf>
- WBGU (2009/07) Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Kassensturz für den Weltklimavertrag – Der Budgetansatz, Sondergutachten, Berlin.
- Weizsäcker E.U. v.; Lovins, A.; Lovins, H. (1995): Faktor Vier, München.
- Weizsäcker, E.U. v. u.a. (2010): Faktor Fünf, München.
- WI (2005) – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: Fair future, Bonn.
- WI (2010) – Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie: Materialeffizienz und Ressourcenschonung (MaRes).
- Wiegandt, K. (2008): Handeln – aus Einsicht und Verantwortung, Vorwort in: Meyer, B. (2008): Wie muss die Wirtschaft umgebaut werden?, Perspektiven einer nachhaltigeren Entwicklung, Frankfurt a.M.
- Wilkinson, R.; Pickett, K. (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.
- Yue, P. (2005): Das Wunder ist bald zu Ende, Interview in: Der Spiegel Nr. 10/2005.

Demokratie und Sozialstaat

Einblicke in eine kontroverse Beziehung¹

1. Einleitung: Die Transformation moderner Sozialstaatlichkeit¹

Ich beginne mit einer Behauptung, die allerdings angesichts der gegenwärtigen weltweiten gesellschaftlichen Entwicklungen nicht sehr gewagt erscheint: Wir befinden uns inmitten einer Transformation der modernen Gesellschaft vom Wohlfahrts- zum Minimalstaat² – Ha-

cker/Pierson (2010: 289ff.) gehen gar so weit, für die US-Entwicklung das martialisches Bild des ‚30-jährigen (Klassen-) Kriegs‘ zu bemühen. Die westlichen Gesellschaften haben Mitte der 1970er Jah-

Wohlfahrtsstaaten“ sehen (vgl. z.B. Vester 2011, Reißig 2009). Das zumindest in Europa von „sozialem Lernen“ gegenwärtig nicht viel zu sehen ist, zeige ich in Heise (2011a). Ich könnte versuchen, die Behauptung durch Daten zur Entwicklung der Sozialausgabenquote in hochentwickelten Ländern oder zur Entwicklung der primären und sekundären Einkommensungleichheit zu belegen. Klar ist, dass die primäre und sekundäre Einkommensverteilung in allen hochentwickelten Ländern teilweise drastisch ungleicher geworden ist (vgl. OECD 2011). Klar ist aber auch, dass die Sozialausgabenquote nur in wenigen Ländern – bisher – deutlich gesunken ist. Allerdings ist die Aussagekraft solcher Statistiken in Volkswirtschaften recht begrenzt, in denen aufgrund von Alterung, medizinischem Fortschritt und zunehmender Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen in prekären Beschäftigungsverhältnissen *ceteris paribus* ein deutlicher Anstieg der Sozialleistungsquote zu erwarten gewesen wäre. Es dürfte kaum in Frage stehen, dass die verschiedenen Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktreformen seit Anfang der 1980er Jahre (für Deutschland: Bäcker et al. 2010: 58ff.) nicht nur das Leistungsniveau insgesamt deutlich gesenkt, sondern auch die Fiskaläquivalenz erhöht, mithin den Umverteilungsgrad reduziert haben (vgl. Clayton/Pontusson 1998).

- 1 Erste Versionen dieser Arbeit wurden auf der Konferenz „Demokratie! Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt“ des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft der Johannes-Kepler Universität Linz vom 01.–02. 12. 2011 und im Rahmen des Siegfried-Landshut-Colloquiums des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) der Universität Hamburg am 23.05.2012 vorgetragen. Eine frühere Version wurde veröffentlicht unter „Die Transformation der Gesellschaft in der Mediokratie. Einige offene Fragen“ in Nordmann, J., Hirte, K., Ötsch, W. (Hrsg.); Demokratie. Welche Demokratie? Postdemokratie kritisch hinterfragt, Marburg 2012. Dank für wertvolle Kommentare geht insbesondere an Bob Jessop, Jürgen Nordmann, Walter Ötsch und Andreas Merkens.
- 2 Damit stelle ich mich allerdings ausdrücklich in Gegensatz zu jenen Transformationsprognosen, die – gerade auch durch die jüngsten Krisenentwicklungen gestützt und wohl auf „soziales Lernen“ bauend – Übergänge in Richtung erneuerter bzw. „partizipatorischer

ren den Höchststand ihrer sozialstaatlichen Entwicklung in Form des von den Regulationstheoretikern so genannten „Nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ (NKWS) erreicht.³ Bei historisch einmalig hohen Sozialausgabenquoten, hohen Wirtschaftswachstumsraten und geringer Arbeitslosigkeit, erreichte die (personelle) Einkommensdifferenzierung ein gleichermaßen historisches Minimum. Der weitgehend spannungsfreie Konjunkturverlauf erhält allerdings durch äußere Einflüsse – die beiden Ölpreisschocks Mitte und Ende der 1970er Jahre – erste härtere Dämpfer und mit deren Auswirkungen auf die Inflationsentwicklung jenes Einfallstor für die politische Wende zum Neoliberalismus, die „den kurzen Traum der immerwährenden Prosperität“ (Lutz 1984) jäh beendet und die Transformation zum „Schumpeterianischen Wettbewerbsstaat“ (SWS) einleitet⁴. Diese Transformation wird vom monetaristischen Mantra der

„Preisstabilität als Grundbedingung für solides Wirtschaftswachstum“ begleitet und schafft den Rahmen für eine monetäre Restriktion, die eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung nach der 2. Ölpreiskrise Anfang der 1980er Jahre verunmöglicht, dafür aber die Arbeitslosigkeit ansteigen und gleichzeitig die vormals überschüssigen öffentlichen Haushalte ins Defizit rutschen lassen⁵. In den 1990er Jahren wird die Transformation zum SWS durch die Liberalisierung von Arbeits- und Finanzmärkten, die Senkung von (vor allem) Unternehmens- und Spitzeneinkommensteuern und die Privatisierung der öffentlichen Güterbereitstellung – in Europa häufig mit Blick auf die verschiedenen EU-Governance-Prozesse begründet (vgl. Karras 2009) – vollendet. Die Arbeitslosigkeit verbleibt ebenso hoch wie das öffentliche Defizit, die Inflation hingegen kann nur noch als Gespenst eine weiterhin restriktive Geldpolitik rechtfertigen. Schließlich beginnt auch, nach dem Fall der „Berliner Mauer“ und dem Scheitern der egalitären Systemalternative, die Einkommensdifferenzierung zuzunehmen.

In den 2000er Jahren hat nun die Transformation zum „Globalen Nozickschen Minimalstaat“ (GNMS)⁶ be-

3 Der NKWS zeichnet sich durch breite wirtschafts- und sozialpolitische Eingriffe zur Herstellung ‚ausgleichender Gerechtigkeit‘ aus und kann deshalb als ergebnisorientiert (Umverteilung) bezeichnet werden. Zentrales Handlungsmotiv ist die Stabilisierung der Gesellschaft; vgl. u.a. Jessop/Sum (2006: 106 ff.).

4 Der SWS reduziert die Eingriffsintensität des Staates erheblich, da lediglich „Teilnahmegerechtigkeit“ angestrebt wird und er also ausgangs-, nicht zielorientiert ist. Zentrales Handlungsmotiv ist hier der Standortwettbewerb. Wie auch im Falle des NKWS haben unterschiedliche Kulturen und Institutionen eine Vielzahl von unterschiedlichen SWS entstehen lassen, die insbesondere in der „Varieties of Capitalismus“-Forschung ausführlich untersucht wurden (vgl. z.B. Hall/Soskice 2001; Iversen 2006).

5 In Heise (2001) verweise ich auf die Selbstverstärkungen, die aus geld- und finanzpolitischer Restriktion, der sich auftuenden „Domarschen Verschuldungsfalle“ (Domar 1944) und der daraus wiederum abgeleiteten Konsolidierungsnotwendigkeit ergibt.

6 Robert Nozick (1974) beschreibt in seinem Hauptwerk „Anarchy, State and Utopia“ einen Minimalstaat als einzig zu rechtfertigende Form des Gemeinwesens, die Umvertei-

gonnen, den sich ein kleiner Zirkel ultraliberaler Intellektueller 1947 bei der Gründung der Mont Pelerin Gesellschaft (MPG) erträumte⁷. Diese neuerliche Transformation, die überall maßgeblich von der „Neuen-Mitte-Sozialdemokratie“ mitgetragen wird oder zumindest vorbereitet wurde (vgl. u.a. Nachtwey 2009), ersetzt das Preisstabilitäts- durch das Haushaltskonsolidierungs-Mantra zur Aufrechterhaltung der staatlichen Solvenz, das eine massive Sparpolitik auch und gerade nach der Weltfinanzkrise am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts einfordert. Die Wirtschaftsentwicklung verbleibt nicht nur stagnativ, sie wird auch krisenanfälliger, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch und die Einkommensungleichheit erreicht Ausmaße wie zu Beginn des vorigen Jahrhunderts.

Ich benötige die Annahme der Gesellschaftstransformation vom „NKWS“ zum „GNMS“, um die weiterführende Frage stellen zu können, wie es in „sozialen Demokratien“ – also in Gemeinwesen mit kollektiven Entscheidungsre-

lung als Ziel allerdings nicht erlaubt. Es sei andererseits vermerkt, dass Umverteilung als Konsequenz einer naturrechtlich begründeten Sozialsicherung möglich verbleibt, aber eben nicht ein ausdrückliches Ziel darstellt. Und selbst das Ausmaß der sozialstaatlichen Sicherung im GNMS kann durchaus erheblich sein – entscheidend ist, dass die Begründung rein ausgangs-, nicht zielorientiert ist.

7 Vgl. Walpen (2004: 251ff.). In Deutschland kann die „Sloterdijk-Kontroverse“ als Aufmerksamkeit erheischender Aufschrei der „Leistungselite“ gegen den (verbliebenen) Sozialstaat gewertet werden; vgl. Sloterdijk (2009), Rehmann/Wagner (2010).

geln, die doch eigentlich die Präferenzen der Mehrheit abbilden sollten⁸ – dazu hat kommen können? Um den Gehalt dieser Frage noch zu präzisieren, sollte darauf verwiesen werden, dass die unterstellte Transformation sicher durch jenes Phänomen, das mit Globalisierung beschrieben wird und heute in fast allen Begründungszusammenhängen gebracht wird, beschleunigt wurde, sie letztlich aber politisch eingeleitet (z.B. auch durch die Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte im Auftrag der effizienten Ressourcenallokation) und umgesetzt wurde und sich folglich der demokratischen Kontrolle stellen musste.⁹ Und klar ist auch – wie immer man diese Transformation ideologisch

8 Erstaunlicherweise ist die Frage, weshalb es nie zu der von Liberalen immer befürchteten „Ausbeutung“ der wenigen reichen durch die vielen weniger reichen oder gar armen Gesellschaftsmitglieder („Soaking the rich“) gekommen ist, selten gestellt worden vgl. Iversen (2006).

9 So zeigen Bartels (2008) und Hacker/Pierson (2010), dass die hier beschriebene Entwicklung in den USA keineswegs durch anonyme Märktkräfte, sondern bewußte politische Entscheidungen („It's the politics, stupid“) herbeigeführt wurde. Ähnlich zu bewerten ist wohl das Argument, dass die Europäische Integration – quasi jenseits der demokratischen Kontrolle und durchaus als „hidden agenda“ (Scharpf 2011: 35) – diese Entwicklungen erzwingt. Denn einerseits müssten dann deutlichere Unterschiede zwischen den EU-Ländern mit starkem EU-Governance-Einfluss (also den EWU-Ländern) und den anderen EU-Ländern (wie z.B. Großbritannien) oder natürlich Ländern außerhalb der EU (also z.B. die USA) festzustellen sein, andererseits spielt die EU in der konkreten nationalen Diskussion um die Sozialstaatsentwicklung eher eine untergeordnete Rolle.

und ökonomisch-funktional bewerten mag –, dass sie eindeutig den materiellen Interessen der Kapitalbesitzer und deren Agenten (insbesondere Manager) an der Spitze der Einkommensskala – also den *wirtschaftlichen Eliten* – dient¹⁰, keinesfalls aber als „erfolgreich“ im Sinne einer Verbesserung der Lebensumstände der breiten Bevölkerungsmasse gewertet werden kann: Bis weit in die mittleren Einkommen hinein sind die Netto-Reallöhne in den letzten beiden Dekaden kaum gestiegen, am unteren Ende sogar absolut gesunken (vgl. Brenke 2009), die Beschäftigungssicherheit (Beschäftigungsdauer und Wiederbeschäftigungswahrscheinlichkeit) hat für viele Menschen abgenommen (vgl. Möller/Schmillen 2008), das Niveau der sozialen Sicherung ist bereits mit der Begründung der ‚Marktinklusioⁿ‘ gesenkt worden und droht nun im Übergang vom SWS zum GNMS weiter deutlich reduziert zu werden.¹¹ Die Erklärungsbedürftigkeit dieser Entwicklung, die auf demokratisch legitimierter (Wirtschafts-)Politik basiert und *grosso modo* unabhängig von den spezifischen Regierungskonstellationen betrieben wurde,

wird nun hoffentlich ebenso deutlich¹² wie die weiterführende Frage nach demokratietheoretischen Konsequenzen.

2. Alles demokratisch legitimiert, oder?

Warum also unterstützen die Wähler eine Politik, die so offensichtlich mehrheitlich nicht ihren materiellen Interessen entsprechen? Wieso also greift die Logik der „sozialen Demokratie“ nicht (mehr)? Muss man in verschwörungstheoretischer Manier danach suchen, ob die Mont-Pelerin-Gesellschaft in Verbindung mit den wirtschaftlichen Eliten eine durch Korruption ausgelöste Entkopplung von Wählerpräferenzen und Regierungshandeln bewirkten, wie es Paul Krugman (2011) nahezulegen scheint, wenn er schreibt: „Dies (die Kapitalbesitzer, A.H.) ist nicht nur die Klasse, die viel Geld für Wahlkampagnen spendet, sie hat auch persönlichen Zugang zu den massgeblichen Politikern – von denen dann viele, wenn sie aus der Politik ausscheiden, in die Wirtschaft wechseln.“ Wenngleich manche (wirtschafts-)politische Entscheidung ohne Berücksichtigung von – vorsichtig ausgedrückt – Lobby-Aktivitäten

10 An anderer Stelle (Heise 2003; Heise 2008) haben ich die oben nur angedeutete Verbindung zwischen restriktiver Makropolitik, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung herausgearbeitet und von „Politischer Ökonomie der Meritokratie“ gesprochen.

11 Heise/Lierse (2011) haben die Auswirkungen der ersten Welle (bis Ende 2010) von Sparprogrammen nach der Weltfinanzkrise auf das „Europäische Sozialmodell“ untersucht – mittlerweile sind längst weitere Sparwellen über viele Länder (nicht nur) der Europäischen Union gelaufen.

12 Nach Rieger/Leibfried (1998) ermöglicht die Entwicklung des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates nach dem 2. Weltkrieg die Öffnung der nationalen Volkswirtschaften („free trade“) in bislang unbekannter Weise, weil damit Verlierer dieses Internationalisierungs- bzw. Globalisierungsprozesses kompensiert werden konnten. Diese Funktionalität des Sozialstaates muss aber natürlich politisch vermittelt und entsprechend demokratisch legitimiert werden. Nimmt man die Argumentation ernst, dann verhindert diese Logik und Funktionsweise der „sozialen Demokratie“ gerade jene Entwicklung, die wir hier unterstellen.

kaum nachvollziehbar erscheint, fällt es doch schwer zu glauben, dass hier eine Weltverschwörung am Werke sein soll.¹³ Auch die mögliche Antwort, die Wähler verständen es einfach nicht, dass sie sich gegen die eigenen Interessen entschieden,¹⁴ erscheint allenfalls in der Form haltbar, dass es vielen (wenn nicht allen) Wählern schwer fällt, bei der Vielzahl von Informationen und Interpretationsmöglichkeiten von Kausalzusammenhängen (wer weiss denn schon, ob die Reduktion von Sozialausgaben funktionale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung ist?) – also unter Unsicherheit – rationale Entscheidungen zu treffen (vgl. Roemer 1998). Akzeptiert man diese Argumentation – und die Konsequenzen müssen dann später noch diskutiert werden –, dann wird damit zumindest die von der Rational-Choice-Theorie gegebene Antwort unterminiert: Dieser politökonomische Mainstream reklamiert nämlich, dass gerade die langfristigen, strategischen

Politikentscheidungen das Ergebnis rationaler Wähler sind, die sich immer für jene Politik entschieden, die ihren eigenen Präferenzen am nächsten kommt. Da der Politik-Markt ein „Winner-takes-it-all“-Markt ist, impliziert dies bei „normaler“ eingipfliger Wählerverteilung im Links-Rechts-Schema einerseits eine allmähliche Annäherung der Wahlprogramme der konkurrierenden Parteien (die damit zu „Allerweltsparteien“ werden¹⁵), andererseits die Bestimmung der Politikinhalte durch den Median-Wähler. Nach dieser Erklärung müssten sich entweder die Präferenzen dieses Median-Wählers deutlich vom solidarischen Kollektivist zum egoistischen Individualisten verschoben haben, wenn die Transformation vom NKWS zum GNMS das Ergebnis rationaler Wahlentscheidungen sein sollte oder die Charakteristik des Medianwählers müsste sich durch gesellschaftlichen Strukturwandel entsprechend verändert haben. Die Wahlforschung zumindest für die Bundesrepublik zeigt allerdings, dass trotz unbestreitbarer Individualisierungs- und sozialer Strukturierungsprozesse in den letzten drei Dekaden die breite Wählermasse (und darunter wohl auch der Median-Wähler) weiterhin und sogar in zunehmendem Maße bereit ist, durch Einkommensredistribution mittels Steuer- und Sozialsystem gesellschaftliche Solidarität zu honorieren (vgl. z.B. Köcher 2010; Vester 2011:

13 Hacker und Piersons (2010) These, wonach keine Verschwörung, sondern starke Interessenkoalitionen jenseits der gerade gewählten Regierungsideologie die Kontinuität einer Politik ohne Rücksichtnahme von Wählerpräferenzen bestimmt, ist sicher im politischen System der USA nachvollziehbar, erklärt aber schwerlich die hier beschriebene Entwicklung als quasi weltweites Phänomen.

14 Ich hielte es für sehr bedenklich, hierbei zwischen Präferenzen und ‚wahren Interessen‘ der Menschen unterschieden zu wollen. Natürlich können Bedürfnisse und deren Wertigkeit (z.B. durch Werbung) beeinflusst werden – doch hieraus eine Diskrepanz zwischen subjektiven Präferenzen und wahren Interessen zu machen, impliziert die Unmündigkeit der Entscheider.

15 Was auch erklären würde, weshalb die zu beobachtende Transformation unabhängig von der aktuellen Regierungskonstellation stattgefunden hat: die Parteienkonkurrenz hat zum „Politikmonopol“ geführt.

45)¹⁶. Und auch die Charakterisierung des deutschen Median-Wählers als ein gut ausgebildeter Facharbeiter aus dem mittleren Einkommensdezil¹⁷ korrespondiert nicht mit dem materiellen Interessenprofil, das die Transformation vom NKWS über den SWS zum GNMS erklären könnte.¹⁸

Nun ist die Erklärungskraft einer Theorie, die auf die informierte Rationalität der Wähler baut, ohnedies beschränkt, wenn die reale Welt durch Unsicherheit – also Informations- und Informationsverarbeitungsmängel – gekennzeichnet ist. Unter diesen Umständen kann keine rationale, sondern allenfalls eine heuristische Wahlentscheidung (Kahneman/Slovic/Tversky 1982; Maurer 2008) getroffen werden, d.h. grundsätzlich orientieren sich Wähler an ideologischen Grundausrichtungen (die durch Herkunft, Millieu, Welt-

anschauung, etc. bestimmt werden und recht stabil sind), die von medial vermittelten Konnotationsprozessen (Themenrahmung bzw. „Framing“ und Personendarstellungen in der Mediokratie; vgl. Meyer 2001; Meyer 2002) überlagert werden. Damit kommt der ideologischen Markenbildung in einem medialen Perzeptionsrahmen eine besondere Bedeutung ebenso zu wie den strukturellen Rahmenbedingungen (vgl. Heise 2005): Je homogener die ideologische Positionierung der gesellschaftlichen Eliten und der Medienlandschaft (die heute wesentlich als Wirtschaftsunternehmen denn als religiöse oder politische Tendenzbetriebe wie in früheren Jahren zu verstehen ist)¹⁹ desto einseitiger der Agenda-Setting-Prozess (Durchsetzung eines „Pensee Unique“) und eingeschränkter der Diskursspielraum, der mit einer positiven Konnotation rechnen darf.²⁰ Wenn dieser agenda-theoretische Ansatz nicht als Alternative (vgl. Heise 2005), sondern nur als subjektive Weiterentwicklung des Median-Wähler-Modells verstanden und insbesondere von einem unitarischen, eingipflig verteilten, hochmobilen Wählervolk ausgegangen wird, lässt sich leicht einsehen und erklären, weshalb die großen politischen Massen-

16 Osberg/Smeeding (2006) zeigen in einem internationalen Vergleich, dass sich die Wählerpräferenzen in Richtung höherer Umverteilungsbereitschaft verschoben haben. Carmines (2011) hebt allerdings für die USA hervor, dass sich die politische Einstellung der US-Parlamentarier in die andere Richtung verschoben hat. Insgesamt hat es im US-Kongress eine klare Rechtsverschiebung (im klassischen Links-Rechts-Ideologiespektrum) gegeben, die so nicht mit den Entwicklungen der Wählerpräferenzen übereinstimmt.

17 So jedenfalls haben sich die Wahlstrategen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) die wahlentscheidende Zielwählergruppe vorgestellt; vgl. Vester (2000: 17f.).

18 Milanovic (2000) zeigt, dass der Median-Wähler im Rahmen des Rational Choice Modells ein relativ armes Individuum (d.h. mit einem Einkommen unter dem Mittelwert) mit Umverteilungsinteressen ist.

19 Wohl am intensivsten hat Noam Chomsky (2006) die Bedeutung der Medien für demokratische Entscheidungsprozesse untersucht und entsprechend ein „Propaganda-Modell“ entwickelt.

20 Maurer (2008) zeigt, dass medial vermittelte Konnotationen und Personenzuschreibungen und deren Veränderungen stark mit individueller Perzeption und deren Veränderung korreliert.

bewegungen (im allgemeinen wohl als „sozialdemokratisch“ und „konservativ-liberal“ zu kontrastieren) sich in kaum unterscheidbarer Weise einem als gegebenen akzeptierten Paradigma beugen²¹ und somit den politischen Wettbewerb weitgehend einschränken: Wenn (wirtschafts)politische Programme und konkrete Instrumentarien sowohl in den Massen- wie auch den wissenschaftlichen Fachmedien fast ausschließlich in *neoliberaler Konnotation* diskutiert und Alternativen marginalisiert und ridiculisiert werden, dann bedarf es schon einer hohen Konflikt- und Nonkonformitätsbereitschaft und einer noch größeren Befähigung, negative Aufmerksamkeit in Akzeptanz und Anerkennung zu verwandeln – was sich zumindest die großen Massen- und Volksparteien nicht zutrauen.²² Selbst eine mögliche, das Wählerspektrum durch Parteineugründung besser ausnutzende Arbeitsteilung im „linken“ Politikspektrum wird dann verunmöglicht, wenn diese Partei(en) radikalisiert und tabuisiert wird²³. In

diesem Sinne kann vom „Ende der Ideologien“ gesprochen werden,²⁴ was eigentlich besser als „Ende konkurrierender Ideologien in der Mediokratie“ bezeichnet würde und den Verlust echter gesellschaftspolitischer Alternativen impliziert, die die These von der Prägungskraft der „sozialen Demokratie“ als Voraussetzung benötigt.

3. Die EU-Schuldenkrise als Transformationsmechanismus

Exemplarisch für diese Einschätzung steht die Entwicklung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik nach der Weltfinanzkrise der Jahre 2008–2010: Die Weltfinanzkrise wurde von so genann-

mokratische Parteien. Jedenfalls hat es der Hamburger CDU nicht geschadet, mit der Schill-Partei zu koalieren, wie auch die österreichische ÖVP langjährig eine Koalition mit der rechtsradikalen FPÖ eingehen konnte und die italienische Forza Italia bis heute mit Unterstützung der neofaschistischen Lega Nord regiert, während der Versuch einer Koalition der SPD in Hessen mit den Linken zu einer massiven medialen Hetzjagd („Wählerbetrug“) und einer Zerreißprobe der hessischen SPD-Landtagsfraktion führte, die letztlich die angestrebte Koalition im linken Wählerlager verhinderte. Auch hätte es nach der Bundestagswahl 2005 zu einer rot-rot-grünen Regierung statt einer großen Koalition kommen müssen, wenn die Schnittmengen politischer Ziele für Koalitionsbildungen ausschlaggebend wären; vgl. Heise (2012: 129ff.). Kraiker (2011: 70f.) weist daraufhin, dass „Gefahr für den Erhalt der Herrschaftsstruktur“ das Kriterium für die medial gesteuerte Radikalisierung und Tabuisierung sein kann.

21 In Heise (2005) habe ich dies am Beispiel der Agenda 2010-Politik der deutschen Sozialdemokratie versucht nachzuzeichnen.

22 Wie dies grundsätzlich funktionieren kann, hat Gerhard Schröder mit seiner Ablehnung des Irak-Krieges Anfang der 2000er Jahre vorgemacht, als er sich gegen die „Kampf-dem-Diktator“-Stimmung der Massenmedien stellte. Auf wirtschaftspolitischem Gebiet hat er eine solche Opposition offenbar nicht für möglich gehalten bzw. zugetraut.

23 Erstaunlicherweise können konservativ-liberale Parteien leichter ohne Reputationsverlust einen Tabubruch – d.h. Koalition mit einer von den Massenmedien als staatsgefährdend konnotierte Partei – überstehen als sozialde-

24 Fukuyama (1989) nennt es zwar das „Ende der Geschichte“, meint aber das Ende der ideologischen Konfrontation nach dem Zerfall des sowjetischen Machtbereichs konstatieren zu können.

ten „Ponzi“-Spekulanten im amerikanischen Immobiliensektor ausgelöst, deren „Wetten“ auf immersteigende Immobilienpreise irgendwann – wie jedes Kettenbrief-Spiel – zusammenbrechen musste und, indem diese Kreditrisiken durch Verbriefung (Securitisierung) weitergereicht und durch die Konstruktion von schwer durchschaubaren Kreditpaketen (structured Securitisation) verschleiert wurden, sich durch die internationalen Finanzmärkte weltweit verbreiteten. Da das Ausmaß dieser Spekulationskrise und die Beteiligung des Bankensystems groß war, drohte eine allgemeine Vertrauenskrise das Weltfinanzsystem zum Kollabieren zu bringen. Nur das beherzte Eingreifen der Regierungen und nationalen Zentralbanken verhinderte dies – allerdings mit teilweise drastischen Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte vieler Staaten. So stieg die Staatsverschuldung in vielen Staaten in einem Ausmaß wie allenfalls früher in Kriegszeiten – und auch die Ursache des dramatischen Anstiegs konnte nicht mit den üblichen Verdächtigungen ausgabewütiger, unsolider Regierungen, sondern nur mit der Abwehr großer Schäden für die Gesellschaft – eben wie in Kriegszeiten – benannt werden. Wer nun aber glaubte, dass zur Bewältigung der zweifellos entstandenen Haushaltsprobleme die Verursacher (die Finanzmarktteilnehmer und, vor allem, deren „Big Player“ wie Großbanken, Versicherungen und Anlagefonds), die Profiteure des Vorkrisen-Booms (wie z.B. die Investmentbanker) oder jedenfalls die wirtschaftlich Starken herangezogen werden, indem z.B. die Unternehmens-

steuer- und die Spitzeneinkommensteuersätze nach langer Phase des Sinkens in der Transformation vom NKWS zum SWS auf Niveaus angehoben würden, die den Stabilisierungsaufgaben des Staates angemessen sind,²⁵ der sah sich vollkommen getäuscht. Überall werden die Staatsausgaben in Frage gestellt und massiv gekürzt (vgl. Heise/Lierse 2011), die Staatseinnahmen hingegen werden nur sekundär betrachtet und hier vor allem die besonders regressiven Verbrauchssteuern und, natürlich, weitere Veräußerungen von Staatsvermögen ins Spiel gebracht. Zwar ist es ökonomisch richtig, daß Steuererhöhungen in konjunkturellen Krisenzeiten unpassend sind – allein, massive Kürzungen von Staatsausgaben, die wesentlich Transfereinkommen für private Haushalte im Niedrigeinkommensbereich darstellen, sind zweifellos ökonomisch noch viel unsinniger (Arestis/Pelagidis 2010; Kitromilides 2011). Aufgrund der geringen ökonomischen Kenntnisse der meisten Bürger ist aber nicht die tatsächliche Funktionalität wirtschaftspolitischer Maßnahmen entscheidend, sondern deren Begründung und Legitimation. Und hier fällt auf, dass es eigentlich gar keine Begründung für die Konsolidierungsmaßnahmen, die die Transformation zum GNMS vorantreiben werden, gibt. Einerseits scheint sich die umgangssprachliche Gleichsetzung von „Konsolidierung“ und „Kürzung“ konnotativ festgesetzt zu haben, andererseits mag

25 So lagen die marginalen Spitzensteuersätze in den 1950er und 1960er Jahren, im Gefolge des 2. Weltkrieges, international bei 60–90%; vgl. Hacker/Pierson (2010: 47ff.)!

selbst angesichts der Weltfinanzkrise, die schnell zu einer Staatsfinanzkrise (nicht nur in der EU) umgeschrieben wurde, niemand dem seit über 2 Jahrzehnten eingeübten Einheitsdenken von der Notwendigkeit eines „schlanken Staates“ als Wachstumsvoraussetzung zu widersprechen.²⁶ Statt also die zugegebenermassen komplexeren Verbindungen von Staatsausgaben, aggregierter gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, strukturellen (investiven) und konjunkturellen (konsumtiven) Haushaltsdefiziten zu beleuchten, wird nicht nur in der Boulevard-, sondern auch in

der Qualitätspresse das eingängige Bild von den unsoliden Staatshaushältern und dem Unwillen zu „Reformen“ (gemeint sind Sozialkürzungen) gezeichnet²⁷, während sich der ökonomische Mainstream beeilt, alle Massnahmen, die den Sparzwang mildern könnten, zu diskreditieren.²⁸

Es erscheint deshalb wenig verwunderlich, dass unter diesen Framing-Bedingungen, die als harte Perzeptionsvorgaben fungieren, eine offene Diskussion über alternative finanz- und sozialpolitische Entwicklungspfade deshalb nicht mehr geführt werden kann, weil die von Gewerkschaften, linken Parteien, kriti-

26 C.F Friedrich (1960) spricht hier von „Autorität“ in der Kommunikation, da Äußerungen und soziale Handlungen zwar begründbar sein müssen, aber auf die Begründung aus Vereinfachungsgründen verzichtet werden kann. Trotz der Geschehnisse der Weltfinanzkrise und entgegen den Hoffnungen vieler kritischer Ökonomen auf eine diskursive Öffnung der finanzpolitischen Diskussion wird also „Sparpolitik“ eine große Autorität zugebilligt und damit handlungsmächtig. Anders also als die „Hegemonie des Keynesianismus“, die Anfang der 1980er Jahre nach einer Phase der Stagflation schnell beendet war und von der „Hegemonie des Neoliberalismus“ abgelöst wurde, zeigt sich dieser sehr viel widerstandsfähiger – was Crouch (2011: 51) auf die dahinterstehenden Interessen zurückführt: „Denn die Krise des Keynesianismus führte nicht deshalb zu seiner Abschaffung statt zu einer Reform oder Anpassung, weil irgend etwas an seinen Ideen grundsätzlich falsch wäre, sondern weil die Schicht, deren Interessen er vertrat – die Arbeiterschaft der westlichen Industrieländer – sich im historischen Niedergang befand und ihre gesellschaftliche Macht zu verlieren begann. Im Gegensatz dazu haben die Kräfte, die heute vom Neoliberalismus profitieren – globale Konzerne insbesondere des Finanzsektors – keineswegs an Einfluss verloren.“

27 Exemplarisch an der Bild-Zeitung als dem Boulevard-Blatt mit der größten Auflage in Deutschland haben dies untersucht: Arlt/ Storz (2011). Nordmann (2009) konzentriert seine Betrachtungen auf die Qualitätspresse „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, die „Neue Zürcher Zeitung“ und die „Weltwoche“.

28 So fasst ein ‚Plenum der Ökonomen‘ – eine repräsentative Ansammlung deutscher akademischer Ökonomen – eine „Stellungnahme zur EU-Schuldenkrise“, in der vor dem Europäischen Stabilitätsmechanismus, dem so genannten „Euro-Rettungsschirm“, gewarnt wird, weil er „hoch verschuldeten Ländern massive Anreize biete(t), die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen und eine Verschuldungspolitik zu Lasten der EU-Partner fortzusetzen“ (Plenum der Ökonomen 2011) – hier wird eindeutig insinuiert, dass die Länder für ihre hohe Verschuldung selbst verantwortlich sind und sich nicht weiter zulasten der „solideren“ anderen EU-Länder verschulden können sollen. Wenn ein entsprechend solides Haushalten – z.B. durch Ausgabenkürzungen – mittelfristig nicht durchsetzbar ist, dann empfehlen die Autoren den Staatsbankrott (der Verschuldung an Kapitalmärkten in der nächsten Zukunft verunmöglichen würde).

schen Wissenschaftlern und gar manchen journalistischen Kommentatoren eingebrachten Alternativvorschläge²⁹ nicht über den Status der belächelten Minderheitenposition hinauskommt, die nicht weiter ernst genommen werden und aufgrund der Autorität der „Konsolidierung = Sparen“-Konnotation gar mit dem Verlust der Glaubwürdigkeit bezahlt werden müssten³⁰.

4. Politikversagen, Demokratieversagen oder was?

Aufgabe der Politik sollte es sein, das Gemeinwohl zu maximieren. Nun wissen wir spätestens seit Arrows bahnbrechender Arbeit „Social Choice and Individual Values“ (1951), dass die Bestimmung des Gemeinwohls in einer heterogenen Gesellschaft nicht konsistent erfolgen kann. Aber auch die Lösung des Problems, die allein deshalb anfechtbar ist, weil damit nicht dem Gemeininteresse zum Durchbruch verholfen werden kann, sondern bestenfalls sich die Interessen der Mehrheit gegen die Interessen der Minderheit formie-

ren lassen, durch Entscheidung nach simplem Mehrheitswahlrecht zu einer Formulierung des „Gemeinwohls“ zu kommen, kann selbst unter optimalen Informationsbedingungen zu instabilen Entscheidungsverhältnissen führen. Die besondere Bedeutung, die hierbei den Agenda-Setting- und Framing-Kapazitäten der sozioökonomischen Akteure zur Durchsetzung der eigenen Interessen zukommt, wird unter eingeschränkten Informationsbedingungen, wie gesehen, noch verstärkt – mit der Konsequenz, dass das „Gemeinwohl“ unter mediokratischen Voraussetzungen eher „elitär“ denn „gemein“ definiert wird³¹.

Dieses offensichtliche „Demokratieversagen“, dass sich in der von der Gesellschaftsmehrheit nicht gewünschten Transformation vom Wohlfahrts- zum Minimalstaat manifestiert, darf aber nicht als fundamentale Demokratiekritik verstanden werden. Denn Entscheidungen über die Bereitstellung kollektiver oder öffentlicher Güter (als was Politik verstanden werden kann) müssen kollektiv und nicht etwa individuell (also durch einen mehr oder weniger benevolenten Diktator, den Platonschen

29 Vgl. z.B. Stiglitz (2010), die Kommentarseiten der Financial Times Deutschland oder die Stellungnahmen und Veröffentlichungen des gewerkschaftsnahen European Trade Union Institute (ETUI) und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.

30 Für die Sozialdemokratie tut sich das Glaubwürdigkeitsproblem auf, jetzt – nachdem die Weltfinanzkrise die Zweifel an der Stabilität des Kapitalismus und der Effizienz der Märkte genährt hat – jene (Wirtschafts)Politik zu hinterfragen, die als „linke Angebotspolitik“ von der „Neuen Mitte“-Sozialdemokratie noch vehement vertreten wurde.

31 Die strukturelle Identität der Interessen der gesellschaftlichen Elite und der Medien als Wirtschaftsunternehmen kann erklären, was Keith Dowding (1996: 71ff.) in seinem Buch über „Macht“ als „systematisches Glück der Kapitalisten“ bezeichnete. Der elitäre Bias des ‚Gemeinwohlbegriffs‘ lässt sich übrigens durch die gesamte Ideengeschichte verfolgen. Und Hirschman (1982) beschreibt einen zyklischen Prozess der Stimmungsänderungen, der die Dominanz elitärer Zuschreibungen und Interpretationen überlagert und so temporäre „Renaissancen des Öffentlichen“ ermöglicht.

Philosophenkönig oder die Einheitspartei) getroffen werden, um Legitimität zu erlangen³². Es kann also allenfalls darum gehen, die demokratischen Entscheidungsprozesse zu verändern oder die Rahmenbedingungen, unter denen kollektiv entschieden wird. Auch sollte nicht so getan werden, als wenn das Ergebnis unserer bisherigen Ausführungen neu wäre: Schon Karl Marx fügte der Demokratie in kapitalistischen Ländern das Adjektiv „bourgeois“ bei, um auf den elitären Bias zu verweisen und die gesamte Rational Choice-Schule beklagt den Einfluss der Sonderinteressen in Demokratien, versteckt diese Kritik aber unter den unverdächtigen Begriffen „Staats- oder Politikversagen“

32 Rein theoretisch kennt auch ein Diktator, der Philosophenkönig oder die Einheitspartei das Gemeinwohl nicht genauer als die Individuen, aus deren Präferenzen das Gemeinwohl summiert werden muss. Allenfalls könnte die mangelnde Input-Legitimation im Falle individueller Entscheidungsfindung durch höhere Output-Legitimation (also ein pareto-überlegenes Ergebnis) kompensiert werden. Um diesen Gedanken aber weiter spinnen zu können, müsste es einen – zumindest mir nicht bekannten – Nachweis eines systematischen Trade-offs zwischen Input- und Output-Legitimation geben. Tatsächlich mag es Beispiele (Chile im 20. Jahrhundert oder das kontemporäre China; vgl. z.B. Keech 2004) geben, in denen autokratische Institutionen bessere wirtschaftliche Ergebnisse brachten als demokratische Institutionen, doch reichen Einzelfälle hier nicht aus, um diesen hochsensiblen Zusammenhang systematisch zu belegen. Olson (1993) – einer der härtesten Kritiker der demokratischen „Rent-Seeking-Gesellschaft“ kommt gar zu dem Ergebnis, dass Demokratien grundsätzlich ökonomisch autokratischen Gesellschaften überlegen sind; vgl. Olson (1993).

– während Marx auf eine Gesellschaftsreform (klassenlose Gesellschaft, die die Probleme der Interessenaggregation zu überwinden verspricht³³) baut, setzt die Rational Choice-Schule eher auf politische und ökonomische Bildung (Beitragung von Informationsproblemen) und die Zerschlagung von Verteilungskonkordaten (z.B. Gewerkschaften).

Diese unterschiedlichen Reaktionsweisen – hier Marx' Gesellschaftsreform, dort die Prozessreformen des Rational Choice – sind durchaus zwingend, ist doch Marx' „Demokratiever sagen“ in die Kategorie „Capitalism subverts Democracy“ einzuordnen, während die Rational Choice-Schule „Demokratiever sagen“ besser unter „Democracy subverts Capitalism“ kategorisiert (vgl. Almond 1991). Einerseits erscheint es aber fraglich, ob eine Gesellschaft (sozialistisch oder kommunistisch) je so gestaltet werden kann, dass es keine materiellen Interessenunterschiede mehr gibt, andererseits erfüllen die elitären Interessenkonkordaten, die die konstruktivistische Agendatheorie offengelegt hat, ihre subversive Arbeit nicht durch Bildung von *Marktmonopolen*, sondern durch *Meinungs- bzw. Ideologiemonopole*. Eine Veränderung

33 Als eine Variante dieser Überlegung – allerdings ausgangs-, nicht zielorientiert – kann Roemers (1998: 173) „Politik der Chancengleichheit“ verstanden werden, die vor allem auf eine bessere Bildungschancenverteilung setzt. Die gegenwärtig vor allem in Deutschland zu beobachtenden Exzellenz-(Elite-) Prozesse im Bildungsbereich und die Widerstände gegen die Reform des dreigliedrigen Schulsystems zeigen allerdings, dass auch hier Demokratiever sagen erwartet werden kann.

der Rahmenbedingungen müsste also wesentlich am Medienmarkt ansetzen, um so etwas wie Chancengleichheit beim Agenda-Setting sicherzustellen. Da die verfassungsmäßig überall abgesicherte Meinungs- und Pressefreiheit die Eingriffsmöglichkeiten in den Medienmarkt zurecht stark beschränken, bliebe die einigermaßen naive Hoffnung, die Kommerzialisierung der Medien durch Überführung von privat- in gemeinwirtschaftliche Unternehmen ohne Gewinnstreben (z.B. Stiftungen) zu reduzieren und so den Agenda-Setting-Bias quasi durch „Neutralisierung“ zu beseitigen (vgl. Held 1998). Naiv daran ist gleichermaßen der Glaube, dies sei rechtlich durchsetzbar wie die Hoffnung, damit tatsächlich einen ausgeglicheneren Meinungs- und Deutungswettbewerb zu erzeugen. Gerade der beispielhafte Verweis auf gemeinnützige Bildungseinrichtungen (wie z.B. öffentlich-rechtliche oder Stiftungs-Universitäten; vgl. Held 1998: 84) ist entmutigend, ist es doch auch hier durch verschiedene Anreizsetzungen gelungen, insbesondere in den für die Ideologieproduktion bedeutsamen Wirtschaftswissenschaften ein Theoriedominanzmonopol (Mainstream) durchzusetzen (vgl. Heise 2010), das beim Agenda-Setting und Framing massive Unterstützung leistet.

Aber selbst wenn es gelänge, den elitären Agenda-Setting-Bias systematisch zu beseitigen, wäre damit noch nicht der allgemeineren Kritik entkommen, einfache Mehrheits-Demokratien würden es erlauben, dass sich Individualinteressen (wenn auch der Mehrheit) gegen andere Individualinteressen (der Min-

derheit) durchsetzen, jedenfalls würde keineswegs lediglich den Gemeininteressen Rechnung getragen (vgl. Hayek 1944: 50ff.). Je nachdem ob man „Demokratie“ als „Selbstorganisationsform komplexer Sozialsysteme“ versteht oder als „Herrschaftsprinzip“, in dem Individual- oder Gruppeninteressen nicht zu Lasten anderer Individual- oder Gruppeninteressen dominant werden dürfen, wirft dies grundsätzliche, über das hier dargelegte Thema hinausgehende Fragen der Legitimation von Entscheidungsstrukturen auf,³⁴ die nur kurz abschließend adressiert werden können.

Um also der „Tyrannei der Mehrheit“ (Tocqueville) zu entkommen, müsste das Zustimmungsquorum in Richtung der Einstimmigkeit angehothen werden – was gewöhnlich mit ineffizient hohen (netto) Entscheidungskosten verbunden und deshalb zugunsten einer einfachen Mehrheitswahl verworfen wird. Die Entscheidungskosten können allerdings deutlich gesenkt werden, wenn kollektive Entscheidungen nur für Situationen gesucht werden, die Gewinn- bzw. Positivsummenspiele beschreiben – Entscheidungssituationen, die Nullsummen- oder Verteilungsspiele umfassen, blieben hingegen ausdrücklich ausgeschlossen. Dies scheint implizit die Vorstellung Rousseaus und explizit die der daran anknüpfenden Sozialkontrakttheoretiker um Hayek und Buchanan zu sein (vgl. z.B. Scharpf 2000: 259ff., Buchanan/Tullock 1962). Die gewöhnlich daraus gezogene Konsequenz, die Sozialkontrakt- oder auch

34 Zur Legitimation demokratischer Entscheidungen vgl. Peter (2009).

Konkordanz-Demokratie gewährleiste nur den hier beklagten Minimalstaat (vgl. Scharpf 2000: 259),³⁵ erscheint dann folgerichtig, wenn man die grundlegenden Postulate der „spontanen Ordnung“ und der „Gültigkeit der Anspruchstheorie“ akzeptiert, wonach die marktliche Interaktion der effizienteste Koordinierungsmechanismus ist und die gegebene Vermögenserstattung dann zu akzeptieren ist, wenn sie auf rechtmäßigem Erwerb beruht (vgl. Heise 2011b: 279ff.). Werden diese Postulate aber auf keynesianischer oder marxistischer Grundlage zurückgewiesen, entsteht viel mehr Raum für pareto-überlegene Interventionen gerade auch sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlicher Orientierung mit ausdrücklich redistributiver Intention (vgl. Pickett/Wilkinson 2009), die als Positivsummenspiele verstanden und deshalb zumindest als das Gemeinwohl fördernd³⁶ von allen Gesellschaftsmitgliedern akzeptiert werden könnten und es deshalb auch zu

Verhandlungslösungen kommen sollte (vgl. Scharpf 2000: 197ff.). Freilich gilt dies uneingeschränkt nur dann, wenn keine Informationsprobleme und Unsicherheiten über Realitätsinterpretationen bestehen.³⁷ Werden diese aber realistischlicherweise konzediert, wird der elitäre Bias deshalb noch verstärkt, weil deren Grundlage, ein möglichst interventionsfreier Wirtschaftsablauf ohne distributiven Eingriff, mittels Veto-Stellung erzwungen werden kann³⁸ – dies sind die Erfahrungen des Policymaking auf europäischer Ebene, wo das zumindest für grundlegende Entscheidungen gültige Einstimmigkeitsprinzip zur Dominanz der negativen (liberalisierenden) gegenüber der positiven (Interventionsinstitutionen schaffenden) Integration geführt hat (vgl. Scharpf 1996).

Es können hier keine definitiven Lösungen des Problems „Demokratie-Versagen“ gegeben werden. Wir haben gesehen, dass Demokratie im Kapitalismus sicher nicht „die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“ (Abraham Lincoln) ist, sondern eher die Kunst, „sich an die Stelle des Volkes zu setzen und ihm feierlich in seinem Namen, aber zum Vorteil einiger guter Hirten, die Wolle abzuscheren“ (Romain Roland). Dennoch sollten wir uns

35 Arend Lijphart (1999: 275ff.) kommt in seinem Vergleich von 36 Demokratien allerdings zu einem anderen Ergebnis. Danach sind „Konsenz-Demokratien“ sozialstaatlicher als ‚Westminster-Demokratien‘. Mit dieser Einteilung wird aber nicht auf die Wahl- bzw. Entscheidungsregel (Mehrheit versus Einstimmigkeit), sondern die Repräsentation bzw. die Regierungskonstellation abgestellt.

36 Wenngleich das Gemeinwohl aus oben genannten Gründen objektiv nicht bestimmt werden kann, kann doch aber jede Verbesserung nach dem Pareto-Kriterium als „dem Gemeinwohl dienend“ verstanden werden. Scharpf (2000: 159ff.) argumentiert an dieser Stelle mit dem Kaldor-Wohlfahrtskriterium, das allerdings auf problematischen interpersonellen Nutzenvergleichen basiert.

37 Dies impliziert, dass unterschiedliche (wissenschaftlich begründete) Auffassungen darüber bestehen, ob z.B. sozialpolitische Maßnahmen mit distributiver Intention tatsächlich ein Positiv- oder vielleicht doch eher ein reines Nullsummenspiel darstellen.

38 Dahl (1989: 136ff.) spricht deshalb von der „Tyrannei der Minderheit“.

bewusst sein, dass es keine Alternative zur Demokratie gibt.³⁹ Um das Funktionieren der Demokratie im Kapitalismus in dem Sinne zu verbessern, dass eine „das Gemeinwohl maximal förderliche Politik“ betrieben werden kann und somit eine dauerhafte Legitimation der gesellschaftlichen Selbstorganisation gewährleistet bleibt, müssen einerseits die Agenda-Setting- und Framing-Prozesse offener und pluraler gestaltet werden, andererseits die Verhandlungsbereitschaft in Konsensdemokratien jenseits des Mehrheitswahlrechts gestärkt werden. Die neuen Medien (Internet, Telefonie) mögen zu ersterem beitragen und die den elitären Bias erzeugende Stellung der traditionellen Medien (Zeitungen, Fernsehen) langfristig untergraben, die Kombination von Einstimmigkeits- und Mehrheitswahlrechtselementen (Überprüfung von angenommenen und gescheiterten Gesetzesverfahren durch Volksbefragungen mit geringer Voraussetzungsanforderung; „der lange Schatten des Plebiszit“) mag letzteres ermöglichen. Man könnte argumentieren, dass ein Referendum nur die Mehrheitsverhältnisse im Parlament – also der Repräsentation der Wähler, die die politischen Entscheidungen zu treffen hat – reproduzieren würde und sich folglich nach diesem Verfahren keine anderen Entscheidun-

gen im Vergleich zur herkömmlichen (parlamentarischen) Mehrheitsentscheidung ergeben können. Dies gilt aber nur, wenn die Mehrheitsformung mittels direkter und indirekter Entscheidungsverfahren zu immer gleichen Ergebnissen kommt. Wie oben (FN 22) bereits ausgeführt, kann mediales Framing aber durchaus dazu führen, dass parlamentarische Mehrheiten (Koalitionen) nicht den Mehrheitswillen der Wähler ausdrücken. Und auch der Einwurf, ein plebiszitäres Entscheidungsverfahren müsste genauso dem Bias des medialen Framing-Prozesses ausgesetzt sein wie parlamentarische Wahlen, übersieht, dass unter den angenommenen Unsicherheitsbedingungen Wählerentscheidungen neben dem Framing-Prozess auch noch von ideologischen Grundausrichtungen abhängen. Je nach den unterstellten Annahmen (z.B. über die Einheitlichkeit des Wählerlagers und die ideologische Mobilität) können dann Mehrheitsentscheidungen von direkter und indirekter Demokratie unter sonst gleichen Framing-Bedingungen durchaus zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen (vgl. Heise 2005). Außerdem ließe sich mit der Kopplung von plebiszitären und mehrheitsdemokratischen Elementen jenen Phänomenen beikommen, die als Anscombe- oder Ostrogorski-Paradoxa bekannt sind (vgl. Saari 2001: 123ff.): Durch die Aggregation von einzelnen Wahlthemen zu Parteiprogrammen kann es dazu kommen, dass Parteien die Mehrheit der Wähler auf sich vereinen und dann zu den einzelnen Wahlthemen Positionen vertreten und in Politik umsetzen, die bei Einzelabstimmung keine Mehr-

39 Diese apodiktische Aussage basiert auf der Unterstellung, dass „(n)ur die Demokratie (...) uns freimachen (kann), weil wir nur in der Demokratie Urheber der Mächte sind, die uns regieren“ (Brown 2012: 64). Wir unterstellen also den Wunsch freier Menschen, selbst über die Formen des Zusammenlebens entscheiden zu wollen.

heit bekommen hätten. So ließe sich vorstellen, dass z.B. der Sozialabbau keine Mehrheit in der Bevölkerung hat, gleichwohl Parteien die Stimmehrheit bekommen, die Sozialabbau als Wahlziel verfolgen bzw. dies zumindest in einer Koalition akzeptieren werden.

Es bleiben reichlich offene Fragen und der Eindruck, dass etwas Experimentierfreudigkeit der Demokratie ganz gut täte (vgl. z.B. McCormick 2006). Fatal wäre es, wenn – wie Dahl (1989: 279) schwarz malt – die scheinbar paradoxe Erkenntnis der „Minority rule“ in der Mehrheits-Demokratie nur deshalb verworfen würde⁴⁰, weil der revolutionäre Impetus marxistischer Lesart als sozial-illusionär und der reformersiche Ansatz prozeduraler Korrekturen als Ausweis der Ratlosigkeit gebrandmarkt und beides als desillusionierend verstanden würde.

40 Als weiteren Grund der Zurückweisung der „Minority rule“ gibt Dahl (1989: 274f.) das Versäumnis an, die Kontrollmechanismen und –wege offengelegt zu haben. Wenn man mit Dahl (1989: 277) unter „Minority rule“ auch die indirekte und, zugegebenermaßen unvollständige Kontrolle mittels hegemonialer Agenda-Setting- und Framing-Prozesse versteht, dann sollten die Kontrollmechanismen und –wege hinreichend klar geworden sein.

Literatur

- Almond, G.A.; Capitalism and Democracy; in: Political Science and Politics, Sep. 1991, S. 467–474.
- Arestis, P., Pelagidis, T.; Absurd Austerity Policies in Europe; in: Challenge, Vol.53, No.5, 2010, S. 54–61.
- Arlt, H.-J., Storz, W.; Drucksache „Bild“ – Eine Marke und ihre Mägde. Die ‚Bild‘-Darstellung der Griechenland- und Euro-Krise 2010, Otto-Brenner-Stiftung Arbeitshefte 67, Frankfurt 2011.
- Arrow, K.; Social Choice and Individual Values, New Haven 1951.
- Bäcker, G. Et al; Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland, Bd.1, Wiesbaden 2010.
- Bartels, L.; Unequal Democracy, Princeton 2008.
- Brenke, K.; Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig; in: DIW Wochenbericht Nr. 33, 2009.
- Brown, W.; Wir sind jetzt alle Demokraten; in: Agamben, G. u.a.; Demokratie?, Frankfurt 2012, S. 55–71.
- Buchanan, J.M., Tullock, G.; The Calculus of Consent, Ann Arbor 1962
- Carmines, E.G.; Review Symposium – Class Politics, American Style; in: Perspectives on Politics, Vol. 9, No.3, 2011, S. 645–647.
- Clayton, R., Pontusson, J.; Welfare State Retrenchment Revisited: Entitlement Cuts, Public Sector Restructuring, and Inegalitarian Trends in Western Democracies; in: World Politics, Vol. 51, No.1, 1998, S. 67–98.
- Chomsky, N.; Media Control. Wie die Medien uns kontrollieren, München 2006.
- Crouch, C.; Das lange Leben des Neoliberalismus; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H.11, 2011, S. 49–62.

- Dahl, R.A.; *Democracy and Its Critics*, New Haven 1989.
- Domar, E.D.; The ‚burden of debt‘ and National Income; in: *American Economic Review*, Vol.34, 1944, S. 798 – 827.
- Dowding, K.; *Power*, Buckingham 1996.
- Friedrich, C.J.; Politische Autorität und Demokratie; in: *Zeitschrift für Politik*, Jg. 7, 1960, S. 1 – 14.
- Fukuyama, F.; *The End of History?*; in: *National Interest*, Summer 1989.
- Hacker, J. S., Pierson, P.; *Winner-Take-All Politics: How Washington Made the Rich Richer – And Turned its Back on the Middle Class*, New York 2010.
- Hall, P.A., Soskice, D. (Hrsg.); *Varieties of Capitalism*, Oxford 2001.
- Hayek, F.A.; *Road to Serfdom*, New York 1944.
- Heise, A.; Postkeynesianische Finanzpolitik zwischen Gestaltungsoptionen und Steuerungsgrenzen; in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 31. Jg., Nr.2, 2001, S. 269 – 284.
- Dreiste Elite, Hamburg 2003.
 - German Social Democratic Economic Politics, in: *Intervention – Journal of Economics*, Vol. 2, No.2, 2005, S. 131–151.
 - The Political Economy of Meritocracy; in: *Review of Radical Political Economy*, Vol. 40, No.1, 2008, S. 67 – 88.
 - Krise der Wirtschaftswissenschaften – Raum für Alternativen? Plädoyer für einen Pluralismus in der Ökonomik; in: Jens, U., Romahn, H. (Hrsg.); *Methodenpluralismus in den Wirtschaftswissenschaften*, Marburg 2010, S. 33 – 50.
 - European Governance: Institutionelle Reformen nach der Krise; in: *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 91. Jg., H.9, 2011a, S. 634–642.
 - Gesellschaftswissenschaftliche Ideale; in: *Der Staat – Zeitschrift für Staatslehre und Verfassungsgeschichte, deutsches und europäisches öffentliches Recht*, 50. Bd., H.2, 2011b, S. 268–294.
 - Das Ende der SPD ... und ihr Neuanfang, Münster 2012.
- Heise, A., Lierse, H.; Wirtschaftskrise, Autoritätspolitik und das europäische Sozialmodell; in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, 37. Jg., H.2, 2011, S. 201–231.
- Held, V.; *Medienkultur und Demokratie*; in: Brunkhorst, H. (Hrsg.); *Demokratischer Experimentalismus*, Frankfurt 1998, S. 67–91.
- Hirschman, A.O.; Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt 1982.
- Iversen, T.; *Capitalism and Democracy*; in: Weingast, B.R., Wittman, D. A. (Hrsg.); *The Oxford Handbook of Political Economy*, Oxford 2006, S. 601–623.
- Jessop, B., Sum, N-L.; *Beyond the Regulation Approach*, Cheltenham 2006.
- Kahneman, D., Slovic, P., Tversky, A.; *Judgment under uncertainty: Heuristics and biases*, Cambridge 1982.
- Karrass, A.; *Die EU und der Rückzug des Staates. Eine Genealogie der Neoliberalisierung der europäischen Integration*, Bielefeld 2009.
- Keech, W.R.; *Democracy, Dictatorship and Economic Performance in Chile*; Vortrag gehalten auf dem Lateinamerika Treffen der Econometric Society in Santiago de Chile vom 28.–30. 07. 2004, Santiago de Chile 2004.
- Kitromilides, Y.; Deficit reduction, the age of austerity, and the paradox of insolvency; in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 33, No.3, 2011, S. 517–536.

- Köcher, R.; Minenfeld Sozialpolitik; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 298 v. 22.12.2010. S. 5.
- Kraiker, G.; Kapitalismus versus Demokratie. Vom Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, H. 10/2011, S. 65–73.
- Lijphart, A.; Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven 1999.
- Lutz, B.; Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt 1984.
- Maurer, M.; Warum ‚Wahlprognosen‘ scheitern – vier Thesen zur Wahlrationalität in der Mediendemokratie; in: Politische Studien, H. 417, 59. Jg, 2008, S. 41–52.
- McCormick, J.P.; Contain the Wealthy and Patrol the Magistrates: Restructuring Elite Accountability to Popular Government; in: The American Political Science Review, Vol. 100, No.2, 2006, S. 147–163.
- Meyer, T.; Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt 2001.
- Mediokratie – auf dem Weg in eine andere Demokratie?; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B15-16, 2002, S. 7–14.
- Milanovic, B.; The Median Voter Hypothesis, Income Inequality and Income Redistribution: An Empirical Test With The Required Data, Luxembourg Income Study Working Paper No. 256, Luxembourg 2000.
- Möller, J., Schmillen, A.; Verteilung von Arbeitslosigkeit im Erwerbsleben: hohe Konzentration für wenige – steigendes Risiko für alle; in: IAB Kurzbericht Nr. 24, 2008.
- Nachtwey, O.; Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden 2009.
- Nordmann, J.; Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash; in: Ötsch, W.O., Thomasberger, C. (Hrsg.); Der neoliberale Markt-Diskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen, Marburg 2009, S. 257–276
- Nozick, R.; Anarchy, State, and Utopia, New York 1974.
- OECD; Divided We Stand: Why Inequality keeps Rising, Paris 2011.
- Olson, M.; Dictatorship, Democracy, and Development; in: American Political Science Review, Vol. 87, No.3, 1993, S. 567–576.
- Osberg, L., Smeeding, F.; Fair Inequality? Attitudes Toward Pay Differentials: The United States in Comparative Perspective; in: American Sociological Review, Vol. 71, 2006, S. 450–473.
- Peter, F.; Democratic Legitimacy, New York 2009.
- Pickett, K, Wilkinson, R.; Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin 2009.
- Plenum der Ökonomen, Stellungnahme zur EU-Schuldenkrise, veröffentlicht v. Bernd Lucke, Hamburg 2011 (<http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?p=581>).
- Rehmann, J., Wagner, Th.; Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte, Berlin 2010.
- Reißig, R.; Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.
- Rieger, E., Leibfried, S.; Welfare State Limits to Globalisation; in: Politics & Society, Vol. 26, No. 3, 1998, S. 360–393.

- Roemer, J.E.; Einige Probleme der Demokratie; in: Brunkhorst, H. (Hrsg.); Demokratischer Experimentalismus, Frankfurt 1998, S. 157–174.
- Saari, D.G.; Decisions and Elections. Explaining the Unexpected, Cambridge 2001.
- Scharpf, F.W.; Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States; in: Marx, G., Scharpf, F.W., Schmitter, P.C., Streeck, W.; Governance in the European Union, London 1996, S. 15–37.
- Interaktionsformen, Opladen 2000.
- Scharpf, F.W.; Monetary Union, Fiscal Crisis and the Preemption of Democracy, Max Planck Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 11/2011.
- Sloterdijk, P.; Aufbruch der Leistungsträger; in: Cicero, H.11, 2009, S. 94 – 107.
- Stiglitz, J.; Dangers of deficit-cut fetishism; in: The Guardian vom 07.03.2010.
- Vester, M.; Gibt es eine ‚Neue Mitte‘?; in: Perspektiven ds, Jg. 17, Nr. 1, 2000, S. 17–31.
- Auf dem Weg zu einem ‚partizipatorischen Wohlfahrtsstaat‘?; in: Perspektiven ds – Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, 28. Jg., H. 1, 2011, S. 27–49.
- Walpen, B.; Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society, Hamburg 2004.

Zusammenfassung

Die letzten drei Dekaden haben eine substantielle Wandlung wohlfahrtsstaatlicher Fundierung demokratischer Gesellschaften erlebt: Trotz steigenden gesellschaftlichen Wohlstands ist nicht nur die sozialstaatliche Sicherung der großen Lebensrisiken immer weiter reduziert und individualisiert worden, auch die ‚große Erzählung‘ hat sich gewandelt. Gehörte im „Modell Deutschland“ der Wohlfahrtsstaat noch zur spezifischen Einbettung des „Regulierten Keynesianismus“, so wird der Sozialstaat im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung nunmehr als Faktor im System der Wettbewerbsstaaten verstanden. Nach der Weltfinanzkrise droht nun gar eine Verwirklichung kühnster neoliberaler Träume: der Minimalstaat Nozickscher Prägung. Zu untersuchen bleibt, wie diese Entwicklung in „sozialen Demokratien“, in denen die reiche Minderheit

immer fürchtete, von der armen Mehrheit ausgebeutet zu werden, geschehen konnte und welche Konsequenzen dies für demokratische Wahlverfahren haben könnte.

Abstract

The past three decades witnessed a substantial change in the foundations of highly developed welfare democracies: despite growing income and material wealth, the level of social assistance has been decreasing and its incidence individualised. Also, the ‚grand narrative‘ has been modified. While „Model Germany“ was part of the specific form of embedded and socially regulated German Keynesianism, social policy during the age of globalisation became ever more a crucial factor in the system of competing states. In the aftermath of the recent world financial crisis, neoliberal dreams appear to become true: a transi-

tion towards the minimal state of Robert Nozick's orientation. The question to be addressed is how this could have happened in „social democracies“ – where according to neoliberal theorists the rich

minority is threatened to be exploited by the poorer majority via welfare state arrangements – and what consequences for democratic decision-making procedures may possibly be drawn.

Finanzmarktkrisen und Nachhaltigkeit

Der gegenwärtige Zustand der sozialen, ökologischen und ökonomischen Systeme ist durch die Gleichzeitigkeit zahlreicher Krisen gekennzeichnet: Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Ressourcenknappheit, Brennstoffmangel und -preise, Nahrungsmittelpreise, Armut, Flüchtlinge, Süßwassermangel, und in den letzten Jahren Kollaps des Finanzsystems und Krise des Produktionssystems. Diese in ihren geographischen und zeitlichen Dimensionen sowie in ihren Dynamiken sehr unterschiedlichen Krisen scheinen auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun zu haben; auf den zweiten erschließen sich jedoch Zusammenhänge bezüglich der Auslöser, Auswirkungen, Ursachen und Hintergründe.

Um diese Zusammenhänge ausloten zu können ist es zunächst erforderlich, sich über die Begrifflichkeiten klar zu werden. Das gilt insbesondere für den Begriff der Nachhaltigkeit, weil der Begriff von verschiedenen Disziplinen und unterschiedlichsten Interessengruppen in ihrem jeweiligen Sinne, und damit mit einer gewissen Belieblichkeit interpretiert wurde. Zeitweilig rein umweltbezogen verstanden, schmückt er inzwischen Wirtschaftsbilanzen, Haushaltspläne und Geschäftsberichte, läuft aber auch Gefahr, auf Klimaschutz verengt oder von neuen Konzepten wie Green Economy (UNEP 2011) oder Green Growth (OECD 2011) verdrängt

zu werden, obwohl diese durchaus enger gefasst sind (Kemp, Martens 2007). Statt zu den mehr als hundert existierenden Definitionen eine weitere hinzuzufügen, soll hier auf die Ursprungsdefinition der Kommission für Umwelt und Entwicklung (nach ihrer Vorsitzenden bekannt als *Brundtland-Kommission*) zurückgegriffen werden (WCED 1987):

„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Zwei Schlüsselbegriffe sind wichtig:

- Der Begriff ‚Bedürfnisse‘, insbesondere der Grundbedürfnisse der Ärmsten der Welt, die überragende Priorität haben sollten;
- Die Vorstellung von Grenzen, die der Stand der Technologie und sozialen Organisation den Fähigkeit der Umwelt setzt, gegenwärtige und zukünftige Bedürfnisse zu befriedigen.“

Nachhaltigkeit ist damit a priori ein normatives Konzept, und auf der Ebene der Werte und Normen (Max-Neef 2005) markieren Bedürfnisbefriedigung und Anerkennung von Grenzen zwei wesentliche Dimensionen. Diese Grenzen sind definiert durch die Notwendigkeit, die akut gefährdete Fähigkeit ökologischer Systeme zu sichern, langfristig wichtige Ökosystemdienst-

leistungen zu erbringen (Millennium Ecosystem Assessment 2005). Welche Leistungen das sind wird von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, den Organisations- und Nutzungsformen sowie den verwendeten Technologien bestimmt. Weder ein Ökozentrismus der absoluten Grenzen, noch Sozialkonstruktivismus oder Technologiegläubigkeit lassen sich mit dieser Multifaktoren-Definition ökologischer Grenzen legitimieren. Wirtschaft und Wachstum spielen hier keine Rolle (Holden, Linnerud 2007, Kopfmüller u.a. 2001). Das Lob des Wirtschaftswachstums, das weite Strecken des Brundtland-Berichts „Unsere gemeinsame Zukunft“ prägt, bezieht sich insofern auf ein im Sinne der übergeordneten Werte gerichtetes Wachstum, das eben keinen Selbstwert darstellt sondern sich durch seine instrumentelle Effektivität im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung legitimiert.

In der politischen Debatte wird regelmäßig der zweite, konkretisierende Teil der Definition ausgeblendet, um dann die mangelnde Konkretheit des Konzepts zu beklagen und es im jeweils eigenen Sinne umzudeuten. Erst so entsteht die Kompatibilität von Nachhaltigkeit mit dem vorherrschenden neoliberalen Diskurs, seiner Präferenz für unregulierte Märkte und seine anti-etatistische Ausrichtung. Wirtschaft auf die Bedürfnisse der Menschen, insbesondere der Ärmsten auszurichten, statt auf Shareholder Value und höchstmöglichen Profit, und statt unbegrenztem und möglichst schnellem Wachstum die Bereitschaft, Grenzen des Wirtschaftens zu akzeptieren: bereits mit der vollständigen Definition werden potenzielle

Konfliktlinien von Finanzmarktpraxen und nachhaltiger Entwicklung erkennbar. Bevor dieser konzeptionelle Konflikt als einer der Hintergründe näher ausgeleuchtet wird, soll jedoch auf die Nachhaltigkeitsaspekte der Auslöser, Auswirkungen und Ursachen der Finanzkrisen eingegangen werden.

Auslöser

Die Finanzmarktkrise wurde durch den unvermeidlichen Kollaps der durch Hypotheken gedeckten Immobilienkredite an nicht kreditwürdige Antragsteller in den USA ausgelöst. Wie in einem Pyramidenspiel ging das Ganze gut solange immer neues Geld an immer neue Häuslebauer vergeben werden und dann geschickt getarnt als gute Sicherheit ahnungslosen Abnehmern verkauft werden konnte. Solche Praktiken erinnern an Schneeballsysteme (im Englischen bekannt als *Ponzi-Schemes*); sind immer durch eine dynamische Wachstumsphase gekennzeichnet, in der die Spieler (hier die Finanzinstitute) ein exzellentes Geschäft machen und diejenigen, die rechtzeitig aussteigen, große Gewinne realisieren können. Wer aber dabei bleibt bis die Blase platzt zahlt die Rechnung, die Immobilien fielen im Preis bis die Hypotheken höher waren als der Wert der Häuser.¹

1 In den USA ist zudem die Forderung einer Bank abgegolten wenn das Haus verkauft und der Gewinn an die Bank transferiert ist – auch wenn die Einnahmen die Höhe der Hypothek deutlich unterschreiten. Diese Besonderheit hat zahlreiche, meist kleinere, Immobilienfinanzierer in den Ruin getrieben, auch weil über die Jahre niedriger Zinsen und steigender Immobilienpreise bestehende Hypothe-

Land	Eigentumsquote in Prozent
Spanien	81
Irland	78
USA	69
Großbritannien	69
Österreich	57
Frankreich	56
Niederlande	54
Dänemark	51
Schweden	46
Deutschland	43
Schweiz	35

Tab. 1: So wohnt die Welt (*Quelle: DIA, Stand 2006*)

Was aber hat das mit Nachhaltigkeit zu tun? Offensichtlich ist nach dem Platzen der Blase das Gebot der Bedürfnisorientierung verletzt: soziale Nachhaltigkeit ist nicht gegeben wenn Obdachlosigkeit vom Einzelschicksal zum Massenphänomen wird, und wenn Arbeitnehmer/innen einen Teilverlust ihrer in Fonds angelegten Pensionen in Höhe von ca. 40.000 US\$ pro Kopf der US-Bevölkerung, hinnehmen müssen (2009 – die folgende Berg- und Talfahrt der Aktienmärkte hat nur einen Teil der Verluste wieder egalisiert, verunsicherte aber zusätzlich).

Weniger offensichtlich ist der gemeinsame Ursprung von Umwelt- und Finanzkrise (Tienhaara 2010). In England wurde von Thatcher und in Großbritannien von Bush als politisches Ziel

postuliert, dass alle Haushalte über Wohneigentum, meist ein eigenes Haus, verfügen sollten – der Aufstieg auch ehemaliger Unterschichten ins Besitzbürgertum wurde als Beitrag zur Festigung konservativer Mehrheiten (miss-) verstanden. Hier wie in Spanien war der teils spekulative Bauboom (neben der anschwellenden Finanzwirtschaft) Triebfeder des Wirtschaftsbooms, mit einem Bauvolumen weit über den aktuellen Bedarf und die finanziellen Kapazitäten der Käufer hinaus. Mit der Anzahl und der Größe der Häuser wuchs der Energie- und Flächenverbrauch, die Zersiedelung der Landschaft, die Suburbanisierung der großen Städte, das Verkehrsaufkommen, der Infrastrukturbedarf und damit die Umweltfolgen. Bedenkt man, dass Bauen und Wohnen noch vor Mobilität und Ernährung das Konsumfeld mit dem höchsten Ressourcenverbrauch (Energie, Material und Fläche) ist (Spangenberg, Lorek 2002, United Nations 2011), dann wird deutlich, dass die Eigenheimpolitik eine

ken zu Gunsten neuer, billigerer Hypotheken über höhere Summen abgelöst wurden, nicht zuletzt um Konsumansprüche und Sozialstatus bei stagnierenden bis sinkenden Haushaltseinkommen zu erhalten.

der Triebkräfte hinter dem Anstieg der Treibhausgasemissionen wie der Fragmentierung der Landschaft war, und damit entscheidend zur Verschärfung der Klimakrise beigetragen hat.² Die Hauptursache für den fortschreitenden Biodiversitätsverlust ist die Änderung der Landnutzung, insbesondere die Fragmentierung der Landschaften (Sala et al. 2000), und hier sind wieder die Ausweitung des Siedlungsgebiets wie die dadurch hervorgerufene Zunahme des Verkehrs und der Verkehrsinfrastruktur wesentliche Beiträge.

Die Immobilienblase hat also zur Nichteinhaltung der Belastungsgrenzen (Rockström et al. 2009) beigetragen, und so irreversible Schäden an der ökologischen Nachhaltigkeit (mit)verursacht, während ihr Platzen die Bedürfnisbefriedigung breiter Bevölkerungsschichten unterminiert hat und sozial unnachhaltig war.

Auswirkungen

Die Krise der Finanzmärkte und die staatlichen Rettungsaktionen haben eine ambivalente Wirkung auf die Chancen einer nachhaltigen Entwicklung. Zum einen ist im Rückblick überdeutlich, dass eine Politik der Nachhaltigkeit in der Vergangenheit nicht, wie so oft behauptet, an den damit verbundenen Umbaukosten und Struktur-

problemen gescheitert ist, sondern am mangelnden politischen Willen. Die Erfahrung hat gelehrt: sobald ein Thema (wie die Bankenkrise) oberste politische Priorität gewinnt sind die Regierungen in der Lage, die erforderlichen finanziellen Mittel zu mobilisieren und Strukturveränderungen in die Wege zu leiten. Greenpeace hat das rhetorisch zugespitzt ausgedrückt: „Wäre die Welt eine Bank hätten wir sie längst gerettet“.

Nachhaltige Entwicklung wurde dagegen nicht als unmittelbarer Handlungsauftrag wahrgenommen sondern zum Oberziel der Politik deklariert und so auf eine wenig handlungsrelevante Metaebene gehoben (und wie erwähnt ihrer Konkretisierung entkleidet). Das hat nicht zuletzt seine Ursache darin, dass aller Abschwächung zum Trotz eine effektive Nachhaltigkeitspolitik – wie jede strukturverändernde Politik – bestehende Partialinteressen verletzen muss und deshalb auf den massiven Widerstand von betroffenen sozialen und ökonomischen Akteuren trifft. Der Politik fehlt dann oft die Handlungsfähigkeit ebenso wie die Handlungswilligkeit; sie begnügt sich mit symbolischen Ersatzhandlungen (Blühdorn 2007). Ex post ist jetzt unbestreitbar, dass es sich bei der mangelnden Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen nicht um Handlungsunfähigkeit, sondern um eine andere Prioritätensetzung gehandelt hat.

Die ideologische (und für Nachhaltigkeit als normativer Vorgabe nie zutreffende, da auf ihr fremden Optimierungskriterien beruhende, vgl. Shar, Black 2010) Rechtfertigung von Handlungsverweigerung, die Selbstregulation der Märkte werde zu positiven Er-

2 Von marginaler Bedeutung sind dagegen Konsumfelder wie Mode, Kosmetik und Hygiene, die in der Vergangenheit Gegenstand öffentlicher Dispute waren. Angesichts der empirischen Daten entpuppen sich diese Dispute als Auseinandersetzungen um Symbole, als mit ökologischen (Schein-)Argumenten geführte kulturelle Konflikte.

gebnissen führen wenn man sich nur nicht einmische, hatte bereits in den Jahren zuvor weithin an Glaubwürdigkeit verloren (Spangenberg 2004). Die Finanzkrise war dann der Punkt, der auch eine Mehrheit der politischen und publizistischen sowie eine Minderheit der finanzwirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Eliten zum Umdenken brachte (die Praxen der Finanzwirtschaft haben sich nur marginal geändert). Staatliche Wirtschaftsstrukturpolitik und Interventionen in Marktprozesse wird in diesen Kreisen heute wieder – wie in der Mehrheit der Bevölkerung immer – als legitim und sinnvoll betrachtet; der von der Bundesregierung vollzogene Atomausstieg ist das vielleicht offensichtlichste Beispiel.

Auf der negativen Seite sind ebenfalls zwei Faktoren zu nennen. Zum einen hat die Dominanz der Wirtschaft sowie die anschließende Euro-Krise von Nachhaltigkeitsproblemen abgelenkt (auch weil die Diskussionen fast reine Symptomdiskussionen waren, die kein Verständnis der zugrundeliegenden Prozesse geschaffen haben, sondern die Finanzmärkte anonymisiert und ohne Darstellung der handlungsleitenden Interessen, als sachlich-neutrale Beurteilungsinstanz für die ökonomische Solidität der Politik beschrieben). Die wiedergewonnene Legitimation politischen Handelns wurde mehr oder weniger berechtigt auf andere Themen projiziert, nicht auf nachhaltige Entwicklung – das Scheitern sowohl der Klimakonferenz von Kopenhagen wie auch das eines Plans zur Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster bei der CSD19 (die zweijährige Sitzungspe-

riode der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung schloss im Frühsommer 2011 ohne Ergebnis) zeigen das überdeutlich.

Hinzu kommen Handlungsbeschränkung durch die als angespannt wahrgenommene Situation der öffentlichen Hände (die eigentlich weniger eine Folge der in anderer Hinsicht durchaus problematischen Verschuldung ist als ein Resultat der Spekulation von Großanlegern, gemeinhin als „die Märkte“ bezeichnet, auf Währungskrisen – die nebenbei zeigt, dass Staaten als verlässliche Schuldner ausfallen sobald man ihnen nicht mehr zutraut, genug Steuern zu erheben), sowie die Schwierigkeiten der Projektfinanzierung durch mangelnde bzw. teure Kreditfinanzierungsmöglichkeiten. Weitere aktuelle Spekulationsobjekte sind Ressourcen, Energieträger und Nahrungsmittel, mit zum Teil signifikant negativen Wirkungen auf die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung. Ebenfalls negativ wirkt sich das Mißtrauen der Banken untereinander aus, das dazu führt, dass trotz Milliarden Gewinnen das Verleihen untereinander (der Interbankenmarkt) im Herbst 2011 wieder – wie schon 2008/09 fast zum Erliegen gekommen ist, und damit die Verfügbarkeit von Krediten für private Anschaffungen wie für kommerzielle Investitionen zurückgeht. Eine wesentliche Ursache ist die trotz immenser Gewinne geringe Eigenkapitaldecke, die europäische Banken in Krisenzeiten verwundbar macht – auch das wird nicht als Ursache benannt, sondern die Situation genutzt, um jedwede Beteiligung der Banken an den Kosten der Eurorettung zurückzuweisen.

Die Auswirkungen der sozial-ökologischen auf die finanz-ökonomische Krise sind ungleich schwerer zu lokalisieren, da sich ihre graduelle Zunahme in anderen Zeitrhythmen entfaltet. Während die zunehmende Zahl an wohldokumentierten Extremereignissen eindeutig ein Krisenphänomen ist, kann das einzelne Ereignis (insbesondere Stürme und Fluten, aber auch Schädlingsausbrüche) nicht kausal einer Umweltkrise zugeordnet werden kann. Anders ist das zum Teil für soziale Phänomene: die weltweiten Hungerunruhen im Jahre 2008 waren eindeutig den Anstieg der Lebensmittelpreise zuzuordnen, dessen dominante Ursachen wiederum umstritten waren (genannt wurden einerseits Missernten und Handelsrestriktionen, sowie andererseits Spekulation mit Nahrungsmitteln und die Subventionen für die Umwandlung von Nahrungsmitteln in Benzinersatz (*agro-fuels*). Steigende Lebensmittelpreise werden auch als Auslöser hinter den Umbrüchen in der arabischen Welt erwähnt, während die Ursachen sicherlich tiefer liegen.

Ursachen

UNEP, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, hat eine Krisenanalyse vorgelegt, die als gemeinsame Ursache der Finanz- wie der Nachhaltigkeitskrisen die Fehlallokation von Kapital ausmacht. Dabei wird Kapital nicht im soziologischen Sinne verstanden, sondern ökonomisch und damit als quantitativer Bestand ohne Zweckbindung. UNEP unterscheidet Sach-, Finanz-, Human- und Naturkapital; damit ist auch auf UN-Ebene die traditionelle neoklassi-

sche Sichtweise von ihrer Erweiterung, der Umwelt- und Ressourcenökonomie, abgelöst worden.³ Das Sach- und Finanzkapital in dieser Terminologie entsprechen weitgehend dem ökonomischen Kapital bei Bourdieu, und das Humankapital der Ökonomen korrespondiert über weite Strecken mit seinem kulturellen Kapital. Ein Sozialkapital kennt die weiterhin dem neoklassischen methodologischen Individualismus verpflichtete Ressourcenökonomik (anders als die ökologische Ökonomik) nicht, ebenso wie die Soziologie mit wenigen Ausnahmen (z.B. Kraemer 2008) kein Naturkapital.

Legt man unter Vernachlässigung der bekannten Schwächen aller Versuche, Umwelt und Gesellschaft in der wirtschaftswissenschaftlichen Begriff-

3 Innerhalb der Wirtschaftswissenschaften hat sich international das ehemals ungeliebte Kind der Neoklassik, die Umwelt- und Ressourcenökonomik, zum neuen Mainstream entwickelt. Damit halten die Wirtschaftswissenschaften in ihrer Hauptströmung auch zukünftig an den Kernelementen der Neoklassik, den Fiktionen von rationalen Entscheidungen isolierter Individuen (der methodologische Individualismus) und von Marktgleichgewichten fest (Arnsperger, Varoufakis 2006). Sie bleiben raum- und zeitlos, ergänzen aber die Liste der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital um die Natur als Ressource und betonen die Notwendigkeit externe Kosten (also solche die Dritten entstehen) in den Marktprozess zu internalisieren. Dann aber sei das Marktversagen geheilt und der Markt könne seine Rolle als Koordinations-, Such- und Allokationsmechanismus wieder spielen. Es handelt sich also dabei (im Gegensatz zur ökologischen Ökonomik) um eine inkrementelle, keine strukturelle Veränderung, eine Annäherung an die Realität in kleinen Schritten.

lichkeit von Kapitalstöcken angemessen zu beschreiben (Fauchaux, O'Connor 1998; Martinez-Alier et al. 1998) diese Begrifflichkeit zugrunde, so kann die gemeinsame, tieferliegende Ursache wie folgt beschrieben werden (nach UNEP 2011):

- Der gegenwärtige Weltzustand ist durch die Gleichzeitigkeit zahlreicher Krisen gekennzeichnet: Klima, Biodiversität, Ressourcen, Brennstoff, Nahrungsmittel, Wasser, und zuletzt das Finanz- und das Produktionssystem.
- Alle diese Krisen haben verschiedene Gründe und Auslöser, sind aber auch Ausdruck eines grundlegenden Fehlers unseres Wirtschaftens, der Fehlallokation von Kapital.
- In den letzten Jahren wurde viel Kapital in Immobilien, fossile Ressourcen und Finanzmarktanlagen investiert, aber zu wenig in erneuerbare Energien, Effizienz, öffentlichen Transport, nachhaltige Landwirtschaft, Umwelt- und Naturschutz.
- Die Wachstums- und Entwicklungspolitiken bauten auf die schnelle Akkumulation von Sach-, Human- und Finanzkapital, verbunden mit einer exzessiven Entwertung und Vernichtung von Naturkapital.

Auch wenn man bezweifeln kann, ob die Akkumulation von Humankapital wirklich einer der Schwerpunkte der gängigen Entwicklungs- und Wachstumsstrategien war, bleibt die Dominanz der Sach- und Finanzkapitalinvestitionen Grundlage der laufenden Fehlentwicklungen. Berücksichtigt man die bei der UNCED Konferenz 1992 in

Rio de Janeiro und beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung WSSD 2002 in Johannesburg genannten Kostenschätzungen für das Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft, die geschätzten Kosten für die Realisierung der UN Millenniumsziele, die Kostenschätzungen des Stern Reports zur Begrenzung des Klimawandels (Stern 2006), die vom *Millennium Ecosystem Assessment* vermuteten Kosten für die Eindämmung des Verlustes an biologischer Vielfalt (MEA 2005) sowie die eigenen Kostenschätzungen von UNEP (UNEP 2011), so wäre ein Betrag von drei bis fünf Prozent des Weltinlandsprodukts ausreichend für den Übergang zu einer nachhaltigen Entwicklung. Angesichts der Schadenspotenziale (siehe insbesondere Stern 2006, Kumar 2009 und Sukhdev 2010) wären Investitionen in >Weltrettung< äußerst attraktiv, vorausgesetzt die Internalisierung externer Kosten fände wirklich statt. Wird die ressourcenökonomische Ergänzung der neoklassischen Ökonomik jedoch nicht in die politische Praxis umgesetzt, dann fallen betriebs- und volkswirtschaftliche Optima auseinander, und einzelwirtschaftliche Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung bleiben auf Nischen beschränkt.

Wie aber konnte es zu dieser gigantischen Fehlleistung des Wirtschafts- wie des Politiksystems kommen? Ein Grund ist die zunehmende *Ökonomisierung der Problemdefinitionen*, von der auch die UNEP-Analyse nicht frei ist. Die neoklassische Ökonomik hat den Vorrang der Mikro- vor der Makroökonomik postuliert und so den Marktakteuren, insbesondere den Unternehmen, eine

zentrale Rolle in der Nachhaltigkeitspolitik zugewiesen (so auch unverändert der Fortschrittsbericht zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, Bundesregierung (2011)) und die Selbstregulation der Märkte – auch der Finanzmärkte – zum Dogma erhoben. Die dominierende Rolle des Ökonomischen hat auch das politische Denken über die letzten 30 Jahre spürbar beeinflusst (Lazear (2000) beschreibt mit Stolz die Kolonisierung der sozial-, kultur- und normwissenschaftlichen Begriffswelten durch die Wirtschaftswissenschaften), die ökonomistische Rationalitätsillusion in die Auswahl politischer Instrumente eingeführt (Bevorzugung ökonomischer Instrumente und freiwilliger Vereinbarungen wegen deren vorgeblich besserer Effizienz), und die Vorstellung eindeutig optimaler Lösungen und Zustände etabliert. Wer an solche wohlfahrtsökonomisch kalkulierten Optima glaubt, der ist idealtypisch auch bei umstrittenen Entscheidungen exkulpiert und der Kritik enthoben, denn seine/ihre Entscheidungen sind nach eigener Wahrnehmung lediglich die Exekution von Sachzwängen. Folgenverantwortung beschränkt sich dann auf das Management der unvermeidlichen Kollateralschäden.

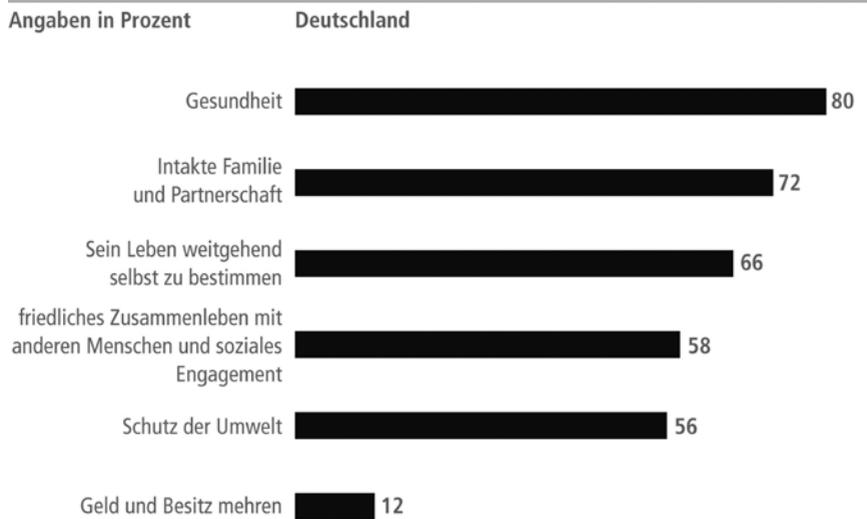
Soweit der neoklassisch – ökonomische Diskurs den Glauben nicht nur in die Effizienz der real existierenden Märkte gestärkt hat (eine inzwischen empirisch wie theoretisch ad absurdum geführte Fiktion) sondern ihnen auch richtungsweisende Rolle zugebilligt hat, wurden ethische, politische und andere Wertkriterien in den Hintergrund gedrängt. Die Vertreter/innen der *Environmental Kuznets Curve* oder

EKC Hypothese postulieren sogar, dass Wachstum das prioritäre Ziel sein müsse, da mit zunehmendem Volkswohlstand nach anfänglichem Anstieg nicht nur die soziale Ungleichheit zurückgehe (Kuznets (1955), ein führender US-amerikanischer Ökonom, postulierte diesen Zusammenhang), sondern auch die Umweltbelastung (Beckermann 1992). Beide Hypothesen gelten heute als nur auf Sonderfälle zutreffend und in ihrer allgemeinen Formulierung widerlegt (Fischer-Kowalski, Amann 2001; Spangenberg 2001), aber sie haben über Jahre die Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitik be- wenn nicht sogar verhindert.

Reichtum ist in Zeiten des finanzmarkt-getriebenen Kapitalismus (deutlich sichtbar schon vor dem Platzen der dot.com Blase) zumindest unter den Eliten zu einem Gut an sich geworden (die Prioritäten der Bevölkerung sind andere), er bedarf weder in seiner Entstehung noch in seiner Verwendung einer legitimierenden Begründung.

Wenn aber Vermögen per se als Tugend gilt, und die Bemühungen zu seiner Anhäufung als in sich selbst gerechtfertigtes weil tugendhaftes Verhalten, dann gewinnt sozial-ökologisch rücksichtsloses Verhalten Priorität gegenüber Alternativen, die sich durch Wertebezug erst rechtfertigen müssen. Die Gültigkeit ohne Rechtfertigungsbedarf ist Charakteristikum sozialer Normen, und als solche ist die Orientierung auf individuelle Leistung, Wettbewerb und einen Erfolg, der nicht sozial kontextualisiert ist sondern monetär gemessenen werden und auf dieser Basis soziale Anerkennung einfordern kann seit drei Jahrzehnten

Was den Bürgern für ihre Lebensqualität wichtig ist



Quelle: tns emnid, Umfrage Juli 2010

BertelsmannStiftung

Abb. 1: Geldvermehrung ist keine Priorität

Teil der Erziehung vom Kindergarten an. Nachhaltigkeit als normatives Konzept ist auf die Berücksichtigung anderer Kriterien angewiesen – Konzepte des „business case for sustainability“ haben meist viel mit »business« und wenig mit »sustainability« zu tun (vgl. WBCSD 2001; Springett 2005). Diese ‚Entwertung aller Werte‘ ist kein Zufall sondern ergibt sich direkt aus dem Selbstverständnis der Ökonomik als wertfreie (aber keineswegs wertlose) Wissenschaft, und ihrer Argumentation dass das Einbringen von Wertkriterien den ökonomischen Prozess störe und damit zu verminderter Wohlfahrt führe. Der Markt wird damit zum Richtungsgeber der Politik (prototypisch in den angelsächsischen Ländern) statt dass Politik

als Korrekturinstanz zur Überwindung der Schwächen des Marktes (Kurzfristigkeit, soziale wie ökologische Blindheit) fungieren würde.

Der Markt ist im Idealzustand ein hoch effizienter Mechanismus zur Allokation von Gütern nach Kaufkraft. Welche Güter aber nach Kaufkraft über den Markt, welche nach Verdiensten (meritorische Güter: z.B. Renten und Orden), welche nach Staatsangehörigkeit (z.B. Pässe, Wahlrecht) und welche an jeden Einwohner (z.B. Steuerpflicht und Sozialleistungen) zugeteilt werden sollen ist keine ökonomische sondern eine gesellschaftspolitische Frage, z. B. in welche der Kategorien Bildung fallen soll. Ein direkter Bezug zur Wirtschafts- und Finanzkrise besteht hier insofern, als die

Regulationsmechanismen des Marktes nur bei privaten, am Markt gehandelten Gütern greifen und Gemeingüter – einschließlich der Stabilität des Finanzsystems wie der Gemeinschaftswährung Euro – außen vor lassen. Diese können nur durch kollektive Aktionen und gesellschaftliche Prozesse gemanagt werden, ein Feld das sich der neoklassischen Ökonomik und ihren Erweiterungen aufgrund des vorherrschenden methodologischen Individualismus nicht erschließt (wohl aber der ökologischen und der traditionellen Institutionenökonomik, vgl. Ostrom (2009)). In der herrschenden Lehre ist ein Schutz von Gemeingütern nicht vorgesehen und erfolgt auch deshalb in der Praxis eher zögernd.

Ausblick

Alle genannten Initiativen, von UNEP bis OECD, spiegeln eine Neuorientierung der fortschrittsorientierten Teile der Wirtschaft (im Konflikt mit anderen Gruppen). Der Politikwissenschaftler Michael Vester hält die Schlacht für entschieden (Vester 2011). Knapp zusammengefasst besagt seine markante Analyse, dass das finanzmarkt-getriebene neoliberale Wachstumsmodell an seine Grenzen gekommen ist und durch ein neues öko-technisches Modell abgelöst wird, das den entsprechenden Fraktionen des Kapitals expandierende Verdienstmöglichkeiten bietet und damit neue jahrzehntelange Welle des Wirtschaftswachstums einleiten könnte und sollte. Die konservative Seite möchte das neue Wachstumsmodell mit dem alten neoliberalen Sozialmodell verbinden, dessen Kern die Senkung der Steu-

ern für die Großen und eine Austeritäts- und Sparpolitik zu Lasten der mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen ist. Damit wäre kein finanzieller Spielraum für eine Wiederherstellung der wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen, d.h. Bildung, Gesundheit, Soziales, kommunale Infrastrukturen. Diese sind aber kein Luxus, sondern wichtige Zukunftsinvestitionen. Progressive Kräfte dagegen versuchen, dasselbe neue Wirtschaftsmodell mit einem partizipatorischen Wohlfahrtsstaat zu verbinden.

In diesen Deutungsrahmen von Vester lässt sich auch die gegenwärtige Debatte in Deutschland einordnen: die Regierungsparteien haben ihre „ökologische Wende“ vollzogen, bleiben aber dem neoliberalen Sozialmodell verhaftet, während die Opposition die ökologische Modernisierung sozialstaatlich flankieren will. Beide setzen dabei auf ein neues, öko-technisches Wachstumsmodell.

Diese Wende der politischen Debatte eröffnet sicherlich neue Optionen für eine nachhaltigkeitsorientierte Zukunftsgestaltung, und viele der in Diskussion befindlichen Einzelmaßnahmen (aber bei weitem nicht alle) sind als ökologischer Fortschritt zu begrüßen. Die Gefahr besteht darin, sich ökologisch mit dem Erreichten zufrieden zu geben und das Hauptproblem im Streit über das mit der ökologischen Modernisierung zu verbindende Sozialmodell zu sehen. Hier steht ein nachhaltigkeitsorientierter Ansatz sicherlich auf Seiten eines Wohlfahrtsstaats und der Armutsbekämpfung (das erste Kernelement der Nachhaltigkeitsdefinition).

Dabei darf aber die zweite Bedingung nicht vergessen werden: Das Akzeptieren von Grenzen, das eben nicht zum neuen öko-technischen Wachstumsmodell gehört (UNEP erwartet bis 2050 15 Prozent mehr Wirtschaftswachstum für eine *Green Economy* als für das Fortführen des gegenwärtigen Modells). Insofern repräsentiert die ökologische Modernisierung und hier insbesondere die *Green Growth Strategy* der OECD (OECD 2011) eine nur unvollständige Wende hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, denn es bleiben zwei wesentlichen Probleme dieser Konzepte ungelöst: ihre technokratische Ausrichtung, und die ökonomische Ausrichtung. Beide zusammen führen dazu, dass Grenzen des Wirtschaftens kein Thema sind, und zu der Hoffnung, dass durch technische Mittel auch bei unbegrenztem Wachstum die Grenzen der Naturnutzung eingehalten werden könnten. Erst wenn (nach der Entscheidung für ein partizipatives Wohlfahrtsstaatsmodell) auch in diesem Punkt ein realitätsgerechtes Umdenken den »Warenfetischismus« der Ökonomik (Kosoy, Corbera 2010) ablöst und die Grenzen des Wachstums inhärenter Bestandteil der ökonomischen Theorie und Praxis werden können wir von einer Nachhaltigkeitsorientierung des Wirtschaftens reden.

Literatur

- Arnsperger, C. and Varoufakis, Y. (2006). What is neoclassical economics?, in: post-autistic economic review (38): 2–12.
- Beckermann, W. (1992). Economic growth and the environment: whose growth? Whose environment?, in: World Development 20: 481–496.
- Blühdorn, I. (2007). Sustaining the Unsustainable: Symbolic Politics and the Politics of Simulation, in: Environmental Politics 2007(2): 7–34.
- Bundesregierung (2011). Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Entwurf. Berlin, Juni 2011: 307 S.
- Faucheux, S. and O'Connor, M. (1998). Valuation for Sustainable Development: Methods and Policy Indicators. Cheltenham, Edward Elgar.
- Fischer-Kowalski, M. and Amann, C. (2001). Beyond IPAT and Kuznets Curves: Globalization as a vital factor in Analysing the Environmental Impact of Socio-Economic Metabolism, in: Population and Environment 23(1): 7–47.
- Holden, E. and Linnerud, K. (2007). The Sustainable Development Area: Satisfying basic needs and safeguarding ecological sustainability, in: Sustainable Development 15(3): 174–187.
- Kemp, R., and Martens, P. (2007). Sustainable Development: how to manage something that is subjective and can never be achieved?, in: Sustainability: Science, Practice, Policy 3(2): 5–14.
- Kopfmüller, J., Brandl, Volker, Jörissen, Juliane, Paetau, Michael, Banse, Gerhard, Coenen, Reinhard, Grunwald, Armin (2001). Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet. Berlin, edition sigma.

- Kosoy, N. and Corbera, E. (2010). Payments for ecosystem services as commodity fetishism, in: *Ecological Economics* 69(6): 1228–1236.
- Kraemer, K. (2008). *Die soziale Konstitution der Umwelt*. Wiesbaden, VS Verlag.
- Kumar, C.N., Neuville, A., Skinner, D., Vakrou, A., Weber, J.L., White, S. and Wittmer, H. (2009). *TEEB Climate Issues Update*. September 2009. Brussels, European Commission.
- Kuznets, S. (1955). Economic growth and income inequality, in: *American Economic Review* 49(1): 1–28.
- Lazear, E.P. (2000). Economic Imperialism, in: *Quarterly Journal of Economics* 2000: 99–146.
- Martinez-Alier, J., Munda, G. and O'Neill, J. (1998). Weak comparability of values as a foundation for ecological economics, in: *Ecological Economics* 26: 277–286.
- Max-Neef, M.A. (2005). Foundations of transdisciplinarity, in: *Ecological Economics* 53(1): 5–16.
- MEA Millennium Ecosystem Assessment (2005). *Synthesis report: Ecosystems and Human Well-Being*. Washington DC, Island Press.
- Millennium Ecosystem Assessment (2005). *Synthesis report: Ecosystems and Human Well-Being*. Washington DC, Island Press.
- OECD (2011). *Towards Green Growth*. Paris, OECD.
- Ostrom, Elinor (2009): *Gemeingütermanagement – Perspektive für bürgerschaftliches Engagement*. In: Silke Helfferich (Hg.): *Wem gehört die Welt? Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter*. München: oekom. S. 218–229.
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin, F.S., Lambin, E.F., Lenton, T.M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H.J., Nykvist, B., de Wit, C.A., Hughes, T., van der Leeuw, S., Rohde, H., Sörlin, S., Snuder, P.K., Costanza, R., Svedin, U., Falkenmark, M., Karlberg, L., Corell, R.W., Fabry, V.J., Hansen, J., Walker, B., Liverman, D., Richardson, K., Crutzen, P. and Foley, J.A. (2009). „A safe operating space for humanity.“, in: *Nature* 461(7263): 472–475.
- Sala, O.E., Chapin III, F.S., Armesto, J.J., Berlow, E., Bloomfield, J., Dirzo, R., Huber-Sanwald, E., Huenneke, L.F., Jackson, R.B., Kinzig, A., Leemans, R., Lodge, D.M., Mooney, H.A., Oesterheld, M., Poff, N.L., Sykes, M.T., Walker, B.H., Walker, M. and Wall, D.H. (2000). *Global Biodiversity Scenarios for the Year 2100*, in: *Science* 287: 1770–1774.
- Shar, D. and Black, I. (2010). Market Based Political Action: a Path to Sustainable Development?, in: *Sustainable Development* 18(6): 385–397.
- Spangenberg, J.H. (2004). Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und nach außen, in: *perspektiven ds* 21(1): 52–73.
- Spangenberg, J.H. (2001). The Environmental Kuznets Curve – a Methodological Artefact, in: *Population and Environment* 23(2): 175–192.
- Spangenberg, J.H. and Lorek, S. (2002). Environmentally sustainable household consumption: From aggregate environmental pressures to priority fields of action, in: *Ecological Economics* 43(2–3): 127–140.
- Spangenberg, J.H., Pfahl, S. and Deller, K. (2002). Towards indicators for institutional sustainability: lessons from an analysis of Agenda 21, in: *Ecological Indicators* 2(1–2): 61–77.

- Springett, D. (2005). Structural limits to sustainable development: managers and progressive agency, in: *Int. J. Innovation and Sustainable Development* 1(1/2): 127–152.
- Sukhdev, P., Wittmer, H., Schröter-Schlaack, C., Nesshöver, C., Bishop, J., ten Brink, P., Gundimeda, H., Kumar, P. and Simmons, B. (2010). *Mainstreaming the Economics of Nature. A synthesis of the Approach, Conclusions and Recommendations of TEEB*. Brussels, European Commission: 38.
- Stern, N. (2006). *Stern Review Report: The Economics of Climate Change*. London, H M Government: 576.
- Tienhaara, K. (2010). A tale of two crises: what the global financial crisis means for the global environmental crisis, in: *Environmental Policy and Governance* 20(3): 197–208.
- UNEP United Nations Environment Programme (2011). *Towards a GREEN Economy – Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers*. New York, United Nations: 52.
- United Nations (2011). *The Great Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey 2011*. New York, United Nations: 251.
- Vester, M. (2011). Auf dem Wege zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat“? Von informationstechnisch-liberalen zu einem ökotechnisch-sozialen Entwicklungspfad, in: *perspektiven ds* 28(1): 27–49.
- WBCSD World Business Council for Sustainable Development (2001). *Sustainability through the market. Seven keys to success*. Geneva, WBCSD.
- WCED World Commission on Environment and Development (1987). *Our Common Future*. London: Oxford University Press.

Die SPD und die Nachhaltigkeit

I.

„Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig verantwortbare Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns. Das Prinzip Nachhaltigkeit bedeutet: von der Zukunft her denken; dem Primat der Kurzfristigkeit widerstehen und ebenso der Dominanz des Ökonomischen, der rein betriebswirtschaftlichen Logik; von der Idee der Gesellschaft her die Politik konzipieren und demokratische Vielfalt, ökologische Dauerhaftigkeit, soziale Integration und kulturelle Teilhabe als Leitideen sozialdemokratischer Politik verstehen. Unser Verständnis von Fortschritt im 21. Jahrhundert verlangt die Verbindung von sozialer, ökonomischer und ökologischer Verantwortung; Sie zielt auf qualitatives Wachstum und Verbesserung der Lebensqualität, Erweiterung von Lebensmöglichkeiten und individueller Freiheit durch Gestaltung der Technik, wissenschaftlichen Fortschritt und verantwortlichen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen und den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Kreativität.“

So steht es im *Grundsatzprogramm*, das sich die SPD auf ihrem Hamburger Parteitag 2007 gegeben hat. Das hätte der Startschuss für einen Paradigmenwechsel werden können. Aber das Be-

mühen um Nachhaltigkeit als Orientierung für politisches Handeln und politische Programme ist bis heute in der Sozialdemokratie nur wenig erkennbar. Die Partei setzt – wie die anderen auch – auf Wachstum. Immerhin wurde als Triebkraft für die Entwicklung das „qualitative“ Wachstum festgelegt.

„Lebensqualität ist mehr als die Jagd nach materiellem Wohlstand. Die Menschen verlangen intakte Gemeinschaften, in denen es friedlich und solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern. Die Menschen suchen Anerkennung, das Gefühl, gebraucht zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben in und von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern, Kindern und Freunden. Dazu brauchen sie Zeit. Wirklich reich sind Menschen nur in einer Gesellschaft, die ihnen mehr selbstbestimmte und freie Zeit gibt. Ein Leben ausschließlich nach der Stoppuhr, im Rhythmus pausenloser Verfügbarkeit, steht dazu im Widerspruch.“

Auch das steht im Hamburger Grundsatzprogramm. Das ist nicht als Ausstieg aus der Industriegesellschaft gemeint. Es knüpft vielmehr an die Diskussion der 70er Jahre an, etwa an den Oberhausener Kongress der IG Metall 1972, wo der Begriff der „Lebensqualität“ diskutiert wurde. Damals wurde erstmals deutlich, dass die

herkömmlichen Wohlstandsmaße wie das Bruttosozialprodukt nur wenig über das „Wohl“ oder die „Wohlfahrt“ einer Gesellschaft aussagen konnte. Dazu referierten damals u.a. Olof Palme, Erhard Eppler, Johan Galtung und Anthony Wedgwood Benn. Nach der ersten Ölpreiskrise 1973 gerieten solche Überlegungen bald wieder in Vergessenheit. Quantitatives Wirtschaftswachstum sollte wieder Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit sichern. Zu Anfang des 21. Jahrhunderts gab es dann – auch in der SPD – sogar Propheten, die auf verlängerte Wochenarbeitszeiten setzten. Und neuerdings ist wieder von der Hauptkompetenz der SPD für die „Industriepolitik“ die Rede.

II.

Das „alte Denken“ hat noch nicht ausgedient. Der Spiegel-Autor Alexander Neubacher empfahl der SPD erst vor kurzen, die „Ökos“ aus der Partei rauszuschmeißen. Michael Müller, der Vorsitzende der deutschen NaturFreunde und frühere Umwelt-Staatssekretär wurde als „Verzichtsideologe“ gebrandmarkt. Dafür wurden der Partei Gentechnik, Stammzellenforschung, Nanotechnologie und die unterirdische Deponierung von Kohlendioxid (CCS-Verfahren) empfohlen. Weniger schlicht lässt sich kaum ausdrücken, wie wenig die Marktradikalen aus Weltfinanzkrise und den immer deutlicher sichtbaren „Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1072) gelernt haben.

Bei allen berechtigten Plädoyers für eine sozialdemokratische Industriepolitik, die Voraussetzung für einen sozi-

alökologischen Umbau und vor allem für eine erfolgreiche Energiewende ist, darf wohl differenziert werden, welche Branchen noch wachsen sollen und welche nicht. Das stand so schon im Berliner Grundsatzprogramm von 1989. Früher nannten wir das „Arbeit und Umwelt“. Dass die Atomindustrie nicht mehr wachsen soll, darin sind wir uns inzwischen fast alle einig. Dass die CO₂-Emissionen nicht mehr wachsen dürfen, leugnen nur noch einige Unbelehrbare. Dass die Massentierhaltung Böden und Grundwasser schadet, wissen nicht nur die Vertreter von Bioland. Und dass die große Mehrheit der Deutschen kein Genfood essen will, ist eine begrüßenswerte Tatsache. Dass der ökologische Umbau der Industriegesellschaft – vor allem die Energiewende – Millionen von Arbeitsplätzen sichern oder schaffen, hat sich auch bei Dr. Lieschen Müller herumgesprochen. Aber manche ungerufenen Berater der SPD, wie etwa Forsa-Chef Manfred Güllner, wollen das alles nicht wahrhaben.

Dabei hören inzwischen die Völker die Signale: Der Klimawandel und die Verknappung und zunehmende Beeinträchtigung der natürlichen Ressourcen, die wachsende soziale Ungleichheit in den Gesellschaften und die Finanzmarktkrise erschüttern die Welt. Reformen sind dringend erforderlich, wenn unser Globus nicht aus den Fugen geraten soll. In der bisherigen Form geht wirtschaftliches Wachstum immer stärker auf Kosten der Zukunft.

Die Zeichen der Zeit sind nicht mehr zu übersehen: Der Höhepunkt der Ölexploration (Peak Oil) ist erreicht. Die Rohstoffe für die technischen In-

novationen des 21. Jahrhunderts werden knapp. Die Chinesen sichern sich bereits landwirtschaftliche Flächen in Afrika, um ihre Milliardenbevölkerung mit Rohstoffen und Nahrungsmitteln versorgen zu können. Und der Klimawandel durch eine immer stärker belastete Atmosphäre führt bereits jetzt zu extremen Wetterereignissen, die in vielen Regionen der Welt die Funktionsfähigkeit und die Nutzung der natürlichen Systeme erheblich beeinträchtigen. Obwohl die Begrenztheit unseres Globus so deutlich geworden ist wie noch nie, sind nahezu alle wirtschaftlichen und politischen Programme immer noch auf hohes Wachstum ausgerichtet – von der die Natur zerstörenden Ausbeutung von Rohstoffen und gigantischen Verkehrsprojekten über eine klimafeindliche industrielle Landwirtschaft bis zur Aufblähung einer rücksichtslosen Eventindustrie.

Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Weiter auf hohes Wachstum zu setzen, ist ökologisch nicht möglich, ökonomisch immer weniger machbar und reicht von daher auch nicht mehr aus, die sozialen Aufgaben zu bewältigen. Auch die Beschäftigungsfrage kann mit Wachstum immer weniger beantwortet werden. Die Gleichung früherer Jahrzehnte, dass Wachstum „Fortschritt“ bedeute, ist nicht mehr haltbar. Die Vorstellung von einem grenzenlosen Wachstum entstand in einer Welt, die schon lange nicht mehr existiert. Wir sind auf dem Weg, die Zukunft der nachfolgenden Generationen schon heute zu verbrauchen.

III.

Der bisherige Weg, politische Entscheidungen durch die Hoffnung auf Wachstum zu ersetzen, ist zu Ende. Die Demokratie steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Sie muss begreifen, dass es um eine Systemauseinandersetzung geht. Dann wird die Herausforderung auch zu einer Chance, die Demokratie zu stärken. Lösungen wird es nämlich nur geben, wenn sich die Politik aus der Geiselhaft wirtschaftlicher Interessen löst und sie Wirtschaft und Gesellschaft aktiv gestaltet. Im Zentrum steht dabei die Gerechtigkeitsfrage.

IV.

Die Alternative zur wachstumsgetriebenen Entwicklung heißt Nachhaltigkeit. Niemand leugnet, dass die Demokratie eine Veränderungsdynamik braucht, um Wirtschaft und Gesellschaft gestalten zu können. Notwendig ist jedoch eine Entwicklung, die nicht länger die Regenerationsfähigkeit der Natur und die Leistungskraft der Realwirtschaft übersteigt. Die große Leitidee der nachhaltigen Entwicklung verbindet dauerhaft Innovationen mit sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit. Sie beendet den Wachstumszwang und hebt die wirtschaftliche Entwicklung auf eine sozial und ökologisch verträgliche Ebene.

Die wichtigste Aufgabe ist, zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Produktion und Dienstleistungen müssen in den Grenzen des Substanzerhalts wachsen, nicht nachhaltige Produkte, Technologien und Angebote müssen schnell und sozialverträglich schrumpfen.

Die Grenzen des traditionellen Wachstumsmodells in unserem Wirtschaftssystem sind seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erreicht, in einigen Bereichen sind sie bereits überschritten. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen wie Atmosphäre, Boden, Wasser, biologische Vielfalt und vieler Rohstoffe lässt sich nicht mehr ohne gravierende Folgen für die Menschheit fortsetzen. Der Verlust von Arten und die Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme, die Knappheit von Öl und Rohstoffen wird zur großen Herausforderung der nächsten Jahre. Deshalb müssen durch einen Umbau aller Volkswirtschaften die nicht zukunftsfähigen Produkte, Verfahren und Strukturen durch nachhaltige ersetzt werden.

V.

Es geht nicht um die vordergründige Frage nach Wachstum ja oder nein. Wir haben es mit einer radikal veränderten Welt zu tun, in der die alten Antworten nicht mehr stimmen. Erstmals bestimmt die Menschheit den Fortgang der natürlichen Systeme. Wir leben im Anthropozän, wie der Vorsitzende der NaturFreunde Deutschlands, Michael Müller, unter Berufung auf den Nobelpreisträger Paul Crutzen geschrieben hat. In der „postwestlichen Welt“ verlagert sich die politische und wirtschaftliche Entwicklung nach Asien. Europa droht massiv an Bedeutung zu verlieren. Ökologische, soziale und ökonomische Grenzen tun sich auf.

VI.

Hierin liegt die eigentliche Ursache für die heutigen Krisen. Auf dem zweiten Umweltgipfel im Juni 2012 in Rio wurde noch der dramatische Zustand der Erde beklagt, wenige Tage später beschäftigte sich der EU-Gipfel mit der Frage, wie wir zu altem Wachstum zurückkommen. Der Widerspruch wird einfach verdrängt. Die Konzentration auf die Eurokrise verstellt den Blick auf die radikal veränderte Realität. Tatsächlich haben wir es, wie es bereits im Brundtland-Bericht von 1987 steht, mit einer „ungleichen, überbevölkerten, verschmutzten und störanfälligen Welt“ zu tun, auf der es nicht so weitergehen kann wie bisher.

Gerade, weil die SPD eine Partei des Fortschritts ist, darf sie diese Herausforderungen, die eng verbunden sind mit der Neuordnung der Welt, nicht länger verdrängen. Deshalb sollte für das Regierungsprogramm für die Jahre 2013–2017 die Kernbotschaft das Umsteuern in eine nachhaltige Entwicklung sein. Meinetenwegen eine „ökologische Industriepolitik“, sie sie Sigmar Gabriel 2007 formuliert hat. Oder noch besser: Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.

VII.

Dazu könnten folgende Schritte gehören:

- Wir stellen in der Wirtschaftspolitik eine Effizienzrevolution bei Energie und Ressourcen und den vollständigen Umstieg der Energieversorgung in Erneuerbare Energien und der Rohstoffnutzung in eine Kreislaufwirtschaft in den Mittelpunkt. Dafür wollen wir die erforderlichen Technologien fördern. Der Natur-

verbrauch wird jedoch nicht allein durch eine „Green Economy“ gestoppt. Wir treten deshalb auch für neue Formen einer genügsamen Lebens- und Wirtschaftsqualität jenseits materieller Maßstäbe ein (Suffizienz). Das stellt die Verteilungs- und Gestaltungsfrage viel radikaler als bisher. Die SPD muss sich erneut als Partei der Gerechtigkeit profilieren.

- Wir arbeiten für eine gerechte Verteilung von Einkommen und Chancen. Wir werden deshalb in der Steuerpolitik zwischen notwendigen und konsumistischen Bedürfnissen unterscheiden, die steuerlich durch einen dritten Mehrwertsteuersatz erheblich zu verteuern sind. Ökologische Produkte sollen dagegen einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz bekommen. Ein Grenzsteuerwertausgleich, der die Einfuhr sozial und ökologisch problematischer Produkte mit einer Abgabe belegt, schützt gegen Umwelt- und Sozialdumping. Zudem brauchen wir ein Gesetz für einen nachhaltigen Wettbewerb, das die Verlagerung von Kosten auf die Allgemeinheit und die Natur (Externalisierung) beendet.
- Wir setzen uns für eine Stärkung und angemessene Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat ein, wie das in einer modernen Gesellschaft erforderlich ist. Die Gemeingüter dürfen nicht länger privatisiert und ausgezehrt werden. Stattdessen wollen wir die Steuerbasis verbreitern, hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuern und ökologisch wie sozial widersinnige Subventionen beenden.
- Wir setzen uns im Sinne von „guter Arbeit“ für eine moderne Arbeitszeitpolitik ein, die Selbstbestimmung und Flexibilität fördert sowie durch Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Beschäftigung bringt. Auch ehrenamtliche und gesellschaftlich notwendige Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit müssen wir fördern. Die Umorientierung der Besteuerung vom Faktor Arbeit auf den Energie- und Ressourceneinsatz erweitert hierfür den finanziellen Spielraum. Und sie schafft mehr Beschäftigung, weil sie Wettbewerbsvorteile über den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen erreicht.
- Wir streben eine Produktion von gesunden Nahrungsmitteln mit Respekt vor natürlichem Leben von Tieren, mit Achtung und Schutz von Artenvielfalt und Lebensräumen der Natur um ihrer selbst Willen – also ohne Manipulation der Natur ausschließlich zum Nutzen der Menschen an. Wir wollen deshalb auch die Agrar- und Fischereipolitik der EU in diesem Sinne reformieren.
- Wir setzen uns für eine Regulierung der Finanzmärkte ein, damit Geld dient und nicht herrscht. Der „zweite Finanzmarkt“, der von den Interessen der Gläubiger bestimmt und die Regierungen unter Druck setzt, muss beseitigt werden. Dafür müssen spekulative Anlageformen zurückgedrängt, mehr Transparenz und Kontrolle geschaffen, die Off-Shore-Zentren verboten und Finanztransaktionen besteuert werden.
- Wir wollen die EU zu einer Nachhaltigkeits- und Innovationsunion

weiter entwickeln, damit Europa zum Motor des sozialökologischen Umbaus wird. Dadurch wird auch eine gemeinsame europäische Identität geschaffen. Und die EU wird in der Globalisierung zu einem Vorreiter für ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das mit der Tragfähigkeit der Erde vereinbar ist. Die EU-Nachhaltigkeitsstrategie von Göteborg 2001 muss in den Mittelpunkt unserer Europa-Politik gestellt werden.

- Wir wollen eine weltweite Agentur für die Nutzung der Brenn- und Rohstoffe und der Nahrungsgrundlagen bei den Vereinten Nationen ansiedeln und den Rat für Nachhaltigkeit zu einem ständigen Rat der UNO mit wirksamen Rechten erweitern. Diese Güter sind das gemeinsame Erbe der Menschheit. Deshalb müssen Ei-

gentumsrechte der Allmende eine Nachhaltigkeitsverpflichtung bekommen. Die reichen Länder müssen in einen globalen Fonds einzahlen, um das Naturkapital zu schützen. Ebenso muss die Spekulation um Energie, Rohstoffe und Ernährung sofort beendet werden.

VIII.

Ich bin skeptisch, ob wir es schaffen, diese Vorhaben im Regierungsprogramm der SPD 2013-2017 zu verankern. Günter Grass hat zu Recht einmal geschrieben, der Fortschritt sei eine Schnecke. Aber wir sollten die 150-jährige Arbeiterpartei daran erinnern, dass für den Umbau der Gesellschaft nicht mehr viel Zeit bleibt. Einige glauben sogar, dass die Uhr schon heute fünf *nach* zwölf zeigt.

Energiewende

Aktuelle Bestandsaufnahme aus politischer und unternehmerischer Sicht

Gerne reklamiert die schwarz-gelbe Bundesregierung, dass sie die Energiewende beschlossen und begonnen habe. Dies behauptete sie nicht erst nach Fukushima, sondern bereits im Zuge der Laufzeitverlängerungen im Herbst 2010 – Stichwort: Brückentechnologie.

Was tatsächlich stattfindet, ist eine Demontage von Rahmenbedingungen der sich bereits seit einem guten Jahrzehnt in Deutschland vollziehenden Energiewende. Deren Grundlage sind im Kern die Anreizmechanismen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), mit dem Deutschland weltweit – mitunter geläufig unter „Scheer’s law“ – Vorbildfunktion ausübt. Hieran erinnert Bianca Jagger in ihrem Vorwort zur englischen Ausgabe des letzten Buches von Hermann Scheer: Der Energetische Imperativ bzw. *The Energy Imperative* (Kunstmann Verlag 2010). Das EEG steht für einen Anteil von inzwischen über 20 % am deutschen Bruttostromverbrauch. 50 Staaten schufen bis heute in Orientierung am EEG Einspeisegesetze.

Dieser revolutionäre Ausbau Erneuerbarer Energien ruft selbstredend die fossil-atomare Energiewirtschaft auf den Plan: es geht um nicht weni-

ger als um ihre Existenz. Die Atomtechnologie weltweit betreffend sogar um noch mehr: Atomwaffen sind ohne das Knowhow einer parallelen zivilen Atomenergienutzung undenkbar. Es sind zugleich über Jahrzehnte gewachsene Interessen am Werk, um das zentralistisch gewachsene System der von Monopolen geprägten herkömmlichen Energiewirtschaft aufrecht zu erhalten. In den deutschen Stromnetzen wird zunehmend der von Hermann Scheer vielfach beschriebene „Systemkonflikt“ deutlich. Phasenweise macht das Photovoltaikstromangebot bereits heute die fossil-atomaren Kapazitäten unrentabel. Hierbei erweist sich die einst viel gepriesene Grundlastfähigkeit von Atom- und Kohlekraftwerken mit Blick auf deren schwere Regelbarkeit als Hemmschuh.

In den Händen der konventionellen Energieunternehmen steigen die Strompreise, unabhängig von der EEG-Umlage. Erhöhungen, die auf die EEG-Umlage zurückzuführen sind, stehen hingegen in erster Linie für die Entwicklung der Erneuerbare-Energien-Technologien und installierte Leistung aus Erneuerbaren Energien. Eine Anpassung der Vergütungssätze an die sinkenden Herstellungskosten Erneuerba-

rer-Energien-Technologien bleibt dabei eine fortwährende Aufgabe, die allerdings von der schwarz-gelben Bundesregierung dazu missbraucht wird, den sich zunehmend dezentral vollziehenden Ausbau regenerativer Energiegewinnung auszubremsen.

Eine heute vordringlich den Anforderungskatalog der Energiewende definierende Aufgabe liegt darin, fossil-atomaren Strom durch zumeist fluktuierende (Wind- und Sonnenenergie) und aufeinander abgestimmte regenerative Kapazitäten zu ersetzen. Politisch betrachtet erfordert dies Anreize für ein entsprechendes Netzmanagement, mit dem die vorhandenen Netzkapazitäten durch zeitlich gestreckte Einspeisung regenerativ gewonnenen Stroms ausgeschöpft werden. Und es erfordert Anreize für die Verwendung von Speichern, die eine zeitliche Streckung regenerativ gewonnener Kapazitäten gewährleisten.

Wirtschaftsmotor Energiewende

Die Erneuerbaren-Energien-Branchen stellen heute mehr als 385.000 Arbeitsplätze. Regionale Wirtschaftskreisläufe werden angekurbelt und Finanzierungsinstrumente geschaffen. Die Kosten zur Herstellung von Solarstromanlagen halbierten sich über die letzten drei Jahre. Mit dieser Entwicklung wächst zugleich das Bewusstsein für die Energiewende und deren Handlungserfordernisse. Ein auf diesem Weg wachsendes Bewusstsein bietet wiederum die Grundlage für neue Impulse in den Bereichen technologischer Innovationen und Investitionen. So gründeten sich in Deutschland etwa im letzten Jahr allein 150 der heute bereits über 450 existierenden Energie-

genossenschaften. Die mit der dezentralen Energienutzung einhergehenden demokratisierenden Effekte stärken zudem den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, wie dies etwa die immer mehr werdenden 100 %-Kommunen zeigen. Akzeptanz für Veränderungen entsteht dabei durch eine gestalterisch einbezogene und aktive Gesellschaft.

Je mehr eine Orientierung an der die Energiewende bislang umsetzenden Akteursvielfalt vorgenommen wird, desto klarer werden die hieraus abzuleitenden politischen Handlungsanforderungen. Der Versuch, die Energiewende in und mit den Strukturen der fossil-atomaren Energiewirtschaft, mithin zentralisiert und mit dem Fokus auf Offshore-Kapazitäten, vorzunehmen, lässt in Deutschland hingegen einen verzögerten weiteren Ausbau regenerativer Energien erwarten. Sowohl die technischen Schwierigkeiten des Anlagenbaus auf hoher See als auch die für entsprechende Kapazitäten benötigten Stromtrassen und Anschlüsse stehen für einen verzögerten und sich vertuernden Ausbau regenerativer Kapazitäten, zumal der Ausbau hier von dem Tätigwerden weniger großer Unternehmen, unter ihnen den Übertragungsnetzbetreibern, abhängt. Vor dem Hintergrund unausweichlich steigender Preise für Energie aus herkömmlichen Energieträgern liegt aber gerade in der beschleunigten Energiewende deren sowohl ökonomische als auch ökologische Chance.

Kosten der Energiewende

Sowohl die EEG-Umlagebefreiung für energieintensive Unternehmen, als auch Befreiungen von der Ökosteuer, die sich

allein auf fünf Milliarden staatliche Mindereinnahmen belaufen, steuern auf eine ungerechte Verteilung der Kosten zu, die pauschal und fälschlicherweise der Energiewende zugerechnet werden. Gäbe es keine EEG-Umlagebefreiung, fiel die heute noch bei 3,59 Cent je kWh liegende EEG-Umlage um 0,9 Cent niedriger aus. Stromverbraucher, aber auch kleine und mittelständische Unternehmen, die nicht von der EEG-Umlage befreit sind, deren Energieverbrauch aber dennoch zu spürbaren betrieblichen Mehrkosten führt, haben diese Umverteilung zu tragen. Energieintensive Unternehmen, die von der EEG-Umlage weitestgehend befreit sind, müssen dabei nicht darlegen, dem Preisdruck des internationalen Wettbewerbs ausgesetzt zu sein oder ihrerseits einen Beitrag an der Energiewende zu leisten. In der öffentlichen Diskussion um die Kosten der Energiewende unterbleibt dennoch häufig, die Zweckmäßigkeit der EEG-Umlagebefreiung zu hinterfragen.

Darüber hinaus unterlässt man es, die Kosten der Energiewende in ein Verhältnis zu den Einspareffekten zu setzen, die der Ausbau Erneuerbarer Energien mit sich bringt. Der deutschlandweite Ausbau regenerativer Energien steht im Jahr 2011 für neun Milliarden eingesparte Rohstoffimportkosten und elf Milliarden eingesparte externe Kosten, die anderweitig durch den Verbrauch fossiler Energieträger entstanden wären.

Perspektivisch steht die fortwährende Abhängigkeit von fossil-atomaren Energieträgern für immer weiter steigende Energiekosten. Zu beobachten ist darüber hinaus aber auch, dass Einsparungen nicht an den Kunden wei-

tergegeben wurden. Im Rahmen der Diskussion um die Kosten der Energiewende dient dennoch fast ausschließlich die EEG-Umlage als Argumentationsgrundlage für zu hohe, sozial nicht mehr tragbare Kosten der Energiewende. Dabei wird offenkundig das Ziel verfolgt, das EEG durch andere Mechanismen zu ersetzen, von denen die heute noch dominierenden fossil-atomaren Marktteilnehmer mit höheren und damit zugleich länger gewährleisteten Gewinnen profitierten. Ein solcher Mechanismus wäre der Ersatz des EEG durch ein Quotenmodell, das feste Obergrenzen für Vergütungen bzw. Fördersätze und vorrangige Einspeisung regenerativer Energien beinhaltet. Unter dem Vorwand besserer Plan- und Berechenbarkeit nach dem inzwischen verbreitet erwünschten „Augenmaß“, mit dem Erneuerbare Energien auszubauen seien, wäre hiermit eine Art Abnahme- und Rentabilitätsgewährleistung für insoweit berechenbare fossil-atomare Kraftwerkskapazitäten implementiert.

Die von der Bundesregierung „im Schatten des Atomausstiegs“ an die konventionelle Energiewirtschaft delegierte Energiewende dient als bestandsschützender Ersatz für die einst beschiedene und dann wieder zurückgenommene Laufzeitverlängerung. Damit wird weder die technologische Vielfalt der Erneuerbaren Energien fortentwickelt noch das Akteurs- und Akzeptanzpotenzial der Gesellschaft aufgegriffen. Die Energiewende und auch die Energie werden hierdurch teurer.

Worauf kommt es bei der fortgesetzten Energiewende an?

Die Verzögerungssystematik der konventionellen Energiewirtschaft sollte von der Politik als Aufforderung verstanden werden, unmissverständliche Weichen für den direktesten Weg zur fortgesetzten Energiewende zu stellen, statt mit ihr strukturell veranlagte Maßnahmen zu umgehen, wie dies etwa in Gestalt der Ende März 2012 verabschiedeten EEG-Änderungen geschah. Die hier vorgenommenen kurzfristigen Einkürzungen für Photovoltaikvergütungen von bis zu 30 % und die zunächst angekündigte Verordnungsermächtigung, die in Verbindung mit einem sogenannten Ausbau-Zielkorridor eine Deckelung bzw. einen gegenüber den Vorjahren drastisch reduzierten Photovoltaikausbau bezweckte, zeigten, dass die Bundesregierung die Energiewende nicht als Gemeinschaftswerk betrachtet. Sie handelt dabei offenkundig nach der Devise: „Der fossil-atomare Kraftwerkspark muss sich weiter lohnen“. Noch mehr Erneuerbare Energien als der bereits gut 20 %-Anteil im Stromnetz und „zu viel“ dezentral erzeugter Solarstrom bedeuten hingegen, dass die Netzbetreiber in die Umrüstung der Netze investieren muss(t)en und der fossil-atomare Großkraftwerkspark unrentabel wird.

Vor dem Hintergrund von Ressourcenverknappung und Klimawandel gilt es verstärkt Beschleunigungsfaktoren zu ermitteln. Jeder zeitliche Verlust wirkt sich sowohl ökologisch als auch ökonomisch und somit immer zugleich auch sozial nachteilig aus.

Insofern ist es dringend geboten, die Anreizmechanismen auf eben

den nun anstehenden Marktintegrationsbedarf auszurichten: auf Speichertechnologien, die eine Entlastung der Netze ermöglichen und auf Netzeinspeisemanagement, das Anreize für phasenverschobene Einspeisungen schafft. In Orientierung an dem bislang von Akteursvielfalt geprägten Ausbau Erneuerbarer Energien setzt sich die Energiewende vor Ort und in den Regionen der Energiegewinnung mit dem gewachsenen Anforderungsprofil fort, das von einer Gemeinschaft aus Bürgern, Genossenschaften, weiterer Verbände, Kommunen und ihren Stadtwerken aufgegriffen wird. Mit der bewährten Systematik des EEG wären Speicherboni das Schlüsselement für diese Entwicklung. Sie bieten Anreize zur Entwicklung bzw. technologischen Optimierung und den bereits heute möglichen Einsatz von Speichern (u.a. Natrium-Schwefel-Akkumulatoren, Druckluftspeicher, Bleiakumulatoren, Elektrolyse, „Power to Gas“, vereinzelt Pumpspeicherkraftwerke usw.) zur phasenverschobenen Einspeisung. Einen ebenso wichtigen Beitrag leisten dabei solche Wechselrichter, die ebenfalls für phasenverschoben nutzbare Netzkapazitäten sorgen.

Von diesen Entwicklungen ablenkende Maßnahmen, u.a. die EEG-Umlagebefreiung für energieintensive Unternehmen, die Marktprämie und das Marktintegrationsmodell gilt es zurück zu nehmen; sie leisten keinen Beitrag zur fortgesetzten Energiewende. Auch die verstärkte Förderung von Offshore mit entsprechenden Übertragungsnetzen in den Süden der Republik festigt zentralistische Strukturen, statt diese auf den sich

dezentral vollziehenden Ausbau regenerativer Kapazitäten anzupassen.

Anders als verbreitet gemutmaßt, ist die Energiewende allerdings dennoch nicht gefährdet. Denn sie ist volkswirtschaftlich, vor dem Hintergrund von fossiler Ressourcenverknappung, dem Klimawandel und den mit der fossilen Ressourcengewinnung einhergehenden Umweltschäden- und gefährdungen und damit auch zum Schutz der

menschlichen Gesundheit unausweichlich. In Frage steht allerdings, wann, unter wessen Beteiligung und damit auch zu wessen Nutzen sie vollzogen wird. Jede Verzögerung ist ein nur kurzfristiger Gewinn für die fossil-atomare Energiewirtschaft, schadet der Allgemeinheit und nicht zuletzt unserer Demokratie: Die Energiewende bedarf rahmensetzender Orientierung und nicht eines fremdbestimmten Diktats.

Ridvan Ciftci

Der Staat als Einheit von politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft

Zum 75. Todestag von Antonio Gramsci

I. Einleitung

Am 27. April 1937 verstarb der italienische Marxist und langjährige Spitzenfunktionär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) Antonio Gramsci im Alter von nur 46 Jahren nach schwerer Krankheit in der römischen Klinik Quisisana. In diesem Jahr jährt sich zum 75. Mal der Todestag Gramscis – Grund genug, um sich mit dem kritischen Denken des vielleicht hervorragendsten und wichtigsten Theoretikers der Zwischenkriegszeit auseinanderzusetzen. Seine politischen Reflexionen kreisten hauptsächlich, wie dies auch bei vielen Linksozialisten und Reformkommunisten seiner Zeit gewesen war, um die Themen: erfolgreiche Revolution im Osten und Niederlagen der Arbeiterbewegung im Westen; Analyse des Faschismus und antifaschistischer Kampf; Entwicklung eines spezifischen Weges zum Sozialismus im Westen und die hierbei ungeklärte Rolle des Staates, der Zivilgesellschaft, der Hegemonie und des Konsens.¹ Zwangsläufig stellt sich bei all diesen aufgeworfenen Schlüsselthe-

men – besonders nach 75 vergangenen Jahren – die Frage nach der methodischen Herangehensweise einer kritischen Lektüre seiner Schriften und der Aktualität seines Denkens. Wie es Detlev Albers in seiner Abhandlung über Gramsci und Otto Bauer formulierte, muss dabei stets die Bereitschaft bestehen, „den historisch-gesellschaftlichen Kontext einer bestimmten Aussage, eines Begriffs, einer strategischen Leitlinie zur Kenntnis zu nehmen“ und vor allem für die heutige politische Praxis nach dem „theoretische[n] Ertrag, der Größe und den Grenzen ihrer Verallgemeinerungsfähigkeit“ zu fragen. Dies ist und bleibt die Maxime nicht nur der kritischen Gramsci-Lektüre, sondern jeder Lektüre, die „verschüttete“, marxistische Theorie rekonstruiert und aktualisiert.²

Seit einigen Jahren ist eine neue Gramsci-Renaissance in der Bun-

1 Ebd., S. 17.

2 Vgl. Detlev Albers: Versuch über Otto Bauer und Antonio Gramsci. Berlin 1983, S. 14.

desrepublik zu beobachten, die sich schwerpunktmäßig mit dem staats-theoretischen Konzept aus den „Gefängnisheften“ und der akademischen Gramsci-Rezeption der 70er Jahre unter Louis Althusser und Nicos Poulantzas beschäftigt. In einigen Aufsätzen sind wieder vermehrte Rückgriffe auf das gramscianische Hegemoniekonzept festzustellen und Schlüsselbegriffe seiner politischen Theorie wie „Bündnispolitik“ und „Blockbildung“ sind in Anbetracht einer pluralen Linken in der Bundesrepublik anzutreffen.³ Gramsci ist in den Köpfen vieler, er wird diskutiert und seine antiökonomischen Analysen der Politik dienen bis heute als Werkzeug zur Erfassung der Realität und der Bildung politischer Strategien. Im Folgenden sollen – nach einem biografischen Einblick in das Leben des marxistischen Denkers – zentrale Begriffe der Staatstheorie Gramscis dargestellt und abschließend gegenwartskritisch auf ihre Übertragbarkeit hinterfragt werden.

II. Leben und Leiden eines aufrechten Marxisten

Der am 22. Januar 1891 in der sardischen Kleinstadt Ales geborene Antonio Gramsci stammt – entgegen der oft behaupteten bäuerlich-ärmlichen Herkunft – aus einer gutsituierten, sardischen Familie. Antonios Vater, Francesco Gramsci, konnte nach Abbruch des Jurastudiums eine Anstel-

lung im Registeramt der Stadt Ghilarza finden. 1898 zogen die Gramscis nach einem langen Aufenthalt in Sorgono endgültig nach Ghilarza um. Im selben Jahr wurde der Vater Opfer eines politisch-motivierten Prozesses: Francesco Gramsci wurden Unterschlagung im Amt, Erpressung und Urkundenfälschung vorgeworfen.⁴ Trotz Geringfügigkeit der unterschlagenen Summe lautete das Urteil fünf Jahre Haft. Dieses Urteil und die Umstände des Prozesses müssen im Kontext der politischen Verhältnisse im damaligen Sardinien betrachtet werden. Sardinien wurde politisch durch Familienclans und Cliquen beherrscht, die jeden Widersacher durch Anschuldigungen und Unterstellungen mit Hilfe der repressiven Apparate aus dem Weg räumten.

Für Peppina Marcias, die Mutter Antonios, war dies ein schwerer Schlag. Es folgte eine Zeit bitterer Armut. Erschwerend kam hinzu, dass bei Antonio recht früh Anzeichen einer körperlichen Missbildung auftraten. Während seiner Kindheit entwickelte sich ein Buckel auf dem Rücken und auf der Brust. Auch sonst war seine Kindheit durch Krankheiten gezeichnet. Antonio selbst erinnerte sich an folgenden Zwischenfall: „Als ich vier war, hatte ich einmal drei Tage lang Krämpfe und verlor soviel Blut, daß ich völlig entkräftet war. Die Ärzte gaben mir keine Chance mehr, und meine Mutter hat bis 1914 den Kindersarg und das Totenhemd aufgehoben, die sie schon für mein Begräbnis

3 Vgl. bspw. Benjamin Mikfeld: Auf der Suche nach dem Gemeinsamen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2011, Heft 8, S. 99–108.

4 Vgl. Guiseppa Fiori: Das Leben des Antonio Gramsci. Berlin 1979, S. 12.

gekauft hatte.⁵ Peppina Marcias musste für sieben Kinder sorgen; der Jüngste, Carlo, war bei der Verurteilung seines Vaters noch ein Säugling, Gennaro, der Älteste, war ungefähr 14 Jahre und Antonio 7 Jahre alt. Durch Näharbeiten und einer Anstellung Gennaros konnte die Not der Familie ein wenig gelindert werden. Auch Antonio konnte nach Beendigung der Grundschule eine Anstellung im Katasteramt als Bürodienner finden. Täglich schleppte er Akten und Registerbücher für neun Lire im Monat, was damals immerhin 1 Kilo Brot am Tag bedeutete. Bedingt durch seine Krankheit war dieser „Aushilfsjob“ sehr beschwerlich und körperlich belastend – oft weinte er nachts aufgrund der schweren Strapazen.⁶ Auch psychisch schlug sich dies nieder: So empfand er sich immer als „Eindringling“ und als Last in der Familie.⁷

Mit erst 15 Jahren (1906) konnte Antonio aufgrund der finanziell schwierigen Situation seiner Familie das Gymnasium zwei Jahre später als üblich besuchen. Innerhalb kürzester Zeit musste er den Stoff von zwei Klassen aufholen, um das dritte Gymnasialjahr erfolgreich zu bestehen.⁸ In diese Zeit fallen auch seine ersten Kontakte mit sozialistischem Gedankengut. Sein älterer Bru-

der Gennaro, der seinen Militärdienst in Turin absolvierte, kam in Kontakt mit der damaligen aufstrebenden sozialistischen Arbeiterbewegung Norditaliens und schickte dem jungen Antonio regelmäßig Zeitungen und Schriften.⁹

Nach erfolgreichem Bestehen des Gymnasiums ging Gramsci 1908 in die südsardische Hafenstadt Cagliari, um sein Abitur am Liceo Dettori zu absolvieren. Nach Anfreundung mit seinem Italienischlehrer Raffa Garzia, der die sardische Tageszeitung „L'Union Sarda“ leitete, verfasste Antonio mehrere kleinere Beiträge zu lokalen Themen. Drei Jahre später und nach erfolgreichem Bestehen des Abiturs bewarb Antonio sich um ein Stipendium der Carlo-Alberto-Stiftung. Die Aufnahmeprüfung bestand er gemeinsam mit seinem späteren Freund und Parteigenossen Palmiro Togliatti.¹⁰ Während seines Studiums der Sprachwissenschaften in Turin beschäftigte er sich näher mit den Schriften Antonio Labriolas. Labriola war der wichtigste Vertreter des Marxismus in Italien am Ende des 19. Jahrhunderts und der Begründer der Umschreibung „Philosophie der Praxis“. Sein Verständnis des Marxismus zeichnet sich durch ein streng antiökonomisches Denken sowie einer angemessenen Skepsis gegenüber einem positivistischen Wissen-

5 Ebd., S. 13.

6 Ebd., S. 21.

7 Ebd.

8 Die Schulzeit auf Sardinien zu Gramscis Jugendzeit beschränkte sich auf 13 Schuljahre, wovon 5 Jahre in der Grundschule, 5 Jahre am Gymnasium und 3 Jahre am Lyzeum absolviert wurden. (Fiori, Leben, S. 46.)

9 Ebd., S. 37.

10 Ebd., S. 65. Palmiro Togliatti war mit Gramsci Gründungsmitglied der *Partito Comunista d' Italiano* (zunächst PCd'I, ab 1944 nur PCI, vgl. Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Band 2. Hamburg 2003, S. 208.)

schafts- und Fortschrittsbegriff aus.¹¹ Die politische Einstellung des jungen Gramscis war jedoch stark vom sardischen Nationalismus geprägt. Diese Auffassung wurde sicherlich durch die schlechte Lage der Bevölkerung in Sardinien zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch verstärkt. Erst eine Welle von Massenstreiks der Arbeiterschaft in den Vorkriegsjahren rückte sein politisches Denken immer stärker hin zum Marxismus. Ende 1913 trat Gramsci in die *Partito Socialista Italiano* (PSI).

Aufgrund seiner Erkrankungen musste Gramsci 1915 sein Studium abbrechen und begann ab 1916 regelmäßig für die sozialistische Presse in Turin zu schreiben. In dieser Zeit ordnete er sich dem linken Flügel der PSI zu, dessen Anhänger die Ereignisse in Russland der Jahre 1917 genauestens beobachteten. Die Barrikadenkämpfe der Turiner Arbeiter vom 23.-26. August 1917 führten zur Verhaftung der PSI-Leitung, wodurch Gramsci zum Sekretär eines provisorischen Exekutivkomitees gewählt wurde. Zusammen mit Palmiro Togliatti und weiteren engen Freunden aus dem linken Flügel der PSI gründete Gramsci im Mai 1919 die Zeitschrift „L'Ordine Nuovo“. Die „L'Ordine Nuovo-Gruppe“ diskutierte vornehmlich Fragen der revolutionären Rätebewegung. In einem im Juni 1919 erschienenen Artikel, verfasst von Gramsci und Togliatti, wird eine Arbeiterdemokratie nach dem Vorbild des Räteystems gefordert, die – in Anbetracht der sozialen Spaltung des Landes in Nord und Süd

– ein Bündnis mit den süditalienischen Bauern vorsah.¹²

Nach dem Scheitern der Rätebewegung in Italien führte die Anfangseuphorie, ähnlich wie in anderen industriekapitalistischen Ländern Europas, schnell zu innerparteilichen Zerwürfnissen. Der linke Flügel der PSI führte die Niederlage der italienischen Arbeiterschaft in den „biennio rosso“-Jahren (1919 bis September 1920) auf den Attentismus der Parteiführung zurück.¹³ Am 21. Januar 1921 gründete die abgespaltene kommunistische Strömung die *Partito Comunista d'Italiano* (PCd'I). Gramsci gehörte als Gründungsmitglied dem achtköpfigen Zentralkomitee an.

1922 geht Gramsci als Vertreter der PCd'I zur Komintern nach Moskau. Aufgrund seines schwachen Gesundheitszustandes besuchte er auf Veranlassung Sinowjews zunächst eine Kur in Serebray Bor. Dort lernte er auch seine Frau Julia Schucht kennen. Die Machtergreifung der Faschisten in Italien und die faktische Illegalität der PCd'I zwangen Gramsci Ende 1923 von Moskau aus zur Immigration nach Wien. Von dort leitete er den Wiederaufbau der PCd'I im Exil. Bei den Wahlen 1924 errang Gramsci in Venedig ein Mandat und konnte infolge der gewährten Immunität in den Anfangsjahren der mussolinischen Herrschaft nach Italien zurückkehren. Ab August 1924 war er zugleich Generalsekretär der PCd'I.

Am 8. November 1926 wurde Gramsci auf Veranlassung Mussolinis

11 Vgl. Frank Deppe: Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Band 2. Hamburg 2003, S. 230.

12 Ebd., S. 216.

13 Ebd., S. 217.

verhaftet, der kurz vorher ein Attentat überlebt hatte und die Drahtzieher bei den Kommunisten vermutete. Das Verfahren gegen ihn wurde am 4. Juni 1928 mit der Verurteilung zu 20 Jahren Haft beendet. Zwei Tage vorher, am 2. Juni, forderte der Staatsanwalt in seiner an Gramsci gerichteten Anklagerede: „Für die nächsten zwanzig Jahre müssen wir verhindern, daß dieses Gehirn funktioniert.“¹⁴

Von 1926 bis 1937 saß er in den Kerkern von Ustica, Mailand und Turin. In dieser Zeit entstanden die 29 „Hefte aus dem Gefängnis“. Seine Aufzeichnungen beschäftigen sich mit Fragen zur Politik, Kultur und Philosophie. Leider mussten diese aufgrund seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes und den Haftbedingungen fragmentarisch bleiben. Erst am 7. Dezember 1933 bekam Gramsci – sterbenskrank und viel zu spät in eine Klinik in Formia eingeliefert – die notwendigen medizinischen Behandlungen. Am 27. April 1937 verstarb er. Seine Asche wurde nach der Befreiung Roms durch die Alliierten auf dem englischen Friedhof in Rom beigesetzt.

III. Theoretiker der Niederlage

Die Niederlage in einer Zeit zu denken, in der die marxistische Orthodoxie der II. Internationale und der Leninismus weite Teile der strategischen Diskussionsprozesse der Arbeiterbewegung besetzten, war in Anbetracht eines Geschichtsdeterminismus, der gesellschaftliche Veränderungen lediglich auf die Produktionsweise zurückführte

14 Fiori, *Leben*, S. 212.

und die Notwendigkeit eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Gesellschaftssystems prophezeite, kein leichtes Unterfangen. Aber das Ausbleiben der Revolution im Westen, während sie im Osten gelang, und die Blamage der Marx-Orthodoxie mit ihrer modifizierten Verelendungstheorie¹⁵ und ihrem mechanistischen und ökonomistischen Verständnis rückte Gramscis Denken hin zu einem theoretischen Gegenpart eines frischen und undogmatischen Marxismus, der gesellschaftliche Kräfteverhältnisse im politischen System nicht unabhängig von den Formen des Bewusstseins und der Ideologie betrachtete. In einer Aussage eines Mithäftlings rügte Gramsci viele Genossen, die im Jahre 1930 erklärten, der Faschismus stünde vor dem Zusammenbruch (in zwei oder drei Monaten) und die Diktatur des Proletariats werde unmittelbar auf die faschistische Diktatur folgen, da ein gestiegener Verelendungsgrad die Massen zur revolutionären Tat bewegen werde. Gramsci antwortete: „Elend und Hunger mögen Aufruhr und Revolten führen, die das bestehende Gleichgewicht zerstören können, aber um das kapitalistische System zu vernichten, sind viele andere Voraussetzungen

15 Sehr zu empfehlen ist ein Aufsatz vom linkssozialistischen Hamburger Polizeischuldirektor Ernst Böse zur problematischen Rezeption der Verelendungstheorie durch Karl Kautsky: Ernst Böse: Das Elend der Verelendungstheorie, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 1958, Heft 1, S. 42-45, oder im Internet unter: <http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1958/1958-01-a-042.pdf> (Stand 8.09.2012).

nötig!¹⁶ In dieser Antwort steckt die Erkenntnis der relativen Stabilität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und eine klare Absage an die Euphorie eines bald beginnenden Umschwungs in Italien wie auch in den übrigen europäischen Staaten.

Die einschneidenden Erlebnisse in den „biennio rosso“-Jahren und der darauffolgende Gegenschlag der reaktionären Bewegung in den „biennio nero“-Jahren (1921–1922) mit der Ernennung Mussolinis zum Regierungschef verstärkten die Ablehnung Gramscis gegenüber jeglicher Kanonisierung und Dogmatisierung des Marxismus und einem mechanischen Determinismus, der „[...] Kausalitätsgesetze, die Erforschung der Regelmäßigkeit, Normalität, Gleichförmigkeit [...] an die Stelle der geschichtlichen Dialektik [setzt].“¹⁷ Deutlich wird diese Ablehnung vor allem in seiner Kritik an Nikolai Bucharins vulgärmaterialistischer Ontologie¹⁸ und dessen Verständnis von Wissenschaft als „Aufdecken“ und „Voraus-Sehen“. So schreibt er: „Die Fragestellung als eine Suche nach Gesetzen, nach konstanten, regelmäßigen, gleichförmigen Linien, hängt mit dem etwas kindlich und naiv gefassten Bedürfnis zusammen, das praktische Problem der Vor-

hersehbarkeit der geschichtlichen Ereignisse endgültig zu lösen. Da es aufgrund einer merkwürdigen Umkehrung oder Perspektiven ‚scheint‘, dass die Naturwissenschaften die Fähigkeit verleihen, den Ablauf der Naturprozesse vorherzusehen, ist die historische Methodologie als ‚wissenschaftliche‘ nur aufgefasst worden, wenn und insofern sie abstrakt dazu befähigt, die Zukunft der Gesellschaft ‚vorherzusehen‘ [...] Aber die ‚Thesen über Feuerbach‘ hatten bereits antizipatorisch diese simplistische Auffassung kritisiert. In Wirklichkeit lässt sich ‚wissenschaftlich‘ nur der Kampf vorhersehen [...]. In Wirklichkeit wird in dem Maße ‚vorhergesehen‘, in dem man tätig ist, in dem man eine willentliche Anstrengung einsetzt und folglich dazu beiträgt, das ‚vorhergesehene‘ Resultat zu schaffen. Die Voraussicht entpuppt sich mithin nicht als ein wissenschaftlicher Erkenntnisakt [...].“¹⁹ Hier wird deutlich, dass das wissenschaftliche Erkennen für Gramsci nicht als ein „Voraus-Sehen“ im Sinne Bucharins verstanden wird, sondern als ein „Tun“.²⁰ Diese Gewichtung des „subjektiven Faktors“ in der materialistischen Geschichtsauffassung kann zu Recht als Schlüsselement im Marxismusverständnis Gramscis bezeichnet werden, der sich wie ein roter Faden durch die Gefängnishefte zieht.

16 Fiori, *Leben*, S. 233.

17 Antonio Gramsci: *Philosophie und Praxis. Eine Auswahl*. Frankfurt am Main 1967, S. 220.

18 Gramsci bezieht sich in seiner Kritik vor allem auf Nikolai Bucharins Schrift „Theorie des historischen Materialismus. Gemeinverständliches Lehrbuch der marxistischen Soziologie. Hamburg 1922.“

19 Antonio Gramsci: *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*. Band 6. Hamburg 2012, Heft 11, § 15, S. 1400 f.

20 Vgl. Hermes Spiegel: *Gramsci und Althusser. Eine Kritik der Althusser'schen Rezeption von Gramscis Philosophie*. Berlin 1997, S. 23.

Auch die Fragen über die erfolgreiche Revolution im Osten und die Niederlagen im Westen zwangen ihn, die genaueren Umstände der russischen Gesellschaft zu analysieren und diese mit den Gesellschaften im Westen zu vergleichen. Daher verstand er schnell, die Widerstandsfähigkeit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften als Ursache dieses Ausbleibens zu betrachten. So konstatierte Gramsci: „Im Osten war der Staat alles, die Zivilgesellschaft war in ihren Anfängen und gallertenhaft; im Westen bestand zwischen Staat und Zivilgesellschaft ein richtiges Verhältnis, und beim Wanken des Staates gewährte man sogleich eine robuste Struktur der Zivilgesellschaft. Der Staat war nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand [...]“.²¹ Im Westen war die Strategie der Bolschewisten nicht anwendbar, denn der Staat war keine einfache Festung wie im zaristischen Russland, der nur lang genug belagert werden musste, um die Zentralgewalt zu erobern. Vielmehr musste zur Errichtung einer sozialistischen Herrschaft der Staat wie auch die Zivilgesellschaft von innen heraus und durch schrittweise Erringung der Hegemonien transformiert werden. Folglich muss es im Westen „[...] eine ‚politische Hegemonie‘ auch vor dem Regierungsantritt geben, und man darf nicht nur auf die durch ihn verliehene Macht und die materielle Stärke zählen, um die politische Führung oder Hegemo-

nie auszuüben.“²² D. h., die Eroberung der Kommandohöhen des Staates reichen nicht aus, sondern nur die Gewinnung der Mehrheit der Menschen für eine sozialistische Gesellschaft ist die Bedingung einer stabilen und sicheren Herrschaft der Arbeiterklasse. Zu einem weiteren Verständnis dieser Auffassung Gramscis müssen die Schlüsselbegriffe seines staatstheoretischen Konzepts näher in Betracht gezogen werden.

IV. Staat und Zivilgesellschaft

Gramscis staatstheoretische Konzeption knüpft direkt an die fragmentarisch und oft gelegentlich getätigten Äußerungen und Vorstellungen von Marx über den Staat an. Im Gegensatz zum Liberalismus, der den Staat als eine neutrale Instanz, die mit Gewalt und Recht auf alle Menschen gleich einwirkt, vertritt Marx die Position, dass der Staat „[...] nur ein Ausschuß [ist], der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeois-klasse verwaltet[...]“²³ Daraus lässt sich schließen, dass der Staat – einerseits – die Interessen der bürgerlichen Klasse vertritt und – andererseits – der ökonomisch herrschenden Klasse auch die politische Herrschaft verleiht. Die bürgerliche Klasse verfügt als einzige Klasse über die Produktionsmittel, die nur durch eine Absicherung durch den Staat gewährleistet werden kann. Durch die Mittel der Zwangsbesteuerung wird das Gewaltmonopol mit dem Ziel der Bekämpfung von Aufruhr und Widerstand

21 Gramsci, Gefängnishefte, Band 4, Heft 7, § 16, S. 874.

22 Gramsci, Gefängnishefte, Band 1, Heft 1, § 44, S. 102.

23 Karl Marx/Friedrich Engels: Werke (nachf. MEW). Band 4. Berlin 1972, S. 464.

errichtet. Das Recht und die Justizapparate dienen dabei der Garantierung des Eigentums wie auch der Regelung des allgemeinen und freien Warenverkehrs. Der Staat gibt sich einen allgemeinen und neutralen Charakter und verschleiert somit die Interessen der bürgerlichen Klasse, für die er ständig interveniert. So schreibt Marx im Vorwort von „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, dass „[...] Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln, deren Gesamtheit Hegel [...] unter dem Namen ‚bürgerliche Gesellschaft‘ zusammenfasst, dass aber die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft in der politischen Ökonomie zu suchen sei.“²⁴ Hier wird deutlich, dass die bürgerliche Gesellschaft mit ihrer Produktionsweise als „Voraussetzung und Moment“ des Staates angesehen wird, zugleich aber die bürgerliche Gesellschaft den Staat als eigene Voraussetzung zur Sicherung ihrer Herrschaftsansprüche konstituiert.²⁵ Staat und bürgerliche Gesellschaft sind im Sinne Marx getrennte Sphären, die aufeinander einwirken, wobei die bürgerliche Gesellschaft aber als „übergreifende Form“ begriffen wird.²⁶

Die bekannte Formel „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang“²⁷ akzentuiert im Gegensatz zum Marx'schen Staatsverständnis folgendes: Der Staat ist weder eine Maschine, noch kann er auf repressive Apparate wie Militär oder Polizei reduziert werden. Vielmehr umfasst er den politischen Bereich sowie die Zivilgesellschaft. Politik wird nicht allein auf Gewalt und Recht beschränkt, sondern impliziert auch Willensbildungsprozesse, die Schaffung von Bündnissen sowie Diskussionen, Verhandlungen oder Kompromisse.²⁸ Gramsci unterscheidet hier ausdrücklich die Zivilgesellschaft (*società civile*) von der bürgerlichen Gesellschaft. Diese ordnet er „[z]wischen der ökonomischen Struktur und dem Staat mit seiner Gesetzgebung und seinem Zwang [...]“²⁹ zu. In ihr finden die hegemonialen und gegenhegemonialen Auseinandersetzungen statt, die zugleich auch die spezifische Art der Herrschaftsausübung ist. Da die Zivilgesellschaft dem Staat zugerechnet wird, kann der Staat nicht mehr auf die Anwendung von Gewalt- und Zwangsmitteln reduziert werden. Der Zwang, der oben in Gramscis Formel angeführt wird, dient vielmehr

24 Marx/Engels, MEW, Band 13, Berlin 1971, S. 8.

25 Vgl. Thomas Gehrig: Staat statt Revolution. Zum Staatsverständnis in der marxistischen Sozialdemokratie, in: Hirsch, Joachim u.a. (Hrsg.): Der Staat der bürgerlichen Gesellschaft. Baden-Baden 2008, S. 67.

26 Ebd.

27 Gramsci, Gefängnishefte, Band 4, Heft 6, § 88, S. 783.

28 Vgl. Alex Demirovic: Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in: Sonja Buckel/Andreas Fischer-Lescano (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Baden-Baden 2007, S. 24.

29 Gramsci, Gefängnishefte, Band 6, Heft 10, § 15, S. 1267.

als Mittel zur Sicherung der Zivilgesellschaft vor Angriffen durch Außenstehende.³⁰ Diese Einschätzung erklärt auch, weshalb die Revolution im Osten gelang, aber im Westen notwendigerweise scheitern musste, denn die sozialistische Bewegung unterlag dem Irrtum, dass der Staat nur ein Zwangsapparat sei, der durch schnelle Eroberung der Kommandohöhen einem Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht im Wege stehen könne. Gramsci kritisiert dieses mechanistische Verständnis und schreibt: „[D]ie Superstrukturen der Zivilgesellschaft sind wie das Grabensystem im modernen Krieg. Wie es in diesem geschah, daß ein heftiger Artilleriebeschuß das ganze Verteidigungssystem des Feindes zerstört zu haben schien, statt dessen aber nur die äußerliche Oberfläche zerstört hatte und im Augenblick des Angriffs und Vorstoßes die Angreifer sich einer noch wirksamen Verteidigungslinie gegenüber befanden [...].“³¹ Die Eroberung des Staates bedeutet nichts anderes als die Zerstörung der „äußerlichen Oberfläche“, aber die „Verteidigungslinien“ (in der die Akteure der Zivilgesellschaft sitzen) sind immer noch in Takt und bilden die „robuste Kette von Festungen und Kasematten.“

Gramsci trennt nicht zwischen Basis (Struktur) und Überbau (Superstruktur), sondern erkennt eine dialektische Einheit beider Sphären. So schreibt er, dass „[d]ie Struktur und die Superstruktur [...] einen ‚geschichtlichen

Block‘ [bilden], das heißt, das komplexe nichtübereinstimmende Ensemble der Superstrukturen [...] der Reflex des Ensembles der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse [ist].“³² Im Bereich des Überbaus existieren für Gramsci zwei große Ebenen, die jedoch bloß theoretischen und methodologischen Charakters sind: „Vorläufig lassen sich zwei große superstrukturelle ‚Ebenen‘ festlegen – diejenige, die man die Ebene der ‚Zivilgesellschaft‘ nennen kann, d. h. des Ensembles der gemeinhin ‚privat‘ genannten Organismen, und diejenige der ‚politischen Gesellschaft oder des Staates‘ -, die der Funktion der ‚Hegemonie‘, welche die herrschende Gruppe in der gesamten Gesellschaft ausübt, und der Funktion der ‚direkten Herrschaft‘ oder des Kommandos, die sich im Staat und in der ‚formellen‘ Regierung ausdrückt, entsprechen.“³³ Zusammenfassend existieren für Gramsci drei Sphären, die stets in Wechselwirkung zueinander stehen: 1. Die Sphäre der Ökonomie als Struktur. 2. Die Sphäre der Zivilgesellschaft (società civile) als Teil der Superstruktur. Dies ist das zentrale Auseinandersetzungsfeld zur Erringung der gesellschaftlichen Hegemonie. 3. Die Sphäre der politischen Gesellschaft (società politica), ebenfalls Teil der Superstruktur. In ihr kristallisiert sich die Herrschaft. Die Zivilgesellschaft umfasst das Ensemble privater Institutionen, wie das Bildungssystem, Medien, Kulturbranche, Kirche, Religionen, Ver-

30 Vgl. Demirovic, Politische Gesellschaft, S. 25.

31 Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Heft 13, § 24, S. 1589.

32 Gramsci, Gefängnishefte, Band 5, Heft 8, § 182, S. 1045.

33 Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Heft 12, § 1, S. 1502.

bände, Vereine, Gewerkschaften, Wissenschaft, Internet usw. Die politische Gesellschaft umfasst die Zwangsapparate, wie die Regierung, Verwaltung, Justiz, Polizei und Militär.

Der Staat im integralen Sinne (politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft = Hegemonie gepanzert mit Zwang) beinhaltet Herrschaft und Führung, Zwang und Konsens, Diktatur und Hegemonie.³⁴ Gramsci deckte mit dieser Erweiterung des Staatsbegriffs das komplexe Herrschaftssystem der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften auf und wendete sich zugleich gegen einen vorherrschenden Reduktionismus, der den Staat als ein Apparat der ökonomisch herrschenden Klasse begriff.³⁵ Gesellschaftliche Konflikte werden somit im integralen Staat in den Überbauten ausgetragen und in deren „spezifischer Logik“ bearbeitet.³⁶ Hierbei rückt die Frage nach der Hegemonie und des Konsens in das Zentrum des Konflikts.³⁷

V. Hegemonie und Konsens

Oftmals wird unter Hegemonie im politischen Sinne „Vorherrschaft“ oder „Vormacht“ verstanden. Gramsci versteht unter Hegemonie, dass „[...] die herrschende Gruppe sich auf konkrete Weise mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen abstimmen wird und das Staatsleben als ein andauerndes Formieren und Über-

winden von instabilen Gleichgewichten zu fassen ist [...], von Gleichgewichten, in denen die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt, d. h. nicht bis zu einem engen ökonomisch-korporativen Interesse.“³⁸ Hegemonie bedeutet im Sinne Gramscis, dass die herrschende Gruppe die aktive Zustimmung der Subalternen zu ihrer Unterwerfung mit Zwang und Konsens einholt.³⁹ Eine bloße „Vorherrschaft“ oder „Dominanz“ kann keine stabile Herrschaft formieren, da die Interessen der unterworfenen Gruppen nicht miteinbezogen werden.

Hegemonial wird eine gesellschaftliche Gruppe, wenn sie in der (1.) korporativ-ökonomischen Phase sich als gesellschaftliche Gruppe miteinander solidarisiert und organisiert (Bergarbeiter fühlt sich mit einem anderen Bergarbeiter verbunden; ebenso Eisengießer mit einem anderen Eisengießer) und in der (2.) ethisch-politischen Phase das ökonomische Bewusstsein der Interessen- und Gruppensolidarität zwischen allen Mitgliedern entwickelt (Eisengießer und Bergarbeiter sehen sich als Lohnarbeiter) und Forderungen nach einer politischen Beteiligung stellt.⁴⁰ Nach Gramsci ist genau dies die entscheidende Phase, „[...] die am eindeutigsten politisch ist, die den klaren Übergang von der Struktur zur Sphäre der komplexen Superstrukturen mar-

34 Vgl. Eun-Young Kim, Zur Ideologie und Staatsanalyse, Marburg 1995, S. 33.

35 Vgl. Deppe, Politisches Denken, S. 247.

36 Vgl. Demirovic, Politische Gesellschaft, S. 27.

37 Ebd.

38 Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Heft 13, S. 1584.

39 Vgl. Mario Candeias: Gramscianische Konstellationen, in: Victor Rego Diaz u.a. (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Hamburg 2007, S. 19.

40 Vgl. Demirovic, Politische Gesellschaft, S. 30.

kiert, es ist die Phase, in der die zuvor aufgekeimten Ideologien ‚Partei‘ werden, zur Konfrontation kommen und in den Kampf eintreten, bis eine einzige von ihnen oder zumindest eine einzige Kombination derselben dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über den gesamten gesellschaftlichen Bereich zu verbreiten, wobei sie über die Einheitlichkeit der ökonomischen und politischen Ziele hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit bewirkt, alle Fragen, um die der Kampf entbrannt ist, nicht auf die korporative, sondern auf eine ‚universale‘ Ebene stellt und so die Hegemonie einer grundlegenden gesellschaftlichen Gruppe über eine Reihe untergeordneter Gruppen herstellt.⁴¹ Das Element des „Führens“ und des „Voranehens“ als progressive Kraft für die gesamte Gesellschaft taucht in dieser ethisch-politischen Phase auf.⁴² Dies ist auch die Voraussetzung eines erfolgreichen hegemonialen Projekts, das sich nicht auf Zwang und Gewalt, oder der einfachen Ausübung der Dominanz beschränkt, sondern durch die Einholung der aktiven Zustimmung der unterworfenen Gruppen und durch die Integration von Interessen und Bedürfnisse der Subalternen auszeichnet. Die hegemoniale Gruppe verallgemeinert so ihre Interessen und zeigt Kompromissbereitschaft, um sich zugleich die Erringung der Hegemonie zu sichern. Diese Kompromisse werden aber niemals die wesentlichen politischen Ziele

der Gruppe betreffen können, sondern sind vielmehr „kosmetischer Art“.⁴³ Gelingt ihr das, so beginnt die (3.) staatliche Phase, in der die Gruppierung, die führen und die Herrschaft inne haben will, den Staat im engeren Sinne (politische Gesellschaft) mit seinen Apparaten erobert und so durch das Mittel des Zwangs, diejenigen zu disziplinieren versucht, die mit der neuen gesellschaftlichen Kraft nicht einverstanden sind. Gramsci fasst zusammen, dass die Suprematie „[...] einer gesellschaftlichen Gruppe auf zweierlei Weise [sich] äußert, als ‚Herrschaft‘ und als ‚intellektuelle und moralische Führung‘. Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber denjenigen Gruppen, die sie ‚auszuschalten‘ oder auch mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muss sogar bereits führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (das ist eine der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht); danach, wenn sie die Macht ausübt und auch fest in Händen hält, wird sie herrschend, muss aber weiterhin auch ‚führend‘ sein.“⁴⁴ Sie muss die „Führung“ in der Zivilgesellschaft beibehalten, um einer Desartikulation des hegemonialen Projekts durch ständige Kompromissbereitschaft entgegenzutreten, wie auch auf die Festigung der „Herrschaft“ in der politischen Gesellschaft achten, um opponierenden

41 Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Heft 13, § 17, S. 1561.

42 Vgl. Candeias, Gramscianische, S. 19.

43 Vgl. Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, Heft 13, § 18, S. 1567.

44 Gramsci, Gefängnishefte, Band 8, Heft 19, § 24, S. 1947.

Kräften Einhalt zu bieten und so ein brüchigen Konsens aufrechtzuerhalten. Je stärker dieser ausgeprägt ist (brüchiger Konsens zwischen politischer Gesellschaft und Zivilgesellschaft), desto stärker tritt das Element des Zwanges hervor. So wird – bestärkt durch die vermeintliche Verteidigung des Konsens der Mehrheit – offene Gewalt gegen opponierende Kräfte angewendet und die Hegemonie tritt als „gepanzert mit Zwang“ auf.

VI. Gramsci – ein toter Hund?

Ein Rückblick auf die Staatsdebatten der vergangenen 10 Jahre zeigt, dass das gramscianische Staatsverständnis für die gesellschaftliche Linke ein unverzichtbares Instrument zur Analyse staatlichen Wirkens ist. Die neu anbrechenden hegemonialen Kämpfe in den Staaten der Semi-Peripherie⁴⁵ verdeutlichen die Stärken seiner Hegemonie-theorie und seines Verständnisses vom Staat im integralen Sinne. Die Führung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe ist nicht ewig, sondern stets an den Konsens mit den Subalternen gebunden. Das gegenhegemoniale Projekt beginnt in dem Moment, in dem die herrschende und führende Gruppe die Interessen der Subalternen negiert und somit die vormalig verdeckten und

kaschierten Widersprüche zu Tage treten, die den Transformationsprozess in den Superstrukturen einleiten. Dies ist in dem Bruch der kemalistischen Herrschaft in der Türkei zu beobachten, wie in den arabischen Staaten, wo die Regime in Tunesien und Ägypten fielen.

Nur scheint der Neoliberalismus mit seiner staatsfeindlichen Einstellung und seinem marktreduziertem Verständnis der Zivilgesellschaft nicht ganz in dieses „Schema“ zu passen. So weist besonders Alex Demirovic darauf hin, dass der Neoliberalismus weder die Interessen und Bedürfnisse der Subalternen aufnimmt, noch bereit ist, Zugeständnisse und Kompromisse mit diesen zu schließen.⁴⁶ Es existiert somit die Möglichkeit der Herrschaft, trotz des Verzichts auf Ausübung dieser in Form der Hegemonie.⁴⁷ Es gibt keinen Konsens und keinen Kompromiss zwischen den Herrschenden und den Unterworfenen. Hier zeigt sich aber nicht die Schwäche des Gramscianischen Hegemoniebegriffs. Vielmehr ist zu konstatieren, dass der Neoliberalismus trotz gewisser hegemonialer Stellungen in der Zivilgesellschaft und der Etablierung seiner spezifischen Logik in den Staatsapparaten, nicht wirklich zu einer hegemonial herrschenden Gruppe transformiert ist. Sie übt Herrschaft meist durch Zwang (Sicherung von Eigentum und der Investitionsfreiheit) und durch disziplinierende Maßnahmen (Unterwerfung

45 Die Bezeichnung „Semi-Peripherie“ ist der Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins entlehnt worden und soll in diesem Rahmen Staaten charakterisieren, die weder dem kapitalistischen Zentrum zuzuordnen sind, noch der Peripherie. Sie sind durch ihre autoritäre Staatsform und den teilweise entwickelten Produktionsverhältnissen ökonomisch wie politisch vom Zentrum abhängig.

46 Vgl. Demirovic, Politische Gesellschaft, S. 37.

47 Ebd.

weiter Teile der Gesellschaft der Markt-
disziplin) aus.⁴⁸

Aus heutiger Sicht ist die strikte
Trennung zwischen den öffentlichen In-
stitutionen (Staatsapparate) und den pri-
vaten Organisationen (Akteure der Zi-
vilgesellschaft) sehr problematisch und
eine Verallgemeinerung wäre nicht trag-
fähig. Wo das Bildungssystem in Teil-
en Europas in den 1920er Jahren noch
klassisch privat organisiert wurde, so ist
spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg
eine „Verstaatlichung“ und eine Ver-
schiebung hin zur politischen Gesell-
schaft in diesem Bereich zu beobachten.

Eine Erklärung der Internationalisie-
rungstendenzen in der Zivilgesellschaft
und der politischen Gesellschaft ist bei
Gramsci verständlicherweise nicht zu
finden. Jedoch seien hier auf die neo-
gramscianischen Analysen von Stephen
Gill und Hans-Jürgen Bieling hingewie-

sen, die anhand der Hegemonietheorie
den politischen Charakter der Globali-
sierung und die Herausbildung transna-
tionaler Organisationen wie IWF, WTO
oder Weltbank untersuchen.

Gramscis Denken ermöglicht bis
heute komplexe gesellschaftliche Vor-
gänge zu ergründen und strategische
Schlussfolgerungen aus diesen zu zie-
hen. Natürlich können die heutigen Pro-
bleme nicht durch einen direkten Zu-
griff auf Gramsci gelöst werden, aber als
einen marxistischen Theoretiker sollten
wir ihn genau darin erkennen – wie es
Detlev Albers einst betonte –, inwieweit
wir heute auf Lösungen zurückgreifen,
an Überlegungen anknüpfen und Ant-
worten übernehmen können, die wir
seiner Vorarbeit im Gefängnis schuldig
sind. 75 Jahre nach seinem Tod kann
das Ergebnis wohl nur sein: Es ist eine
Menge! Gramsci ist lebendiger denn je.

48 Vgl. Stephen Gill: Theoretische Grundlagen
einer neo-gramscianischen Analyse der euro-
päischen Integration, in: Hans-Jürgen Bieling
u.a. (Hrsg.): Die Konfiguration Europas.
Münster 2000, S. 44.

Horst Heimann

Anmerkungen und Fragen eines lesenden Sozialisten zu

Sigmar Gabriel (Hg.): *Die Kraft einer großen Idee – Europäische Moderne und Soziale Demokratie*, vorwärts buch, Berlin 2012, 354 S., 20 €.

Im Geleitwort macht Gerhard Schröder unübersehbar klar, dass es sich bei dieser „großen Idee“ um „unsere Idee: Die Soziale Demokratie“ handelt. (8) (Auf nur zwei Seiten erscheint der Begriff zehn Mal!)

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel bekennt sich in seiner Einleitung ebenfalls emphatisch zur großen Idee der Sozialen Demokratie. Sinn und Zweck dieses Buches beschreibt er wie folgt: „Dieses Lesebuch beschreibt, wie wir unsere Gesellschaft in wichtigen Themenfeldern gestalten wollen. Dabei leiten mich und auch die Autorinnen und Autoren dieses Buches unsere unverrückbaren Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“ (10) Die Darstellungen der „großen Idee der Sozialen Demokratie“ am Beispiel wichtiger Themen und Begriffe richten sich offensiv gegen „die jahrelange Dominanz marktradikaler Ideologien“ (S. 13), gegen „Neoliberale und Marktradikale“, die uns versicherten, „freie Märkte würden es richten: mehr Freiheit und zugleich mehr Wohlstand für alle“. (S. 10) Die aktuelle Krise habe bereits das blinde Vertrauen in die heilsame Kraft der

Märkte erschüttert: Für die in diesem Band versammelten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt deshalb, dass sie die Gesellschaft als etwas politisch zu Gestaltendes begreifen.“ (S. 12) Mit anderen Worten: Die Soziale Demokratie bekennt sich zum Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft und verwirft daher den neoliberalen Slogan: Privat vor Staat.

Bei der Lektüre des Sammelbandes sollte der aufmerksam-kritische Leser einige nicht ausdrücklich genannte Faktoren beachten:

Der Band erscheint im Vorfeld des 150. Geburtstags der SPD, der im kommenden Jahr auch mit weiteren Publikationen gefeiert werden wird. Und auch über Geburtstagskinder sagt man bekanntlich nur Gutes. Zu beachten ist auch: Das Lesebuch über „Die Kraft einer großen Idee“ erscheint nur wenige Jahre nach der Bundestagswahl vom September 2009, deren Ergebnis ja kaum die Kraft dieser Idee bezeugt hatte, oder – dialektisch gesehen – vielleicht doch?! (Von 20 Millionen Wählern 1998 waren nur noch 10 Millionen übrig geblieben.) Ist es da nicht ver-

ständig? – Aufgestanden nach diesem Wahlergebnis „und der Zukunft zugewandt“, möchte man nicht zu viel über die jüngste Vergangenheit sagen.

Grundsätzlich und allgemein beurteilen allerdings fast alle Autor/innen die jüngste Vergangenheit kritisch, wie z. B. Schröder in seinem Geleitwort: „Die sozialen Unterschiede in und zwischen den Gesellschaften vertiefen sich, ... und 2008 kam es – ausgelöst durch Finanzspekulationen – zur tiefsten Wirtschaftskrise nach 1945.“ (S. 8) (Semantisch ist übrigens die Formulierung, die fast alle benutzen, sehr aufschlußreich: „Die sozialen Unterschiede *vertiefen sich*.“ Denn das bedeutet: Die sozialen Unterschiede sind selbst die Ursache für die „Vertiefung“; sie vertiefen sich selbst, so wie z. B. sich das Wetter verschlechtert, ganz ohne Hilfe von handelnden Menschen.)

Während die meisten Autor/innen die jüngste Geschichte allgemein sehr kritisch beurteilen, fallen aber die Urteile über die jüngste eigene Geschichte der SPD konkret sehr positiv aus, wie z. B. bei Schröder: „Wir können mit Stolz auf unsere Geschichte, auch auf unsere Regierungszeit auf Bundesebene zwischen 1998 und 2009, zurückblicken.“ (S. 8) Ähnlich positiv, aber etwas differenzierend, urteilt Astrid Klug, Generalsekretärin der SPD, in ihrem Beitrag „Reformen“: „Die Reformen Gerhard Schröders ... haben Deutschland gut getan und gleichzeitig in ihrer Wirkung an mancher Stelle – inhaltlich oder bei der Vermittlung – auch Kritik verdient.“ (S. 253)

Eine ausdrückliche Selbstkritik der eigenen Politik gibt es in fast keinem

der Beiträge. Nur Franziska Drohsel verweist in ihrem Beitrag „Frieden“ ausdrücklich auf deutliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der SPD zum Thema Krieg und Frieden in der Vergangenheit und auch in der jüngsten Vergangenheit: „Auch unter Rot-Grün war die SPD in Fragen von Krieg und Frieden gespalten.“ (S. 92)

In den übrigen Beiträgen hat nur Sigmar Gabriel in einem angefügten Zitat von Wolfgang Thierse eine selbstkritische Bemerkung hineingeschmuggelt: „Die soziale Spaltung nimmt zu. Als Regierungspartei war auch die SPD daran beteiligt.“ (S. 270)

Diese kritischen Anmerkungen sprechen nicht gegen eine aufmerksame Lektüre des „Lesebuch“, sondern sollen sogar dazu auffordern, sich selbst intensiv mit dem Thema zu befassen und sich bei der Lektüre eigene Gedanken über die erkennbare oder nicht so ganz erkennbare „Kraft einer großen Idee“ zu machen. Der im Untertitel zu recht als „ein politisches Lesebuch“ bezeichnete Sammelband muß nicht unbedingt in einem Zug von Seite 1 bis Seite 354 durchgelesen werden. Er kann auch als informatives Nachschlagewerk benutzt werden, in dem 45 Sozialdemokrat/innen, alphabetisch geordnet, die Idee der Sozialen Demokratie erläutern. Durch die große Zahl der Autor/innen bietet der Band zugleich einen Überblick über jene hervorragenden Sozialdemokrat/innen, die in der SPD – zumindest in einem Sinn des Wortes – „etwas zu sagen haben“. Die Lektüre kann daher im doppelten Sinne nützlich und informativ sein, nämlich sowohl über Inhalte als auch über Personen. Der Leser kann ler-

nen, sich über politische Themen und Begriffe Gedanken zu machen und zugleich erfahren, wie führende Sozialdemokrat/innen darüber denken.

Der inhaltliche Informationswert ist nicht beschränkt auf die Beiträge der Autor/innen zum jeweiligen Thema. Denn den Kurzbeiträgen von rund zwei Seiten werden zum Thema passende Zitate aus der politisch-theoretischen Literatur angefügt, die sogar mehr Platz einnehmen, in der Regel vier bis sieben Seiten. Als Anregung für eigenes Nachdenken erhält der Leser also auch einen Einblick in die Gedanken anderer Autor/innen zum jeweiligen Themenbereich.

Soziale Demokratie und Sozialstaat

Da der Begriff „Soziale Demokratie“ nahelegt, dass es bei dieser Idee vor allem auch um Normen für die Beurteilung sozialer Probleme geht, also auch um den Sozialstaat, seien hier zunächst einige dafür relevante Themen und Begriffe untersucht.

Da in vielen öffentlich-politischen Debatten das Thema demografische Krise oder demografischer Wandel als ein immer drängender werdendes Problem des Sozialstaats behandelt wird, kann man von Franz Münteferings Beitrag zu diesem Begriff relevante Erkenntnisse erwarten. Den Kern des Problems sieht er einerseits im dramatischen Anwachsen der Weltbevölkerung, in Deutschland aber im drastischen Rückgang der Bevölkerung „von 81 Millionen auf 65 bis 70 Millionen“. (S.38) Sein Kurzbeitrag enthält grundsätzliche Überlegungen und auch Hinweise auf konkrete Probleme. Doch sei-

ne Aussagen zur Lösung der konkreten Probleme bleiben allgemein und normativ, und daher im Prinzip für alle zustimmungsfähig: „Wichtig ist ein Gesellschaftsentwurf als Leitplanke: Deutschland soll 2050 Wohlstandsland sein, auf hohem Niveau, sozial stabil und gerecht, ökologisch und vernünftig, friedlich, solidarisch, demokratisch gesonnen und demokratisch bestimmt. ... Ein modernes Land in gesellschaftlichem Fortschritt. Möglich ist das, wenn alle wichtigen Weichenstellungen erfolgen. Zeitnah.“ (S. 38)

Dieser grundsätzliche Wunsch nach Deutschland als „Wohlstandsland auf hohem Niveau“ kann nicht nur von den SPD-Mitglieder aller Flügel, Netzwerke, Kreise etc. aus vollem Herzen unterschrieben werden, sondern auch von allen Parteien, von der LINKEN bis zu den borniertesten Neoliberalen der FDP. Doch was aus dem allgemeinen Wunsch nach unserem „Wohlstandsland“ für konkrete Politikfelder folgen könnte, bleibt in Münteferings Kurzbeitrag im Dunklen. Nur in einigen angefügten Zitaten (allerdings nicht in den Zitaten von Malthus und Darwin!) wird angedeutet, in welche Richtung die „wichtigen Weichenstellungen erfolgen“ sollen.

Im zitierten Schlussbericht der „Enquete-Kommission Demografischer Wandel“ des Bundestags aus dem Jahre 2002 heißt es, dass der demografische Wandel „eine Herausforderung ... für die sozialen Sicherheitssysteme“ bedeute, nämlich: „Mit unserem bisherigen Verständnis von Sozialstaat werden wir diesen Anforderungen im weitesten Sinne nicht mehr begegnen können.“ (S. 42) Welches neue „Verständnis von

Sozialstaat“ wir aber brauchen, wird im Zitat nicht angedeutet. Deutlicher und konkreter über die Richtung eines neuen „Verständnisses von Sozialstaat“ wird ein Zitat Schröders vom SPD-Sonderparteitag 2003 über die Agenda 2010: „Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären. Was wir heute beweisen müssen, ist der Mut, Neues zu wagen. Dabei werden wir uns von manchem, was uns lieb – und leider auch teuer – geworden ist, verabschieden müssen.“ (S. 43)

Im Klartext heißt das: Damit unsere Sozialausgaben weiter bezahlbar bleiben, müssen sie drastisch gekürzt werden. Die aus dieser „Erkenntnis“ abgeleiteten „wichtigen Weichenstellungen“ sind bereits „zeitnah“ erfolgt. Ob dadurch aber tatsächlich die Reise in Richtung „Wohlstandsland“ weitergeht, ist in der öffentlichen Meinung und auch in der SPD umstritten.

Wer im Beitrag von Müntefering noch nicht die letzte Wahrheit über die Zukunft des Sozialstaats gefunden hat, kann zunächst bei Andrea Nahles nachschlagen, die ausdrücklich das Thema „Sozialstaat“ behandelt. Sie bekennt sich ausdrücklich zu Helmut Schmidts Urteil, der Sozialstaat sei „eine der großen kulturellen Leistungen des letzten Jahrhunderts“. (S. 279) „Wie wichtig ein Sozialstaat ist“, begründet sie mit anklagender Kritik am „Fehlen einer robusten sozialen Absicherung“ in

den USA. Denn dort „rutschen (in der Wirtschaftskrise) Millionen von Menschen in eine existenzielle Krise“. Auf dem Hintergrund dieser sozialstaatslosen USA leuchtet um so strahlender der deutsche Sozialstaat: „Dank des relativ starken sozialen Netzes musste kaum jemand fürchten, schnell ins Bodenlose zu stürzen.“ Und dank „sozialstaatlicher Politik wie Konjunkturprogramm, Abwrackprämie und Kurzarbeit“ ging die Prognose des damaligen Wirtschaftsministers Olaf Scholz in Erfüllung: „Wir werden besser als andere Länder durch die Krise kommen.“ (S.278) (Diese Prognose hat inzwischen der aktuelle Wirtschaftsminister Rösler übernommen.)

Doch mit diesen Ergebnissen gibt sich Nahles keineswegs zufrieden und argumentiert ausgesprochen offensiv: Nach dem Fazit, „viel haben wir erreicht“, bekennt sie: „Und doch sind wir weit davon entfernt, uns mit dem Erreichten zufriedenzugeben.“ (S. 279) Diese offensive Argumentation wirkt deplaziert (sie ist ja nicht ironisch gemeint), weil an die Feststellung „... weit davon entfernt, uns mit dem Erreichten zufriedenzugeben“, direkt anschließt die Aufzählung: „Jeder Sechste ist armutsgefährdet. Die Ungleichheit des Einkommens hat sich in Deutschland so negativ entwickelt wie in kaum einem anderen Land der OECD, Kinder zu bekommen, bedeutet ein Armutsrisiko in Deutschland.“ (S. 279) Denn dieses „Erreichte“ ist ja nicht das, was wir beim Fortschritt des Sozialstaats erreicht haben, sondern das, was die Neoliberalen bei seinem Abbau erreicht haben. Und diese sind weit davon entfernt, sich mit diesem Erreichten zufriedenzugeben.

Angesichts des fortschreitenden Abbaus des Sozialstaats ist die defensive Argumentation des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sachgerechter als die rhetorisch offensive Position von Nahles. Sommer argumentiert in seinem Beitrag „Arbeit“ realistisch: „Der Sozialstaat, den die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie geformt haben, ist seit geraumer Zeit gefährdet. ... Heute gilt es, diese sozialstaatlichen Errungenschaften mit aller Kraft zu verteidigen“. (S. 18) Diese erfolgreiche Verteidigung ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine künftige erfolgreiche Offensive für mehr soziale Gerechtigkeit.

Ausdrücklich zuzustimmen ist dem Plädoyer von Nahles für einen umfassenden Begriff von Sozialstaat, der „das Fundament einer funktionierenden, wohlstandsorientierten Gesellschaft“ ist: „Der Sozialstaat erfüllt seinen Zweck eben nicht nur für die Bedürftigen. ... Er darf nicht nur so verstanden werden, dass er notdürftig absichert.“ (S. 279) Im Sinne dieses Sozialstaates „brauchen wir faire Löhne, bessere Job-Chancen für Ältere und Frauen, solidarische Bürgerversicherungen und vor allem lebensbegleitende Investitionen in Bildung.“ (S. 280)

Das Thema „Bildung“, das Doris Ahnen behandelt, ist deshalb nicht ein Spezialgebiet, sondern zentraler Bestandteil einer sozialstaatlichen Politik: „Es gehört zu den Grundpfeilern sozialdemokratischer Identität, sich für gute Bildung für alle Mitglieder der Gesellschaft einzusetzen.“ Und obwohl sie zu recht auf die Bemühungen und Erfolge sozialdemokratischer Bildungspolitik verweist, verschweigt sie nicht die Tatsa-

che, „dass in Deutschland immer noch zu häufig die soziale und familiäre Herkunft über Bildungserfolg entscheidet.“ (S. 31)

Von besonderer Bedeutung für das Konzept eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates sind die Grundwerte. Sigmar Gabriel betont in seinem Beitrag über „Freiheit“ die Gleichwertigkeit der drei Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die für die politische Praxis relevant sind: „Sie bilden den wichtigsten Maßstab für die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen“ und „sie begründen eine reformerische Perspektive“. (S. 86) In seinem Beitrag „Solidarität“ begründet er, aus welchen Gründen dieser Grundwert „die Grundlage einer modernen Sozialstaatlichkeit“ ist. (S. 266)

Die von Gabriel erläuterten Grundwerte Freiheit und Solidarität begründen zwar normativ und allgemein das Bekenntnis zum Sozialstaat, sagen aber nur wenig über seine konkrete Ausgestaltung. Da für diese konkrete Ausgestaltung sowohl das Sozialversicherungssystem als auch das Steuersystem von zentraler Bedeutung sind, sollte der Leser also im „politischen Lesebuch“ nach den entsprechenden Begriffen suchen. Doch da er beim Buchstaben S keinen Begriff „Sozialversicherung“ findet, muß er weitersuchen nach Spezialisierungen wie „Rente“ und „Arbeitslosenversicherung“. Doch dabei merkt er: In diesem „politischen Lesebuch“ gilt nicht die Verheißung der Heiligen Schrift: „Suchet, so werdet Ihr finden!“ Auch wenn er nach dem für soziale Gerechtigkeit entscheidenden Thema sucht, nämlich „Steuern“, wird er nicht

fündig. (Das von Jochen Flasbarth behandelte Thema „Ökologische Steuerreform“ ist zwar wichtig, aber nicht entscheidend für die Frage, ob ein Steuersystem sozial gerecht ist.)

Die für die soziale Kompetenz der SPD entscheidenden Themen Rente und Steuern fehlen wohl kaum deshalb, weil sie der Herausgeber nicht für wichtig hielt oder weil er eben nicht daran gedacht hatte. Denn es sind ja die Themen, die beim Versuch einer Neuaufstellung der SPD nach September 2009 kontrovers diskutiert werden und über die es noch keinen Konsens gibt. Daraus folgt: Das hier empfohlene „politische Lesebuch“ ist kein Kommentar zum künftigen Wahlprogramm der SPD. Wer genauer erfahren möchte, wie die Partei „unsere Gesellschaft in wichtigen Themenfeldern gestalten“ will (Gabriel S. 10), muss daher die Debatten über das Wahlprogramm aufmerksam verfolgen und den endgültigen Text genau prüfen.

Doch auch im Lesebuch gibt es sicher noch Begriffe, die sich zwar nicht ausdrücklich auf soziale Gerechtigkeit und Sozialstaat beziehen, die aber auf den zweiten Blick durchaus damit zu tun haben, wie z. B. der Begriff „Globalisierung“. Frank-Walter Steinmeier behandelt dieses Thema, das in den politisch-theoretischen Auseinandersetzungen der letzten drei Jahrzehnte eine zentrale Rolle spielte. Im Gegensatz zur neoliberalen Ideologie, die weitgehend erfolgreich die Globalisierung als etwas völlig Neues zu verkaufen suchte, verweist Steinmeier darauf, dass dieses Phänomen zumindest den Sozialisten, die er allerdings nicht so nennt, schon seit über 150 Jahren bekannt ist: „Die

Globalisierung setzt alles neu in Bewegung. Das haben die Klassiker der Sozialen Demokratie schon im 19. Jahrhundert erkannt.“ (S. 118) Zum Beleg dafür zitiert er im Anhang aus dem ersten Dokument der Sozialen Demokratie, dem „Manifest der kommunistischen Partei“ von 1848. Dort analysieren die Klassiker der Sozialen Demokratie, Marx und Engels, den realen sozio-ökonomischen und kulturellen Prozess, der allerdings erst seit einigen Jahrzehnten Globalisierung genannt wird, weit intelligenter und eindrucksvoller als neoliberale Agitatoren und Lehrstuhlinhaber unserer Tage.

Aus seiner kurzen Beschreibung des aktuellen Standes der Globalisierung, zieht er die einleuchtende Schlussfolgerung: „Auf die wirtschaftliche Globalisierung muss die politische Globalisierung folgen.“ (S. 119) Doch er wirft nicht den kritischen zweiten Blick auf den Begriff Globalisierung, mit dem der Bezug zum Sozialstaat erkennbar wird. Daher muss ein lesender Sozialist, eigentlich jeder aufmerksame Leser, die Frage stellen: Hat Steinmeier eine wichtige Tatsache nicht bemerkt oder ausgeblendet, nämlich die Tatsache: Der reale sozio-ökonomische Prozess der Globalisierung, schon 1848 von Marx und Engels analysiert, hat zwar auch unsere Gesellschaft in den vergangenen drei Jahrzehnten beeinflusst und verändert. Aber radikal und qualitativ verändert haben den westeuropäischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat durch zielstrebige Politik die neoliberalen Machteliten. Diese haben mit Hilfe des ideologischen Klassenkampf-begriffs „Globalisierung“ die Welt neu interpretiert und

radikal verändert. Mit Hilfe der Globalisierungsideologie propagierten sie die TINA-Lüge „There Is No Alternativ“: Wegen des Naturprozesses Globalisierung gibt es keine Alternative zu einer „mutigen Reformpolitik“, die den Sozialstaat abbaut und die Entwicklung den Märkten überläßt. Die inzwischen von fast allen beklagte Kluft zwischen Arm und Reich hat sich also nicht deshalb so dramatisch vertieft, weil die Menschen den urwüchsigen Globalisierungsprozess sich selbst überlassen haben, sondern weil neoliberale Machteliten diesen Prozess bewußt gestaltet haben.

Um der Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich, einer Ursache der Krise, entgegensteuern zu können, muß man zunächst intellektuell und politisch gegen die noch immer mächtigen neoliberalen Akteure kämpfen, die die Globalisierung in den vergangenen 3 Jahrzehnten für sich politisch ertragreich gestaltet haben. Erst im Zusammenhang mit diesem Kampf könnte eine erneuerte Linke erfolgreich nach alternativen Zielvorstellungen aktiv die Globalisierung gestalten.

Im Gegensatz zu der verbreiteten Illusion, die Finanzmarktkrise habe die neoliberale Ideologie restlos hinweggefegt, stellt Ottmar Schreiner in seinem Beitrag „Teilhabe“ zutreffend fest: „Der liberale Marktfundamentalismus als Wegbereiter der größten Finanzkrise aller Zeiten ist nicht verschwunden; neu ist aber, dass die Kritik Diskussionsräume geöffnet hat, in denen wieder alternative Vorschläge erarbeitet werden können. Kritische Ökonomen sehen in der inzwischen extremen Ungleichheit der Vermögen – besonders ausgeprägt

in Deutschland und den USA – die entscheidende Ursache für die Finanzkrise.“ (S. 286)

Die inzwischen geöffneten Diskussionsräume sind bisher noch nicht genügend genutzt worden zur ideologiekritischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und zur Widerlegung seiner nachweislich falschen Interpretation der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Fast alle verdammen inzwischen diese Ideologie rhetorisch, aber oft ohne ihre weiterhin einflußreichen Agitatoren und Lügen zu benennen und zu widerlegen. Verbreitet ist die Mentalität: „Die Neoliberalen, das sind die anderen.“ (Frei nach Sartres oft zitiertem Diktum: „Die Hölle, das sind die anderen.“ Nach seinem Beitrag „Gewalt“ auch von Erhard Eppler auf S. 107 zitiert).

Ohne erfolgreiche Ideologiekritik im Geiste der Aufklärung könnte auch eine programmatisch erneuerte Linke, selbst nach einer Abwahl von Schwarz-Gelb, den notwendigen Politikwechsel nicht durchsetzen. Zu dieser geistigen Anstrengung ist die Sozialdemokratie auch deshalb verpflichtet, weil sie „sich von ihren Anfängen an als Teil der Aufklärung begriffen“ hat, wie Julian Nida-Rümelin in seinem Beitrag „Aufklärung“ feststellt. (S. 26 f.) In seinem Kurzbeitrag macht er deutlich, dass diese Aufklärung nicht nur eine philosophisch-theoretische, sondern auch eine eminent praktisch-politische Zielsetzung hat: „Aufklärung, das ist vor allem die Hoffnung auf Humanisierung der Gesellschaft, auf ein Ende der Gewalt, auf eine Kultur gleicher Anerkennung, auf die Beseitigung von Armut und Elend.“ (S. 26)

Voraussetzung für ideologiekritische Aufklärung in diesem Sinne ist es, die gesellschaftliche Wirklichkeit zu analysieren und zu erkennen, und „immer das laut zu sagen, was ist“. (S. 28) Nida-Rümelin zitiert diese Forderung Lassalles mit einem Zitat von Rosa Luxemburg. Astrid Klug zitiert ausführlicher unter der Überschrift „Voraussetzung für Reformen“: „Alle große politische Aktion besteht im Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ (S. 254)

Ein großes Defizit dieses „Lesebuchs“ ist es, dass die vielen Kurzbeiträge keine fundierte Analyse des real existierenden Finanzkapitalismus zu liefern vermögen, die „laut sagt, was ist.“ Dieses „Empirie-Defizit“ ist aber auch noch aus einem anderen Grund verständlich: Da es sich um „die große Idee der Sozialen Demokratie“ handelt, werden Themen und Begriffe von den Autor/innen überwiegend normativ und grundsätzlich dargestellt. Es geht also vorrangig nicht um das, was ist, sondern um das, was sein soll. Da die Aussagen oft allgemein und grundsätzlich bleiben, konkrete Aussagen eher vermieden werden, darf dieses Lesebuch nicht als letztes Wort der SPD für einen erfolgreichen politischen Aufbruch mißverstanden werden.

Die Betonung der normativen und grundsätzlichen Aspekte der Themen erweckt auch den Anschein einer vollkommenen Harmonie aller Sozialdemokraten. Obwohl bei den Autor/innen alle „Richtungen“ vertreten sind, gibt es keine Anzeichen für unterschiedliche Meinungen und kontroverse Diskussionen.

Jeder schreibt für sich allein, als „ideeller Gesamtsozialdemokrat“ Mitglied einer Partei, die vollkommene Harmonie verkörpert, die ja auch bei normativ-grundsätzlichen Fragen möglich ist.

Baumaterialien und Bausteine – kein attraktives Bauwerk

Der Sammelband enthält viele Baumaterialien und Bausteine, aber keineswegs ein beeindruckendes Bauwerk der Ideen der Sozialdemokratie. Man kann durchaus die Qualität und Brauchbarkeit von Baumaterialien und Bausteinen anerkennen. Aber auch bei wohlwollender Prüfung ist kein Bauplan zu erahnen, nach dem ein attraktives Bauwerk errichtet werden könnte, das so ästhetisch ansprechend werden könnte wie das Willy-Brandt-Haus in Berlin, geschweige denn wie eine der zahlreichen romanischen und gotischen Kathedralen.

Damit die im „politischen Lesebuch“ enthaltenen Baumaterialien und Bausteine wenigstens in Umrissen erahnen lassen, welches Bauwerk der „großen Idee“ aus ihnen erstehen könnte, muss die dominante normative mit der unterbelichteten empirischen Dimension konfrontiert werden. Denn Normen entfalten ihre politische Potenz erst in der Konfrontation mit der Wirklichkeit. Im Ideenhimmel schwebende Werte, die nicht zur Bewertung und Kritik der sozialen Wirklichkeit benutzt werden, haben keinen praktischen Wert. Nur wenn Sozialdemokraten wieder laut sagen, was ist, können sie den Vorwurf der „politischen Kleingeisterei“ entkräften, die nach Lassalle „in dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist“ besteht.

Hier ist nicht der Platz, um eine kritische Bestandsaufnahme unserer Gesellschaft vorzustellen. Aber der Hinweis sei erlaubt: In der Zeitschrift „*perspektiven*“ gibt es dazu zahlreiche Beiträge. Und wenigsten stichwortartig seien hier einige Eckpunkte einer solchen Bestandsaufnahme angedeutet: Es reicht nicht, die sich weiter vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich zu beklagen, sondern man muss auch „laut sagen“, dass das die Folge von politischen Entscheidungen ist.¹ Wenn Andrea Nahles in ihrem Beitrag „Sozialstaat“ auf der normativen Ebene an das „ursozialdemokratische Versprechen des individuellen Aufstiegs durch Chancengleichheit und eigene Leistung“ erinnert, so kann das nur vertrauensbildend wirken, wenn sie auch laut sagt, und nicht verschweigt: Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind 5 Millionen Menschen trotz „eigener Leistung“ nicht „individuell aufgestiegen“, sondern aus der Mittelschicht „kollektiv abgestiegen“ in die armutsgefährdete Unterschicht, die weiter wächst.

Zu dem, was ist, gehört auch das, was die Menschen über die Gesellschaft und die Politik denken. Erhard Eppler verweist auf Meinungsumfragen im Jahre 2008 („nur 13% finden die Verteilung von Einkommen und Vermögen gerecht“) und fällt über das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts das vernichtende Urteil: „Noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg war das Gerechtigkeitsemp-

finden der Deutschen so tief verletzt wie am Ende unseres Jahrzehnts.“²

Und diese Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens ist nicht zu heilen durch bessere „Kommunikation“ oder durch SPD-Politiker, die demonstrativ ihren Stolz auf die Agenda 2010 zur Schau stellen: Eine Umfrage am Wahltag im September 2009 ergab: Zwei Drittel der Wähler sahen in diesen „Reformen“ einen Bruch mit den sozialdemokratischen Grundwerten, also der „großen Idee Soziale Demokratie“. Wenn Sozialdemokraten dafür arbeiten wollen, dass ihre Ideen wieder zu einer Kraft werden, müssen sie zunächst realistisch erkennen: Das vergangene Jahrzehnt ist ein Beleg für die „Ohnmacht der großen Idee Soziale Demokratie“, was die große Mehrheit der Bevölkerung aus gutem Grund so sieht.

Mit anderen Worten: Noch nie hatten die Deutschen die Kraftlosigkeit „der großen Idee Soziale(r) Demokratie“ so schmerzlich empfunden.

Soziale Demokratie – neuer Name für Demokratischen Sozialismus oder neues Konzept?

Aufmerksame Leser, die die Geschichte der SPD kennen, könnten durch einige begriffliche Unklarheiten im „politischen Lesebuch“ irritiert werden, weil etwas, was erklärt werden müsste, nicht erklärt wird. Unproblematisch ist es, wenn ein Buch über die fast 150 jährige SPD den Titel trägt: „Die Kraft einer großen Idee.“ Denn die sozialdemokratische

1 Vergl. dazu: Ottmar Schreiner: Die Gerechtigkeitslücke – Wie die Politik die Gesellschaft spaltet, Berlin 2008.

2 Erhard Eppler: Ein Partei für das zweite Jahrzehnt. Die SPD?, vorwärts buch, Berlin 2008, S. 18f.

Arbeiterbewegung entstand nicht nur als ökonomische Interessenvertretung der ausgebeuteten Arbeiterklasse, sondern zugleich als Ideen- und Wertegemeinschaft, die alle Menschen aus dem humanistischen Geist der Bergpredigt und der Aufklärung anspricht. Grundidee dieser neuen Bewegung war das Ziel, die Gesellschaft in Richtung auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bewußt umzugestalten. Und diese neue Idee hatte einen neuen Namen: „Sozialismus“ und „Demokratischer Sozialismus“. Auch als die SPD politisch noch ohnmächtig war, als ihre Mitglieder während des „Sozialistengesetzes“ verfolgt und eingekerkert wurden, war sie dank der „Kraft dieser großen Idee“ schon zu einem geistigen und moralischen Machtfaktor geworden. Und trotz schmerzlicher Rückschläge wurde die Geschichte zu einem Beweis für „die Kraft der großen Idee des Demokratischen Sozialismus“.

Leser, die sich an die „Kraft dieser großen Idee“ erinnern, könnten bei der Lektüre des „politischen Lesebuchs“ irritiert sein, dass diese große Idee jetzt den neuen Namen „Soziale Demokratie“ trägt, ohne dass diese Umbenennung zunächst erwähnt oder begründet wird. „Fragwürdig“ wird es auch, wenn die Autor/innen in ihren Kurzbeiträgen von „Sozialer Demokratie“ schreiben, in den ergänzenden Zitaten und Buchtiteln aber nur von „Sozialismus“ und „Demokratischem Sozialismus“ zu lesen ist. Ist „Soziale Demokratie“ nur ein Synonym von „Sozialismus“ oder etwas ganz anderes? Es hilft auch nicht weiter, wenn man in der Einleitung von Gabriel über die Soziale Demokratie liest: „Bis heute bleibt, wie das Godesber-

ger Programm es formulierte, der demokratische Sozialismus eine dauernde Aufgabe und damit eine dauerhafte Anstrengung von sozialen Demokratinnen und Demokraten, also von uns.“ (S. 11) (Warum nicht auch von demokratischen Sozialisten?)

Dem Leser wird nicht erklärt, was es eigentlich mit dieser Umbenennung der großen Idee auf sich hat. Und warum nennt Thorsten Schäfer-Gümbel in seinen Beitrag „Gleichheit“ die große Idee immer noch „der demokratische Sozialismus“ (S. 111), ebenso wie Hans-Jochen Vogel. Für seinen Beitrag „Werte“ wählt er den Untertitel „Die Grundwerte des demokratischen Sozialismus“, ohne das neue Wort „Soziale Demokratie“ zu erwähnen.

Erst im Beitrag „Sozialismus“ erwähnt Thomas Meyer ausdrücklich die „Umbenennung“ und gibt Gründe dafür an: „Das Projekt des Sozialismus“ habe zwar sogar „durch die neuen Herausforderungen der Globalisierung ... zusätzliches Gewicht gewonnen“. Aber „durch die problematische Verwendung des Begriffs für inakzeptable politische Vorhaben“ (u. a. Sowjetkommunismus) ist „dessen Missverständlichkeit gewachsen, so dass die meisten sozialdemokratischen Parteien um der Eindeutigkeit willen dem Begriff Soziale Demokratie den Vorzug geben“. (S. 271) Für Thomas Meyer ist der neue Name nicht ein neues Konzept, sondern eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Demokratischen Sozialismus: „Theorie und Praxis der Sozialen Demokratie erstreben die der Gegenwart angemessene Aktualisierung der Traditionen des demokratischen Sozialismus.“ (S. 237)

Diese Formulierung beantwortet aber nicht die präzise Frage, ob die „der Gegenwart angemessene Aktualisierung“ nicht doch einen Verzicht auf die systemverändernde Zielsetzung des Sozialismus impliziert, nämlich das kapitalistische durch ein besseres sozialistisches System zu ersetzen. In den meisten Beiträgen spielt diese Frage keine Rolle. Aber Michael Vassiliadis und Peer Steinbrück beantworten die Frage eindeutig: Die Soziale Demokratie will nicht mehr, wie der Sozialismus, das kapitalistische Wirtschaftssystem durch ein anderes, sozialistisches System ersetzen.

Vassiliadis wählt für seinen Beitrag „Kapitalismus“ den treffenden Untertitel: „Die soziale und ökologische Zählung des Kapitalismus“. (S. 155) Zutreffend beschreibt er das Problem: In den Auseinandersetzungen in der politischen Linken ging es darum, „ob der Kapitalismus gezügelt werden kann ... oder ob die Überwindung des kapitalistischen Systems die einzige wirkliche Lösung ist“. (S. 155) Er erwähnt nicht, dass in diesen Auseinandersetzungen einmal der Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus angesehen wurde. Die damalige Kontroverse hält er für entschieden: Die Geschichte habe „unzählige Beweise für seine Gestaltbarkeit geliefert. Dieser demokratisierte und gezügelte Kapitalismus hat den technologischen, den sozialen und den ökologischen Fortschritt in besonderer Weise befördert.“ (S. 156)

Ähnlich sieht Steinbrück in seinem Beitrag „Wirtschaft“, bei aller Kritik, im Kapitalismus das beste aller möglichen Wirtschaftssysteme: Die Aufgabe der SPD bestand „immer auch in der Bän-

digung eines kruden Kapitalismus – zeitweise auch in seiner Überwindung“. Aber heute ist das nicht mehr Aufgabe der SPD: „Das Ziel der Umwälzung von Produktions- und Eigentumsverhältnissen hat der Einsicht Platz gemacht, dass der kapitalistischen Logik in einem sozial gesetzten Rahmen das höhere Innovations- und Wohlstandspotenzial gegenüber anderen Wirtschaftssystemen innewohnt.“ (S. 318)

Überwindung des Kapitalismus – kein Thema für den Wahlkampf 2013, aber für eine große Idee

Während die übrigen Autor/innen die Frage nach Überwindung des Kapitalismus nicht einmal erwähnen, beantworten sie Vassiliadis und Steinbrück klar und eindeutig: Die traditionelle Leitidee Demokratischer Sozialismus ist nicht identisch mit der Sozialen Demokratie. Diese ist der Name für eine neue gesellschaftspolitische Konzeption, die nicht mehr – wie die SPD „zeitweise“ – den Kapitalismus überwinden, sondern nur sozial und demokratisch bändigen oder zügeln möchte. Für die kommenden Wahlkämpfe und Wahlergebnisse 2013 dürfte die Frage, ob eine neue Regierung den Kapitalismus überwinden oder nur bändigen will, keine Rolle spielen. Aber wenn es nach den Wahlen der Mehrheit der Volksvertreter gelänge, dem Kapitalismus, den sie selbst im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends entfesselt hatten, im zweiten Jahrzehnt wieder einige soziale Fesseln anzulegen, dann dürfte das Volk ihren Vertretern dafür dankbar sein.

Doch wenn die Überwindung des Kapitalismus kein Thema für Politiker

sein kann, die an die nächste Wahl denken, könnte es ein Thema für die wenigen Anhänger einer „großen Idee“ sein, die über den Wahltag hinaus denken. Und die sich daran erinnern, welche Rolle einmal die große Idee des Demokratischen Sozialismus im Spektrum der politischen Ideen spielte: In der Geschichte der politischen Ideen der europäischen Moderne wurden zunächst 3 Hauptströmungen unterschieden: Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts kam als 4. Hauptströmung der Kommunismus hinzu, der sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts aufspaltete in Sowjetkommunismus, chinesischer Kommunismus und Reformkommunismus. (Rechtsextrem faschistische Ideologien bleiben hier ausgeklammert). Aus diesem breiten Spektrum konkurrierender politischer Ideen sind die meisten – zugespitzt: alle – aus den politischen, wissenschaftlichen und politischen Debatten verschwunden. Denn nicht mehr Ideen bestimmen das Bewußtsein, sondern das gesellschaftliche Sein des siegreichen Kapitalismus, zu dem es keine Alternative gibt, bestimmt das Bewußtsein, das neoliberale „Einheitsdenken“ (pensée unique).

Zur europäischen Moderne in der Tradition von Humanismus und Aufklärung gehörte die Überzeugung: Die politische Ordnung ist nicht von Gott gegeben, sondern von Menschen geschaffen und von Menschen zu verändern. In langen Kämpfen, mit schmerzlichen Rückschlägen, führten die liberalen und demokratischen Ideen und Bewegungen zur Überwindung der monarchischen Ordnung und zur Eta-

blierung des demokratischen Rechtsstaates mit Garantie der Menschen- und Bürgerrechte.

Die neue Idee des Sozialismus bekämpfte nicht die liberalen und demokratischen Ideen, sondern vervollständigte sie: Auch die kapitalistische Wirtschaftsordnung ist nicht von Gott oder der Natur gegeben, sondern von Menschen gemacht und kann daher von Menschen, wie die monarchische Ordnung, verändert werden. Die demokratische Bewegung hatte nicht überall sofort die absolute Monarchie durch die parlamentarische Demokratie ersetzt, sondern zunächst den Absolutismus durch die konstitutionelle Monarchie gebändigt oder gezähmt. Ähnlich hat die sozialistische Bewegung noch nirgendwo den Kapitalismus durch den Demokratischen Sozialismus ersetzt, sondern durch einen „konstitutionellen Kapitalismus“ sozial und demokratisch gebändigt, im Sozialstaat.

Die weiterreichende systemverändernde Zielsetzung der sozialistischen Bewegung entsprang nicht nur dem Wunsch mal was ganz Neues zu wagen, sondern vor allem der Erkenntnis: Die fortdauernde Existenz des Kapitalismus gefährdet die Fortschritte der liberalen und demokratischen Bewegungen. Diese realistische Erkenntnis wurde klassisch, und heute gültiger denn je, im Godesberger Programm der SPD von 1959 formuliert: Aus der kritischen Analyse des real existierenden Kapitalismus zieht die SPD die systemverändernde Schlußfolgerung: „Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht. ... In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesell-

schaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet. Der demokratische Sozialismus erstrebt darum eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung.“ Ähnlich eindeutig formuliert das Berliner Programm von 1989: „Es ist eine historische Erfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.“

Die jüngste krisenhafte Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus haben diese kritischen Erkenntnisse der SPD-Programme leider dramatisch bestätigt: Der real existierende Kapitalismus und die von der neoliberalen Ideologie inspirierte Politik haben nicht nur die sozialen Errungenschaften des Sozial- und Wohlfahrtsstaates gefährdet, sondern auch die Zukunft der Demokratie. Die lebhaftige Debatte über die „Postdemokratie“ hat zwar die Schwere der Krankheit erkannt, aber noch keine ausreichende Diagnose erstellt, die eine heilende Therapie ermöglichen könnte.

Im Meinungsstreit der Parteien spielt das Thema einer systemverändernden Reformstrategie, die im Sinne der früheren SPD-Leitidee des Demokratischen Sozialismus „eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung (erstrebt)“, keine Rolle. Bestenfalls kommt von rechts gelegentlich die Denunziation, dass eine solche Forderung im Grundsatzprogramm der Partei Die LINKE verfassungsfeindlich sei. In der SPD fördern zwar die Jusos immer noch die Überwindung des Kapitalismus durch Demokratischen Sozialismus. Da aber diese Beschlüsse sicherer zwischengelagert sind als der Atommüll in Asse und auch den meisten der noch wenigen Jusos nicht be-

kannt sind, spielt das Thema auch in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der SPD keine Rolle. In den linken Einflusseliten herrscht Gewißheit: Über eine Politik für eine neue Wirtschaftsordnung brauchen wir uns auch deshalb keine Gedanken zu machen, weil eine solche Politik sowieso nicht mehrheitsfähig wäre. Nur milde lächeln könnten sie, wenn sie ein klassenkämpferisches Pamphlet der Partei Die LINKE läsen, das die Illusion verkündete: „Mitten im Euro-Chaos wünschen sich viele Deutsche eine neue Wirtschaftsordnung“

Doch das ist gar nicht die Überschrift eines Klassenkampf-Pamphlets der LINKEN, sondern eines Beitrags von Petra Pinzler in der Wochenzeitung Die ZEIT (16. August 2012), der über jüngste Meinungsumfragen zu diesem Thema berichtet. (Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid). Und es sind nicht nur „viele Deutsche“, sondern 81 Prozent, die eine „neue Wirtschaftsordnung wünschen“. Diese 81% der Befragten stimmten der Aussage zu: „Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung, die auch den Schutz der Umwelt und den sozialen Ausgleich in der Gesellschaft stärker berücksichtigt.“ Nur 17% stimmten nicht zu, sind also noch mit dem Kapitalismus einverstanden und zufrieden. (In Auftrag gegeben hatte diese Umfrage übrigens nicht die Rosa-Luxemburg-Stiftung, sondern die fest auf dem Boden der FDGO stehende Bertelsmann Stiftung!)

In der Auswertung der Umfrage wird festgestellt, dass die allgemeine politische Verunsicherung der Bürger die Konsequenz habe, dass „die Deutschen durchaus zu einer Nation von System-

kritikern werden (können) – aber nur in der Theorie, ohne praktisches Engagement in Reformbewegungen. ... Die Kritik der Bürger am gegenwärtigen System wäre damit eher resignativ als revolutionär.“ Diese resignative Haltung verstärkt zwar die Zweifel der Bürger an der Politik und der Demokratie. Aber das Interesse an „Nachhaltigkeit, Umwelt und Soziales“ eröffne „einen großen Spielraum für eine langfristig orientierte Politik – wenn denn eine Partei dafür einträte“.

Wenn – außer der LINKEN – keine mehrheitsfähige Partei „für eine langfristig orientierte Politik“ für eine neue Wirtschaftsordnung eintritt, dann aus folgendem Grund: Ein Angebot für eine solche „langfristig orientierte Politik“ könnte nur im linken Spektrum wiedergeboren werden. Aber in der noch immer geschwächten intellektuell-politischen Linken gibt es keine gemeinsame Suche nach einer neuen Wirtschaftsordnung. Es gibt nicht einmal ein intellektuell-moralisches Potenzial für die programmatische Konzipierung und praktische Umsetzung einer systemverändernden Reformstrategie.

Das bedeutet keineswegs, dass die Rechte ein größeres intellektuell-moralisches Kapital besitzt. Denn um eine bestehende schlechte Ordnung mit großer Ungerechtigkeit zu bewahren oder

sogar, wie seit rund 2 Jahrzehnten, weiter zu verschlechtern, ist weit weniger intellektuell-moralische Potenz nötig als für die Verwirklichung eines sozialen und humanen Fortschritts.

Ein erster Schritt für eine linke Renaissance, in der die große Idee des Demokratischen Sozialismus wieder zu einer gesellschaftsgestaltenden Kraft wird, könnte im intellektuellen Um- und Vorfeld der SPD gemacht werden: Wenn wieder ein intellektuell-moralisches Milieu entstünde, in dem man sich nicht nur Gedanken über die nächsten Wahlen macht, sondern – ohne sich durch kurzfristige Machtinteressen der Partei einschüchtern zu lassen – kreativ und ohne Tabus über die langfristigen und gemeinwohlorientierten Interessen und Chancen unserer Gesellschaft nachdenkt. Und dabei auch einmal etwas denkt und laut sagt, was noch kein Parteigremium einstimmig beschlossen hat oder ein Spitzenpolitiker in einer Talk-Show oder in BILD verkündet hat. Ein Milieu, in dem nicht mit List und Tücke gegen persönliche Konkurrenten gekämpft wird, sondern im kontroversen und solidarischen Ideenwettbewerb für neue Erkenntnisse. Insofern betrachte ich mich als einen erfahrungsresistenten, unbelehrbaren Illusionisten.

Klaus Faber

Die Rückkehr des Bundes in die Hochschul- und Bildungspolitik

Neue Bund-Länder-Hochschulpakete und die Abschaffung des Kooperationsverbots im Bildungsbereich¹

Zur Stärkung des Bundes im Hochschul- und Bildungsbereich hat die Bundesregierung Ende Mai dieses Jahres einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht. Ausgangspunkt für die neue Debatte ist die Föderalismusreform I von 2006. Diese „Reform“ soll in einigen Punkten rückgängig gemacht werden.

Problematische Aspekte der Föderalismusreform 2006

Ein wesentliches Ziel der Föderalismusreform I von 2006 war es, so die Argumentation der Initiatoren und Befürworter der damaligen Verfassungsänderung, die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern u. a. im Bereich Wissenschaft und Bildung zu „entflechten“. Zu den Unterstützern derartiger Bestrebungen zählten auch ostdeutsche Landesregierungen, darunter die damalige SPD-CDU-Regierung des Landes Brandenburg.

Zu den Hauptinitiatoren der entsprechenden Initiativen gehörten die Lan-

desregierungen von Bayern und Nordrhein-Westfalen. Ein wichtiges Motiv bildete auf der Seite der Änderungsbe-fürworter, Bundesleistungen u. a. im Bereich der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgaben, z. B. im Hochschulbau, abzubauen und nach einer Übergangszeit ganz abzuschaffen. Eine derartige Leistungsreduzierung musste sich vor allem auf weniger finanzstarke und auf Länder mit Investitionsrückständen im Hochschulbereich – also u. a. auf ostdeutsche Länder – besonders negativ auswirken. Daher hätte man von diesen Ländern eigentlich deutlichen Widerstand gegen derartige Abbauplanungen erwarten dürfen. Solchen Erwartungen ist in Teilbereichen nur das Land Mecklenburg-Vorpommern gerecht geworden. Der Einfluss von Staatskanzleien und Finanzministern, die sich nicht selten eher an im engeren Sinne fiskal- als an investitions- und wachstumspolitischen Zielen orientieren, hat in anderen ostdeutschen Ländern schon früh zur Zustimmung zu den Initiativen für die Verfassungsänderung von 2006 geführt.

1 Aktualisierte und thematisch überarbeitete Fassung eines Beitrags in: perspektive 21, Heft 53, 2012, S. 81-88.

Bundeskompetenzverluste 2006 und die Folgen

In der Praxis führte die erwähnte „Entflechtung“ von Bundes- und Landeszuständigkeiten überwiegend dazu, dass Bundeskompetenzen gestrichen oder reduziert wurden. Nach der Verfassungsänderung von 2006 blieben im Sektor Bildung und Hochschule nur noch wenige Bundeszuständigkeiten übrig. Die Kompetenzverluste betrafen u. a. die Hochschulgesetzgebung und, wie bereits erwähnt, die frühere Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Art. 91a des Grundgesetzes. Die Hochschulrahmengesetzgebung des Bundes wurde, wie insgesamt die Rahmengesetzgebung, aufgegeben. Im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung blieben beim Bund die Regelungskompetenzen für die Hochschulzulassung und die Hochschulabschlüsse, nicht aber diejenige für die Hochschulpersonalstruktur. Als Ausgleich für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau wurden Regelungen getroffen, nach denen bis 2013 zweckgebundene Übergangszahlungen des Bundes, berechnet nach dem Durchschnitt zuvor erbrachter Leistungen, zu leisten sind. Ab 2014 entfällt die Zweckbindung der Bundesbeiträge, die, unter dem Vorbehalt einer Erforderlichkeitsprüfung, noch bis 2019 gezahlt werden sollen.

Bereits vor dem Wegfall der Zweckbindung in 2014 waren in einigen Ländern, auch in Brandenburg, keine den Bundesmitteln entsprechenden Landesleistungen für den Hochschulbau aufgebracht worden. In der Praxis wurden auf diese Weise die Befürchtungen bestätigt, die Kritiker gegenüber der geplanten

Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau bereits 2006 vorgetragen hatten. Ohne den Anreiz der Bundesmitfinanzierung und den im früheren Grundgesetz geregelten Zwang, entsprechende Landeszahlungen für den Hochschulbau in gleicher Höhe wie der Bund zu leisten, ist in finanzschwachen Ländern und in Ländern mit Nachholbedarf im Hochschulbau eine ausreichende Hochschulbaufinanzierung oft nicht gesichert.

Für den Bildungsbereich allgemein, also insbesondere für Schule und Hochschule, hat auch eine andere Neuregelung von 2006 Bedeutung. Vor allem Beschwerden des früheren hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch über die Bundesmitfinanzierung von Länderaufgaben z.B. bei der Förderung von Ganztageseinrichtungen (nach Art. 144a Abs. 4 alt des Grundgesetzes), hatten dazu geführt, dass durch die Verfassungsänderung zur Föderalismusreform I derartige Bund-Länder-Kooperationsabkommen nur noch in demjenigen Bereich zugelassen wurden, in dem der Bund über eigene Gesetzgebungszuständigkeiten verfügt. Im Schulwesen ist das bekanntlich kaum der Fall, sieht man von der Ausbildungsförderung ab, die aber zur Begründung von gemeinsamen Bund-Länder-Förderabkommen für den Schulsektor nicht ausreicht. Die 2006 in das Grundgesetz neu eingefügte, die Bund-Länder-Kooperation einschränkende Regelung wird heute meist mit der Bezeichnung „Kooperationsverbot“ beschrieben. Auch im Hochschulbereich reichen die geschilderten, nach 2006 verbliebenen Bundesgesetzgebungszuständigkeiten nicht aus, um darauf För-

derabkommen mit dem Bund nach dem GG-Regelungssystem von 2006 mit einem „Kooperationsverbot“ (Art. 104b Abs. 1 Satz 1 neu GG) zu stützen.

Inzwischen werden viele der 2006-Neuregelungen des Grundgesetzes im Bildungs- und Hochschulbereich, vor allem diejenigen, die den Bundeseinfluss reduziert haben, kritisiert. Zu den Kritikern gehören Politiker aus allen Bundestagsparteien, auch aus der SPD. Viele Kritikersätze zielen insbesondere darauf ab, eine höhere Bundesmitfinanzierung des Bildungs- und Hochschulbereichs zu erreichen.

Eine neue Gemeinschaftsaufgabe für Bund-Länder-Hochschulpakte

Merkwürdigerweise (und glücklicherweise) hat die Föderalismusreform von 2006, gegen den ihr zugrunde liegenden Generaltrend zur „Entflechtung“, eine neue Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung von „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ eingeführt. Sie wurde vor allem aufgrund der Initiativen ostdeutscher Bundestagsabgeordneter (insbesondere von Andrea Wicklein, Potsdam, und Wolfgang Thierse, Berlin²) in der letzten Beratungsphase in Art. 91b Abs. 1 des Grundgesetzes (dort Satz 1 Nr. 2) eingefügt. Bund-Länder-Vereinbarungen nach dieser neuen Ge-

meinschaftsaufgabe bedürfen gemäß einer Zusatzbestimmung (Art. 91b Abs. 1 Satz 2 GG) „der Zustimmung aller Länder“³. Die gemeinsame Finanzierung könnte sich auch auf alle Bauvorhaben an Hochschulen beziehen, also nicht nur auf die im Grundgesetz erwähnten „Forschungsbauten“⁴. Die auf

2 Vgl. dazu Klaus Faber: Wissenschaftspolitik und Föderalismusreform: Verfassungspolitische Ungereimtheiten, in: Die Kunst des Vernetzens, Festschrift für Wolfgang Hempel, hrsg. von Botho Brachmann, Helmut Knüppel, Joachim-Felix Leonhard, Julius H. Schoeps, 2006, Berlin, S. 449 bis 460, S. 458 f.

3 Das dem Grundgesetz bislang fremde Einstimmigkeitsquorum nach Art. 91b Abs. 1 Satz 2 GG belegt exemplarisch den „staatenbündischen“ Unterton mancher Aspekte dieser Föderalismusreform; zu Konstruktionsproblemen s. auch Klaus Faber, Anm. 1, S. 459, Anm. 26.

4 Nach dem 2006 neu eingefügten Art. 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Grundgesetzes (Förderung von „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“) können Bund und Länder auch dann Bauvorhaben an Hochschulen fördern, wenn sie nicht „Forschungsbauten“ nach Art. 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Grundgesetzes sind. Zu den fördernden Hochschul-„Vorhaben“ etwa im Bereich der Lehre können nämlich auch Bauvorhaben gehören. Eine Ausschlussfunktion, die sich auf alle anderen Bauten als die „Forschungsbauten“ nach Art. 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Grundgesetzes bezieht, kommt der genannten Norm nicht zu. Auch die Ausgleichszahlungen nach Art. 143c Abs. 1 des Grundgesetzes sprechen nicht gegen dieses Ergebnis, weil sie nur den Ausfall der früher grundgesetzlich gesicherten, von keiner Vereinbarung abhängigen Baumittel berücksichtigen, die später ohnedies wegfallen. Sie stehen demnach neuen Vereinbarungen nicht entgegen, die eine darüber hinausgehende Bauförderung zum Ziel haben. Die Unterschiede bei den Zustimmungsquoren für Nr. 2 und Nr. 3 in Art. 91b Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes für Forschungs- und andere Hochschulbauten sind im übrigen nicht nachzuvollziehen; das gilt auch für die unterschiedliche Quorenbehandlung von Forschungsförderung außerhalb und innerhalb der Hochschulen, die diese Sektoren, im Gegensatz zur bislang gel-

die neue Fördervorschrift nach Art. 91b Abs. 1 des Grundgesetzes gestützten Bund-Länder-Hochschulpakete sehen das allerdings noch nicht vor.

Die neue Regelung konnte nur deshalb durchgesetzt werden, weil bei einer Ablehnung der Initiativen die für Verfassungsänderungen notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag hätte gefährdet sein können. Die Einfügung einer neuen Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe durch die Verfassungsänderung von 2006 widerspricht, wie erwähnt, dem ursprünglichen Grundanliegen der Initiatoren dieser Föderalismusreform. Der Vorgang zeigt auf der anderen Seite, dass sich Widerstand auch gegenüber einer übermächtig erscheinenden Formation, wie damals der politischen Führung einer CDU/CSU-SPD-Koalition auf der Bundesebene, durchaus lohnen kann. Die neuen Bund-Länder-Hochschulpakete leisten insgesamt einen beachtlichen Beitrag zur Hochschulfinanzierung. Sie wären ohne die Initiativen der ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten nicht möglich gewesen, die für derartige Pakete die rechtliche Grundlage in Art. 91b Abs. 1 des Grundgesetzes geschaffen haben.

tenden Verfassungsrechtslage, unter voneinander abweichende Anforderungen stellt. Die 2006 beschlossene, systematisch und in der Formulierung nicht überzeugende Fassung ist unter Zeitdruck entstanden (Kritikpunkt an Nr. 2 auch: „Forschung“ ist Teil von „Wissenschaft“). Vgl. zum Ganzen Klaus Faber, Anm. 1, S. 459, Anm. 26.

Erweiterung der Bundesmitfinanzierung im Wissenschaft und Bildung

Vor allem auf der Basis der neuen, 2006 eingeführten Hochschul-Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Grundgesetzes hat sich der Bund im Hochschulwesen trotz der Kompetenzverluste von 2006 einen erheblichen und in letzter Zeit wachsenden Einfluss sichern können. Die größten neuen Bundesfinanzierungsbeiträge enthalten die Bund-Länder-Vereinbarungen im Rahmen des Hochschulpaktsystems und zur sog. Exzellenzinitiative. Sie könnten, wie mit einem Beispiel dargelegt, ohne Verfassungsänderung auf weitere Hochschulgebiete, die auch einen Teil der Grundfinanzierung der Hochschulen umfassen, ausgedehnt werden. Entsprechende Vorschläge, die sich auf die Bundesmitfinanzierung der erreichten Hochschulabschlüsse beziehen, sind 2011 vom Bundes-Wissenschaftsforum der SPD vorgelegt worden.

Auch der letzte SPD-Bundestag hat einstimmig – mit den Stimmen aller Delegierten aus dem Land Brandenburg – am 6. Dezember 2011 umfassende Forderungen an neue gemeinsame Bund-Länder-Programme zur Finanzierung des Bildungs- und Hochschulwesens beschlossen. Vorgehen sind danach in einem Verbundprogramm von Bund und Ländern etwa 20 Milliarden Euro Mehrausgaben für Bildung und Wissenschaft pro Jahr. Im Wissenschaftsbereich wäre ein derartiges Bund-Länder-Verbundprogramm auch ohne eine Grundgesetzänderung zu verwirklichen, da die vor und seit 2006 bestehenden Grundgesetzbestim-

mungen weit und flexibel genug gefasst sind. Im Bildungssektor außerhalb der Hochschulen, also vor allem im Schulbereich, ist für die Umsetzung der SPD-Forderungen auf dem letzten SPD-Bundesparteitag allerdings eine Aufhebung des geschilderten Kooperationsverbots erforderlich.

Verfassungsänderungen setzen Zwei-Drittel-Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat voraus. Im Bundestag ist es vielleicht möglich, für eine Aufhebung des Kooperationsverbots eine derartige Mehrheit zu erhalten. Das trifft sowohl auf die Positionen der beiden Regierungsfractionen als auch auf die Entwicklung der Meinungsbildung in den Bundestagsfractionen der SPD und der Grünen (und vielleicht auch in der Fraktion Die Linke) zu. Fraglich ist allerdings nach wie vor, ob eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat erreicht werden kann, was wiederum die Position eines Teils der Bundestagsfractionen beeinflussen könnte. Widerstände sind dabei auch in denjenigen Ländern vorstellbar, die von der SPD mitregiert werden. Die Bundes-SPD wird eine Aufhebung des Kooperationsverbots allerdings wohl in jedem Fall als Teil ihrer Agenda für den Bundestagswahlkampf 2013 propagieren. Die SPD-Bundestagsfraction hat zu diesem Thema einen Beschlussantrag vorgelegt, der mit der SPD-Länderseite abgestimmt ist.

Die Bundesregierung hat zur verfassungsrechtlichen Absicherung eines höheren Bundesfinanzierungsengagements im Hochschulbereich eine Ergänzung des Artikels 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Grundgesetzes vorgeschlagen. Neben den „Vorhaben der Wissenschaft

und Forschung an Hochschulen“ sollen künftig auch „Einrichtungen“ der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen, also z. B. Hochschulen selbst, durch Bund-Länder-Kooperationsabkommen gefördert werden können. Auch hier ist eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag trotz der zunächst negativen Reaktion der Opposition unter Umständen vorstellbar, im Bundesrat aber bislang noch nicht gesichert. Der SPD-Bundestagsfraction geht die Initiative nicht weit genug; sie stimmt dem Änderungsanliegen jedoch in der Sache zu. Fraglich ist, ob man für die vorgesehenen, erweiterten Bund-Länder-Förderprogramme im Hochschulbereich die vorgeschlagene 91b-Erweiterung, die zur Klarstellung und Abgrenzung des Spielraums für Vereinbarungen gewiss nützlich wäre, unbedingt benötigt. Die Verfassungspraxis führt eher zu dem Eindruck, dass auch jetzt schon die Instrumente für wesentliche neue Programme zur Verfügung stehen, wie u. a. die Fälle zeigen, in denen der Bund Hochschulen mitfinanziert.

Im Bundestag zeichnet sich seit längerer Zeit eine breite Übereinstimmung dazu ab, auch ohne eine vorausgehende Verfassungsänderung das Volumen und die inhaltliche Reichweite der Bundesmitfinanzierung im Hochschulwesen deutlich zu erweitern. Auf der Seite der zurzeit bestehenden Regierungskoalition ist dafür u. a. die schon erwähnte Bereitschaft ein Zeichen, den Bund in stärkerem Umfang an der Mitfinanzierung bestimmter Hochschulen zu beteiligen (Beispiele: Charité Berlin, Karlsruhe). Dieses Modell könnte unter Umständen ebenso in ostdeutschen Flächenstaaten

Anwendung finden, ein entsprechendes Engagement auf der Landesseite vorausgesetzt, etwa in Frankfurt (Oder), bezogen auf die Europa-Universität Viadrina und ihr internationales Profil. Die Realisierung wird in diesem Fall allerdings wohl erst nach den Bundestagswahlen 2013 unter dann veränderten bundespolitischen Ausgangsbedingungen möglich sein. Die Bundes-SPD hat ihre Zielsetzung, eine stärkere Bundesmitfinanzierung im Hochschulbereich anzustreben, u. a. in dem Parteitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 deutlich gemacht.

Man sollte bei den Bundesangeboten zu einem größeren Finanzengagement im Hochschulwesen berücksichtigen, dass der Bund, in diesem Fall von einer breiten Zustimmung im Bundestag gestützt, nicht die Absicht hat, bislang von den Ländern aufgebrachte (oder nach allgemeinen Standards aufzubringende) Finanzleistungen ganz oder teilweise zu ersetzen. Es geht vielmehr in der Regel um eine Bundesfinanzierungsbeteiligung an künftig notwendigen Ausbauanstrengungen, etwa im Bereich der Studienplätze, spezifischer z.B. zum Ausbau von Masterstudienplätzen, zur Verbesserung der Qualität der Lehre oder in anderen Sektoren. Mittelbar werden die Länder auf diese Weise jedoch entlastet, nämlich bei der Finanzierung eines beachtlichen Teils der künftigen Wachstumsraten in den Hochschul- und Forschungshaushalten. Zu deren Volumen geben die im SPD-Bundesparteitagsbeschluss vom 6. Dezember 2011 genannten Steigerungsraten (für Bund und Länder 20 Milliarden Euro mehr im Jahr) einen Hinweis.

Konsequenzen für die Landesebene; das Beispiel Brandenburg

Vor dem Hintergrund der in der Verfassungsreform II von 2007 beschlossenen verfassungsrechtlichen Schuldenbremsen werden verschiedene Bundesländer Schwierigkeiten haben, ihre Aufgaben im Bildungs- und Wissenschaftsbereich in angemessener Weise zu erfüllen. Aus übergeordneten Gründen (Sicherung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit) ist es z.B. notwendig, die in dem Bundes-SPD-Beschluss vom 6. Dezember 2011 geforderten Steigerungsraten auch für den gesamtstaatlichen Hochschulhaushalt zu gewährleisten. Zu den dabei negativ betroffenen Ländern gehört auch Brandenburg, das in seinen Hochschulausgaben pro Kopf der Bevölkerung an der letzten Stelle in Deutschland liegt; dies gilt auch für Brandenburgs Position bei einem Vergleich der Hochschulausgabenanteile am Bruttoinlandsprodukt⁵.

Theoretisch gibt es in erster Linie zwei Wege für einen Ausweg aus dem Dilemma. Zum einen wäre es denkbar, die 2007 beschlossenen Regelungen zu Schuldenbremsen durch Verfassungsänderung zu lockern, auch unter dem Eindruck der europäischen Debatte über eine gleichrangige Prioritätensetzung für die Haushaltskonsolidierung, für das wirtschaftliche Wachstum und für Zukunftsinvestitionen zur Siche-

5 Vgl. dazu den Beschluss der Brandenburgischen Hochschulkonferenz vom 7. 3. 2012, uni-potsdam.de/img1/bilder/ResolutionBHK.pdf. Siehe dazu auch die Kritik im Bericht der Hochschulstrukturkommission Brandenburg („Buttler-Bericht“) vom 8. 6. 2012, S. 11 – <http://www.mwfk.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.294596.de>.

rung der individuellen, regionalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Politisch wahrscheinlicher ist bei fast allen vorstellbaren Ergebnissen der Bundestagswahl 2013 eine Entscheidung für eine Verstärkung der Bundesmitfinanzierung in strategisch wichtigen Sektoren der Infrastrukturförderung, also u. a. im Bildungs- und Hochschulwesen, wie es der SPD-Beschluss vom 6. Dezember 2011 und Erklärungen anderer Parteien vorsehen. Außerdem geht es in diesem Zusammenhang auch darum, Verbesserungen auf der Einnahmeseite des Bundes zu erreichen, etwa, wie es die SPD vorschlägt, durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Die Haushaltspolitik in den einzelnen Bundesländern muss sich in jedem Fall, auch für die Zeit nach den Bundestagswahlen von 2013, auf eine derartige Entwicklung einstellen, um im Wettbewerb um mehr Bundesmittel finanzpolitisch Erfolg haben zu können.

Die zurzeit z.B. im Land Brandenburg geführte wissenschaftspolitische Debatte⁶ um Spar- und Kürzungsvorschläge und um die brandenburgische Hochschulstruktur steht thematisch im Zusammenhang mit den überregionalen Diskussionen um eine bessere Hochschulfinanzierung, wenn auch dieser Zusammenhang nicht immer deutlich genug zu erkennen ist. Die hochschulpolitischen Auseinandersetzungen in Brandenburg haben insgesamt ambivalente Auswirkungen. Ne-

ben negativen Aspekten, auch solchen, die sich auf rufschädigende Folgen für das Land und für Hochschulen des Landes beziehen, gibt es ebenso positive Effekte. Zu den letzteren gehört die Klärung einiger bislang strittigen Fragen in der politischen Landesdebatte. Dass Brandenburg in Deutschland die letzte Position bei der Finanzierung seiner Hochschulen belegt, ist inzwischen bekannt und unumstritten. Auch die von der Landesregierung zur Begleitung von Sparmaßnahmen eingesetzte Expertenkommission unter Leitung des früheren Staatssekretärs Prof. Dr. Buttler hat bereits in ihrem Zwischenbericht an die SPD-Landtagsfraktion im Frühjahr 2012 deutlich gemacht, dass die in Brandenburg vorhandenen Hochschulkapazitäten im Ländervergleich keinesfalls überdimensioniert sind. In Teilbereichen der politischen Debatte hörte sich das zuvor noch anders an. Brandenburg könne sich sein Hochschulsystem nicht leisten, es gebe im Land zwei Universitäten, darunter die Brandenburgische Technische Universität Cottbus, zu viel, so einige Stimmen zu Beginn der politischen Auseinandersetzung. Dieser Teil der Argumentation ist inzwischen geklärt.

Offen ist allerdings zum Teil noch immer die Frage, von welchen Kapazitätsannahmen für die Studierendenzahlen in Brandenburg mittel- und langfristig ausgegangen werden soll. Die Einsicht, dass es im Hochschulbereich, anders als im Schulsektor, keinen automatischen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum oder -verlust und der Studienplatznachfrage gibt, wird zwar im Abschlussbericht der

6 Vgl. dazu Anm. 5 sowie den Bericht der Hochschulstrukturkommission Brandenburg („Buttler-Bericht“) vom 8. 6. 2012, siehe Anm. 5.

Buttler-Kommission⁷ geteilt, hat sich aber sonst noch nicht überall durchgesetzt. Ein Vergleich des – begrenzten – Bevölkerungswachstums in Berlin und der gleichzeitig festzustellenden, großen Steigerungsraten der Berliner Studierendenzahlen nach 1990 belegt die Unabhängigkeit der beiden Bewegungen. Auch in anderen deutschen Teilregionen lässt sich dieser Unterschied nachweisen. Gegen im Rahmen des Vertretbaren nach oben prinzipiell offene Entwicklungsannahmen zu den langfristigen Studierendenzahlprognosen für Brandenburg kann auch nicht angeführt werden, alle unsere Nachbarländer in Ostmittel- und Osteuropa seien durch einen ähnlichen Rückgang bei den Geburtenzahlen geprägt wie Deutschland; sie kämen daher als Studierendenausportländer für Brandenburg nicht in Frage. Das Gegenteil ist vielmehr richtig. Aus Polen sind in den vergangenen Jahren jeweils hunderttausende Menschen nach Großbritannien und nach Spanien ausgewandert, was zeigt, dass der Geburtenrückgang keine Einschränkung der grenzüberschreitenden Mobilität zur Folge haben muss. Trotz weiter sinkender Geburtenraten hat Deutschland zur Überraschung einiger Kommentatoren in diesem Jahr zum ersten Mal seit einiger Zeit wieder einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen. Er ist u.a. auf die Einwanderung aus Polen zurückzuführen, die sich auch im Land Brandenburg bemerkbar macht.

7 Vgl. dazu den Bericht der Hochschulstrukturkommission Brandenburg („Buttler-Bericht“) vom 8. 6. 2012, S. 25-31, siehe Anm. 5.

Die zurzeit diskutierte Zahl von 50.000 Studierenden, die Brandenburg jetzt schon überschritten hat, sollte daher keine starre Obergrenze für einen nachfrageorientierten brandenburgischen Hochschulausbau bilden. Man sollte bei der Bewertung von Studierendenzahlprognosen auch ihre hohe Fehleranfälligkeit berücksichtigen. Die Prognosen mussten fast immer nach oben korrigiert werden. Interessengeleitete Bewertungsfaktoren, etwa das Interesse, den Investitionsbedarf niedrig anzusetzen, spielten dabei wahrscheinlich eine Rolle, aber wohl auch die Neigung, die Komplexität der Vorgänge beim Studierverhalten in unzulässiger Weise zu reduzieren. Reserven für eine künftig weiterhin steigende Studienplatznachfrage in Brandenburg ergeben sich aus noch bestehenden Nachfragedefiziten bei bestimmten Bevölkerungsteilen und aus der Einwanderungsmöglichkeit aus anderen Bundesländern sowie aus dem Ausland.

Ein attraktives, vielfältiges Studienangebot in allen Bundesländern, auch in Brandenburg, auszubauen, liegt langfristig betrachtet, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger. Das gilt, wie geschildert, unter finanzpolitischen, aber ebenso unter allen Gesichtspunkten, die mit der Sicherung der Entwicklungsmöglichkeiten und der Wettbewerbsfähigkeit des Landes und seiner Menschen zusammenhängen. Dazu gehören auch die Wirtschaftsentwicklung und die Sicherung einer qualifizierten Hochschulpartnerschaft für die außerhochschulischen Forschungseinrichtungen, die es auch im Land Brandenburg in beachtlichem Umfang gibt. Die Chancen,

die sich jetzt unter demografischen und bundespolitischen Gesichtspunkten bieten, sollten wahrgenommen werden. Die Finanzbeträge, die dafür von den Bundesländern zu erbringen sind, sind

im Vergleich zum Gesamtvolumen des jeweiligen Landeshaushalts oder auch nur zu den Kosten von Großprojekten eher begrenzt. Ihr Nutzen kann aber nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Berichte und Rezensionen

Peter Brandt

Bemerkungen zu Bernd Faulenbachs „Das sozialdemokratische Jahrzehnt“¹

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Freunde und, vor allem, geschätzter
Autor!*

Anders als im Hinblick auf die später folgende Diskussionrunde habe ich etwas gezögert, der Bitte der Veranstalter und der meines Kollegen, Genossen und Freundes Bernd Faulenbach nachzukommen, das Buch über das sozialdemokratische Jahrzehnt in einem kleinen Vortrag vorzustellen. Das hatte weniger mit meinem Vornamen, wenn ich den gewissermaßen für die fachwissenschaftliche Kompetenz setze, als mit meinem Nachnamen zu tun; denn ein bedeutenderer Brandt, der nicht zufällig so heißt wie ich, hat die Periode, um die es hier geht, bekanntlich maßgeblich mit gestaltet. Persönliche Nähe schafft Befangenheit und verhilft nicht unbedingt zum analytisch klareren Blick. Andererseits: Ich bin zwar kein reiner *Zeithistoriker*, arbeite aber *auch* zeit-historisch und bin insofern gelegent-

lich ohnehin in der Situation gewesen, in der ich mich hier befinde. Diese Vorrede ist nicht nur eine *captatio benevolentiae*, sondern weist auch auf die Notwendigkeit hin, gerade des Bemühens um Objektivität (im Sinne intersubjektiv gültiger Ergebnisse) wegen, den eigenen Standort, wozu auch parteipolitische Bindungen gehören, kritisch zu reflektieren.

Bernd Faulenbachs *opus magnum* (mit über 800 Seiten groß auch in der Quantität) ist Teil der im Bonner Dietz-Verlag im Anschluss an die ebenfalls höchst beachtliche vielbändige und noch nicht abgeschlossene „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem 18. Jahrhundert“ erscheinenden Reihe „Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945“; zuletzt (vor Faulenbach) kam 2004 dort Klaus Schönhovens Buch über die Jahre der ersten Großen Koalition, also den Zeitraum unmittelbar vor der sozialliberalen Regierung heraus.

Wie sein Vorgänger ist das heute vorzustellende Werk viel mehr als eine Geschichte der SPD in den langen 70er Jahren, sondern ist in hohem Maß auch als eine Geschichte der Bundesrepublik in der Zeit sozialdemokratischer Kanzlerschaft und unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Sozialdemokratischen Partei zu begreifen. Dabei wird natürlich auch das, wie jeder weiß, nicht immer spannungsfreie, aber insgesamt gut funktionierende Zu-

1 Vortrag zur Buchvorstellung Bernd Faulenbach: *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Dietz Verlag, Bonn 2011 im Willy-Brandt-Haus (Berlin) am 22.09.2012. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

sammenwirken der legendären „Troika“ Brandt/Schmidt/Wehner überzeugend analysiert und gewürdigt. Ohne dass man hier Versäumnisse ausmachen könnte, tritt Herbert Wehner nach meinem Empfinden ein wenig zurück.

Zur breiten Materialbasis des Buches gehören – neben der inzwischen durchaus voluminösen Sekundärliteratur meist noch politikwissenschaftlichen oder journalistischen Ursprungs – die unveröffentlichten Akten der SPD-Gremien im Archiv der sozialen Demokratie, das die Friedrich-Ebert-Stiftung unterhält, sowie in faktisch angeschlossenen Nachlässe und personenbezogenen Archiven, ferner eine Vielzahl gedruckter Quellen; außer Erinnerungen Beteiligter einschlägige zeitgenössische Publikationen unterschiedlichster Art.

Faulenbachs Werk startet mit einer den Forschungsstand und die Problemstellung reflektierenden Einleitung und endet mit einer pointierten resümierenden Schlussbetrachtung. Die Darstellung ist nach einem doppelten Kriterium gegliedert: dem der Chronologie und dem der Systematik. Die Ebenen der handelnden Personen und der SPD-Parteioorganisation als kollektiven Subjekts werden stets in die Rahmenbedingungen, also die nationalen und internationalen politisch-gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse, eingeordnet, so dass eine plastische Vorstellung vom realen Spielraum der Akteure entsteht.

Schon die Zeitgenossen nahmen wahr, dass der von der Neuen Deutschland- und Ostpolitik, den inneren Reformanstrengungen und einer Art Reformeuphorie geprägten Ära Brandt eine von betontem Realismus in der In-

nen- und Außenpolitik angesichts wieder ungünstigerer äußerer Bedingungen getragene Ära Schmidt folgte. Gewiss unterschieden sich die beiden Kanzler in ihrer Persönlichkeit, ihrem Habitus, ihrem Führungsstil und den von ihnen gesetzten inhaltlich politischen Akzenten, doch passten sie eben zugleich recht gut in ihre jeweilige Regierungszeit: Auf die Jahre des Aufbruchs in der Schlussphase des fordistischen Konsumkapitalismus, der Blütezeit des regulierten Rheinischen Modells mit historisch einmaligem Wohlstandszuwachs auch für die unteren zwei Drittel der Bevölkerung, mit Bildungsexpansion und entsprechenden Aufstiegschancen für die sozialdemokratische Klientel gerade in den späten 60er und frühen 70er Jahren, folgten die vom weltwirtschaftlichen Einbruch der mittleren 70er Jahre, der erneuten Verschärfung der Ost-West-Spannungen und dann der um 1980 von den angelsächsischen Ländern aus massiv vorangetriebenen neoliberalen Wende in Gestalt des Finanzmarktkapitalismus gekennzeichneten Jahre der Ära Schmidt.

Dass die betriebliche Mitbestimmung, ein Kernziel der SPD wie der DGB-Gewerkschaften, in den 70er Jahren nicht entscheidend vorankam – ein mühsam gefundener Kompromiss mit der FDP 1975/76 blieb unterhalb der für Sozialdemokraten wie Gewerkschafter unverzichtbaren Parität – lag übrigens keineswegs am mangelnder Einsatz von Helmut Schmidt; entscheidend waren Koalitionswänge und generell die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse.

Helmut Schmidt konnte als Weltökonom und mit seiner relativ erfolgrei-

chen innerdeutschen Wirtschaftspolitik zwar nicht den Gesamttrend brechen, aber eine katastrophische Verschärfung der Krisenerscheinungen maßgeblich mit verhindern helfen und so die sozial-liberale Koalition erneut konsolidieren. Das macht die Frage nicht illegitim, ob es damals eine – sozialdemokratische – Alternative zu dem von ihm durchgesetzten Kurs gab.

Eine entsprechende Frage lässt sich für die Sicherheitspolitik stellen: Gewiss war Helmut Schmidts nüchterne Analyse der Destabilisierung des prekären militärischen Gleichgewichts in Europa durch die Modernisierung der sowjetischen atomaren Mittelstreckenraketen rein gefühls- und gesinnungspazifistischen Widerständen, auch in der SPD, überlegen. Doch war die angedrohte und schließlich vollzogene sog. Nachrüstung durch die Marschallflugkörper und die Pershing 2 (letztere allein in Westdeutschland aufgestellt), Waffen, die direkt sowjetisches Territorium erreichen konnten, aus der Perspektive der Stabilisierung des Entspannungsprozesses, ferner aus der Interessenlage Deutschlands wie der deutschen Sozialdemokratie wirklich die einzig mögliche und überhaupt eine akzeptable Antwort? Helmut Schmidt und die SPD mit ihm wollten die Supermächte an den Verhandlungstisch bringen. Doch wenn diese nicht ernsthaft zu einer Übereinkunft kommen wollten, hatte die Bundesrepublik keinen Einfluss darauf. Man darf sich den Blick dadurch nicht trüben lassen, dass es am Ende gut ausging. Wir haben vielmehr alle großes Glück gehabt, und die Argumente Erhard Eppers *gegen* die Stationierung

waren mindestens so rational wie die von Helmut Schmidt *dafür*.

Hier wie an anderen Stellen des Buches von Bernd Faulenbach wird die Perspektive der SPD-Linken nicht ausgeblendet; sie kommt m. E. aber etwas zu kurz. Ich will indessen gleich den Gedanken ausschließen – das macht die Faulenbach-Lektüre ganz deutlich – dass die sozialdemokratische Entspannungspolitik insgesamt den weltpolitischen Wandlungsvorgang und die zunächst schleichende, auch widersprüchliche innere Aufweichung der Staaten des Ostblocks, namentlich der DDR, (wie heute kaum bestritten wird) wesentlich mitbewirkt, wenn auch nur in vager Weise intendiert hat. Allerdings ist diese emanzipatorische Funktion und Zielsetzung der Entspannungspolitik einschließlich des Offenhaltens, oder besser: der Wiederöffnung der deutschen Frage zeitweise etwas in den Hintergrund getreten und in Teilen des Funktionskörpers und der Mitgliedschaft der Partei regelrecht übersehen worden. Das gilt noch mehr für die 80er als für die 70er Jahre.

Das Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts und damit für lange Zeit sozialdemokratischer Regierung bzw. Mitregierung war nicht in erster Linie das Ergebnis der wechselseitigen Entfremdung von Kanzler und Partei (einschließlich des Vorsitzenden), die es gab, sondern hauptsächlich verursacht durch das Agieren der liberalen Minister und ihrer FDP, deren teilweise sozialliberal getöntes Freiburger Programm von 1971 sich schon bald als halbherzig verfolgte Zwischenetappe herausstellte und deren führende Vertreter seit spä-

testens 1980 den Boden für den Koalitionswechsel bereiteten. Auch das macht Faulenbachs Darstellung noch einmal ganz klar.

Der Beginn des Experiments einer SPD-dominierten Regierungsbildung im Herbst 1969 mit knapper und dann noch knapper werdender Mehrheit war übrigens nur möglich gewesen, weil die NPD mit 4,3% den jahrelang wahrscheinlichen Einzug in den Bundestag verfehlt hatte. Die Parteien der rechten Mitte und rechts der Mitte hatten mehr Stimmen erhalten als SPD und FDP zusammen (wobei man allerdings nicht den Fehler machen darf, die NPD-Wähler einfach als potentielle CDU/CSU-Stimmen zu veranschlagen. Sonst hartnäckige Nichtwähler und sonstige SPD-Wähler hatten ebenfalls ihren beträchtlichen Anteil).

Wenn Bernd Faulenbach vom „sozialdemokratischen Jahrzehnt“ spricht, dann macht er dem Leser trotzdem bewusst, dass vieles, was geschah, nicht auf das Handeln der Sozialdemokraten und eine ausgefeilte Demokratisierungsstrategie zurückging, jedenfalls nicht allein darauf, sondern auf jenen gesellschaftlichen Prozess des allgemeinen Wertewandels seit den späten 50er, deutlicher seit den mittleren 60er Jahren, der Fundamentalpolitisierung, der Individualisierung und – in der Summe beider – der Fundamentalliberalisierung, der dann die laut Habermas (und Faulenbach) „Neue Unübersichtlichkeit“ seit den späteren 70ern herbeiführte. Diese machte der SPD ja dann auch auf der Ebene der Parteipolitik und der Wahlen zu schaffen (bis heute), namentlich in Gestalt der Neuen Sozialen Bewegun-

gen und der Grünen. Die Studenten- und Jugendrevolte um 1967/68 radikalisierte und beeinflusste, veränderte aber nicht den Trend.

Dem Werte- und Mentalitätswandel lag der soziale Wandel zur konsumorientierten, wenn auch keineswegs egalitären Arbeitnehmersgesellschaft zugrunde. Dieser drückte sich auch im teilweise explosionsartigen Wachstum und in einer veränderten Alters- und Schichtenzusammensetzung der SPD aus, in den 60er Jahren beginnend, aber in den frühen 70er Jahren beschleunigt. Auch wenn die SPD, wie vergleichbare Parteien andersorts, niemals eine reine Arbeiterpartei war, so war sie doch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts quantitativ wie qualitativ durch den Typus des traditionellen Facharbeiters geprägt gewesen, der – wie auch der des an- und ungelerten Massenarbeiters – nach etwa 1969 immer weniger gesellschafts- wie parteiprägend war. Eine Arbeiterpartei im weiteren Sinn blieb die SPD, die sich ja auch der Tradition der Arbeiterbewegung und der besonderen Verbindung mit den Gewerkschaften weiterhin verpflichtet fühlte. Angehörige des Öffentlichen Dienstes, speziell auch von Lehrberufen, Studierende und Akademiker bestimmten in immer stärkerem Maß das Gesicht der Partei; der Anteil von Arbeitern (heute allenfalls in der Höhe des Prozentsatzes unter den Berufstätigen Deutschlands) und von unteren Angestellten wurde tendenziell kleiner, je weiter nach oben man in die Parteihierarchie schaute. Obwohl es sich bei den neuen Mitgliedern vielfach um Aufsteiger aus SPD-nahen Schichten handelte, trug ihr Einströmen zur,

vor allem sozialkulturellen, inneren Differenzierung der SPD bei.

Diese verstärkte auch die Flügelbildung in der Partei in einem seit der Weimarer Republik nicht erlebten Ausmaß, erbittert und gelegentlich mit selbstzerstörerischen Impulsen nicht nur von einer Seite. Das innerparteiliche Spektrum reichte zeitweise von DKP-nahen bis zu „wirtschaftsfreundlichen“ bzw. Positionen des reinen Pragmatismus. Man muss jedoch unterstreichen, dass der Öffnung der SPD für die – wie es hieß – „unruhige Jugend“ auch eine bewusste Entscheidung der Parteiführung zugrunde lag, mit der man die Entstehung einer parteipolitischen oder fest formierten linken Konkurrenz verhindern und zugleich das Protestpotential in das politische System der Bundesrepublik integrieren wollte. Quantitativ bedeutender als die Achtundsechziger, deren harter Kern sich zunächst eher im linksradikalen Spektrum formierte (und deren entarteter terroristischer Ausläufer, mit dem Höhepunkt des Jahres 1977, den westdeutschen Rechtsstaat auf eine harte Bewährungsprobe stellte), wurden die Zweiundsiebziger, die durch den einmaligen Mobilisierungs- und Wahlerfolg, der – trotz gescheiterten Misstrauensvotums – durch den Verlust der Regierungsmehrheit im Parlament nötig gewordenen Neuwahl des Bundestages gewonnen wurden.

Dass die Hochstimmung des Herbstes 1972 binnen gut eines Jahres, in Kommunal- und Landtagswahlen objektiviert, in einem Stimmungstief endete, hatte unterschiedliche Gründe, auch subjektive; doch ist davon auszugehen, dass der weltwirtschaftliche Ein-

bruch von 1973/74, ausgelöst, aber nicht allein verursacht durch die erste große Ölpreiserhöhung, auch bei einem besseren Start des zweiten Kabinetts Brandt (jetzt eher eine Regierung Brandt-Schmidt-Genscher) und eines disziplinierten Verhaltens der Sozialdemokratischen Parteiorganisationen bzw. ihrer Repräsentanten einen Einschnitt bedeutet hätte.

Vieles habe ich nicht ansprechen können, anderes nur angedeutet. Sie haben hoffentlich trotzdem einen groben Eindruck von Bernd Faulenbachs Buch über das „sozialdemokratische Jahrzehnt“ erhalten und sind animiert worden, es zu lesen. Es lohnt sich.

Petra Hoffmann

Rezension zu: Lutz Brangsch, Judith Dellheim, Joachim H. Spangenberg: *Den Krisen entkommen – Sozialökologische Transformation*. Hrsg. von Frieder Otto Wolf, Manuskripte 99 der Rosa Luxemburg Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin 2012, 255 S., 14,90 €

Die Autoren Joachim H. Spangenberg, derzeit am Helmholtz Zentrum für Umweltforschung UFZ tätig, Lutz Brangsch und Judith Dellheim, beide Referenten der Rosa Luxemburg Stiftung, beschäftigen sich seit langem mit der Thematik der sozialökologischen Transformation. Die Broschüre haben sie geschrieben, da ihrer Meinung nach heute nichts dringlicher ist als der sozialökologische Umbau, ohne den es letztendlich keine nachhaltige Entwicklung und keine lebenswerte Zukunft geben kann. Vorrangiges Anliegen des Buches ist es, „einen Beitrag zur Nachhaltigkeitsdebatte von

unten¹ zu leisten und diesen sozialistisch zu akzentuieren.“ (S. 7)

Die Autoren sind der Auffassung, dass weder der Brundtlandt-Bericht von 1983 noch die Rio-Deklaration und die Klima- und Artenschutz-Konventionen von 1992 einen realen Kurswechsel in der Weltpolitik bewirkt haben, um „tatsächlich soziale, ökologische und globale Probleme zu mildern und sozial gerecht zu lösen.“ (S. 9) Sie sind überzeugt, dass eine entsprechende Problemlösung im Zusammenleben der Menschen immer zuerst die Lebensbedingungen der sozial und global Schwächsten verbessern und deren Position in der Gesellschaft stärken muss. Ihrer Meinung nach erfordert dies eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung, eine neue Vergesellschaftungsweise und „grundsätzlich umgestaltete bzw. neue Produktions- und damit Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln und Reproduktionsbedingungen.“ (S. 11)

Das Buch umfasst vier Kapitel. Die einzelnen Kapitel sind numerisch untergliedert. Diese bei wissenschaftlichen Texten gebräuchliche Form erschwert allerdings die Lesbarkeit des vermutlich für eine breitere als die akademische Leserschaft gedachten Texts, zumal sich nicht jede Überschrift sofort erschließt. Da sich die einzelnen Texte sowohl von der politischen als auch der ökologischen und volkswirtschaftlichen Herangehensweise deutlich unterscheiden, wäre eine Nennung des jeweiligen Verfassers bzw. der Verfasserin wünschenswert gewesen. Die auffallend häufige Verwendung von Zitaten, teilweise erklärend zum Text, teilweise anstelle eines Texts, hätte zugunsten einer klaren

und verständlichen Sprache lektoriert werden müssen.

In Kapitel 1, *An den Folgen und Ursachen der Krisen angreifen*, werden die Ursachen und Wirkungen vergangener Krisen und sich anbahnender zukünftiger Krisen anschaulich aufgezeigt, der „Gegensatz zwischen dem gegenwärtigen Modell einer neoliberalen, globalisierten finanzmarktgetriebenen kapitalistischen Produktionsweise und ihrer vorangegangenen Periode“ (S. 45) an einigen markanten Punkten verdeutlicht und die Antriebskräfte und Motivationen des gegenwärtigen Modells untersucht.

Der Autor bzw. die Autorin benennt die vier Möglichkeiten zukünftiger Politikgestaltung:

1. die Beibehaltung neoliberaler Politik (mit unterschiedlichen Modifikationsmöglichkeiten),
2. ihre Verschärfung und Ablösung durch eine autoritärpopulistische, wenn nicht national-völkische Politik,
3. zeitweise Kompromisse zwischen ökologischer Modernisierung und mehr sozialen und ökologischen Green-New-Deal-Anhänger/innen,
4. die Überwindung der gegenwärtigen führenden Eliten und ihrer Politik durch eine linke emanzipative Alternative mit eigenen Trägern. (S. 50)

Während die ersten beiden Optionen nur Modifikationen des gegenwärtigen Regulationsmodus sind und die dritte als Übergang zu den drei anderen dienen kann, erfordert die vierte nach Meinung des Autors „einen weitgehend neuen Regulationsmodus, der die zuvor genannten Krisenursachen überwindet

und nur über gesellschaftliche Kämpfe, Auseinandersetzung und Aushandlungsprozesse erreichbar ist“ (S. 51) Diese Option ist eher als Denkmodell vorstellbar denn als gangbarer Weg.

Interessant sind die Ausführungen zu den modernen Kapitaloligarchien. Wie an Beispielen anschaulich gezeigt, gehen diese in wichtigen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entscheidungen und Entwicklungen der EU und in der EU aus wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Verflechtungen mit US-amerikanischen Kapitaloligarchien hervor. Auch die Erläuterungen zur Finanzialisierung, Deregulierung, Technologie- und Strukturentwicklung sind lesenswert und dienen dem tieferen Verständnis der Buchthematik.

In Kapitel 2, *Sozialökologischer Umbau als radikale Umwälzung*, werden einzelne Politikfelder und Strategien, auch der EU, näher erläutert und mit Zahlen und Zitaten unterlegt. Interessant sind die Ausführungen zum so genannten „zerstörerischen Quartett“, welches aus den vier Faktoren Energie-, Transport- und Agrarwirtschaft sowie dem Militärisch-Industriellen Komplex besteht, und deren wechselseitigen Zusammenhängen und Auswirkungen auf die Gesellschaft. Auch die Erläuterungen zu den Kapitaloligarchien im gesellschaftlichen Alltag sind lesenswert.

Leider ist Kapitel 2 in großen Teilen lediglich eine Aneinanderreihung von Zitaten, die nicht wirklich etwas erklären und oft auch dogmatisch gesetzt sind. Beispielsweise besteht der Abschnitt zum Klimawandel fast ausschließlich aus aneinander gereihten Zitaten des Autors Udo Kuckartz zum Klimabe-

wusstsein in Europa, bei der Darstellung verschiedener EU-Strategien sind seitenweise Auszüge aus EU-Programmen zu lesen. Häufig wird bereits nach der Überschrift ein Zitat eingefügt, dem weitere folgen. Bis zur nächsten Überschrift, wo dann alles von vorn beginnt. Auffallend oft wird Karl Marx zitiert, ohne dass dabei die Intention des Autors bzw. der Autorin sichtbar wird.

In Kapitel 3, *Sozialökologischer Umbau als Suchprozess*, geht es u. a. um Subistenzwirtschaft und Ökosozialismus, echte und falsche Nachhaltigkeitsstrategien, Programme der ökologischen Modernisierung und Green New Deal Projekte. Ausführlich und mit Zitaten bzw. Literatur unterlegt werden die unterschiedlichen, bereits bestehenden Projekte nachhaltiger Entwicklung vorgestellt und hinsichtlich ihrer Wirksamkeit analysiert. Große Teile des Kapitels sind anschaulich dargelegt und bieten reichlich Diskussionsstoff. In einigen Abschnitten finden sich allerdings ebenfalls zu viel Zitate und zu wenig Erklärungen.

Kapitel 4, *Ein Diskussionsangebot*, dient der Vertiefung und Erweiterung der Diskussion der Autoren mit ihren Leserinnen und Lesern und allen an einer nachhaltigen Entwicklung Interessierten und Beteiligten. Unter der Überschrift *Nachhaltigkeit braucht Demokratie* findet sich beispielsweise der Satz: „Demokratisierung ist damit die Voraussetzung dafür, dass Widersprüche und Ambivalenzen von Interessen und Prozessen genutzt werden können, um Handlungsmöglichkeiten für Schritte zum bzw. des sozialökologischen Umbaus zu erschließen“ (S. 167) Was wir zukünftig auch immer tun wollen: eine

Alternative zu einer demokratischen Umgestaltung unserer Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen gibt es nicht!

Das Kapitel enthält auch einige Tabellen, beispielsweise zu den Wechselwirkungen zwischen Akteuren des „zerstörerischen Quartetts“, sozialen, ökologischen und demokratischen Standards, öffentlichen Finanzen sowie der Lokal- und Regionalentwicklung oder zur möglichen politischen Einflussnahme auf verschiedene Bereiche des individuellen und gesellschaftlichen Lebens, die zur weiteren Diskussion beitragen können.

Ein Teil des Schlusskapitels beschäftigt sich mit der aktiven Lokal- und Regionalentwicklung, u.a. mit der *Lokalen Agenda*, der *Energie in Bürgerhand*, der sozialökologischen Mobilität, dem *Trierer Manifest* zum ÖPNV, *Stuttgart 21* und dem *Biosphärenreservat Spreewald*. Beim Militärisch-Industriellen Komplex wird die *Bürgerinitiative FRELeHeide* vorgestellt.

Diskussionen zu einer notwendigen, weitergehenden nachhaltigen Entwicklung als bisher gedacht hat die vorliegende Broschüre ganz sicher angestoßen, auch wichtige Fakten dafür geliefert. Einige der Aussagen (zur EU und Außenpolitik, zum Militärisch-Industriellen Komplex) sind stark durch die Politik der Linken geprägt und dürften daher nicht mehrheitsfähig sein. Diskutiert werden müssen insbesondere die verschiedenen Optionen, die wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Gesellschaft bereit sind zu gehen, für die wir uns auch durch das Verstehen von und die Einflussnahme auf komplexe Zusammenhänge(n) stärker engagieren müssen.

Nils Diederich

Rezension zu: Richard Saage, Helga Grebing, Klaus Faber (Hrsg.): *Sozialdemokratie und Menschenbild. Historische Dimension und aktuelle Bedeutung*, Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, Bd. 30, Schüren Verlag Marburg 2012, 195 S., 19,90 €

Die Autoren wollen „die geschichtlichen Entwicklungen, Herausforderungen und Perspektiven sozialdemokratischer Menschenbilder“ nachzeichnen. Menschenbilder haben etwas mit dem Versuch zu tun, die eigene Identität zu bestimmen. Wir können Menschen in ihrem Verhalten studieren und hören, welche Motive sie für ihr Handeln angeben und so auf das Menschenbild zu schließen. Menschenbilder können Ideologien sein. Der vielzitierte „homo oeconomicus“ – zunächst eine Modellkonstruktion von Ökonomen – wird, falsch verstanden und fehlerhaft angewendet plötzlich zum Verhaltensmuster und damit zur Leitlinie für eine neoliberale Politik im modernen Kapitalismus: Eine analytische Kategorie wird zur Leitlinie alltäglichen Handelns. Auch Sozialdemokraten waren nicht immer frei von Einflüssen solcher Ideologisierung, falschen Bewusstseins im marxischen Sinne. Aber auch Bilder christlich-konservativer Traditionen, nach denen der Mensch sündig ist, woraus folgt, dass die Obrigkeit ihn bändigen und in richtige Bahnen lenken muss, sind derlei Ideologisierungen. Das Gegenbild finde ich in Liedern der Sozialistischen Arbeiterjugend. Ich entnehme dem Jugend-Liederbuch der Sozialistischen Arbeiterjugend aus dem Jahre 1929, das meiner

Mutter gehörte, folgende von Michael Engler vertonten Verse Arthur Zicklers aus dem Jahre 1921:

*„Hebt unsre Fahnen in den Wind,
sie fließen hell, wie Sonnenglut
und künden, dass wir gläubig sind:
der Mensch ist gut, der Mensch ist gut!“*

Dieser jugendlich gläubige Optimismus ist uns angesichts dessen, was nach 1933 folgte, abhanden gekommen.

Das vorliegende Buch spürt nun genau der Frage nach, wie die sozialen Wandlungen der Gesellschaft auf das Menschenbild einwirken. Das gilt für die Rezeption der Darwinschen Evolutionstheorie, aber auch für die bis in die Gegenwart reichende Auseinandersetzung mit Rassismus und Antisemitismus. Wer sich mit derlei Fragen auseinandersetzt, findet im vorliegenden Bändchen reichlich Aufklärung und Diskussionsstoff.

Richard Saage spürt dem Einfluss der Darwinschen Theorie auf sozialdemokratisches Denken am Ende des 19. Jahrhundert nach. Spannend ist die Debatte um anthropologische Fragen, oftmals theoretisch, denn die Arbeiterklasse der damaligen Zeit hatte andere Probleme. Aber immerhin war es auch eine umfassende Bildungsbewegung, die ja gerade danach strebte, sich die Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft zu eigen zu machen; auch wenn das unter der Utopie einer „neuen Gesellschaft“ subsumiert war. Er weist nach, dass die Frage der Nationenbildung (er bezieht sich auf das Werk von Otto Bauer), für die Österreichisch-Ungarische Monarchie Zentralproblem, nichts mit Rassenfragen zu tun hat. So-

zialdemokratie steht, anders als viele bürgerliche Parteiströmungen der Vorkriegszeit „auf dem Boden einer Anthropologie, die immun ist gegenüber rasendoktrinären Gedankengängen.“

Wolfgang Maderthaner setzt sich mit Viktor Adler, dem Gründer der österreichischen Sozialdemokratie, und vor allem mit Otto Bauer und seinem Buch über die Nationalitätenfrage auseinander. Er zeigt, dass die Emanzipationsbestrebungen der nach Wien zugewanderten bürgerlichen „nicht-jüdischen“ Juden und die Zielsetzungen der Sozialdemokratie im intellektuellen Bereich konvergieren. Zahlreiche Führungspersönlichkeiten der Sozialdemokratie in Österreich waren jüdischer Herkunft. „Die Umgestaltung der Gesellschaft war somit an die Veränderung, die umfassende *Kulturalisierung* des Individuums“, an die Vorwegnahme eines, wie es pathetisch apostrophiert wurde, *Neuen Menschen*, eines „Infreiheitsetzen(s) der Elemente einer neuen Gesellschaft“ innerhalb der bestehenden Verhältnisse gekoppelt.“ (S. 50 f.) Dieses Bestreben war, so Maderthaner, erfolgreich, auch wenn die Bemühungen letztlich so dramatisch in der Massenvernichtung gescheitert seien, weil es eine Assimilation an etwas Vorgestelltes, an seine eigenen „Projektionen“ war. (S. 63) Eine These, die sicher weiterer Diskussionen bedarf.

Ansgar Beckermann beleuchtet Positionen von Linken im Verhältnis zum wissenschaftlichen Bild des Menschen. Er versucht nachzuweisen, dass der Streit Horkheimers mit den Vertretern des logischen Positivismus und die Habermas Kritik an den Hirnforschern Roth und Singer letztlich sinnlos seien.

Hierzu sein Fazit: „Auch die Linke sollte akzeptieren, dass die Naturwissenschaften zurecht darauf bestehen,...dass auch Menschen rein natürliche Wesen sind, deren Verhalten durch komplexe neuronale Verschaltungen gesteuert wird.“ Das sei damit vereinbar, dass Menschen Wesen sind, die nach Gründen handeln, die fähig seien zu Freiheit und Verantwortung, zum Erkennen von Recht und Unrecht.

Auch Klaus Faber befasst sich mit anthropologischen Menschenbildern in seinem belesenen und weit gefassten Essay, der sich in seiner Breite auf engem Raum kaum referieren lässt. Was den Rezensenten besonders berührt hat, ist die Auseinandersetzung mit der Antisemitismusdebatte und dem Menschenbild des NS-Staates. In diesem Zusammenhang nimmt er Bezug – wie übrigens auch mehrere andere Autoren – auf die aktuelle Debatte um Sarrazins Buch. Eine Ehre, die ich diesem wissenschaftlich zweifelhaften, aber zugegebenermaßen viel zitierten Machwerk nicht eingeräumt hätte.

Helga Grebing knüpft an die Erfahrungen mit dem NS-Regime an. Zunächst habe man in der Sozialdemokratie eher hilflos reagiert und oftmals an die Tradition der Zwanziger Jahre angeknüpft. Doch schon Hermann Brill habe 1949 darauf hingewiesen, dass Weltkriege und Diktatur der NS-Zeit neben dem „humanistischen Optimismus“ Bebels und der Realistik der Zwischenkriegszeit reflektiert werden müssten. Hinzu kam dann der neue Feind, die kommunistische Diktatur, gegen die sich die Demokratischen Sozialisten abzusetzen hatten. Auf dem Weg zum Godesberger

Programm wurde die Vorstellung relativiert, dass durch strukturelle Veränderungen allein – das ist die Überwindung der kapitalistischen Ordnung – eine Umwandlung des Menschen möglich sei. Der Mensch sei weder gut noch schlecht (v. Knoeringen). Bildung des ganzen Volkes sei eine Voraussetzung, Demokratie zu sichern. Das Godesberger Programm wurde dann auf dem bekannten Fundament der Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – errichtet. Grebing verfolgt die Debatte weiter bis zum Berliner Programm. Sie lässt allerdings eine Auseinandersetzung mit dem durchaus nicht ganz erfolglosen Versuch des CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler, die Grundwerte der SPD durch eine eigene Trias zu unterlaufen, aus. Sie stellt aber abschließend sehr nüchtern, wenn auch keineswegs resignierend die Frage, ob „immer und immer wieder erneut zu postulieren (ist), was wir könnten und was wir müssten, wenn man uns nur ließe, meist verziert mit langweiligen Anleihen an metaphorische Beifügungen wie ‚neu‘ und ‚fortschrittlich‘“ (S. 150) Das Ziel sei einfach: Gerechtigkeit realisieren.

Hans Misselwitz greift die Kritik am neoliberalen Modell auf und reflektiert das Verhältnis von Freiheit und Gleichheit. Der Staat, so sein Resümee, habe Grenzen zu setzen. Menschliches Handeln, und damit das Politische, dürfe nicht dem Primat der Ökonomie unterworfen werden.

Klaus-Jürgen Scherer stellt fest, dass Menschenwürde nicht einer Erwägung von Leistung und Nützlichkeit untergeordnet werden dürfe. Er konstatiert eine Begründungskontinuität in der sozial-

demokratischen Programmatik, und arbeitet zentrale Debatten der Gegenwart heraus:

- der Mensch ist ein freies Sozialwesen, kein „marktgeleitetes Individuum“;
- es bestehe ein Konfliktpotential christlicher und säkularer Motive im Zusammenhang mit Biopolitik, Gentechnik, PID etc.;
- ein sozialdemokratisches Menschenbild habe eine begrenzte Reichweite, andererseits gebe es Frontalangriffe auf das sozialdemokratische Menschenbild (Sarrazin).

Sein Fazit ist, dass der entfesselte Kapitalismus wieder re-reguliert werden muss, wobei es ein „Weiter so“ nicht geben dürfe. Vielmehr sei in Politik und Gesellschaft eine Besinnung „zugunsten demokratischer, solidarischer und gemeinschaftlicher Prinzipien“ angesagt. (S. 193) Daher bedarf es der Debatte über unser Bild vom Menschen.

Ein anregendes, aufregendes, diskussionswürdiges Büchlein.

Roland Popp

Drei Dimensionen vom ÜberLeben

Rezension zu: Heinz Bude, Thomas

Medicus, Andreas Willisch (Hrsg.):

ÜberLeben im Umbruch. Am Beispiel

**Wittenberge: Ansichten einer
fragmentierten Gesellschaft,**

Hamburger Edition, Hamburg 2011,

360 S., 39,90 €.

Die Studie „Überleben im Umbruch“ ist ein schwergewichtiges Buch. Das betrifft zunächst einmal ganz schlicht das Äußere. Im Vergleich zu vielen an-

deren Wissenschaftsschriften hält der Leser eine großformatige Publikation in den Händen, die mit 1,4 kg (lt. Verlagsangabe) auch ganz schön Gewicht mit sich bringt. Als Reiselektüre ist das Buch deshalb nicht besonders gut geeignet. Aber zum Glück bedeutet dieses Gewicht ganz und gar nicht, dass wir es mit einem bedeutungsschweren und langweiligen Buch zu tun haben. Eher das Gegenteil ist der Fall: „Überleben im Umbruch“ liest sich leicht und vermeidet es, eine öde und verquaste Forschungsstudie zu werden.

Das Buch ist aber nicht nur eine soziologisch angelegte empirische Studie über die Lebens-Veränderungen in einer ostdeutschen Stadt seit der Wende, sondern ebenso ein Lese- und Bilderbuch. Und das ist keineswegs abwertend, sondern anerkennend und mit lobend gemeint. Das Großformat ermöglicht nämlich, dass das „Überleben im Umbruch“ in der Stadt Wittenberge auch mit den Mitteln der Fotografie zugänglich, erschlossen und in besonderer Weise dargestellt wird. In meiner Betrachtung lassen sich die Fotografien lassen als *Stilleben der Urbanität* charakterisieren. Bei vielen Fotografien hat man den Eindruck, dass hier (mit Absicht oder nicht?) das künstlerische Stilmittel des *Freeze* verwendet wurde: Wirklichkeit erscheint als eingefroren, bewegungslos und starr.

„Überleben im Umbruch“ geht unterschiedliche methodische Wege. Es ist ein Buch von Soziologen, Kulturwissenschaftlerin und Ethnologen, die den Bereich Wissenschaft abdecken. Parallel dazu haben Theaterautoren, Performer, Filmemacher und Fotografen ihren je-

weils eigenen Zugang zur Lebenswirklichkeit in Wittenberge (beschritten und beschrieben? Deshalb gingen aus diesem Forschungsprojekt nicht nur Tausende Seiten wissenschaftlicher Texte hervor, sondern auch vier Theaterstücke, die am Maxim Gorki Theater in Berlin uraufgeführt wurden – neben performative Aufführungen, zahlreiche Zeitungsartikeln und öffentliche Gesprächsrunden.

Was ÜberLeben in Wittenberge (und in anderen Städten mit ähnlicher Entwicklungsgeschichte in Ost und West) nun ausmacht, wird methodisch in drei Zugriffspassagen verfolgt. Den größten Anteil nimmt die wissenschafts-soziologische Zugriffspassage ein, parallel dazu werden erzählende Kurzreportagen über bestimmte Menschen oder Gemeinschaften entwickelt. In diesen Kurzreportagen geht es unter anderem um „Cowboys an der Elbe“, „Hartz-IV-Party“, „Hausbauen“ oder „Verkehrsadern in der toten Zone“. Und schließlich werden die ÜberLebens-Dimensionen nochmals mit Mitteln des Theaters verdeutlicht, die aber ganz bewusst nicht die soziologischen Texte auf die Bühne bringen wollen, sondern eigenständige Schlaglichter zum ÜberLeben leuchten lassen möchten. Da keine Aufführungen mehr stattfinden, können die Theaterprojekte nur noch rudimentär von den Aufführungstexten bzw. von der Probenarbeit mit den teilnehmenden Bewohnern von Wittenberge nachverfolgt werden.

Dimensionen vom ÜberLeben

Mit den Begriffen ÜberLeben und Lebenszuschnitt haben die Herausgeber stark pathetisch anmutende Begriffe

gewählt. Es wird im Buch nicht ganz deutlich, aber der Rezensent ordnet für sich diese Vorgehensweise in ein Raster, das man als drei-dimensionale Lebenswirklichkeit vom ÜberLeben einfangen kann. Was sind nun diese drei Dimensionen vom ÜberLeben?

Erste Dimension – Reden über das Leben

In der *ersten* Dimension wird aus der Beobachterperspektive (also der Perspektive der Sozialforscher und der Künstler) *über* das Leben in Wittenberge gesprochen. Es geht um den ersten Blick, es geht um das Verhalten der dort lebenden Menschen, denn diese sind manchmal zugeknöpft, verschlossen und gelegentlich voll mit kühler und kontrollierter Aggression – sie sind aber auch redselig, freundlich, kommunikationsbereit und ermutigen gelegentlich die angereisten Sozialforscher in die „Wittenbergische Gemeinschaft“ einzutreten. Hervorzuheben wäre eine Reportage, in der Inga Haese über ihre Zusammenkunft an einem Sonntagmorgen mit den Mitgliedern der „Gemeinschaft des göttlichen Sozialismus – Apostelamt Juda“ berichtet. Man hält es zunächst für eine witzige Erfindung, aber diese Gemeinschaft gibt es tatsächlich. Es ist eine skurrile, freundlich gestimmte, fundamentalistische, evangelikale Sektierer-Organisation mit klaren autoritären „Lebensanweisungen“. Diese Zusammenkunft hat schon komödiantische Aspekte, dennoch schildert Haese ohne Denunziantengehabe die Gemeinschaftssuche der Mitglieder. In den Sonntagstreffen wird nicht nur gebetet und (mit entsprechender sektiererischen Einfältigkeit) Gott gepriesen,

sondern auch über das Leben gesprochen, wie es im früheren DDR-Lebenszuschnitt gelebt werden konnte und musste. Gleichzeitig werden von den Befragten immer wieder Motive über das Leben eingesprengelt, nämlich darüber, wie sie sich das Leben in der „Gemeinschaft des göttlichen Sozialismus“ vorstellen.

Indem in den Kurzreportagen den Menschen die Möglichkeit eröffnet wird, über ihr ÜberLeben zu reden, erzählen sie mehr, als sie intentional erzählen möchten. Sie erzählen nämlich ihre subjektive Lebensgeschichte, eingewoben in die Geschichte der Kleinstadt. Sie erzählen aber parallel dazu immer „mehr“ als ihnen bewusst ist, sie erzielen sozusagen einen erzählerischen „Mehrwert“, der über die manifesten Erzählgeschichten hinausgeht. Oder wie es in der Tradition der hermeneutischen Interviewinterpretation heißt: „Sie wissen nicht, was sie erzählen“, erzählen dadurch aber mehr an Geschichte, als wenn sie diese schon selbst rational geordnet hätten.

Zweite Dimension – Wie gelingt ÜberLeben?

In der *zweiten* Dimension wird geschildert wie in einer gesellschaftlichen Situation des städtischen Niedergangs individuelles ÜberLeben organisiert und koordiniert wird. Die Menschen müssen nämlich in ihren „schrumpfenden Städten“ die Optionen austesten, entweder zu bleiben oder wegzugehen; und wenn man weggehen möchte, wohin soll man sich aufmachen? Wenn man bleiben möchte oder gezwungen ist, zu bleiben, müssen Menschen realitäts-

tüchtige Überlebensarrangements entwickeln. „Es muss ausgetestet werden, ob man sich lieber verschanzt, bis das Schlimmste vorüber ist, oder einfach noch einmal neu anfängt – mit neuer Familie, neuem Job, neuen Freunden, neuem Haus und neuem Garten.“ (S. 87) Überleben wird hier auf eine bestimmte Lebensperspektive umformatiert, es wird nämlich umgestellt von Jobsicherheit und (materiellen) Zugewinn auf Erhaltung und Bewahrung von Kommunikation. „Überleben heißt nicht, dass die Leute hier beständig Hunger leiden und Müllkippen umgraben, sondern dass soziales Kapital an Ressourcen und auch an Vertrauen nicht aufgebraucht, sondern beständig wiederhergestellt wird. In einem solchen Überlebensmodus wird plötzlich der Ort wieder wichtiger, die soziale Gruppe – das Kleingebiet, das verteidigt wird gegen die etablierte Gesellschaft, die Schrumpffamilie in der Stadt –, die nicht aufgegeben wird für die Aussicht auf Arbeit außerhalb der Region.“ (S. 89) Wichtig für diese kleinstädtische Lebensperspektive ist die Möglichkeit, dass man zwar am städtischen Leben noch teilhaben *kann*, aber nicht teilnehmen *muss*. Möglicherweise hat sich aus dieser Umbruchsituation auch eine gepflegte Opfer-Rhetorik entwickelt, die das ÜberLeben auch als Benachteiligung gegenüber anderen „Instanzen“ gesehen hat – wie zum Beispiel bei den ostdeutschen Städten, in die viel Geld für die regionale Wirtschaftsförderung geflossen ist; oder dass westdeutsche Länder manchmal als Feindbild herangezogen werden.

Dritte Dimension – Da hat sich was überlebt

Forscher und Künstler haben in Wittenberge danach geschaut, wie die Einzelnen ihr Leben gestalten und ordnen, wenn der über viele Jahre erfahrene Lebenszuschnitt seine Gültigkeit verloren hat. Welche Lebenswünsche und -hoffnungen haben sich *überlebt*? Wie sind sie noch im Gegenwarts-Leben integriert? Sind sie nicht nur ein subjektives Gedächtnis über mögliches Leben, sondern haben sich diese Lebenswünsche eher zu einer Last verdichtet?

Natürlich war der erste Einschnitt die Auflösung der DDR als Staatsgebilde. Die DDR-Lebenszuschnitte, die (angeblich!) Halt und Orientierung (gegeben haben) gaben, haben sich aufgelöst. Wie dies immer auch empfunden wird, es war jedenfalls ständig die Sorge da, ob man zu den Gewinnern oder zu den Verlierern des neuen gesellschaftlichen ÜberLebens gehört. Die sonst so allgemein gehaltene politisch-soziologische Formel, wonach eine zunehmende „gesellschaftliche Spaltung zwischen Arm und Reich“ zu konstatieren ist, erfährt in diesem Buch zahlreiche konkrete Beispiele. Gesellschaftliche Spaltung heißt übersetzt: Viele Menschen werden ärmer und verlieren ihre Lebensoffenheit. Leben wird blockiert, Leben wird zum ÜberLeben.

Arm ist dabei nicht nur unter einem finanziellen Aspekt zu verstehen. Wie der Soziologe Georg Simmel (1858-1918) betont hat, ist arm derjenige, der von (staatlichen) Unterstützungsleistungen abhängig ist. Wittenberge, das zu DDR-Zeiten ein eminent wichtiger Industriestandort war und für Tausen-

de Menschen einen deutlichen, zumeist staatlich verordneten Lebenszuschnitt geboten hat, veränderte sich von einem Industriestandort zu einem Transferort.

In den Buch-Beiträgen wird diese Tatsache, ein Transferort zu sein, aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet. So fragen die Autoren danach, wie sich Erwartungen und Hoffnungen in Familien geändert haben, wie die kleinen Geschäfte um die Ecke heute funktionieren oder welche Bedürfnisse das kleinstädtische Vereinsleben noch zu erfüllen vermag.

ÜberLeben bedeutet, dass das Leben einerseits entschwindet und entgleitet und der Mensch zum Objekt in seinem Leben degradiert wird. Zum anderen bedeutet es, dass Leben auch immer aus Festhalten und Standhalten besteht. Zwischen diesen beiden Polen lassen sich Lebensäußerungen in einer Stadt des Übergangs (nicht nur in Wittenberge) festhalten. Für die subjektive Selbst-Stabilisierung müssen Menschen eine zerbrechliche Erinnerung kompilieren. Sie müssen vergessen und sich nicht an „alte“ Sicherheiten lehnen. Sie dürfen aber auch nicht alles vergessen, um so immer noch biografische Haltepunkte für sich selbst wahrnehmen zu können. Heinz Bude schreibt dazu in seiner Einleitung: „Untergeht, wer alles vergisst und wer nichts vergisst. Dazwischen überlebt es sich: Man gibt etwas auf und hält sich zugleich an etwas fest. Man gewährt dem Tod sein Recht, um fürs Leben eine Möglichkeit zu gewinnen.“ (S. 24)

Diese Sozialstudie gibt darüber Auskunft, wie gesellschaftliche Umbruchsituationen bestimmte Subjektivierungen

leistungen einfordern. Die Menschen, über die berichtet wird, werden nicht zu Forschungsobjekten degradiert. Ihnen wird mit Empathie und Distanz begegnet. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass immer wieder Passagen (vor allem in den Reportagen) zu lesen sind, in denen mancher „Wittenberger“ seinen Unmut über die eingefallenen Sozialforscher und Künstler artikuliert. Zuweilen waren mehr als zwanzig Mitglieder dieses Forschungs- und Theaterprojekts in den Straßen von Wittenberge unterwegs.

Wenn man etwas an dieser Studie monieren möchte, dann vielleicht die zuweilen etwas eingeengte Perspektive. Über weite Strecken verharren die Autoren in einer Katastrophenmetaphorik, die als Grundrauschen der Forschungsarbeit nicht genannt wird, aber doch immer vorhanden ist. Zwar tauchen immer wieder Momente von „Normalität“ des Lebens auf, sofern man in einer Transferstadt überhaupt von Normalität sprechen kann, und natürlich ist die Strahlkraft des blockierten Lebens auf alle anderen Lebensbereiche vorhanden. Aber vielleicht wäre ein Kontrastzugriff für das Gesamtbild noch erhellender gewesen und hätte gezeigt, wie nämlich in einer Transferstadt auch ÜberLeben ansatzweise ohne Fragmentierung und Deprivation gelingen kann. Natürlich ist das immer auch die billige Frage danach, wo das Positive in Gesellschaftsentwicklungen bleibt, eine Frage, die natürlich bei „kritischen“ Gesellschaftsstudien immer leichte Allergien auslöst. Und natürlich lässt sich diese Frage nach dem „Positiven“ auch damit stilllegen, dass man für seine

Forschungsarbeit und dem damit entwickelten Forschungsdesign, der kritischen und prekären Verfasstheit von Gesellschaften und Menschen Priorität einräumt. Natürlich lässt sich auch plausibel anführen, dass Zeit und Geld nicht für diese positive Dimensionserfassung ausreichen; und letztlich kann man auch noch anführen, dass die seltenen Fälle geglückter Lebensperspektiven sich versteckt hielten und sich nicht als Exoten des „besseren Lebens“ öffentlich darstellen wollten. Aber zugleich wäre es doch eine spannende soziologische Frage, wie ÜberLeben sich nicht nur als Niedergang und Geschunden-Sein darstellt, sondern sich Lebens-Dimensionen erschließen, die von den Menschen als deutliche Lebensverbesserung empfunden werden. Wenn man hier die Darstellungsperspektive in diesem Sinne erweitert hätte, wären die negativen Lebens-Dimensionen trotzdem nicht in ihrer Wahrhaftigkeit und Eindringlichkeit entwertet worden.

„ÜberLeben im Umbruch“ verlangt dem Leser wissenschaftliche Reflexion ab. Es werden aber auch andere Leserbedürfnisse erfüllt: Das Bedürfnis nach Schmökern, Querlesen, Theatertexte versinnlichen, Sozialreportagen wirken lassen und sich mit den Fotografien auf Spurensuche begeben. „ÜberLeben im Umbruch“ ist eine facettenreiche, wirklichkeitserschließende, faszinierende Studie.

Autorinnen und Autoren

Peter Brandt (*1948), Prof. Dr., Professor an der FernUniversität Hagen. Leiter des Arbeitsbereiches Neuere Deutsche und Europäische Geschichte und Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV). Neuere Veröffentlichung: Peter Brandt/Detlef Lehnert: *Mehr Demokratie wagen. Geschichte der Sozialdemokratie 1830–2010*, Berlin 2012.

Ridvan Ciftci (*1988), Student der Rechtswissenschaften und studentischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umwelt- und Technikrecht, Rechtstheorie an der Universität Bielefeld. Stellvertretender Vorsitzender der Jusos Bielefeld.

Nils Diederich (*1934), Diplom-Volkswirt, Univ.-Prof. a.D. für Politische Soziologie, mit den Schwerpunkten Parteien, Wahlen, Verbände, und Innenpolitik, MdB 1976–1994 (SPD), Finanzausschuss, Haushaltsausschuss (1983–1994), bis 2005 zahlreiche Funktionen in der Berliner SPD, 2003–2010 Geschäftsführer der Vereinigung ehemaliger MdB u. MdEP. Herausgeber der *perspektiven ds*.

Klaus Faber, Staatssekretär a.D., Rechtsanwalt in Potsdam; Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V.; Mitgründer und Kuratoriumsmitglied des

Moses Mendelssohn Zentrums für Europäisch-Jüdische Studien an der Universität Potsdam; Mitglied in den Redaktionen der Zeitschriften *perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik*, Potsdam, und *perspektiven ds*, Marburg.

Sigmar Gabriel, (*1959), von 1990 bis 2005 Abgeordneter im niedersächsischen Landtags, von 1999–2003 Niedersächsischer Ministerpräsident. In der „Großen Koalition“ von 2005–2009 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Seit 2009 Vorsitzender der SPD.

Horst Heimann (*1933), Dr., Politikwissenschaftler, bis 1998 stellvertr. Leiter der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg. Redaktionsmitglied der *perspektiven ds*.

Ulrich Heyder (*1942), Prof. Dr., bis 2007 apl. Professor für Soziologie an der TU Braunschweig. Seit 2007 Herderdozent an der Deutschen Fakultät für Ingenieurs- und Betriebswirtschafts-ausbildung an der Technischen Universität Sofia/Bulgarien, sei 2011 Herderdozent an der Polytechnica Bukarest (Rumänien). Redaktionsmitglied der *perspektiven ds*.

Petra Hoffmann (*1946), Dr., Diplom-Chemikerin und Journalistin, 1990 Mitglied des SPD-(DDR) Vorstands, 1990–2005 Mitglied der SPD-Kontroll-

kommission. Veröffentlichung: *Von der Montagsdemo zur Demokratie – Tagebuchnotizen 1989/90*, vorwärts buch, Berlin 2009.

Arne Heise (*1960), Prof. Dr., Professor für Finanzwissenschaft und Public Governance an der Universität Hamburg, Direktor des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien. Neuere Veröffentlichung: *Das Ende der SPD ... und ihr Neuanfang*, Münster 2012. Redaktionsmitglied der *perspektiven* ds

Eckart Kuhlwein (*1938), war von 1976 bis 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion, Vorsitzender einer Enquete-Kommission „Bildung 2000“ und des Bildungsausschusses, Haushaltsberichterstatter für das Umweltministerium (damalige Ministerin Angela Merkel), Sprecher der Parlamentarischen Linken (PL) in der SPD-Fraktion, heute Mitglied des Bundesvorstands der Naturfreunde Deutschlands.

Roland Popp (*1955), Dipl.-Soziologe, war zuletzt beim Institut für kulturwissenschaftliche Studien an der Universität Bremen und bei einem Software-Unternehmen als Technischer Redakteur und Lektor tätig, Redaktionsleiter der *perspektiven* ds.

Dr. Nina Scheer (*1971), Dr., Geschäftsführerin von UnternehmensGrün e.V. und ehrenamtlicher Vorstand der Hermann-Scheer-Stiftung. Letzte Veröffentlichung: *Energiewende fortsetzen*.

Regenerative Vollversorgung vor dem Durchbruch, vorwärts buch, Berlin 2012.

Joachim H. Spangenberg, Dr., Volkswirt mit einem akademischen Hintergrund in Biologie und Ökologie, arbeitet beim „Helmholtzzentrum für Umweltforschung“ (UFZ) und ist stv. Vorsitzender des „Sustainable Europe Research Institute Deutschland“. Seine Hauptarbeitsgebiete sind die Ökonomie der Ökosystemdienstleistungen, die Makroökonomie des Postwachstums und die Bewertung der biologischen Vielfalt.

Holger Rogall, Prof. Dr., ist Professor für Nachhaltige Ökonomie und Direktor des Instituts für Nachhaltigkeit an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) sowie Leiter des Instituts für Nachhaltige Ökonomie (INa) und geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuchs Nachhaltige Ökonomie. Er ist Autor zahlreicher Lehrbücher zur nachhaltigen Wirtschaftslehre, mit denen er die traditionelle Ökonomie grundlegend reformieren will. Weiterhin ist er Vorsitzender der Gesellschaft für Nachhaltigkeit e.V. und Koordinator des Netzwerks Nachhaltige Ökonomie. 2006 wurde er mit dem Deutschen Solarpreis geehrt. Kontakt: Rogall@hwr-berlin.de – www.Holger-Rogall.de